Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn

Das Verhältnis der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur Friedenspolitik hat ihre Wahrnehmung nach außen seit ihrem Bestehen stark geprägt. Deshalb, weil die Grünen es waren, die zum großen Teil aus der Friedensbewegung entstanden, aber auch deshalb, weil Bündnis 90/Die Grünen in den 90er-Jahren und insbesondere während der grünen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene von 1998 bis 2003 gezwungen war, die Debatte über Bundeswehreinsätze im Ausland jedes mal wieder zu führen und mit den Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu leben. Dabei war die große Stärke grüner Friedenspolitik stets die lebhafte Kontroverse in der Partei und die offene Hinterfragung eigener Entscheidungen. Als Jugendverband von Bündnis 90/Die Grünen hat die Grüne Jugend seit ihrer Gründung 1994 aktiv an diesen Debatten mitgewirkt und auch selbst immer wieder neu über die Grundzüge junggrüner Friedenspolitik diskutiert.

Dabei setzte sich immer wieder die Erkenntnis durch, dass konsistente Leitlinien für eine zukunftsorientierte Friedenspolitik vor allem durch eine offene Auseinandersetzung über das Für und Wider der verschiedenen Lösungswege aufgrund der gesammelten Erfahrungen entstehen. Neben den Erfahrungen vor Ort, bedeutete dies für die Grüne Jugend auch immer, die Lehren aus der eigenen Vergangenheit zu ziehen. Und das kommt nicht von irgendwo. Denn wie in der eigenen Familie oder in der Gesellschaft als Ganzes ist es auch in der Partei Bündnis 90/Die Grünen Aufgabe der Jugend – sprich des Jugendverbandes – nach dem zu fragen, was gestern war und eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu fordern. Wie eine ganze Generation vor 40 Jahren den Mief aus einer von der Nachkriegszeit und einem überkommenen Wertekonsens geprägten Bundesrepublik vertrieb und damit den Weg für neue Gedanken und Ideen öffnete, so will die Grüne Jugend mit diesem Bericht ihren Teil zu einer grünen Friedenspolitik von morgen beitragen, indem das vergangene aufgearbeitet und eine Debatte darüber ermöglicht wird.

In diesem Sinne beschloss der Bundeskongress der Grüne Jugend im Mai 2006 in Jena einen Antrag mit folgender Formulierung: "Die Grüne Jugend Bundesverband setzt eine unabhängige Kommission ein mit dem Auftrag, die grüne Friedenspolitik in der Regierungszeit von 1998 bis 2005 aufzuarbeiten. Die Kommission soll ergebnisoffen arbeiten." Grundüberzeugung bei der Fassung dieses Beschlusses war einhellig, keinerlei Abrechnung mit der Arbeit von Fraktion und MinisterInnen zu betreiben, sondern einen Prozess des Innehaltens, der nüchternen Bilanzierung und der kritischen Aufarbeitung zu ermöglichen. Allein mit der Einsetzung dieser Friedenspolitischen Kommission sorgte die Grüne Jugend bereits im Laufe des Jahres 2006 für eine umfassende Auseinandersetzung von Bündnis 90/Die Grünen mit der eigenen Friedenspolitik. Maßgeblich gestaltete der Jugendverband daraufhin die zunehmend differenziertere Beschlusslage der BDK in Köln vom Dezember 2006 mit und sorgte für die Einsetzung einer Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission der Mutterpartei.

Trotz dieser bereits erfolgreichen Wirkung auf die parteiinterne Debatte war der Auftrag der Friedenspolitischen Kommission der Grünen Jugend damit noch nicht erledigt. Nach mühevoller Recherche und zahlreichen Gesprächen versuchen die Mitglieder der Kommission in diesem hiermit vorgelegten Bericht einen Überblick und eine Einschätzung der grünen Friedenspolitik in der Regierungszeit von 1998 bis 2005 zu liefern. Knapp zwei Jahre ehrenamtliche Arbeit liegen hinter uns, eine bereicherte friedenspolitische Debatte liegt vor uns.

Berlin im Februar 2008, Jan Philipp Albrecht • Laura Appeltshauser • Arvid Bell • Matthi Bolte Maria Klindworth • Linda Michalek • Sarah Mayer • Stephan Schilling

Abkürzungsverzeichnis

AA Auswärtiges Amt

ABC-Spürpanzer Fahrzeuge mit Messanalytik für atomare, biologische und chemische

Kampfstoffe

ARD Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der

Bundesrepublik Deutschland

BDK Bundesdelegiertenkonferenz, Parteitag der Grünen

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

BND Bundesnachrichtendienst, Auslandsnachrichtendienst der BRD

CARDS Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation

CASA Construcciones Aeronáuticas SA, spanischer Teil von EADS

CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands

CSU Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.

DED Deutscher Entwicklungsdienst

DM Deutsche Mark

DSF Deutsche Stiftung Friedensforschung

EADS European Aeronautic Defence and Space Company, europäischer Luft-,

Raumfahrt- und Rüstungskonzern

EMRK Europäische Menschenrechtskonvention

ESA European Space Agency; deutsch: Europäische Weltraumagentur

ESS Europäische Sicherheitsstrategie

ESVP Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

EU Europäische Union

FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung

FD| Freie Deutsche Jugend, sozialistischer Jugendverband der DDR

FDP Freie Demokratische Partei
FEM Friedenserhaltende Maßnahmen

G8 Gruppe der Acht

GALILEO Name des europäischen Satellitennavigationssytems GASP Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

GG Grundgesetz

GMES Global Monitoring for Environment and Security

IFA Institut für Auslandskunde

ISAF International Security Assistance Force, eine Nato-Truppe

KFOR Kosovo Force, eine NATO-Truppe

KSE-Vertrag Über Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSK Kommando Spezialkräfte, Spezialeinheit der Bundeswehr
KVM Kosovo Verification Mission, Mission der OSZE im Kosovo

Landesdelegiertenkonferenz, Parteitag der Grünen auf Landesebene MATRA Mécanique Avion TRAction, französische Luftbau- und Rüstungsfirma

MBDA Europäisches Verteidigungsunternehmen

MEADS Medium Extended Air Defense System, ein Mittelstrecken-

Raketenabwehrsystem

MOX Mischoxidm

NATO North Atlantic Treaty Organization, deutsch: Nordatlantikpakt

NRW Nordrhein-Westfalen

OEF Operation Enduring Freedom, militärische Operation der USA

OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

SAA Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen

SAR-Lupe Synthetic Aperture Radar-Lupe, deutsches Satellitenaufklärungssystem SFOR Stabilisation Force, deutsch: Stabilisierungsstreitkräfte, eine NATO-

Truppe für Bosnien und Herzegowina

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

START Strategic Arms Reduction Treaty, deutsch: Vertrag zur Verringerung von

Strategischen Waffen

TFF Task Force Fox
TFH Task Force Harvest

UCK Ushtria Çlirimtare e Kosovës, deutsch: Befreiungsarmee des Kosovo;

oder: Ushtria Člirimtare e Kombetare: Organisation albanischer

RebellInnen in Mazedonien (siehe auch Glossar)

UN United Nations, Vereinte Nationen

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees, deutsch: Hoher

Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

UNO United Nations Organization USA Unites States of America

VN Vereinte Nationen, siehe auch UN VPR Verteidigungspolitische Richtlinien

WEU Westeuropäische Union ZFD Ziviler Friedensdienst

ZIF Zentrum für internationalen Friedensdienst

zivik Zivile Konfliktprävention im Institut für Auslandskunde

Inhaltsverzeichnis

Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn	I
Abkürzungsverzeichnis	
I. Einleitung	
II. Kurzbericht	
III. Der weite Weg von Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen	14
I.Wahljahr 1998	
I.I.Programm und Kurzprogramm	
I.2.Koalitionsverhandlungen	
I.3.Vergleich von Wahlprogramm und Koalitionsvertrag	
2.Wahljahr 2002	
2. I.Grundsatzprogramm	
2.2.Bundestagswahlprogramm	23
2.3.Koalitionsverhandlungen	
2.4. Vergleich von Wahlprogramm und Koalitionsvertrag	25
2.4. I. Grundwerte der Außenpolitik	
2.4.2.Reform der Vereinten Nationen und internationale Militäreinsätze	
2.4.3.Menschenrechte weltweit	27
2.4.4.Europapolitik	27
2.4.5.Entmilitarisierung und Zivilisierung	
2.4.6.Auslandseinsätze im Koalitionsvertrag	
2.4.7.Abrüstung	
3.Fazit	31
IV. Zivilisierung und Entmilitarisierung der inter- nationalen Politik	33
I.Zivile Krisenprävention und friedliche Konfliktregelung	34
I.I.Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung"	34
I.2.Infrastruktur der zivilen Krisenbewältigung in Deutschland	35
I.3. Primat des Zivilen? – Das Verhältnis von Militär und Zivilem in Deutschland	36
2.Konfliktmanagement im Europäischen Rahmen – im grünen Sinne?	38
2.1.Zivile Aspekte der ESVP	
2.2.Militärische Aspekte der ESVP	39
3.Internationale Einbindung deutscher Außenpolitik	40
4.Deutscher Umgang mit Waffen	42
4.1.Raketenabwehrpläne	42
4.2.Bewaffnung des Weltraums	42
4.3.Internationale Abrüstung und Rüstungsbeschränkung	
4.4.Nukleare Aufrüstung der NATO und Stationierung im Inland	44
4.5.Rüstungsexportpolitik	44
5.Fazit	45
V. Anstrengungen zur Transformation der Bundeswehr mit dem Schwerpunkt "Abschaffung der	ſ
Wehrpflicht"	
I.Vor der Wahl - Die Ziele von 1998	49
2.Die Umsetzung der Ziele im Koalitionsvertrag von 1998	
3.Legislaturperiode 1998-2002	
3.1.Die Wehrstrukturkommission (Weizsäcker-Kommission)	52

3.2.Plan der Generäle: "Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklu	_
der Streitkräfte"	
3.3.Scharpings Bundeswehrkonzept wird vom Kabinett gebilligt	57
3.4.BDK in Münster am 23. und 24. Juni 2000	57
3.5.Gesetz zur Neuausrichtung der Bundeswehr (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz –	
BwNeuAusrG)	58
3.6.Ein neuer Verteidigungsminister	58
3.7.Im Wahlkampf 2002	58
4.Zwischenfazit der Legislaturperiode 1998-2002	59
5.Änderung der programmatischen Ziele von Bündnis 90/Die Grünen – Das neue	
Grundsatzprogramm und das neue Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002	60
6.Umsetzung der neuen Zielsetzungen im Koalitionsvertrag 2002	
7.Legislaturperiode 2002-2005	
7.1.Neue "Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003"	62
7.2.FDP-Antrag "Wehrpflicht aussetzen"	
7.3.Strucks Neustrukturierungspläne	
7.4.Antrag "Durch Transformation die Bundeswehr zukunftsfähig gestalten" und noch ein	
FDP-Antrag	64
7.5.Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts zur Wehrgerechtigkeit	
7.6.Freiwilliger Kurzdienst statt Wehrpflicht	
7.7.Getrennte Wehrpflicht-Fachtagungen der Koalitionspartner	
7.8.Parlamentbeteiligungsgesetz - "Entsendegesetz"	
7.9.Zweischneidiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Januar 2005	
7.10.Streitkräftereserveneuordnungsgesetz	
7.11.Grüne Haltung zu Rüstungsfragen: Raketenabwehrsystem MEADS	
7.12.Plötzlich Neuwahlen: Was passierte mit der geplanten Überprüfung der Wehrform?	
8.Fazit	
VI. Personalpolitik und interne Strukturen	
I.Joschka Fischer	
2.Ludger Volmer	
3.Kerstin Müller	
4.Bewertung	
5.Strukturprobleme der Grünen	
6.Fazit	
VII.Verhalten der Rot-Grünen Bundesregierung vor und während Konflikt- und Kriegssituation	
I.Der Kosovokrieg	
I.I.Der Amtsantritt von Rot-Grün	89
I.2.Vom Amtsantritt zum Kriegsanfang	
1.3.Der Kosovo-Krieg und seine Darstellung	
I.4.Der Weg aus dem Krieg	
2.Die Mazedonien-Einsätze	
2.1.Die Operation ESSENTIAL HARVEST	
2.2.Das Rahmenabkommen von Ohrid	
2.3.Die Operation AMBER FOX	
2.4.Die Operation ALLIED HARMONY	
2.5.Die Operation CONCORDIA	
2.6.Die Operation EUPOL PROXIMA	
2.7. Fazit	
	1 1 1

3.Die Irak-Debatte	.112
3. I.Der Irak als Wahlkampfthema	.112
3.2.Die Bundesregierung zwischen Konsequenz und Bündnistreue	.113
3.3.Fazit	.114
4.Fazit	.115
VIII. Deutsche Außenpolitik im Zeichen von Geschichte	.119
I.Politische Lehren aus der deutschen Geschichte	.119
I.I.,,Nie wieder Krieg!" – Kriegsmüdigkeit im Nachkriegsdeutschland	.119
I.2.Die Zivilmacht Deutschland im Kalten Krieg	. 1 20
I.3.Das wiedervereinigte Deutschland	.121
2.Die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg 1999	.122
2.1.Der Weg zum Bundeswehr-Einsatz	.122
2.2.Geschichtspolitische Dimension der Debatte	.123
3.Fazit	. 1 25
IX. Wandel von Definitionen und Stellenwert von Friedenspolitik in der Partei und der grünen	
Öffentlichkeit unter dem Eindruck der ver- schiedenen Konflikte	.127
X.Empfehlungen an die Grünen und an die Grüne Jugend	.131
I.Empfehlungen an Bündnis 90/Die Grünen	.131
2.Empfehlungen an die Grüne Jugend:	.136
XI. Anhang	.137
I.Fragenregister	.137
2.Glossar	.139

I. Einleitung

31 Fragen hat die Grüne Jugend ihrer Friedenspolitischen Kommission Mitte 2006 mit auf den Weg gegeben. Diese Fragen erstrecken sich quer über alle friedens- und sicherheitspolitischen Aspekte grüner Politik: von europäischer Sicherheitspolitik bis zu ziviler Krisenprävention, von Wehrpflichtdebatten bis zu Auslandseinsätzen. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie Antworten zur Regierungszeit von Bündnis 90/Die Grünen erwarten. Der Bericht der friedenspolitischen Kommission der Grünen Jugend zieht also erstmals eine Bilanz über eines der am härtesten debattierten Politikfelder der Jahre 1998-2005.

Die Kommission wurde beauftragt, ein größtmögliches Maß an fundierter fachpolitischer Arbeit zu leisten. Ein wissenschaftlicher Bericht wurde nicht explizit eingefordert, doch die Mitglieder der Kommission haben sich um einen wissenschaftlichen Stil und korrekte Quellenangaben sehr bemüht. Diesem Anspruch wird der vorliegende Bericht gerecht.

Die Friedenspolitische Kommission wendet sich mit ihrem Abschlussbericht zunächst an ihre Auftraggeber: an die Mitglieder der Grünen Jugend. Sie hofft, dass der Bericht dazu beiträgt besonders auch den jüngeren Mitgliedern einen Eindruck der jüngeren bündnisgrünen Geschichte zu verschaffen. Auch wenn der Bericht nicht alle Aspekte der grünen Friedens- und Sicherheitspolitik der Jahre 1998-2005 beleuchten kann, dürfte er dennoch als gutes Nachschlagewerk sowie als Orientierungshilfe im Umgang mit künftigen grünen Regierungsentscheidungen fungieren.

Zweitens wendet sich die Friedenspolitische Kommission der Grünen Jugend mit diesem Bericht an die Grüne Partei. Nur eine selbstkritische politische Aufarbeitung der vergangenen Regierungszeit kann nach Meinung der Kommission dazu führen, dass in der Zukunft gute Entscheidungen in der Friedenspolitik getroffen werden. Die Kommission hofft, dass ihr Bericht eine ideologiefreie Debatte über vergangene und künftige grüne Politik in diesem Politikfeld anstoßen kann.

Drittens hofft die Kommission, dass ihr Bericht auch von der Offentlichkeit wahrgenommen wird und eine gesellschaftliche, überparteiliche Debatte um Fragen wie "Krieg und Frieden" anstoßen kann.

Der Komissionsbericht beginnt mit einem Kurzbericht, der die Ergebnisse der einzelnen Artikel des Manuskriptes zusammenfasst. Anschließend folgenden die ausführlichen Einzeltexte der AutorInnen. Über ihre Aufgabenverteilung und Strukturierung durfte die Kommission selbst bestimmen. Sie hat sich schließlich darauf verständigt, die Fragen thematisch zu sortieren und in einem jeweils längeren Text mehrere Fragen zu beantworten. Hieran schließen sich direkt die friedenspolitischen Empfehlungen der Kommission an die Partei und die Grüne Jugend an. Schließlich finden die Leserinnen und Leser im Anschluss an den Bericht ein Fragenregister, wo sie nachschlagen können, an welcher Stelle eine Antwort auf die jeweiligen Fragen des Beschlusses vom Bundeskongress in Jena 2006 gegeben wird. Zudem findet sich am Anfang des Werkes ein Abkürzungsverzeichnis sowie am Ende ein Glossar mit wichtigen Begriffen. Diese sind im laufenden Text mit einem →Pfeil gekennzeichnet.

In den einzelnen Beiträgen werden folgende Themen behandelt:

Matthi Bolte geht der Frage nach, welche Veränderungen die grünen Parteiprogramme vor dem Hintergrund der Regierungsbeteiligung durchgemacht haben und welche Forderungen die Grünen in den Koalitionsverträgen verankern konnten. Neben einer klassischen Inhaltsanalyse der Programme und Koalitionsverträge von 1998 und 2002 wird auch der Rückbezug zu den grünen Grundsatzprogrammen und der jeweiligen politischen Umwelt hergestellt.

Der von **Linda Michalek** verfasste Aufsatz stellt die Frage in den Mittelpunkt, inwieweit unter grüner Regierungsbeteiligung auf eine friedlicher, ziviler gestaltete internationale Außen- und Sicherheitspolitik hingewirkt wurde. Um die Leitfrage zu beantworten, begibt sich der Text von verschiedenen Seiten an diesen Themenkomplex heran. Zivile Infrastruktur, das Verhalten in und gegenüber internationalen Institutionen, Abrüstung und Rüstungskontrollpolitik bilden dabei die Untersuchungsgegenstände.

Maria Klindworth hat sich in ihrem Beitrag mit den Bemühungen der Grünen zur Bundeswehrtransformation befasst und dabei einen Schwerpunkt beim Thema "Abschaffung der Wehrplicht" gesetzt. Chronologisch hat sie dabei die verschiedenen Ereignisse der rot-grünen Regierungszeit unter den zwei Verteidigungsministern Scharping und Struck untersucht und besonders das Verhalten der grünen SpitzenpolitikerInnen herausgearbeitet.

Mit der Personalpolitik der rot-grünen Regierungszeit beschäftigt sich erneut **Matthi Bolte.** Seine Analyse versucht den Hintergrund der Entscheidung für bestimmte Personen in den politischen Spitzenämtern zu beleuchten, ohne dabei einer undifferenzierten SpitzenpolitikerInnen-Kritik zu verfallen. Diskutiert werden in Boltes Text ebenso die politischen Strukturen der Grünen und die Rückkopplung der richtungsweisenden Entscheidungen zwischen Partei, Bundestagsfraktion und Bundesregierung.

Im Teil "Verhalten der rot-grünen Bundesregierung vor und während Konflikt- und Kriegssituationen" gehen **Laura Appeltshauser** und **Sarah Mayer** auf den Umgang der rot-grünen PolitikerInnen mit den Herausforderungen auf internationalem Parkett ein. Anhand der Einsätze im →Kosovo, Mazedonien und dem Vorlauf zum Irak-Krieg wird herausgearbeitet, wo die deutsche Diplomatie Initiativen ergreifen konnte und das rot-grüne Vorgehen zu zivilen und präventiven Ansätzen beitragen konnte.

Arvid Bell widmet sich dem Stellenwert deutscher Geschichte in der grünen Außenpolitik am Beispiel der Kosovodebatte im Spannungsfeld von "Nie wieder Krieg" und "Nie wieder Auschwitz". Hierbei werden sowohl die Konzeption der "Zivilmacht" Deutschland als auch deren Wandel und die Rolle der Grünen 1999 thematisiert.

Davon getrennt betrachtet **Arvid Bell** abschließend als Querschnittsthema den Wandel von Definitionen und den Stellenwert von Friedenspolitik in der Partei und der "grünen" Öffentlichkeit unter dem Eindruck der verschiedenen Konflikte.

II. Kurzbericht

In der einführenden vergleichenden Untersuchung **grüner Wahlprogramme und rot-grüner Koalitionsverträge** 1998 und 2002 konnte ein deutlicher Wandel der jeweiligen grünen Programme ausgemacht werden (Kapitel III). Dieser Wandel war geprägt von den grünen Bemühungen, unter dem Eindruck mangelnder Geschlossenheit nach dem Bundesparteitag von Magdeburg und besonders vor dem Hintergrund der intensiven Debatte um die deutsche Beteiligung an den Kriegen im →Kosovo und in Afghanistan nach außen Geschlossenheit und Regierungsfähigkeit zu demonstrieren.

Die Folge war eine friedenspolitische Aufstellung, die durch ihre massive Konsensorientierung zwar kaum Raum für Konflikte lieferte, aber auch kaum eine deutliche Abgrenzung von der Außenpolitik anderer Parteien ermöglichte. In den Koalitionsverträgen lassen sich dennoch zahlreiche von Bündnis 90/Die Grünen durchgesetzte Vorhaben finden, auch wenn es den Grünen im Bereich der Friedenspolitik nicht gelang, Kernstücke ihrer Programmatik, wie die Abschaffung der Wehrpflicht und die Zurückdrängung der →NATO, zu verankern; genauso wenig konnte die Reform der Vereinten Nationen vorangetrieben werden. Kernerfolge sind demgegenüber die Begrenzung und Reglementierung von Rüstungsexporten sowie substanzielle Fortschritte in der Ermöglichung ziviler Konfliktprävention und der Förderung von Friedensforschung.

Das "Primat des Zivilen" und ein damit verbundenes ganzheitliches Strategiekonzept sind nicht vollends verwirklicht worden (Kapitel IV). Für eine zukünftige Regierungsbeteiligung sollte ein solches "knackiges" Gesamtkonzept entworfen werden. Dabei kann an die durch den Aktionsplan in Gang gebrachten Entwicklungen angeknüpft werden. Gute Ideen und Initiativen könnten mit der richtigen Mittelausstattung effektiv nach vorne gebracht werden. Die adäquate Budgetierung für zivile, präventiv-orientierte Friedenspolitik ist dabei sowohl wichtigste als auch schwierigste Aufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Weiter vorangeschrittene und erfolgreicher werdende Konzepte im internationalen Bereich, sollten als Vorbilder herangezogen werden.

Im europäischen Rahmen muss leider festgestellt werden, dass Joschka Fischer nicht die erwartete innovative Rolle als ziviler Vorreiter für Deutschland beansprucht hat. Letztlich sind erst durch den Aktionsplan und seine Umsetzung einige innovative Elemente eingeführt worden, dem Niveau der internationalen Pioniere konnte sich Deutschland noch nicht anpassen. Da eine völlige Verhinderung einer stärkeren Militarisierung der →ESVP nicht mehr möglich erschien, hätte es Ziel der Grünen werden müssen, die Einbindung – besser: Untergliederung – des Militärs in ein zivilorientiertes Gesamtkonzept anzustreben. Hier ist ein konzeptionalisiertes Vorgehen in Zukunft erstrebenswert.

Im Rahmen der \rightarrow UN kann der Schluss gezogen werden, dass weniger Gewicht auf einen deutschen UN-Sitz, dafür aber mehr Unterstützung für den \rightarrow Brahimi-Bericht angebracht gewesen wären. Die dort angestoßenen Reformen der UN-Struktur sind optimal geeignet, um die zivile Komponente auch im Rahmen von UN-Einsätzen zu stärken. Grüne Vorstellungen hätten gut dort angedockt werden können. Positiv erwähnt sei hier die Schaffung des Stabilitätspakts und die prinzipiell hohe Unterstützung für die \rightarrow OSZE. Diese multilateralen Institutionen sollten weiter nach Kräften gefördert werden. An dieser Stelle muss jedoch auch die Kritik ansetzen: Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf die Unterstützung der internationalen Institutionen mit Friedenskräften und entsprechenden Mitteln gehen leider weit auseinander.

Auf dem Gebiet der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung muss die deutsche Rolle äußerst kritisch betrachtet werden. Verschiedene Gründe können als Erklärung für ein solches Verhalten der rotgrünen Bundesregierung herangezogen werden. Fakt bleibt jedoch, dass die Militarisierung Deutschlands und der internationalen Akteurlnnen – konträr zu grünen Vorstellungen – nicht verhindert wurde. Eine stetig kritische Rolle gegenüber (US-amerikanischer) Aufrüstung ist geboten. Im Bereich der deutschen Rüstungspolitik ist der jährliche Rüstungskontrollbericht ein guter Anfang. Er muss ständig transparenter gestaltet werden und immer strengere Maßstäbe ansetzten.

Es muss leider immer berücksichtigt werden, dass Grün nur der kleinere Koalitionspartner war. Das Verhältnis beider Partner bewegt sich im Rahmen von 6:1, und haushaltspolitische Abstimmungen aus der Position der Minderheit heraus sind schwer für sich zu gewinnen. Festzuhalten ist, dass die Grünen von der Bevölkerung auf dem Gebiet der Friedenspolitik immer noch als qualifizierteste Partei wahrgenommen werden. Diese Chance muss genutzt werden.

Die Arbeit von Bündnis 90/Die Grünen in Bezug auf die **Rolle der Bundeswehr** und entsprechende Reformbemühungen ist gemischt zu bewerten (Kapitel V). Eine Verkleinerung der Bundeswehr hat in der Zeit von 1998 bis 2005 tatsächlich stattgefunden. Die Zahl der BundeswehrsoldatInnen sank von rund 329.000 (1998) auf 251.000 (2005) SoldatInnen. Die Zahl der Wehrpflichtigen sank analog von rund 160.000 (1998) auf rund 68.000 (2005). Die Grünen hatten mit Ihrer Regierungsbeteilligung also durchaus eine Verkleinerung der Truppenstärke erreicht, wenngleich das Ziel von 200.000 SoldatInnen noch nicht erreicht wurde.

Beim Thema Wehrpflicht kann man die Bemühungen der Grünen als nicht erfolgreich einstufen, da in dieser Frage fast ausschließlich Zugeständnisse an den Koalitionspartner gemacht werden mussten. Nichtsdestotrotz haben die Grünen es aber geschafft, anhand von sehr vielen kleinen Schritten Löcher in die Front der WehrpflichtbefürworterInnen in der SPD zu bohren. Es ist durchaus den Grünen zu verdanken, dass das Thema Wehrpflicht in der SPD nicht unter den Teppich gekehrt wurde, sondern immer wieder auf die politische Agenda kam.

Eine wirkliche Abschaffung der Wehrpflicht, wie es die Grünen gefordert hatten, hätte letztendlich auch deshalb keine Aussicht auf Erfolg gehabt, da dafür eine Änderung des Grundgesetzartikels 12 notwendig gewesen wäre. Für die Änderung oder Abschaffung des Verfassungsartikels wäre aber ein Zweidrittel-Mehrheit erforderlich gewesen, wofür die einfache rot-grüne Mehrheit im Bundestag nicht gereicht hätte. Lediglich eine Aussetzung der Wehrpflicht – wie auch die FDP es gefordert hatte – wäre machbar gewesen.

Der Wehretat wurde während der gesamten Regierungszeit stabil gehalten und schwankte um den Wert von 24 Mrd. €. Obwohl eine Erhöhung also nicht statt fand, fand gleichzeitig aber auch keine Verkleinerung des Bundeswehretats statt, obwohl die Truppenstärke bis 2005 um rund 80.000 SoldatInnen zurückgegangen war. Eine Erklärung für den weiterhin stabilen Etat könnten die Ereignisse rund um den →II. September 2001 liefern. Diese und die auch daraus folgenden Auslandseinsätze haben möglicherweise eine weitere Verringerung des Etats verhindert.

Die Bundeswehr hat sich in der Zeit von 1998 bis 2005 stark gewandelt. Auch die Grünen haben inzwischen die Bundeswehr als Interventionsarmee mit Einschränkungen akzeptiert, wenngleich die Zustimmung zu dem entsprechenden Antrag nur unter "großen Schmerzen" zustande kam. Auch der Einsatz im Kosovo-Krieg bedeutete für die Partei einen schmerzhaften Prozess, dem viele

Austritte – auch von prominenten Grünen – folgten. Unter Rot-Grün hat die Bundeswehr den Wandel von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer Armee, die multilateral in Kriegsverhütungs- und Kriseneindämmungseinsätze eingebunden ist, fortgesetzt. Dabei ist die Bundeswehr aber auch wieder vom Rand ins Zentrum der Debatten und der Politik gerückt.

Eine Betrachtung grüner Personalpolitik und internen Strukturen förderte die große personelle Diskontinuität zu Tage (Kapitel VI). Diese ist sowohl auf Seiten der Regierung bei den Staatssekretärlnnen und innerhalb der Ministerialbürokratie festzustellen, aber auch in der Bundestagsfraktion, in der das für Friedenspolitik maßgebliche Personal in den sieben Jahren der grünen Regierungsbeteiligung nahezu vollständig wechselte. Ebenfalls lässt sich attestieren, dass insgesamt die Generation, die in der Aufstiegsphase der Grünen dominierte, bevorzugt die Spitzenämter einnahm und die FachpolitikerInnen sich eher auf der Arbeitsebene engagieren mussten. Die Parteistrukturen verhindern die Herausbildung eines eindeutigen strategischen und machtpolitischen Zentrums. Dies ist jedoch so beabsichtigt und als grünes Prinzip fest verankert. Die Grünen sind sich im Klaren über ihre strukturellen Defizite und billigen diese als Preis der innerparteilichen Demokratie.

Die Analyse des Verhaltens der rot-grünen Bundesregierung vor und während Konfliktund Kriegssituationen berücksichtigt gleichermaßen externe Herausforderungen und interne Lösungsstrategien und Widersprüche (Kapitel VII).

Direkt mit ihrer Wahl im September 1998 sah sich die rot-grüne Bundesregierung mit einer ernstzunehmenden Krise im Kosovo konfrontiert. Sie war einem nicht zu unterschätzenden Druck von Seiten der internationalen Gemeinschaft ausgesetzt, außerdem musste sie die Vorgaben der Vorgängerregierung beachten sowie den Bundestagsbeschluss durch den alten Bundestag im Oktober 1998.

Rot-Grün war zu diesem Zeitpunkt überfordert, es gelang nicht, eigene diplomatische Initiativen zu starten. Es waren keine Brüche mit der schwarz-gelben Vorgängerregierung zu erkennen, obwohl gerade die Grünen mit einem außenpolitischen Wandel in den Wahlkampf gegangen waren, unter anderem mit der Abschaffung der NATO. Erst später, und als es schon zu spät war, gelang es der Bundesregierung, mit dem Fischer-Plan und dem →Kosovo-Stabilitätsplan eigenständig zu handeln, wo sie dann auch durchaus eine vermittelnde Rolle einnehmen konnte.

Die zivilen sowie präventiven Deeskalations-Bemühungen der Bundesregierung traten schließlich bei den Mazedonien-Einsätzen positiv zu Tage. Gerade im Falle Mazedoniens handelte Deutschland als Partner der internationalen Gemeinschaft eingebunden in internationale Organisationen. Die hohe Sensibilisierung von UN, NATO und →EU für das Konfliktpotenzial und den drohenden Ausbruch eines dritten Balkankrieges führte dazu, dass die internationale Gemeinschaft eine gemeinsame Deeskalationsstrategie entwickelte, die eng mit allen beteiligten Konfliktparteien und Gruppierungen abgestimmt war und vor allem unparteilich war. Parallel zum Einsatz von Truppen wurde Mazedonien in die internationale Gemeinschaft eingebunden; symbolische hierfür steht das →SAA. Beim Kosovo gelang dies Schröder und Fischer erst, als der Krieg schon im vollen Gange war, davor hatten sie – gerade was das deutsche Engagement bei der OSZE-Mission betrifft – viel zu wenig geleistet. Beim Irak dagegen war eine systematische, multilaterale Absprache relativ früh zugunsten einer klaren, ja sogar polemisierenden Absage aufgegeben worden.

Während des Kosovo-Kriegs, aber auch im Falle des Irak war die rot-grüne Regierung einem massiven öffentlichen Druck ausgesetzt. Besonders aufgrund der Regierungsbeteiligung der Grünen mit ihren pazifistischen Wurzeln brauchte Rot-Grün gute Gründe für ihr Handeln. Der Vorwurf vieler KriegsgegnerInnen, der Vertrag von Rambouillet sei eine "Lüge" gewesen, stimmt aus Sicht der AutorInnen nicht. In mehreren anderen Fällen sind der rot-grünen Regierung allerdings gravierende Fehler vorzuwerfen. Besonders ist dabei die Informationspolitik vor und während des Kosovo-Krieges zu nennen, die mangelnde Information des Bundestags, das Verbreiten falscher oder höchst zweifelhafter Informationen. Beispielsweise seien hier nur das Massaker von Racak und der Hufeisenplan genannt. Der Kosovo-Einsatz sollte mit einer Übermoralisierung und Dramatisierung der Lage legitimiert werden.

Auch vor dem Irak-Krieg war gerade bei Gerhard Schröder eine starke moralisierende Argumentation auszumachen. Doch ist ihm hier eher zu unterstellen, dass er mit seinem Rückgriff auf Pazifismus einerseits und einen "deutschen Weg" andererseits möglichst breite WählerInnenschichten mobilisieren wollte. Erst im Nachhinein stellte sich jeweils heraus, dass die Rhetorik rot-grüner PolitikerInnen irreführend und teils falsch war. Auch im Irak ist die Frage berechtigt, inwieweit sich jetzt Deutschland wirklich aus dem Krieg herausgehalten hat, oder ob es sich nicht vielmehr um eine indirekte Unterstützung handelte. Der Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien hingegen wurde zwar auch durch einen Appell an moralische Grundsätze legitimiert, jedoch handelte es sich um eine qualitativ völlig andere Situation: Kampfhandlungen waren ausdrücklich nicht vorgesehen, es galt, einen Krieg zu verhindern und gemeinsam mit den Konfliktgruppen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft eine Vision für die Zukunft für Mazedonien, mithin des ganzen Balkans zu entwickeln (so wurde das SAA tatsächlich zum Modell für andere Balkan-Länder). Dies konnte nur in gleichberechtigter Partnerschaft und freilich auf Basis des →Völkerrechts gelingen.

Die rot-grüne Außenpolitik ist **im Zeichen deutscher Geschichte** gemischt zu bewerten, wie auch einige fragwürdige historische Vergleiche in der Debatte über den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr gezogen wurden (Kapitel VIII). So wurde von Seiten der BefürworterInnen eine Interpretation deutscher Geschichte vorgenommen, die auch vor dem Hintergrund einer Abwägung zu betrachten ist, wie eine Mehrheit der Bevölkerung für den Krieg gewonnen werden konnte, der eine bedeutende Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte darstellt. Gerade für eine Partei, die auch pazifistische Wurzeln hat, ist dieser Aspekt relevant.

Eine Debattenkultur jedoch, die auch für PazifistInnen Respekt zollt, war gerade im Fall Kosovokrieg grünintern oft nicht zu spüren: So hatte Außenminister Fischer Parallelen zwischen dem nationalsozialistischen Massenmord und der Situation auf dem Balkan gezogen und aus einem "Nie wieder Auschwitz" eine militärische Interventionspflicht abgeleitet. Wer sich aber dem Vorwurf ausgesetzt sieht, ein "Nichtstun" angesichts der Situation im Kosovo sei vergleichbar mit dem Wegschauen von Millionen Deutscher bei der Deportation und Vernichtung von Juden im Dritten Reich, der sieht sich der moralischen Grundlage für seine pazifistische Position beraubt. Dieser Effekt dürfte durchaus politisch einkalkuliert gewesen sein. Hinzu kam, dass mit den Grünen ausgerechnet jene Partei regierte, die sich zumindest in Teilen als "parlamentarischer Arm" der Friedensbewegung verstanden hatte. Diese Rolle konnten sie nun nicht mehr, wie zuvor in der Opposition, wahrnehmen, sodass es der deutschen Friedensbewegung weitaus schwerer fiel, ihre Argumente gegen den Krieg in der Öffentlichkeit zu verankern.

Vergleicht man die internationale Rolle Deutschlands heute mit jener aus der Zeit vor dem Kosovokrieg, stellt man gewaltige Unterschiede fest. Militärische Präsenz in verschiedensten Ländern, im Rahmen von UN-mandatierten friedenssichernden Maßnahmen, aber auch im Rahmen völkerrechtlich fragwürdiger Operationen wie \rightarrow "Enduring Freedom", scheint zu einem selbstverständlichen Pfeiler deutscher Außenpolitik geworden zu sein. Dieser historische Wandel deutscher Außenpolitik ist auch ein Erbe rot-grüner Regierungszeit.

Was den Wandel von Definitionen und Stellenwert von Friedenspolitik in der Partei und der grünen Öffentlichkeit unter dem Eindruck der verschiedenen Konflikte betrifft, den die Kommission als Querschnittsthema untersuchen sollte, liefert eine Analyse eher verschiedene Bausteine einer Neuordnung, als eine rote Linie (Kapitel IX). Der "Wandel", der sich auf den Parteitagen zu Kosovo und Afghanistan 1999 und 2001 vollzieht, ist dabei radikaler, als die programmatische Neuorientierung der Grünen im Grundsatzprogramm 2002. Das dort formulierte Grundverständnis bündnisgrüner Außenpolitik konnte allerdings keinen großen Einfluss auf strukturelle Änderungen in der Regierungspraxis finden. In dieser fehlten sowohl eine kohärente Strategie als auch ein nachhaltiges Verfolgen krisenpräventiver Ideen als ressortübergreifendes Leitbild. Ein Pluspunkt ist hingegen die Tradition der Grünen, auch schwierige und kontroverse Debatten stellvertretend für die Gesellschaft zu führen.

Welche Konsequenzen sich hieraus ergeben, sind im Kapitel "Empfehlungen" zu finden.

III. Der weite Weg von Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen

Matthi Bolte

Die Inhalte der grünen Programmatik und ihre Umsetzung in den rot-grünen Koalitionsverträgen zu untersuchen, gestaltet sich zweifelsfrei schwieriger, als der ursprüngliche Plan einer reinen Inhaltsanalyse nach sozialwissenschaftlicher Methodik erahnen ließ. Denn sicherlich ist es interessant, dass in den außenpolitischen Kapiteln der Begriff "Frieden" im Wahlprogramm von 1998 34-mal vorkommt, im Programm von 2002 33-mal und in den jeweiligen Koalitionsverträgen 15- beziehungsweise 20-mal. Aber Regierungsprogramme werden nicht gemacht, um sie peu à peu abzuarbeiten, sondern geben den großen Rahmen vor, in dem regiert wird.

Dieser Aufsatz beschäftigt sich also eher mit dem Anspruch der Grünen und den Veränderungen, denen diese Ansprüche unterlagen. Zugrunde gelegt wird die auch eigene Erfahrung, dass zwischen Programm und Politik immer eine Diskrepanz besteht. Dies mag manche allzu starke Diskrepanz relativieren, andererseits aber vermag diese Annahme eine Untersuchung grüner Programme erst auf die Füße zu stellen.

I. Wahljahr 1998

I.I. Programm und Kurzprogramm

Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998¹ wurde im März 1998 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Magdeburg beschlossen. Beim Magdeburger Programm muss die "über viele Jahre gewachsene Tradition radikaler programmatischer Forderungen"² berücksichtigt werden. Nicht nur der inzwischen in Parteikreisen berüchtigte Fünf-Mark-Beschluss, sondern auch die Ablehnung des SFOR-Einsatzes, die Forderung nach einer perspektivischen Abschaffung der Bundeswehr oder dem Ende der →NATO brachten jedoch der grünen Partei, die nun erstmals nicht mehr nach visionären Forderungen, sondern nach einem Programm für eine realistisch erreichbare Regierungsbeteiligung gefragt wurde, erhebliche Verluste in den Umfragen.

Unter diesen Umständen sah sich die Partei- und Fraktionsführung zu einer ungewöhnlichen Rettungsaktion bemüßigt. Der →Länderrat von Bad Godesberg beschloss im Juni 1998 mit einem "Kurzprogramm"³ eine Art Neufassung des basisdemokratisch beschlossenen Magdeburger Programms. Die Maximalforderungen waren hierin weitgehend eliminiert oder zumindest durch gemäßigte Formulierungen ersetzt. Explizit erstmals genannt wurde der Begriff der "außenpolitischen Kontinuität" (15). Diese Begrifflichkeit ist insofern bemerkenswert, als dass sie ein deutliches Zugehen auf den möglichen Koalitionspartner SPD bedeutete, der sich der Tradition außenpolitischer Kontinuität verpflichtet sieht. Zum anderen war die bewusst traditionelle Außenpolitik auch eine Abkehr vom visionären Anspruch des Magdeburger Programms.

Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) 1998: Grün ist der Wechsel – Programm zur Bundestagswahl 98. Bonn.

² Poguntke, Thomas 1999: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD? In: Niedermayer, Oskar: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske und Budrich. S. 86.

Bündnis 90/Die Grünen 1998: Neue Mehrheiten nur mit uns. 1998-2002 Vier Jahre für einen politischen Neuanfang. Kurzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bundestagswahl 98 Beschluss des Länderrates vom 7. Juni 1998 in Bonn-Bad Godesberg.

1.2. Koalitionsverhandlungen

Der außerordentlich zügige Abschluss der Regierungsbildung 1998⁴ lässt konfliktarme Koalitionsverhandlungen vermuten. Das Wahlergebnis mit 40,9 % für die SPD und 6,7 % für die Grünen schuf die Grundlage, die Gerhard Schröder mit Zeitdruck und der Warnung vor überzogenen Forderungen ergänzte und somit die Verhandlungsposition der Grünen insgesamt schwächte⁵.

Jürgen Trittin kommentierte bereits den Beginn der Verhandlungen zur Regierungsbildung dahingehend, dass, der Druck enorm ist und dass dieser Druck dazu führen wird, dass es eine [Rot-Grüne Koalition] geben wird". So verliefen die Verhandlungen insgesamt recht geräuschlos. Den größten öffentlichen Dissens gab es nicht um die politischen Inhalte, wohl weil "nur die Grünen mit eigenen politischen Reformprojekten in die Koalitionsverhandlungen gegangen waren und sich die SPD ... lediglich auf das Abblocken und Aufweichen grüner Vorschläge konzentriert hatte"⁷. Ähnlich erlebte auch Joschka Fischer die Verhandlungen, in denen er beobachtete, "dass zwei sozialdemokratische Parteien auf der anderen Seite des Verhandlungstisches saßen"⁸, nämlich eine "Lafontaine-SPD"⁹ und eine "Schröder-SPD".

Vergleich von Wahlprogramm und Koalitionsvertrag

Grundwerte der Außenpolitik

Die Präambel des Programms "Grün ist der Wechsel" ging nur knapp auf das Thema internationale Politik ein und verortete Friedenspolitik im Kontext von Nachhaltigkeit als globaler Aufgabe. Gefordert wurde an dieser Stelle die Abschaffung der Wehrpflicht, die Reduktion von Militärausgaben und der Verzicht auf neue Waffensysteme (10).

Die Grundannahmen des Kapitels "Außenpolitischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert" Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998 stellten die Globalisierung in den Mittelpunkt der Überlegungen zur internationalen Politik: "Die Globalisierung ist die große Herausforderung für die Außenpolitik" (133). In ihren Leitbildern orientierte sich grüne Außenpolitik an "der universalen Gültigkeit der Menschenrechte, der machtpolitischen Selbstbeschränkung und internationalen Einbindung, einer ökologisch- solidarischen Weltwirtschaftsordnung, Zivilisierung und Entmilitärisierung der internationalen Politik" (134).

Im Koalitionsvertrag klang der Auftakt des Kapitels zur Außenpolitik gleichsam vielversprechend wie vollmundig: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" (43) wurde als zentrales Ziel vereinbart. Die Vertiefung der europäischen Integration und die gesamteuropäische Sicherheitszusammenarbeit in der \rightarrow OSZE wurden dabei als Grundlinien betrachtet, als Grundlagen betrachtete die Koalition das →Völkerrecht, die Menschenrechte und den Wert des Gewaltverzichts.

Zwischen der Wahl am 30. September und der Vereidigung der Regierung am 27. Oktober vergingen nur 30 Tage, im Vergleich dazu dauerte dieser Zeitraum 1987 46, 1990 47 und 1994 32 Tage.

⁵ Bergmann, Kristin 1999. Regierungsbildung 1998: Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30, S. 316-325. S. 317.

Gaus, Bettina 1998: "Wenn Rot-Grün, dann für vier Jahre". In: taz 30.9.1998.

Rosa- Luxemburg- Stiftung 2002: Koalitionsvertrag abgesegnet, Parteiführung geköpft. URL: http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3741&type=0&ftu=98b7bdeaf9 (31.01.2008).

Fischer, Joschka 2007: Die Rot-Grünen Jahre – vom Kosovo bis zum II. September. Köln: Kiepenheuer&Witsch. S. 59.

Ebd.

Vergleich

Der deutsche Gestaltungsanspruch wurde im Koalitionsvertrag stärker betont als in den Grundwerten der Partei, dort wurde noch Selbstbeschränkung angemahnt. Völkerrecht, Menschenrechte und Gewaltverzicht waren konsensuale Grundlinien. Die Globalisierung wurde nicht genannt, dafür aber die europäische Integration und die Zusammenarbeit in Bündnissen.

1.3.2. Reform der Vereinten Nationen und internationale Militäreinsätze

Den ersten großen Themenkomplex im **Programm** zur Bundestagswahl 1998 bildete die Reform der Vereinten Nationen. Diese zentrale Stellung im Programm lässt sich aus der starken Veränderung der →UN im Verlauf der 1990er Jahre herleiten. Einerseits stieg die Zahl der Blauhelmeinsätze massiv an, wodurch die UN die ihr zugedachte Rolle der globalen Konfliktlöserin nach dem Ende des Kalten Krieges einzunehmen suchte, andererseits stieg aber auch die Zahl der Beispiele, in denen die Missionen der Vereinten Nationen fehlschlugen. Im Übrigen nahm auch das Gewicht Deutschlands als Akteur innerhalb der →UN zu, und schließlich stellte sich auch nach der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu →Out-of-Area-Einsätzen 1994¹⁰ die Frage der deutschen Rolle innerhalb der internationalen Konfliktregulierung stärker denn je zuvor¹¹.

Die Grünen sahen 1998 in den "Vereinten Nationen die wichtigste Ebene zur Lösung globaler Probleme" (134). Vor dem Hintergrund der Herausforderungen sollte das Ziel sein, eine UN-Reform mit dem Ziel "die Vereinten Nationen politisch und finanziell zu stärken und zu einer handlungsfähigen Instanz für die Lösung internationaler Probleme auszubauen" (ebd.). Explizit zurückgewiesen wurde die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im →Sicherheitsrat (135).

Die Frage militärischer Einsätze der Bundeswehr wurde im Programm zur Wahl 1998 unter verschiedenen Aspekten des Programmtextes behandelt. Der im Programmentwurf eingebrachte Absatz zu dieser Thematik erfuhr "eine radikale Kürzung … Übrig blieb lediglich die Formulierung, dass man solche ablehne"¹². Diese überraschende Positionierung wurde insbesondere aus dem Lager der Realos – mit den Worten der damaligen Sprecherin Gunda Röstel – als eine "Steilvorlage für Kohl"¹³ gesehen. In der öffentlichen Wahrnehmung noch bedeutsamer als die Veränderungen des Programms war auf dem Magdeburger Parteitag in dieser Hinsicht die Ablehnung eines Antrages zum SFOR-Einsatz, der den Abgeordneten im Bundestag freie Hand bei der Abstimmung über die unbefristete Präsenz deutscher Truppen in Bosnien geben sollte¹⁴.

Programmatisch durchsetzen konnte sich eine Position, die neben der bereits erwähnten allgemeinen Ablehnung militärischer Friedenserzwingung feststellte: "Aktives Eingreifen zur Bewahrung des Friedens ist nötig, aber nicht immer erfolgreich möglich. Dauerhafter Frieden lässt sich nicht militärisch erzwingen" (135). Im gleichen Absatz erklärte sich die Partei allerdings mit friedensbewahrenden Einsätzen nach →Kapitel VI der →UN-Charta einverstanden, sofern die Truppen "weder dem Kommando nationaler Armeen unterstehen noch von Militärbündnissen abhängig sind" (ebd.).

Im Sinne dieser Grundannahme stand die Forderung nach einer speziellen Einheit von UN und

Lemke, Christiane 2000: Internationale Beziehungen : Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. München/Wien: Oldenbourg. S. 188f.

¹⁰ BVerfGE 90, 286

¹² Schmuck-Soldan, Steffen 2003: Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen – Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000. Diss.: Berlin. S. 166.

Beste, Ralf 1998: Wirbel um neues Wahlprogramm: Grüne lehnen Bosnien-Einsatz ab. In: Berliner Zeitung 09.03.1998.

¹⁴ Für eine ausführliche Schilderung vgl. Schmuck Soldan 2003: Pazifismus bei Bündnis90/Die Grünen. S. 163-173).

OSZE, die lediglich zum Selbstschutz bewaffnet und aus Polizei, Zoll, Bundesgrenzschutz, umgeschulten SoldatInnen und Friedensfachkräften bestehen sollte. Die Aufgabe dieser Einheit sollte in polizeilichen Maßnahmen bestehen. Die restriktive Entsendungspolitik der Grünen kann auch für diese Einheit festgestellt werden (148).

Im Koalitionsvertrag wurden die Vereinten Nationen an weniger prominenter Stelle behandelt. In den Vereinten Nationen wurde "die wichtigste Ebene zur Lösung globaler Probleme" (46) gesehen. Die Bundesregierung verständigte sich daher auf eine politische und finanzielle Stärkung der UN. Zur Verbesserung internationaler →Peacekeeping- Missionen wollte die Bundesregierung den Vereinten Nationen stand by forces anbieten. Die Koalitionäre wollten sich "aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu bewahren" (47), verständigten sich jedoch auch auf "die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" (47). Die Bemühungen Deutschlands um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat sollten fortgeführt werden, allerdings unter der Bedingung einer Reform des Gremiums mit stärkerer regionaler Ausgewogenheit und auch nur dann, wenn ein gemeinsamer europäischer Sitz nicht zu erreichen sein sollte.

Vergleich

In der politischen Bewertung der Vereinten Nationen als wichtigste globale Instanz stimmten Programm und Vertrag wörtlich überein, ebenso in der geforderten Stärkung der UN. Wie nicht anders zu erwarten, ergaben sich in Bezug auf internationale Militäreinsätze jedoch Bereiche, in denen die Grünen sich nicht durchsetzen konnten. Die vorgeschlagene gemeinsame Einheit von UN und OSZE wurde im Vertrag mit keiner Silbe erwähnt. Diese innovative und weitgehende Forderung des Magdeburger Programms hatte es im Ubrigen auch nicht einmal ins Kurzprogramm geschafft, sodass ein Zurückstecken in dieser Frage wenig überraschend ist. Die grundsätzlich militärkritische Haltung des Wahlprogramms, die jedoch an mancher Stelle von realpolitischen Überlegungen überwogen wurde, mündete schließlich in die Vereinbarung der Beteiligung an Peacekeeping-Missionen. Die SPD hatte dies in ihrem Wahlprogramm¹⁵ deutlich gefordert, sogar den Vereinten Nationen "für friedenssichernde Blauhelm-Einsätze (peacekeeping) ein besonderes Bundeswehr-Kontingent" (46) versprochen. Der Koalitionsvertrag ging nicht auf die Frage ein, ob Peacekeeping-Missionen unter internationalem Kommando stehen sollten oder in einem Verband der jeweiligen nationalen Armeen mit der nationalen Kommandostruktur. Die Stellungnahme zum ständigen Sitz im Sicherheitsrat war zwar eine erkennbare Abweichung von der grünen Position, stellte jedoch einen klassischen Kompromiss zwischen der Ablehnung der Grünen und der sozialdemokratischen Position "Die SPD-geführte Bundesregierung wird eine Einladung, Deutschland als ständiges Mitglied in den Weltsicherheitsrat zu berufen, annehmen" (46) dar.

I.3.3. Menschenrechte weltweit

Als nächster größerer Themenkomplex wurde im **Programm** die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte angesprochen. Die Leitlinien in diesem Zusammenhang lauteten:

"Die Einhaltung der Menschenrechte muss für alle Politikbereiche handlungsleitend sein und darf nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. … Eine umfassende Menschenrechtspolitik muss daher menschenrechtsverletzenden Regimen die Unterstützung entziehen, Menschenrechtsorganisationen , soziale und gewerkschaftliche Bewegungen stärken, die Rechtsstellung von Frauen fördern und sich für soziale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen einsetzen" (136).

_

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.) 1998: "Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit" - SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998. Bonn.

Eine wichtige Rolle im Bereich der Menschenrechtspolitik spielte im Programm von 1998 das Verbot von Rüstungsexporten. Darüber hinaus wurde "eine Stärkung der Europäischen Kommission für Menschenrechte und eine Stärkung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte" (137) gefordert. Diese Forderung wurde allerdings teilweise dadurch relativiert, dass diese Kommission durch das 11. Zusatzprotokoll zur EMRK aus dem Jahr 1994 in den genannten Gerichtshof überführt werden sollte¹⁶.

Im Bereich der Menschenrechtspolitik wurde auch ein konkreter Vorschlag unterbreitet. So sollten zur Verbesserung der Berichterstattung über die Menschenrechtslage der Gastländer in den Botschaften Menschenrechtsreferate eingerichtet werden (137).

Im **Koalitionsvertrag** wurde auf die Menschenrechtspolitik nur außerordentlich kurz eingegangen. Wenig überraschend bekannte sich die neue Bundesregierung zur Gültigkeit der Menschenrechte und zum Einsatz für die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen. Die einzige substanzielle Vereinbarung war die Einrichtung eines unabhängigen Menschenrechtsinstituts in Deutschland (47).

Vergleich

Der Koalitionsvertrag zeigte bereits mit der Kürze der Behandlung von Menschenrechten eine Verschiebung weg von der zentralen Rolle, die diese Thematik im grünen Programm spielte. Das SPD- Programm ging nicht im Detail auf Menschenrechtspolitik ein, sah die Bewahrung der Menschenrechte aber als Grundpfeiler an (43). Die Abweichung des Koalitionsvertrags vom grünen Programm lag demnach darin, dass Menschenrechte nicht mehr als politische Querschnittsaufgabe angesehen werden.

I.3.4. Europapolitik

Das **Wahlprogramm** stellte zwischen Europapolitik und Friedenspolitik insofern eine Brücke her, als dass es davon ausging, dass dem "Rückfall in nationale Machtpolitik … nur mit einer erfolgreichen europäischen Einigung begegnet werden" könnte (138). Demokratie und Subsidiarität wurden dafür als grundlegend erachtet. Gefordert wurde die Ausarbeitung einer Charta der Grundrechte und die "Festlegung gemeinsamer rechtsstaatlicher Prinzipien" (ebd.).

Eine klare Absage wurde an einen "militärischen Arm" der →EU erteilt (139). Hintergrund dieser Aussage war die im Frühjahr 1998 bereits in deutlichen Konturen erkennbare Formierung einer Eingreiftruppe der EU, die in Grundzügen durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam angelegt war und ihre konkrete Ausformung bei den Gipfeln in Köln und Helsinki 1999 erhielt¹⁷. Ebenfalls gefordert wurde die Auflösung der WEU (139).

Die Europapolitik bildete den ersten Themenkomplex des **Koalitionsvertrages**. Im Mittelpunkt der europäischen Einigung sollte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen. Weitere wichtige Ziele waren die Demokratisierung der EU, ihre ökologische Modernisierung und gemeinsame Standards in den Bereichen Umwelt, Soziales und Steuern (43).

In friedens- und menschenrechtspolitischer Hinsicht eine substanzielle Vereinbarung stellte die Erstellung und Implementierung einer Grundrechtscharta dar, die den europäischen Verträgen vorangestellt werden sollte. Die EU sollte institutionell reformiert werden, um die von der neuen

18

¹⁶ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2003: Geschichtlicher Hintergrund, Organisation und Verfahren. URL: http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/058988F1-9EB1-4F0A-BF33-F7BCFE0FEB37/0/GER Infodoc.pdf (31.01.2008).

Kleinert, Peter 1999: Eine Armee für alle Fälle. In: Jungle World 51/1999.

Bundesregierung unterstützte zügige Osterweiterung zu erreichen (44). Die Intensivierung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (dritte Säule) sollte "auf der Grundlage rechtsstaatlicher Grundsätze und in Bindung an völkerrechtliche Prinzipien" (45) intensiviert werden.

Der →GASP wurde ein eigener Absatz der Vereinbarung gewidmet. Ziel der Umsetzung der GASP war, "die Europäische Union auf dem Feld der internationalen Politik handlungsfähig zu machen und die gemeinsame Vertretung europäischer Interessen voranzutreiben" (45). Ebenso vereinbart wurde "die Verstärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" (45), wobei deren konkrete Ausgestaltung gänzlich unbeschrieben blieb. Das Instrumentarium der GASP sollte auch zur friedlichen Konfliktprävention und -bewältigung genutzt werden.

Vergleich

Gemeinsam war dem Programm und dem Koalitionsvertrag, dass beide in der europäischen Konstante der europäischen Friedenssicherung sahen. Akzentverschiebungen zu erkennen: während für die Grünen die Friedenssicherung vorrangige Rolle der Europäischen Union war, dominierten bei der SPD und später auch im Koalitionsvertrag ökonomische Aspekte. Übernommen wurde die Grundrechtscharta. Im Bereich der GASP sind drastische Abweichungen vom grünen Programm zu erkennen. Dies zeigt sich zum einen in der der Vertretung europäischer Interessen im verteidigungspolitischen nach Zusammenhang. Des weiteren kann in der offenbar bewusst unklar gehaltenen Formulierung der Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität durchaus die Hinwendung zur schnellen Eingreiftruppe und einem stärkeren militärischen Auftreten der →EU gesehen werden. Ein eindeutiger Grund ist für diese Abkehr von der grünen Programmatik nicht erkennbar. Die Grünen hatten sich auch im Kurzprogramm (16) von einem militärischen Arm der EU distanziert, auf Seiten der Sozialdemokraten fand sich weder im Wahlprogramm, noch in tagespolitischen Außerungen ein detaillierterer Hinweis auf diese Thematik. Vermutlich standen die Vereinbarungen in Zusammenhang mit den 1999 stattfindenden EU-Gipfeln, wo Deutschland im ersten Halbjahr die →Ratspräsidentschaft übernehmen sollte.

1.3.5. Entmilitarisierung und Zivilisierung

Im **Wahlprogramm** formulierten die Grünen unter dem Stichwort "Entmilitarisierung und Zivilisierung" ihre Erwartungen an die wichtigen internationalen Organisationen. In engem Zusammenhang mit der Europapolitik stand die Rolle Europas innerhalb der NATO beziehungsweise das Zusammenspiel von NATO und OSZE. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden NATO-Osterweiterung kritisierten die Grünen "dass die NATO ihre Rolle zu Lasten der UN und der … OSZE ausweitet, um ihre eigene militärische Dominanz durchzusetzen" (142). Vor dem Hintergrund des damals kritischen Verhältnisses zwischen NATO und Russland über die Zukunft des westlichen Bündnisses formulierten die Grünen in ihrem Programm:

"Wir verfolgen das entgegengesetzte Ziel: Die langfristig angelegte antimilitaristische Strategie von Bündnis 90/ Die Grünen zielt darauf ab, Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen. Sie muss auch die NATO ablösen …" (143).

Diese deutliche Ablösung des Militärbündnisses wurde jedoch gleich relativiert: "Ein einseitiger Austritt Deutschlands aus der NATO ist abzulehnen" (144). Dennoch wurden drastische Veränderungen gefordert, so sollte Deutschland "für eine radikale Abrüstung der NATO eintreten" (145), wobei die nukleare Abrüstung im Mittelpunkt stand, aber auch konventionelle Abrüstung

gefordert wurden. Konkret gefordert wurde der sofortige Abzug aller Atomwaffen vom Gebiet der Nicht-Kernwaffenstaaten, die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und die Festschreibung des Verzichts auf Atomwaffen im Grundgesetz.

Die Grünen sahen in der OSZE den Träger einer langfristigen, gesamteuropäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie. Zentral dafür wäre eine

"Erweiterung der Kompetenzen des Generalsekretariats und des Vorsitzes; die Einrichtung eines politischen Steuerungsausschusses … die Einrichtung einer Sanktionsbehörde und von multinationalen Peace- Keeping- Einheiten unter Leitung der OSZE" (145).

Im **Koalitionsvertrag** erhielten die wichtigsten internationalen Organisationen (NATO, OSZE, UN) jeweils eigene Kapitel. Zusätzlich wurde vereinbart, "die WEU auf der Basis des Amsterdamer Vertrages weiterzuentwickeln" (45). Die EU sollte die OSZE und die Vereinten Nationen gemeinsam stärken.

Das Kapitel zur NATO betonte die Bedeutung des Nordatlantikpakts und insbesondere der USA, die durch "ihre Präsenz in Europa … Voraussetzungen für die Sicherheit auf dem Kontinent" (45) wären. In den Vereinigten Staaten wurde "der wichtigste außereuropäische Partner Deutschlands" (45) gesehen. Um Russland nicht vollständig zu brüskieren, wurde jedoch auch das Verhältnis zu Russland und sein internationaler Stellenwert gewürdigt.

Die Bundesregierung verständigte sich auf eine Vernetzung von NATO, OSZE und UN.

Die OSZE wurde als "unersetzlich" (46) bezeichnet, weshalb sich Rot-Grün für eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung engagieren wollte. Die Organisation sollte Träger internationaler Polizeieinsätze werden, die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen intensivieren und in einer "Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung" (46) mitwirken. Dazu gehörte Friedensforschung, die Ausbildung von Friedensfachkräften und deren Einsatz im Bereich Peacekeeping und →Peacebuilding.

Vergleich

Interessant ist bereits die Anordnung des Koalitionsvertrags. Während im grünen Programm noch das Handeln aller internationaler Organisationen unter dem Entmilitarisierungsvorbehalt stand, erhielt jede Organisation ihren eigenen Absatz und wurde dadurch besonders gewürdigt. Es vermag nun kaum zu überraschen, dass das grüne Programm weder hinsichtlich der Abschaffung der Bundeswehr noch mit der Ablösung der NATO durchgesetzt werden konnte, hatten die Sozialdemokraten doch in ihrem Programm betont: "Die NATO ist ein zentraler Pfeiler unserer Sicherheit". Derartig diametrale Gegensätze sind in einem Koalitionsvertrag nicht vereinbar. Das Abrücken der Grünen von der Magdeburger Maximalposition überrascht genauso wenig vor dem Hintergrund, dass im Kurzprogramm die NATO nicht mehr abgeschafft, sondern nur noch abgerüstet werden sollte (17).

Die starke Betonung der OSZE war klar grüner Verdienst. Die Bemerkung der SPD in ihrem Wahlprogramm, die sich eine "stärkere Rolle für die OSZE" (46) wünschte, ist im Vergleich zur grünen Programmatik, die diese Organisation in den Mittelpunkt zivilisierter internationaler Beziehungen rückte, eher zu vernachlässigen. Somit ist auch erklärlich, dass die gemeinsame Stellungnahme zur OSZE fast wie eine kompakte Zusammenfassung des grünen Wahlprogramms wirkt.

I.3.6. Abrüstung

Im Programm als letzter großer Themenkomplex der Friedenspolitik wurde die Abrüstung

behandelt. Unter der Prämisse "mit der Abrüstung und Entmilitarisierung bei uns anfangen" forderten die Grünen im Programm von 1998, "Rüstungsexporte deutscher Unternehmen in Gebiete außerhalb der EU, der USA und Kanadas zu unterbinden und alle Subventionen von Rüstungsexporten zu beenden" (146). Gefordert wurde auch das Verbot der Landminenproduktion. Offensivwaffen wie der Eurofighter wurden abgelehnt, ebenso zusätzliche Truppenübungsplätze und Großwaffensysteme. Aufgelöst werden sollten die deutschen →Krisenreaktionskräfte und insbesondere das →Kommando Spezialkräfte (KSK).

Die →Transformation der Bundeswehr nahm im Programm von 1998 großen Raum ein. Insgesamt lehnten die Grünen "die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee … ab" (ebd.). Dazu gehörte unter anderem die sofortige Abschaffung der →verteidigungspolitischen Richtlinien in der damals gültigen Fassung von 1992.

Klare Worte fanden die Grünen zur Abschaffung der Wehrpflicht. Dies kann aber nur als erster geforderter Schritt gesehen werden, denn "mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der sofortigen Umstellung auf eine Freiwilligenarmee soll schrittweise der Abbau der Bundeswehr beginnen" (147). Um dieses Ziel kurzfristig zu erreichen forderten die Grünen 1998 die Reduktion der Bundeswehr innerhalb der Wahlperiode auf 150.000 SoldatInnen und damit die Halbierung der Truppenstärke. Ebenfalls im Kontext der Abrüstung erschien die geforderte Initiative "Fünf für den Frieden" (149), im Rahmen derer der Verteidigungshaushalt um jährlich fünf Prozent reduziert und für zivile Programme zur Verfügung gestellt werden sollte.

Alternativ zur Bundeswehr schlugen die Grünen den "Aufbau einer Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung" (148) vor. Dazu gehörte das Konfliktverhütungszentrum der OSZE und ein neu zu schaffendes Zentrum für Gewaltprävention, die Erarbeitung von Deeskalationskonzepten für regionale Konflikte unter Einbeziehung demokratischer Strukturen und lokaler Nichtregierungsorganisationen sowie die Ausbildung von Friedensfachkräften. Dies sollte flankiert werden durch die Förderung der Friedensforschung.

In der **Koalitionsvereinbarung** wurde zur Abrüstung vereinbart, in den KSE- Verhandlungen die Rüstungsobergrenzen deutlich zu senken, im Rahmen internationaler Regime die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu unterbinden und Landminen zu verbieten. Ziel war die "vollständige Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen" (46). Auch zur atomaren Abrüstung sollten Schritte unternommen werden. Auch ein altes Herzstück grüner Programmatik wurde aufgenommen: "In bestimmten Situationen kann ein einseitiger Abrüstungsschritt verantwortbar sein" (46).

Der gemeinsame Absatz zu Bundeswehrreform und Rüstungsexporten war nach dem Abschnitt zur Europäischen Integration der zweitlängste zur Außenpolitik im Koalitionsvertrag. Vereinbart wurde eine Kommission zur Bundeswehrreform, die ihre Arbeit zur Mitte der Legislaturperiode abschließen sollte. Vorher sollte es praktisch keine Veränderungen bei der Bundeswehr geben: "Vor Abschluss der Arbeit der Wehrstrukturkommission werden … keine Sach- und Haushaltsentscheidungen getroffen, die die zu untersuchenden Bereiche wesentlich verändern" (47).

Der →Bundessicherheitsrat sollte gestärkt und neben seiner 1998 auf Rüstungsexporte reduzierten Rolle wieder mehr zur Koordinierung der deutschen Sicherheitspolitik genutzt werden. Rüstungsexporte sollten insgesamt beschränkt werden, indem die militärische Ausstattungshilfe zurückgefahren wurde, während zusätzliche Mittel zur Demokratisierungshilfe bereitgestellt

wurden. Auf europäischer Ebene sollte ein Verhaltenskodex zu Exporten der transnationalen Rüstungsindustrie entwickelt werden, in dem auch der Menschenrechtsstatus der Empfängerländer zu berücksichtigen wäre (47).

Die Bundesregierung vereinbarte für die nationale Ebene, dass der "Rüstungsexport außerhalb der NATO und der EU … restriktiv gehandhabt" (47) werden sollte. Auch hier sollte die Menschenrechtssituation einbezogen werden. Schließlich verständigte sich die Koalition auch auf die Erstellung eines Rüstungsexportberichts.

Vergleich

Die wesentliche Richtungsentscheidung der Bundeswehrreform wurde im Koalitionsvertrag vertagt. Damit wurde auch die Wehrpflichtdebatte, eine der heikelsten Fragen der beiden Koalitionspartner, hinfällig. Die Grünen standen mit ihrer Ablehnung der Wehrpflicht im diametralen Gegensatz zur SPD, die laut ihrem Programm an der Wehrpflicht festhalten wollte (45). Zwischen den Koalitionspartnern herrschte im Grundsatz programmatische Einigkeit über das Ziel der Abrüstung im konventionellen Bereich wie auch bei den Massenvernichtungswaffen. Die Vereinbarungen zu Restriktionen der Rüstungsexporte gingen in ihrem umfassenden Charakter eindeutig auf die Vorschläge der Grünen zurück, auch wenn diese abgeschwächt wurden. Die institutionelle Stärkung des Bundessicherheitsrats ist keinem der beiden Programme zu entnehmen, kann jedoch als logische Folge der Restriktionen bei den Waffenexporten gesehen werden. Der sicherlich schillerndste Erfolg der Grünen betrifft die einseitige Abrüstung. Diese seit jeher zentrale friedenspolitische Forderung fand 1998 den Eingang in den Koalitionsvertrag.

2. Wahljahr 2002

Das Wahljahr 2002 war programmatisch von zwei großen Entscheidungen geprägt. Einerseits musste natürlich ein Programm zur Bundestagswahl verabschiedet werden. Andererseits konnten die Grünen im Frühjahr des Wahljahres ihre fast dreijährige Debatte eines neuen Grundsatzprogramms abschließen.

2.1. Grundsatzprogramm

Das neue Grundsatzprogramm mit dem Titel "Die Zukunft ist Grün"¹⁸ wurde im März 2002 verabschiedet und ersetzte das bis dahin noch gültige Bundesprogramm von 1980¹⁹, das durch den Grundkonsens²⁰, der 1993 im Zuge des Vereinigungsprozesses von Bündnis 90 und der Partei Die Grünen beschlossen worden war. Gewaltfreiheit war im Bundesprogramm als eines der vier Kernprinzipien grüner Politik definiert und genoss unter diesen sogar den wohl höchsten Stellenwert als das Prinzip, das "am schillerndsten … in den Anfangsjahren der grünen Partei"²¹ war. Kriegerische Auseinandersetzungen sollten nach Überzeugung der Urgrünen durch das Konzept der "Sozialen Verteidigung" (17), eine Art kollektiven zivilen Ungehorsams im Falle einer feindlichen Besetzung des Bundesgebiets, die eine rationale Feindesmacht von einem Abmarsch abhalten sollte, überflüssig werden.

Im Mittelpunkt des Absatzes über Gewaltfreiheit im Grundkonsens stand weniger die zwischenstaatliche Auseinandersetzung, sondern vielmehr die Ausübung staatlicher Macht. Die fusionierten Parteien Bündnis 90 und Die Grünen wählten in Sätzen wie "Gebrauch von Macht zur Sicherung der Macht ist Missbrauch" (20) einen eher radikaldemokratischen Zungenschlag. Die

Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) 2002: Die Zukunft ist Grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Berlin.

¹⁹ Die Grünen (Hrsg.) 1980: Das Bundesprogramm. Bonn.

²⁰ Bündnis 90/Die Grünen 1993: Grundkonsens. In: Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) (o.J.): grüne@work: Grüne Regeln.

²¹ Klein, Markus/Falter, Jürgen 2003: Der lange Weg der Grünen. München: Beck. S. 75.

eineinhalb Absätze über die internationale Gewaltfreiheit erscheinen im Vergleich dazu gemäßigt. Zentral blieb die generelle Ablehnung bewaffneter Konflikte: "Krieg und Kriegsdrohung mit solchen Waffen ist schlimmste, illegitime Gewalt" (ebd.).

Das neue Grundsatzprogramm hatte eine lange Genese, der Prozess war bereits 1999 eröffnet worden und führte über mehrere Kongresse und Konferenzen im Frühjahr 2002 zur Beschlussfassung. Die Hoffnung der Parteiführung, "dass die Grünen - wie zu ihrer Gründungszeit vor 20 Jahren - wieder den Charakter einer Zukunftswerkstatt bekommen"²², schlug sich in der ausführlichen Diskussion, die sogar ein Jahr länger dauerte als ursprünglich vorgesehen und zahlreiche programmatische Dokumente hervorbrachte, nieder.

Dennoch ist in dem Grundsatzprogramm auch die Veränderung der grünen Partei vor dem Hintergrund der Beteiligung an der Bundesregierung augenfällig. Einerseits "zeichnet [es] sich durch einen völlig neuen, weniger systemkritischen Zungenschlag aus. Das Grundsatzprogramm stellt so etwas wie das selbsterteilte Reifezeugnis der Grünen Partei dar"²³. Die Grünen unterschieden nun zwischen zwei Ebenen von Grundwerten: "Unsere Grundposition heißt: Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte." (10).

Die Unterscheidung der vier erstgenannten Grundpositionen sowie der Grundprinzipien Gewaltfreiheit und Menschenrechte lässt – verglichen mit den Grundwerten "ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei" aus dem Bundesprogramm – eine Zurückdrängung des Grundwertes der Gewaltfreiheit erkennen. Der Analyse von Japs, "dieses Axiom war seit dem Entstehen der GRÜNEN so stark verzerrt und gebeugt worden, dass es nicht mehr als Stütze dienen sollte"²⁴ kann jedoch in dieser Radikalität nicht zugestimmt werden. Vielmehr sahen die Grünen das Spannungsfeld zwischen der in der Regierungsverantwortung akzeptierten Einbeziehung militärischer Gewalt zur Konfliktlösung und der Gewaltfreiheit: "Wir wissen aber auch, dass sich die Anwendung rechtssattlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt. Wir stellen uns diesem Konflikt, in den gewaltfreie Politik gerät, wenn völkermörderische oder terroristische Gewalt Politik verneint" (15). Der Begriff "Frieden" erscheint in dem 171-seitigen Programmtext 53-mal.

2.2. Bundestagswahlprogramm

Das Programm zur Bundestagswahl wurde auf der BDK am 4./5. Mai 2002 in Wiesbaden beschlossen. Dem Parteitag wurde eine "völlig unübliche Geschlossenheit"²⁵ attestiert, sicherlich befördert durch die Strategie der absoluten Konfliktvermeidung: "Strittige Punkte des Wahlprogramms wurden durch die Antragskommission noch in der Nacht vor dem Parteitag kleingearbeitet oder kurzerhand einfach übernommen"²⁶. Die Grünen wollten nach dem Parteitag von Magdeburg keinen öffentlichen Streit riskieren und nicht erneut über Hilfswege, wie 1998 das Kurzprogramm, missliebige Beschlüsse der Parteibasis korrigieren müssen.

Im Programm von 2002 lässt sich eine deutliche Verschiebung der Schwerpunkte feststellen: Das Kapitel zur Außenpolitik gliederte sich in vier Abschnitte, wobei der erste eine Bilanz der ersten vier Regierungsjahre darstellte, der zweite "Gerechte Globalisierung" als neuer inhaltlicher

Meisner, Matthias 2001. Grünen-Grundsatzprogramm: Mehr Freiheit, weniger Verbote. In: Tagesspiegel, 21.02.2001.

²³ Klein/Falter 2003: Langer Weg. S. 79.

²⁴ Japs, Simon 2003: Etablierung durch Anpassung – struktureller und inhaltlicher Wandel der Grünen. Dipl. Arb.: Berlin.

²⁵ König, Jens 2002: Fischer, Freude, Eierkuchen. In: taz 06.05.2002.

²⁶ König, Jens 2002: Grüner Jubel für Schwarz-Gelb. In: taz 06.05.2002.

Schwerpunkt eine prominente Stellung einnahm, als dritter Punkt die "Europäische Demokratie" ebenfalls umfänglich stark behandelt wurde und als letzter Abschnitt "Dauerhafter Frieden" nur noch zwei der insgesamt zwölf Seiten zur Außenpolitik einnahm. Letzterer, sozusagen das pazifistische "Kerngeschäft" der Grünen, war im Magdeburger Programm noch deutlich länger und facettenreicher. Der Schwerpunkt Menschenrechte aus dem 1998er Programm kam nur noch in Unterpunkten vor.

Auch in der Präambel des Wahlprogramms war die Friedenspolitik nur noch ein Randaspekt. So folgte lediglich auf die vier Grundwerte Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie der Satz: "Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte" (7).

Als bemerkenswerte Erfolge registriert werden die Grundrechtscharta und der Verfassungskonvent der EU, die Vertiefung der Europäischen Integration, die Qualifizierung von Friedensfachkräften, verstärkte Friedensforschung, die Beteiligung am Wiederaufbau in Afghanistan, die Einbeziehung der Menschenrechtssituation in die Lageberichte sowie der Erlass restriktiver Rüstungsexportrichtlinien.

2.3. Koalitionsverhandlungen

Mit 8,6 % der Stimmen landeten die Grünen bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 den bisher größten Wahlerfolg auf Bundesebene. Noch bedeutsamer wurde dieser Sieg durch die schweren Verluste der SPD. Folge dieses Wahlergebnisses war, dass den Grünen "erstmals wirkliche Verhandlungsmacht"²⁷ zuteil wurde. Die bald öffentlich diskutierte mögliche Forderung nach einem vierten Ministerium wurde besonders durch die grünen Ministerlnnen zurückgewiesen. Stattdessen sollten die grünen Ministerien in ihren Kompetenzen gestärkt werden²⁸. Während die Grünen in den Koalitionsverhandlungen insgesamt selbstbewusst auftraten, versuchte auch die SPD, ihre Hausmacht aus der ersten Legislaturperiode aufrecht zu erhalten, was sich besonders in Gerhard Schröders Initiative für Wolfgang Clements Wechsel nach Berlin manifestierte, der gegen jede Absprache lange vor Abschluss der Sachverhandlungen erfolgte. Dennoch führten in der Gesamtschau die einzelnen Konfliktfelder "nicht etwa dazu, dass die Komplikationen zwischen SPD und Grünen bei den Koalitionsgesprächen wirklich riesig"²⁹ waren.

War das grüne Wahlprogramm hinsichtlich außenpolitischer Fragestellungen 2002 noch deutlich kompakter als sein Vorgänger, so war das Kapitel "Gerechte Globalisierung – Deutschland in Europa und in der Welt" genau doppelt so lang wie jenes im Koalitionsvertrag von 1998. Hintergrund dessen war vermutlich das durch den möglichen Krieg im Irak gesteigerte öffentliche Interesse an der Außenpolitik der Bundesregierung.

2.4. Vergleich von Wahlprogramm und Koalitionsvertrag

2.4.1. Grundwerte der Außenpolitik

Eine Mischung aus Erreichtem und Grundwerten war die Eröffnung des Kapitels zur Außenpolitik im **Wahlprogramm**:

"Der Globalisierung eine gerechte Gestalt zu geben, Konflikte gewaltfrei zu lösen und Krisen nach den Regeln des Völkerrechts zu bewältigen, zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte

²⁷ Haufler, Daniel/Herrmann, Ulrike 2002: Grün, aber nicht romantisch. In: taz 24.09.2002.

²⁸ Schwarz, Patrik 2002: Drei Minister reichen nicht. In: taz 27.09.2002.

²⁹ Koch, Hannes/König, Jens 2002: Rote Hiebe, Grüne Siege. In: taz 11.10.2002.

beizutragen, Europa sicher und stabil zu machen und die transatlantischen Beziehungen mit kritischer Solidarität sowie unter dem Ziel militärischer Abrüstung zu gestalten – das sind unsere Ziele, denen wir bereits ein gutes Stück näher gekommen sind" (77).

Der Wert der Gewaltfreiheit wurde explizit aufgenommen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr in seinen Kontext eingeordnet:

"Wir haben Einsätzen der Bundeswehr zugestimmt, ohne uns vom Ziel der Gewaltfreiheit zu verabschieden. Unsere Priorität ist eindeutig: Wir wollen die internationalen Beziehungen zivilisieren und setzen vorrangig auf den Ausbau der Krisenprävention die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen" (78).

Der erste Abschnitt des **Koalitionsvertrages**, der Werte und Ziele der deutschen Außenpolitik beschrieb, ging aus von der These "Deutschland ist in der Welt mit einer Vielzahl neuer Herausforderungen konfrontiert"(72). Der Satz "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" (ebd.) tauchte zwar erneut auf, jedoch erst am Ende dieses Textabschnitts. Bemerkenswert ist diese Veränderung, wenn man darin nicht nur eine textliche, sondern auch eine inhaltliche Verschiebung sieht, die sich von der offensiven Rolle Deutschlands als Vorreiter einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen hin zu einem eher reaktiven Verhalten entwickelt, das das Management der globalen Einflüsse voranstellte.

Die Koalition verpflichtete sich der Mitarbeit in den Institutionen von EU, NATO, OSZE und →Europarat, der Europäischen Integration und dem transatlantischen Verhältnis. Es wurden "die Gerechte Gestaltung der Globalisierung, der Kampf gegen den Terror und die Bewältigung regionaler Konflikte" (72) als zentrale Themen vorgesehen. Ziel bliebe die "Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen" (72). Hierzu wurde auch die Errichtung und Konsolidierung des Internationalen Strafgerichtshofs gezählt (73). Grundlagen des außenpolitischen Handelns waren "Beachtung des Völkerrechts, Eintreten für Menschenrechte, Dialogbereitschaft, Krisenprävention, Gewaltverzicht und Vertrauensbildung" (72).

Vergleich

Das deutlich kompaktere Wahlprogramm der Grünen lässt eine Schwerpunktverlagerung weg von Menschenrechten hin zur kritischen Begleitung der Globalisierung erkennen. Die Grundwerte waren ähnlich, aber wesentlich weniger radikal formuliert. Die Aufnahme des Satzes zum Verhältnis von Zustimmung zu internationalen Militäreinsätzen und dem Wert der Gewaltfreiheit war die logische Folge der massiven parteiinternen Auseinandersetzung über die Kriege im →Kosovo und in Afghanistan. Der Beschluss der Sonder- BDK in Bielefeld hatte bereits erkannt:

"BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in ihrem Verständnis von Außenpolitik immer an zwei Grundlinien orientiert: Entmilitarisierung der Politik und Absage an Gewalt sowie Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte. Diese beiden Grundlinien geraten bei der Bewertung des Kosovo-Konfliktes in einen Zielkonflikt."³⁰

Dieser Zielkonflikt wurde im Wahlprogramm öffentlich gemacht. Dahinter stand das Selbstbewusstsein der Grünen Partei, die sich mit der Fachwelt über die Stärken ihrer Debatte zu den Kriegseinsätzen einig war. So hätten "insbesondere die Bündnis Grünen auf vorbildliche Weise eine innerparteiliche Diskussion über den Krieg [im Kosovo] geführt, die zu den Sternstunden innerparteilicher Diskussion gehört"³¹.

Der bereits oben genannte Wandel der Sicht auf die deutsche Rolle in der Friedenspolitik ist

Bündnis 90/Die Grünen: Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden im Kosovo, der seinen Namen zu Recht trägt! Beschluss der 2. außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, Bielefeld, 13. Mai 1999.

Hacke, Christian: Deutschland und der Kosovokonflikt. In: Politische Studien, Sonderheft 4/1999, S. 48-59.

sicherlich eine der gravierendsten Veränderungen im Vergleich der Koalitionsverträge. Neu aufgenommen in Programm und Koalitionsvertrag wurde der Kampf gegen den Terrorismus vor dem Hintergrund der Anschläge des →II. September. Insgesamt lässt sich zwischen dem Programm und der Koalitionsvereinbarung im Bereich der Grundwerte deutscher Außenpolitik und auch in der Bewertung rot-grüner Erfolge wie der Stärkung der Menschenrechte und der stärkern Transparenz bei Waffenexporten eine weitgehende Übereinstimmung feststellen.

2.4.2. Reform der Vereinten Nationen und internationale Militäreinsätze

Die Forderungen zu den Vereinten Nationen waren im **Programm** nicht mehr an erster Stelle zu finden, inhaltlich waren sich die Programme aber durchaus ähnlich. Die Grünen hielten an der Reform der Vereinten Nationen fest. Sie wären der "Hauptrahmen für eine weltweite Ordnungspolitik, bei der die Menschenrechte im Zentrum stehen" (86). Zur Reform gehörten auch Veränderungen des Sanktionsregimes und insbesondere Veränderungen des Weltsicherheitsrates. Zu einem ständigen deutschen Sitz wurde nicht explizit Stellung bezogen, es wurde aber gefordert, dass "die angemessene Repräsentanz der Staaten … auch im Sicherheitsrat gewährleistet sein" müsste (87).

Hatte der Abschnitt zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Magdeburg 1998 noch für massive Aufregung gesorgt und die Grünen in eine tiefe Krise gestürzt, war dieser Teil des Wiesbadener Programms konfliktarm und relativ ausgeglichen. So wurde die Einbettung der Bundeswehr in das internationale Bündnissystem festgehalten. Die Aufgabe der Bundeswehr wurde darin gesehen, in der "Stärkung der Zielsetzung und Fähigkeiten der Vereinten Nationen im Rahmen internationaler Friedenssicherung beitragen [zu] können" (87). Militärische Interventionen wurden nicht mehr fundamental abgelehnt, standen aber unter Vorbehalten: Eindeutiges →Mandat, "klare und enge Kriterien" und die Ablehnung von "Militärinterventionen zu Gunsten von Machtinteressen" (87). Es dürfte kein allgemeines Gesetz zur Entsendung geben und konkret gefordert wurde, Auslandseinsätze an eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages zu knüpfen.

Im Gegensatz zum **Koalitionsvertrag** von 1998 wurde nicht mehr die europäische Einigung, sondern die Reform der Vereinten Nationen als erster großer Themenkomplex behandelt, was sicherlich mit der offensichtlichen Handlungsunfähigkeit der UN in der aufkeimenden Irak-Krise zusammenhing. Die Koalition bekannte sich zur Reform der Vereinten Nationen und kündigte für die Arbeit als nichtständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat eine Erweiterung ihres Sicherheitsbegriffs an. Zur Diskussion um einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat besagte der Koalitionsvertrag, dass

"die Bundesregierung daran fest [hält], dass ein europäischer Sitz im Sicherheitsrat wünschenswert wäre. Sie wird die Aufnahme Deutschlands als ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats nur anstreben, wenn ein europäischer Sitz nicht erreichbar scheint und gleichzeitig eine Sicherheitsrats-Reform unter dem Gesichtspunkt größerer regionaler Ausgewogenheit ausgeschlossen werden kann" (72).

Vergleich

Auffällig ist, dass die klare Distanzierung von einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat im grünen Programm fehlte und inhaltlich der Forderung des Koalitionsvertrages von 1998 gewichen war. Da sich die Grünen nicht mehr vollständig von Auslandseinsätzen distanzierten, aber im Bereich der Entsendung von Truppen nach wie vor eine Differenzierung von anderen Parteien anstrebten, war die Forderung nach einer Bindung von Auslandseinsätzen an eine Zweidrittelmehrheit folgerichtig und entsprach dem Grundsatzprogramm.

Der im Koalitionsvertrag umschriebene erweiterte Sicherheitsbegriff ließ sich im grünen Programm von 1998 eher wiederfinden als im Wiesbadener Programm, wobei an dieser Stelle unterstellt wird, dass die Initiative für seine Verankerung in der Koalitionsvereinbarung eher auf grüne Initiative zurückging. Im SPD- Wahlprogramm, das im Übrigen diesen Themenkomplex ganz an seinen Anfang stellte (1998 war Außenpolitik noch das letzte Kapitel), fand sich jedenfalls kein Hinweis auf den erweiterten Sicherheitsbegriff.

2.4.3. Menschenrechte weltweit

Menschenrechtspolitik wurde im **Wahlprogramm** als Unterpunkt im Kapitel zur Globalisierung behandelt. Entwicklungszusammenarbeit sollte auf Grundlage der Wahrung der Menschenrechte betrieben werden (81).

Der **Koalitionsvertrag** forderte im Bereich der Menschenrechtspolitik die stärkere Verankerung dieses Themas in der internationalen Sicherheitszusammenarbeit und institutionell die Stärkung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (75). Darüber hinaus wurde die zügige Ratifizierung ausstehender Konventionen und Zusatzprotokolle im Menschenrechtsbereich vereinbart.

Vergleich

Im grünen Wahlprogramm war die geringere Rolle der Menschenrechtspolitik sicherlich einer der signifikantesten Unterschiede zu 1998. Seine Einordnung in den Bereich der globalen Wirtschaftsordnung kann vor dem Hintergrund der stärker formierten globalisierungskritischen Bewegung verstanden werden. Die Forderungen des Koalitionsvertrages waren weiterhin deckungsgleich mit den grünen Wahlprogrammen aus 1998 und 2002, jedoch war der Umfang dieses Themenblocks deutlich größer geworden.

2.4.4. Europapolitik

Europa wurde im **Wahlprogramm** von 2002 hoch gewichtet. Die europäische Integration wäre der Rahmen, in dem Deutschland zusammen mit seinen europäischen Nachbarn am wirkungsvollsten zur Gestaltung einer europäischen und internationalen Friedensordnung beitragen könnte (84). Dennoch wurde die Demokratisierung der Europäischen Institutionen als zentraler Bereich grüner Politik ausgemacht und weniger die friedensschaffende Rolle der EU. Die Forderung nach zügiger Erweiterung und einer Beitrittsperspektive für die Türkei bestand fort (85). Die Integrationsperspektive wäre auch "zum Ordnungsfaktor für Südosteuropa geworden" (86). Europa wurde als wichtiger Träger der Zivilisierung betrachtet: "Angesichts neuer Aufrüstungsschübe muss die Zivilmacht Europa zugleich Vorreiter für Rüstungskontrolle und Abrüstung werden und vorrangig ihre Fähigkeiten zur nichtmilitärischen Krisenbewältigung ausbauen" (85). Die Forderung nach rechtlich bindenden Grundrechten auf europäischer Ebene wurde bekräftigt.

Im **Koalitionsvertrag** von 2002 erhielt die Europapolitik einen großen Raum, wobei für diese Arbeit mit den Bereichen GASP und →ESVP nur ein kleiner Teil der Vereinbarungen Wichtigkeit erlangte. Es wurde vereinbart, die Grundrechtscharta als rechtsverbindlichen und einklagbaren Bestandteil in die europäische Verfassung zu integrieren. Im Bereich der GASP wurde festgestellt: "Die Europäische Union muss ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit erhöhen" (78). Daher wurde für alle Entscheidungen zur GASP die qualifizierte Mehrheit vorgeschlagen. Vereinbart wurde für die Weiterentwicklung der GASP, sich "im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsverständnisses für eine ausgewogene Entwicklung von zivilen und militärischen Fähigkeiten" einzusetzen (78f.). Die ESVP sollte zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion weiterentwickelt werden (79), mit dem

"Ziel integrierter, mit der NATO interoperabler Streitkräfte" (79).

Vergleich

Im grünen Wahlprogramm hatte sich im Bereich der Europäischen Integration das Gewicht von der friedenspolitischen Integrationsrolle Europas leicht in Richtung sozialer und demokratischer Gestaltung der europäischen Institutionen verschoben. Es fehlte unter anderem eine Stellungnahme zur 1998 noch abgelehnten schnellen Eingreiftruppe, die im Rahmen der Vereinbarungen zur GASP im Koalitionsvertrag jedoch eher positiv gewürdigt wurde. Die Verankerung des erweiterten Sicherheitsbegriffs der Grünen konnte auch im europapolitischen Teil des Koalitionsvertrags als Erfolg verbucht werden. Die rechtsverbindliche Grundrechtscharta hatte ebenfalls ihren Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden.

2.4.5. Entmilitarisierung und Zivilisierung

Im letzten Abschnitt des Kapitels zur Außenpolitik ging das **Programm** unter dem Titel "Dauerhafter Frieden" auf die Kernpunkte grüner Friedenspolitik ein. Dieser Abschnitt war im Vergleich deutlich kürzer als 1998 und auch weit weniger umfassend. So war die Betrachtung der einzelnen internationalen Organisationen eher einer grundsätzlichen Standortbestimmung gewichen. Formuliert wurde der Grundsatz:

"Kriege zu verhindern, Gewalt einzudämmen und Frieden zu fördern ist und bleibt Kern unserer Politik. Deshalb wollen wir, dass Prävention Vorrang hat" (86).

Dazu gezählt wurde die Entspannung regionaler Konflikte, als Beispiel angeführt wurde der nahe und mittlere Osten; dies ist sicherlich zu erklären durch das umfangreiche Nahost-Engagement des grünen Außenminister Joschka Fischer. Wichtige Forderungen waren auch die bessere Personalausstattung des Auswärtigen Amtes, verstärkte Friedensforschung und zusätzliches Personal für internationale Polizeimissionen, die in dem Programm als "Schlüsselaufgabe" betrachtet wurden. Weiterhin standen die Grünen zum hohen Stellenwert der OSZE im Bereich der Konfliktprävention, der insgesamt ausgebaut werden sollte.

Interessant im **Koalitionsvertrag** war die gemeinsame Sicht der NATO: "Die Koalitionsparteien betrachten das Atlantische Bündnis als unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung" (73). Die Organisation sollte sich den Veränderten sicherheitspolitischen Realitäten anpassen und zugleich ihre Bedeutung für Europa erhalten. Der Ausbau der Sicherheitsorganisationen nach Osteuropa wurde befürwortet, ebenso die Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Reformen. Explizit genannt wurde die beabsichtigte Unterstützung der Ukraine (74), wo zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen starke politische Proteste gegen Präsident Kutschma im Gange waren³².

Zivile Krisenprävention und Konfliktbewältigung wurden als "Eckpfeiler ihrer [der Koalition, M.B.] internationalen Stabilitäts- und Friedenspolitik" bezeichnet (74). Als Ziel wurde formuliert:

"Die Bundesregierung wird die Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung weiter ausbauen und die Friedensforschung sowie die deutsche Handlungsfähigkeit im Rahmen internationaler Friedenseinsätze stärken. Sie wird das jüngst gegründete "Zentrum für Internationale Friedenseinsätze" zu einer vollwertigen Entsendeorganisation ausbauen" (74).

2.4.6. Auslandseinsätze im Koalitionsvertrag

Der militärischen Aktivität außerhalb des Bundesgebietes widmeten sich die Koalitionäre in den Kapiteln "Kampf gegen den Terrorismus" und "Bundeswehr und internationale Einsätze".

_

Oertel, Barbara 2002: Große Koalition auf Kiews Straßen. In: taz 18.09.2002.

Das Kapitel zum internationalen Terrorismus war ambivalent. Einerseits wurde die Solidarität mit den Vereinigten Staaten betont, sicherlich vor dem Hintergrund der Verstimmungen über die deutsche Ablehnung des Krieges gegen den Irak nachvollziehbar. Die Koalition vereinbarte:

"Wir sind entschlossen, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Rahmen der weltweiten Koalition fortzuführen und wo erforderlich zu intensivieren. Die Wahrung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Standards muss gewährleistet sein" (74).

Mit dem Menschen- und Rechtsstaatlichkeitsvorbehalt rückte die Koalition aber von der Verabsolutierung des Kampfes gegen den Terrorismus, wie sie in den damaligen Debatten teilweise zu finden war, ab. Dies setzte sich fort: "Oberste Priorität hat die Verfolgung der Täter des II. September. Gleichzeitig muss eine solche Strategie im Kampf gegen den Terror ihren Schwerpunkt auf die Entschärfung und Lösung internationaler Konflikte legen" (74).

Besonders betont (74f.) wurde die Rolle der Bundeswehr bei dem Einsatz in Afghanistan: "im Rahmen der Operation →ENDURING FREEDOM beteiligt sich die Bundeswehr an den militärischen Maßnahmen der internationalen Anti-Terror-Koalition. Ihr Beitrag macht deutlich, dass sich Deutschland der internationalen Verantwortung – seinem Gewicht in Europa und der Atlantischen Allianz entsprechend – stellt und die Zusage seiner Solidarität mit den Vereinigten Staaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus einlöst" (75).

Trotz des globalen Engagements wurde der Schwerpunkt deutschen militärischen Engagements auf dem Balkan gesehen (75). Diese militärische Komponente sollte durch den Europäischen Stabilitätspakt Südosteuropa gestärkt werden. Die Bundesregierung vereinbarte dafür "die Bereitstellung der notwendigen politischen, finanziellen und Sicherheits- Ressourcen" (79).

Bei der OSZE wurde der oben genannte umfassende Sicherheitsbegriff gesehen. Die OSZE sollte politisch, personell und finanziell gestärkt werden (73). Ebenso wurde dem Europarat "eine Vorreiter Rolle bei der Schaffung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien und einer europäischen Wertegemeinschaft" (73) zugebilligt. Die Vereinigten Staaten wurden im Koalitionsvertrag von 2002 als "wichtigster außereuropäischer Partner Deutschlands" bezeichnet, in dem "neben der europäischen Integration der zweite Pfeiler, auf dem die Freiheit und die Demokratie Deutschlands aufgebaut ist" gesehen wurde (73).

Vergleich

Das grüne Programm war weit weniger umfangreich, während der Koalitionsvertrag deutlich ausgeweitet wurde. Dies ist nicht zuletzt der Aufnahme des Kampfes gegen den Terrorismus geschuldet, dessen Rahmenbedingungen innerhalb des Koalitionsvertrages in verschiedener Hinsicht relevant wurden. Bedeutung erlangte der Kampf gegen den Terrorismus zunächst hinsichtlich des transatlantischen Verhältnisses. Hier wurde der Begriff der kritischen Solidarität zwar nicht verwendet, jedoch in der ambivalenten Haltung zur Massivität des amerikanischen Anti-Terror-Krieges deutlich. Andererseits betonte der Koalitionsvertrag auch nationales Vorgehen in der Militärpolitik, wie es vier Jahre zuvor mit den Grünen programmatisch wohl kaum machbar gewesen wäre. Es wurde eine gemeinsame Sicht zur gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der globalen Politik festgelegt, die durchaus national gefärbt war. Die OSZE wurde weniger stark gewürdigt, ihre Verankerung im Koalitionsvertrag kann aber als Bestätigung der grünen Position von 1998 gewertet werden.

2.4.7. Abrüstung

Die Aussagen zur Bundeswehr und zu Abrüstung allgemein waren im Wahlprogramm 2002

kompakter, pointierter und möglichst konfliktfrei angelegt. Die Bundeswehr sollte auf 200.000 SoldatInnen verkleinert und die Wehrpflicht abgeschafft werden. Die Grünen sahen in ihrem Programm die Aufgabe der Bundeswehr darin, "mit begrenzten, aber qualitativ hochwertigen Beiträgen zur Stärkung der Zielsetzung und Fähigkeiten der Vereinten Nationen im Rahmen internationaler Friedenssicherung" (87) beizutragen. Die militärischen Potenziale in Deutschland sollten abgebaut und im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung mehr investiert werden.

In ihrem Programm nahmen die Grünen die Initiativen zu Restriktionen und Transparenz bei Rüstungsexporten für sich in Anspruch und erneuerten ihre Forderung zur Abrüstung in allen Bereichen, explizit genannt wurden Kleinwaffen, Landminen und Massenvernichtungswaffen, und beabsichtigten dies auch auf vertraglicher Ebene: "Die Verträge zur Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Chemiewaffenübereinkommen, das B-Waffen- Übereinkommen und das Regime der Nichtverbreitung von Trägerwaffentechnologie wollen wir wirkungsvoller gestalten und stärken." (88). Eine weitere konkrete Forderung war die nach einem Rüstungsfolgenabschätzungsbericht.

Im **Koalitionsvertrag** war bemerkenswert, dass die Koalition über den "Wandel der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz" (76) übereinstimmte. Die Aufgaben der Bundeswehr wurden in der "Landes- und Bündnisverteidigung und internationale[r] Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen einschließlich humanitärer Einsäte und Evakuierungen" (76) gesehen.

Explizite Angaben zur Wehrpflicht wurden nicht gemacht, obwohl die Grünen dies mit "überraschender Härte"³³ in die Koalitionsverhandlungen einbrachten. Die Reform der Bundeswehr aus der 14. Wahlperiode sollte fortgeführt werden, ausgerichtet an den Vorschlägen der Weizsäckerkommission, die eine starke Begrenzung des Wehrpflichtigenanteils in der Truppe forderte. Noch vor Ende der Legislaturperiode sollte es eine Überprüfung der Wehrverfassung geben (76), womit auch die Wehrpflicht zur politischen Disposition gestanden hätte.

Europa sollte eine Vorreiterrolle bei präventiver Rüstungskontrolle und Abrüstung übernehmen. "Die Bundesregierung hält an dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest und beteiligt sich an den Initiativen zur Umsetzung dieses Ziels" (77), wozu Initiativen gegen Kern-, B- und C-Waffen zählen sollten. Ein weiterer Schwerpunkt wurde in der "Sicherung und Beseitigung vorhandener Massenvernichtungsmittel in Russland" gesehen (77). Zu den internationalen Abrüstungsvereinbarungen vereinbarte die Koalition: "Die Bundesregierung wird sich nachdrücklich für eine Überwindung des Stillstands in der Abrüstungskonferenz … einsetzen", sowie "die Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrages unverzüglich einleiten, wenn die Voraussetzungen hierfür auf russischer Seite geschaffen worden sind" (77).

Vereinbart wurde ebenfalls die Begrenzung des Kleinwaffenexports und die weltweite Ächtung von Landminen. Zum Bereich der Abrüstung gezählt wurde auch eine europäische restriktive Rüstungsexportpolitik sowie verstärkte Transparenz der Rüstungsexportberichterstattung.

Vergleich

Wie schon 2002 wurde die Frage der Bundeswehr im Koalitionsvertrag zwar ausführlich behandelt, im Ergebnis aber vertagt. Immerhin lässt sich eine Annäherung an die Abschaffung der Wehrpflicht

³³ So Peter Struck nach den Koalitionsverhandlungen. Vgl. Beste, Ralf,/Szandar, Alexander: Gitschiges Brett. In: Spiegel 42/2002, S. 36.

feststellen, wenn die Koalition den Bericht der Weizsäckerkommission als Arbeitsgrundlage vereinbart. Die Aufgabenbeschreibung der Bundeswehr war im Koalitionsvertrag in der Konsequenz ähnlich wie im grünen Wahlprogramm, im Unterschied zu diesem erkannte er aber nicht an, wie gering die Kapazitäten der Bundeswehr für internationale Einsätze waren. Die Grundsatzvereinbarungen zu Abrüstungsvereinbarungen waren etwas weitergehend als 1998, hier waren offenbar grüne Vorstöße – auch wenn diese weniger im Programm, sondern eher im politischen Alltag vorgeschlagen wurden – verwirklicht worden. Die Forderung nach einem Bericht zur Rüstungsfolgenabschätzung konnte hingegen nicht im Koalitionsvertrag verankert werden.

3. Fazit

Die grünen Programme haben sich gewandelt. Dieser Wandlungsprozess ist nicht überraschend, insbesondere wenn ein Programm aus der Opposition heraus entsteht und das andere aus der Regierungsbeteiligung. Dennoch zeigt das Programm von 2002, dass dieser Wandlungsprozess bei den Grünen in einer beeindruckenden Radikalität vonstatten gegangen war. Das Bild, das sich die Partei von sich selbst gemacht hatte, musste sich entsprechend stark gewandelt haben: die Grünen mussten einsehen, dass sie zu den etablierten Parteien gehören, und dass von etablierten Parteien allgemein Programme erwartet werden, die auch in Regierungshandeln umsetzbar sind. Die Analyse "den Grünen ist der Veränderungsprozess, den sie … durchlaufen haben, also durchaus bewusst"³⁴ greift in dieser Form allerdings zu kurz, denn die Grünen haben sich – jedenfalls in der breiten Basis – nicht aus freien Stücken verändert, sondern sind durch die Erwartungen, die aufgrund der Regierungsbeteiligung an sie gestellt wurden, in diesen Veränderungsprozess geraten.

In den Koalitionsverträgen konnten die Grünen viele Positionen verankern, jedoch handelte es sich dabei nahezu ausnahmslos um realpolitische Konzepte, während die visionären Teile des Programms kaum zu Visionen der Bundesregierung geworden waren. Unter dem Eindruck der Regierungsbeteiligung wurde dann 2002 ein Programm erstellt, dass in erster Linie Regierungsfähigkeit abseits von Flügelkonflikten demonstrieren sollte.

Literaturverzeichnis

Bergmann, Kristin 1999. Regierungsbildung 1998: Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30, S. 316-325.

Beste, Ralf 1998: Wirbel um neues Wahlprogramm: Grüne lehnen Bosnien-Einsatz ab. In: Berliner Zeitung 09.03.1998.

Beste, Ralf/Szandar, Alexander 2002: Glitschiges Brett. In: Spiegel 42/2002, S. 36.

Bündnis 90/Die Grünen 1993: Grundkonsens. In: Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) (o.J.): grüne@work: Grüne Regeln.

Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) 1998: Grün ist der Wechsel – Programm zur Bundestagswahl 98. Bonn.

Bündnis 90/Die Grünen 1998: Neue Mehrheiten nur mit uns. 1998-2002 Vier Jahre für einen politischen Neuanfang. Kurzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bundestagswahl 98

Beschluss des Länderrates vom 7. Juni 1998 in Bonn-Bad Godesberg.

Bündnis 90/Die Grünen: Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden im Kosovo, der seinen Namen zu Recht trägt! Beschluss der 2. außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, Bielefeld, 13. Mai 1999.

Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) 2002: Die Zukunft ist Grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Berlin.

Die Grünen (Hrsg.) 1980: Das Bundesprogramm. Bonn.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2003: Geschichtlicher Hintergrund, Organisation und Verfahren. URL: http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/058988F1-9EB1-4F0A-BF33-F7BCFE0FEB37/0/GER Infodoc.pdf (31.01.2008).

31

³⁴ Klein/Falter 2003: Langer Weg, S. 72.

Fischer, Joschka 2007: Die Rot-Grünen Jahre – vom Kosovo bis zum 11. September. Köln: Kiepenheuer&Witsch.

Gaus, Bettina 1998: "Wenn Rot-Grün, dann für vier Jahre". In: taz 30.9.1998.

Hacke, Christian: Deutschland und der Kosovokonflikt. In: Politische Studien, Sonderheft 4/1999, S. 48-59.

Haufler, Daniel/Herrmann, Ulrike 2002: Grün, aber nicht romantisch. In: taz 24.09.2002.

Japs, Simon 2003: Etablierung durch Anpassung – struktureller und inhaltlicher Wandel der Grünen. Dipl. Arb.: Berlin.

Klein, Markus/ Falter, Jürgen 2003: Der lange Weg der Grünen. München: Beck.

Kleinert, Peter 1999: Eine Armee für alle Fälle. In: Jungle World 51/1999.

Koch, Hannes/König, Jens 2002: Rote Hiebe, Grüne Siege. In: taz 11.10.2002.

König, Jens 2002: Fischer, Freude, Eierkuchen. In: taz 06.05.2002

König, Jens 2002: Grüner Jubel für Schwarz-Gelb. In: taz 06.05.2002.

Lemke, Christiane 2000: Internationale Beziehungen : Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. München/Wien: Oldenbourg.

Meisner, Matthias 2001. Grünen-Grundsatzprogramm: Mehr Freiheit, weniger Verbote. In: Tagesspiegel 21.02.2001.

Oertel, Barbara 2002: Große Koalition auf Kiews Straßen. In: taz 18.09.2002.

Poguntke, Thomas 1999: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD? In: Niedermayer, Oskar: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske und Budrich.

Rosa- Luxemburg- Stiftung 2002: Koalitionsvertrag abgesegnet, Parteiführung geköpft. URL: http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3741&type=0&ftu=98b7bdeaf9.

Schmuck-Soldan, Steffen 2003: Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen – Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000. Diss.: Berlin.

Schwarz, Patrik 2002: Drei Minister reichen nicht. In: taz 27.09.2002.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.) 1998: "Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit" - SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998. Bonn.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.) 2002: ERNEUERUNG UND ZUSAMMENHALT – WIR IN DEUTSCHLAND. Regierungsprogramm 2002 – 2006. Berlin.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Bündnis 90/Die Grünen 1998: Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Bündnis 90/Die Grünen 2002: Koalitionsvertrag 2002-2006. Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie. Berlin.

IV. Zivilisierung und Entmilitarisierung der internationalen Politik³⁵

Linda Michalek

Im nun folgenden Abschnitt stellt sich die zentrale Frage, inwieweit unter grüner Regierungsbeteiligung auf eine friedlicher, ziviler gestaltete internationale Außen- und Sicherheitspolitik hingewirkt wurde.

Bereits im Koalitionsvertrag von 1998 wurde eben diese aktive Zivilisierung der Außenpolitik proklamiert. "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" lautete das klare Bekenntnis. "Krisenprävention und friedliche Konfliktregelung" sollten als elementare Leitlinien wirken; dieser Zweiklang auch im europäischen und internationalen Rahmen seinen Niederschlag finden.

Leitendes Prinzip war dabei die "weitere Verrechtlichung der internationalen Beziehungen" und somit die konsequente Einbindung deutscher Außenpolitik in den Rahmen der →UN und ihre Subund Regionalorganisationen. Abschließend beleuchten meine Ausführungen die Rüstungskontrollpolitik als weiteren Bereich der (Ent-)Militarisierung. "Rüstungsbegrenzung und Abrüstung" waren seit 1998 ebenfalls elementare Ziele der rot-grünen Koalition.

Um die Leitfrage zu beantworten, begebe ich mich von verschiedenen Seiten an diesen Themenkomplex heran. Zuerst wird die explizite Schaffung einer innerdeutschen Infrastruktur des Zivilen beleuchtet, da der Aufbau einer solchen als Akzentverschiebung weg vom Militärischen hin zu mehr Zivilisierung im Umgang mit Konflikten gewertet werden kann.

Das zweite Kapitel nimmt eine Analyse des deutschen Verhaltens im europäischen Kontext vor. Welchen Stellenwert haben dort die Komponenten Militär und Ziviles, und in welchem Maße ist diese Gewichtung durch die Bundesregierung beeinflusst worden?

Danach wird – in aller Kürze – die Verankerung grüner Werte im deutschen Vorgehen auf der internationalen Bühne beleuchtet.

Bevor der Text dann konkrete Auf- und Abrüstungsbemühungen Deutschlands betrachten wird. Dabei sind sowohl das Rüstungs(export)verhalten der Bundesregierung selbst als auch Bemühungen, internationale Abrüstung zu befördern und Aufrüstung zu verhindern, Untersuchungsgegenstand.

Neben der von mir explizit erwähnten Literatur konnte ich im Rahmen der Arbeit unserer Kommission Gespräche mit Martina Fischer³⁶, Winfried Nachtwei³⁷ und Eltje Aderholt³⁸ führen, und durch Gespräche mit meinen KommissionskollegInnen konnte ich auf Wissen zurückgreifen, welches diese wiederum durch Interviews und ihre Textarbeit gesammelt haben.

Bei der Betrachtung des deutschen Verhaltens im internationalen Zusammenhang ist es häufig besonders schwierig, die explizit grüne Rolle zu beleuchten. Ich werde an allen Stellen, an denen ich durch die persönlichen Gespräche Informationen habe, diese einfließen lassen. Trotz dieses zwingend parteienübergreifenden Fokus' entsteht meiner Einschätzung nach ein Mehrwert auch für grüne Politikkonzepte der Zukunft. Des Weiteren ist es uns ein Anliegen, Beteiligte und EntscheidungsträgerInnen der Regierungszeit zum Dialog über das genaue Zusammenspiel von

Friedens- und Konfliktforscherin am Berghof Zentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung in Berlin, http://www.berghof-center.org.

³⁵ Bündnis 90/Die Grünen, Wahlprogramm 1998, S. 134.

³⁷ Sicherheitspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen seit 2002; Mitglied des Verteidigungsausschusses seit 1994, www.nachtwei.de/index.php/articles/11.

Wissenschaftliche Koordinatorin des Arbeitskreises 4 – Internationale Politik und Menschenrechte; 1992 - 2005 im Auswärtigen Amt tätig.

Faktoren untereinander und mit nachfolgenden Generationen anzuregen.

I. Zivile Krisenprävention und friedliche Konfliktregelung

I.I. Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung"

Als zentrales und richtungsweisendes Dokument im Bereich der "Zivilisierung der Außenpolitik" ist der Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" einzuschätzen.

Es war der Verdienst der Grünen, dass 1998 die Erstellung des Aktionsplans im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde. Eine Vorlage dafür ist in grünen friedens- und sicherheitspolitischen Kreisen entstanden, woran − wie Martina Fischer zu berichten weiß − neben Winfried Nachtwei und Angelika Beer vor allem die →Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales beteiligt war. Aus dem Kreis der ParlamentarierInnen, hierzu gehörte neben Nachtwei auch die SPD-Politikerin Uta Zapf, ist dann auch der notwendige Druck zur tatsächlichen Erstellung des Aktionsplans aufgebaut worden.

Das Auswärtiges Amt stand durch diese Hartnäckigkeit der Abgeordneten in der Pflicht, einen solchen Aktionsplan tatsächlich zu entwickeln. Letztlich kam das Auswärtiges Amt diesem Auftrag in vollem Umfang nach. Der Aktionsplan selbst umfasst eine ausgewogene und ganzheitliche Strategie für die "Zivilisierung" der Konfliktbearbeitung. Die Expertise der Friedens- und Konfliktforschung wurde bei der Erstellung des Plans immer wieder herangezogen, sodass von einem Papier gesprochen werden kann, welches neueste Erkenntnisse berücksichtigt hat. Der Aktionsplan selbst ist relativ detailliert und wurde daher in Öffentlichkeit und Politik kaum als "knackiges" Strategiepapier wahrgenommen. Wagt man einen Vergleich mit beispielsweise der sehr bündigen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), kann hierin ein Mangel des Aktionsplans gesehen werden. Reinhardt Rummel bewertet dahingehend, dass "[d]er Aktionsplan eher ein konzeptioneller Orientierungsrahmen denn eine nach Zielen und Mitteln abgestimmte Gesamtstrategie verbindlichen Handelns der deutschen Regierung darstellt."³⁹ In Zuge dessen muss darauf hingewiesen werden, dass die Öffentlichkeitsarbeit für den Aktionsplan und die durch ihn geschaffene Infrastruktur minimal war. Hier besteht dringend Nachholbedarf.

Sehr kritisch zu beurteilen ist der Umgang mit dem fertigen Aktionsplan. Nach der vielversprechenden Phase der Erstellung ist die Implementierung der Ansätze nicht mit demselben Engagement weitergeführt worden. Dies ist zum einem kleinen, aber nicht unwichtigen Fehlern im politischen Handwerk anzulasten. So hat der Aktionsplan beispielsweise kein Aktenzeichen, wodurch er keine Parlamentssache und kein Tagesordnungspunkt im Plenum geworden ist.

Zum anderen bedarf eine nachhaltige Implementierung eines – teils völlig neuen – Konzeptes ziviler Konfliktbearbeitungsinfrastruktur einer angemessenen Mittelausstattung. Diese hat nicht im notwendigen Maße stattgefunden, was auch als Versäumnis der Grünen gewertet werden kann. Die Umstrukturierung der Konfliktprävention und –bearbeitung hat nicht in dem Maße als Querschnittsaufgabe der Außenpolitik ihre Verankerung gefunden, wie man dies unter der Ägide eines grünen Außenministeriums hätte erwarten können. Im weiteren Verlauf der rot-grünen Amtszeit kann festgehalten werden, dass die praktische Umsetzung immer wieder auf Verzögerungen und Probleme trifft, mit der Zeit aber schon weit vorangeschritten ist. ⁴⁰ Es folgt nun eine Beschreibung der konkreten Ausgestaltung einer zivilen Infrastruktur.

_

Rummel, Reinhart: Deutscher Einfluss auf den Ausbau ziviler Krisenintervention der EU, in: Fischer, Martina/Grasse Renate/Schlotter, Peter (Hrsg.): Berliner Friedenspolitik. Anspruch – Wirklichkeit – Zukunft, Baden-Baden 2007, S. II.

⁴⁰ Vgl. Rummel, Deutscher Einfluss auf den Ausbau ziviler Krisenintervention der EU, S. 10.

Infrastruktur der zivilen Krisenbewältigung in Deutschland

Durch den Aktionsplan ist erstmals eine Infrastruktur für den zivilen Umgang mit Krisen entworfen worden. Sowohl im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als auch im vor allem für die grüne Perspektive wichtigen Auswärtigen Amt sind einige institutionelle, konzeptionelle und praktische Elemente der zivilen Konfliktbewältigung entwickelt worden.⁴¹ Diese Maßnahmen sollen dabei zu einer "deutlich engeren Abstimmung zwischen diplomatischen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Aktivitäten führen"⁴². Konkrete Maßnahmen sind die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), die Gründung eines ministerienübergreifenden Ressortkreises, die Schaffung eines zivilgesellschaftlichen Beirats Zivile Krisenprävention (Beirat), die Einrichtung des Programms Zivile Konfliktprävention (zivik) im Institut für Auslandskunde, die Einführung eines Instituts für den Zivilen Friedensdienst (ZFD) und schließlich die Institutionalisierung eines Zentrums für internationalen Friedensdienst (ZIF).

Deutsche Stiftung Friedensforschung⁴³

Mit der Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung wurde nach über zweijähriger Vorbereitungszeit die in der Koalitionsvereinbarung vereinbarte Wiederaufnahme der finanziellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung und der Vernetzung bestehender Initiativen umgesetzt. Die Stiftung wurde für die ersten fünf Jahre mit 50 Millionen DM ausgestattet. Für die weitere Finanzierung gab es jedoch kein Konzept. Zu dieser unsicheren Finanzsituation wurden von Anfang an kritische Außerungen laut. Darüber hinaus gab es in der Anfangsphase der Stiftung keine klaren Förderregeln, deswegen kann für diesen Zeitraum nicht unbedingt von Transparenz gesprochen werden.44

Ressortkreis

Der Ressortkreis – unter Vorsitz des Auswärtigen Amtes stehend – koordiniert die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Auswärtigen Amt und dem Innenministerium. Der Ressortkreis prüft und fördert die Umsetzung des Aktionsplans und erstattet dem Deutschen Bundestag und dem Bundessicherheitsrat regelmäßig Bericht.

Die Arbeit des Ressortkreises kann als guter Ansatz bewertet werden, der allerdings durch geringe Zielgerichtetheit die erhoffte Kohärenz nicht erzeugen konnte. Die einzelnen Zuständigen der involvierten Ministerien gingen meist noch nicht über die Schnittstelle Beirat, um dessen Expertise und Koordinationsfähigkeit zu nutzen. Dazu blieb auch hier die nötige Mittelausstattung aus. Erst die Bereitstellung von Geld aus dem Haushalt des Bundesministerium für Verteidigung machte eine nennenswerte Aufnahme der Arbeit des Ressortkreises möglich. Da Winfried Nachtwei die finanzielle Unterstützung mit dem Verteidigungsminister ausgehandelt hat, wird in diesem Zusammenhang meist von den "Nachtwei-Millionen" gesprochen.

Dass ein solches Gremium durchaus eine bedeutendere Funktion haben kann, zeigt sich beispielsweise bei einer Betrachtung der britischen Conflict Prevention Pools, welche intensiv zur Schaffung von kohärenten Strategien genutzt werden. 45 Daher ist für die Zukunft eine Aufwertung des Ressortkreises wichtig! Dieser braucht klare Kompetenzen, muss finanziell unabhängig werden

Vgl. Rummel, Deutscher Einfluss auf den Ausbau ziviler Krisenintervention der EU.

⁴² Die Bundesregierung: Aktionsplan Zivile Krisenprävention Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Berlin Mai 2004,

 $^{^{43}}$ www.bundesstiftung-friedensforschung.de

⁴⁴ Vgl. Euskirchen, Markus: Deutsche Stiftung für Friedensforschung. Gründung mit Tücken, in: Antimilitarismus-Information, Heft I/2000, S. 33-40.

⁴⁵ Austin, Greg: Evaluation of the Conflict Prevention Pools, in: Review of the UK Government Approach to Conflict Prevention, London 2005.

und die Konsultation des Beirats muss in Belangen der zivilen Krisenprävention Konfliktbearbeitung verpflichtend werden. Daneben Sonderbeauftragter wäre ein Kanzleramtsebene ein notwendiger und effektiver Zugewinn.

Zivilgesellschaftlicher Beirat "Zivile Krisenprävention"

Der zivilgesellschaftliche Beirat "Zivile Krisenprävention" ist ein Gremium, in dem VertreterInnen aus der Wissenschaft, der Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen zusammenkommen. Er bildet in Verbindung mit dem Ressortkreis – den er berät – die Vernetzungsstruktur zwischen der Zivilgesellschaft, der Bundesregierung und dem Parlament.⁴⁶

Zivile Konfliktprävention (zivik)

Die Institutionalisierung des zivik-Programms am Institut für Auslandskunde⁴⁷ ist ein großer Schritt in Richtung ziviler Konfliktprävention. Die Mittlerorganisation fördert, dokumentiert und evaluiert Projekte, die in Krisenregionen weltweit durchgeführt werden. Zivik-Projekte werden aus dem →Budget-Titel Friedenserhaltende Maßnahmen (FEM) des Auswärtigen Amtes gefördert und unterstehen diesem somit. Zivik kann also als explizit grünes Projekt angesehen werden. Seine Einrichtung ist somit sehr zu loben. Martina Fischer konnte jedoch immer wieder beobachten, dass es besonders für die BewohnerInnen von Konfliktregionen schwer ist, deutsche Mittel zu beantragen. Die Förderverfahren sind relativ kompliziert, und eine hohe Fluktuation von MitarbeiterInnen erschwert den Kontakt zwischen Zielgruppe und Behörden zusätzlich. Dieses Problem ist im Rahmen von zivik klar in grüner Verantwortung. Daher sollte die Struktur der Förderverfahren von Nichtregierungsprojekten überarbeitet und vereinfacht werden. Dies gilt natürlich auch für die breite Palette weiterer Mittelvergabeverfahren.

Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Der Zivile Friedensdienst organisiert und koordiniert die Ausbildung und Entsendung sogenannter Friedensfachkräfte, welche in Krisenregionen in von der Bundesregierung geförderten Projekten mitarbeiten beziehungsweise diese leiten oder koordinieren. Der Zivile Friedensdienst kann als eine gelungene Komponente ziviler Infrastruktur eingestuft werden. Während der ZFD allerdings durch das SPD-besetzte BMZ eingeführt und beim →Deutschen Entwicklungsdienst (DED) angesiedelt worden ist, kann das Zentrum für Internationalen Friedensdienst - im Folgenden vorgestellt – als eine wirklich "grüne Sache" bezeichnet werden.

Zentrum für Internationalen Friedensdienst (ZIF)⁴⁸

Das ZIF ist ein Programm, welches direkt im Auswärtigen Amt untersteht. In diesem Zentrum werden ExpertInnen für internationale Friedens- und Beobachtungsmissionen im Rahmen der UN, der Regionalorganisationen wie vor allem der \rightarrow OSZE und der \rightarrow EU ausgebildet.

ZIF fördert somit die Verankerung der zivilen Komponente auf Ebene der internationalen Institutionen. Man kann also behaupten, dass die Bundesregierung - in diesem Falle explizit die Grünen – einen Beitrag zur "Zivilisierung" der UN-Friedens- und Konfliktarbeit geleistet hat.

1.3. Primat des Zivilen? – Das Verhältnis von Militär und Zivilem in Deutschland

Neben der expliziten Förderung der innerdeutschen Infrastruktur für zivile Konfliktprävention und Konfliktmanagement, soll hier auch ein Blick auf das reale Verhältnis der zivilen und militärischen Elemente der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geworfen werden.

Aktionsplan, S. 4.

⁴⁷ www.ifa.de

⁴⁸ www.zif-berlin.org

Es seien nur drei kurze Beispiele angerissen, an denen ein klares Ungleichgewicht sofort ins Auge springt. Im Jahr 2004 umfasste das Budget des BMZ nur knapp ein Sechstel der Ausgaben des Verteidigungsministeriums für Militär.⁴⁹ Die Summe der militärischen Ausgaben in Afghanistan ist fünf mal so hoch wie die für zivile Projekte. Im Jahr 1999 wurden, nach langem Kampf, 5 Millionen DM für den ZFD zur Verfügung gestellt. Diese Summe wurde für den Bundeswehreinsatz in Osttimor – ohne Diskussion – monatlich bereit gestellt.⁵⁰

An diesem Punkt erscheint es auch wichtig zu fragen, was diese Ausgaben für "das Militär" beinhalten beziehungsweise beinhalten könnten und sollten. Dabei ist festzuhalten, dass eine Reihe von Investitionen in den Ausbau des rein militärischen Geräts geflossen sind – zum Teil unter grüner Regierungsbeteiligung abgesegnet, zum Teil nur ausgeführt.

Hier eine ausschnitthafte Aufzählung: 180 Eurofighter als Prestigeprogramm, die allein mehr als 30 Milliarden Euro gekostet haben⁵¹, Panzer– und Luftabwehrsysteme, 30 U-Boote der Klasse U 212A, die der Schiffe Korvette K 130 und Fregatte 124, die Beschaffung des Kampfhubschraubers "Tiger" und des →NATO-Hubschraubers NH-90. Daraus und aus weiteren bereits geplanten Anschaffungen für Großwaffensysteme ergibt sich für den Zeitraum von 2001-2015 ein geschätztes Gesamtvolumen von 110 Milliarden. €⁵²

Es drängt sich an diesem Punkt die Frage auf, welche Rolle dieses Gerät in Konfliktverhütung und Krisenbewältigung spielen soll? Zur Palette sinnvoller und notweniger Beiträge der deutschen Bundeswehr vor, in und nach Krisen und Konflikten gehören die Sicherung des staatlichen Gewaltmonopol, die (Wieder-)Herstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, der Schutz der Bevölkerung vor Angriffen auf Leben und Besitz, das Überwachen und Sichern von Waffenstillständen, möglicherweise die Demobilisierung von Kämpfenden und dies alles mit einem Fokus darauf, vereinbartes Recht durchzusetzen. Auch diese Liste hat nur schlagwortartigen Charakter. Die Frage, was schwerstes, Milliarden-fressendes Kampfgerät zu diesem Aufgabenspektrum beitragen kann, bleibt. Dabei ist eine simple Feststellung aus der Friedens- und Konfliktforschung einzubringen: Angriffskapazität ist (noch) nie friedensförderlich (gewesen).⁵³

Das Ungleichgewicht zwischen Ausgaben für militärische Elemente der Prävention und Bearbeitung von Konflikten und für zivile Elemente ist gravierend. Hier muss die Frage erlaubt sein, was sich ändern könnte, würde man einen großen Teil der militärischen Ausgaben in zivile Projekte und auch in die zivilen Fähigkeiten der Bundeswehr investieren. Eine simple Schlussfolgerung ist, dass im gerade angerissenen Aufgabenspektrum – welches grünen Vorstellungen entspricht – eine riesiger Handlungsspielraum entstehen könnte. Eine laienhafte Rechnung soll dies verdeutlichen: Die Summe, die notwendig ist, um einen Eurofighter zu produzieren würde wahrscheinlich ausreichen, um eine solch große Menge PolizistInnen auszubilden und auszurüsten, dass wesentlich nachhaltiger Stabilität erzeugt werden könnte.⁵⁴ Ein so entstehender lokaler Sicherheitsapparat kann langfristig eine Stabilisierung erreichen.

Vgl. Fischer, Martina: Für Umbau und Umrüstung der Bundeswehr im Rahmen einer europäischen Friedenspolitik – die Stärkung der Friedenskompetenzen ist die Aufgabe (Positionspapier des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung) Berlin Februar 2004, S. 5.

⁵⁰ Vgl. Nachtwei, Winfried: Gesprächsnotiz, Hannover 31.3.2007.

Vgl. Strutynski, Peter: Mit Tabubrüchen zur Normalität. Rot-grüne Außen- und Sicherheitspolitik ist vor allem Kriegspolitik, in: Z (kommunistische Zeitschrift) 13/2002, S. 95-109. Strutynski gehört zur AG Friedensforschung der Uni Kassel.

⁵² Vgl. Strutynski, Mit Tabubrüchen zur Normalität.

⁵³ Vgl. Fischer, Für Umbau und Umrüstung der Bundeswehr im Rahmen einer europäischen Friedenspolitik, S. 2 ff.

An dieser Stelle kann leider keine weitere Differenzierung der Aufgabenspektren für Konfliktmanagement vorgenommen werden. Hier sei nur erwähnt, dass wir für einen restriktiven Einsatz des Militärs in Krisenregionen sind und nicht impliziert ist, dass Militär PolizistInnen ausbilden. Diese wäre nämlich ein mögliches Einfallstor für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren – was wir ablehnen.

Irak als Beispiel: Seitdem die lokale Armee wächst und auch Sunniten eingebunden werden konnten (2006 gab es null sunnitische Armeeangehörige, 2007 waren es bereits 50 000⁵⁵), ist die Anzahl der Attentate und schwerer Gefechte zurückgegangen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen fällt ein Resümee gemischt aus. Winfried Nachtwei hält richtigerweise fest: "Erstmalig verpflichtet sich eine Bundesregierung [...] auf den [sic!] Primat der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung und konkretisiert es in einer Vielzahl von Projekten." Dabei sind die Bereitstellung von Mitteln für die zivile Friedensförderung im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erste Schritte, wirken allerdings gegenüber den Ausgaben für militärische Maßnahmen wie "peanuts", so auch Martina Fischer. Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die zivile Komponente "zahnlos" bleiben wird, wenn sie nicht "durch angemessene finanzielle Mittel unterlegt wird, was aber im Falle des Aktionsplans nicht geschah". Von einem glaubwürdigen Primat des Zivilen kann in der Bilanzierung der rot-grünen Regierungszeit demnach leider noch nicht gesprochen werden.

2. Konfliktmanagement im Europäischen Rahmen – im grünen Sinne?

Die internationale Politik im Rahmen der →EU spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab – häufig wird in diesem Zusammenhang auch von den Säulen der EU gesprochen. Eine der Säulen, und um diese soll es hier gehen, ist die →Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die GASP umfasst Aufgabenbereiche wie die klassische Diplomatie, das Verhalten der EU in anderen internationalen Institutionen oder auch das außenwirtschaftliche Engagement. Aber auch die →Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist Bestandteil der GASP. Im Rahmen der ESVP wird seit Ende der 1990er Jahre ein Strategiekonzept entwickelt, das den gesamten Zyklus eines Konflikts umfasst: Krisenprävention, Krisenmanagement und Krisennachsorge, und das zivile und militärische Elemente miteinander verknüpft. Dabei handelt es sich um die sogenannte Europäische Sicherheitsstrategie (ESS).

In diesem Themenkomplex liegt die Frage zugrunde, inwieweit die deutsche Bundesregierung die konzeptionelle Gestaltung der Europäischen Sicherheitsstrategie in Richtung Entmilitarisierung beeinflusst hat. Der Koalitionsvertrag von 1998 hängt für diese Zielsetzung die Messlatte hoch: Die "GASP soll in ihrer weiteren Entwicklung verstärkt dazu genutzt werden, die Fähigkeit der EU zur zivilen Konfliktprävention und friedlichen Konfliktregelung zu steigern"⁶⁰.

Im ersten Halbjahr 1999 hatte Deutschland die Europäische Ratspräsidentschaft inne. Diese Position hätten Schröder und Fischer optimal für die Initiation eines rot-grünen Konzeptes zur zivilen Krisenbewältigung nutzen können. Eine solche innovative Rolle als ziviler Vorreiter hat Joschka Fischer jedoch in keiner Weise für sich beansprucht.⁶¹ Erst die nachfolgende, finnische

⁵⁵ Vgl. |offe, |osef: Ein guter Anfang, in: DIE ZEIT, 27.12.2007, S. 1.

Nachtwei, Winfried: Replik auf die Gemeinsame Erklärung von Friedensorganisationen (zum Koalitionsvertrag 1998) Bonn 5.11.1998, in: http://www.friedenskooperative.de/themen/lobby-05.htm (26.10.2006).

⁵⁷ Vgl. Fischer, Martina: "Safety first" – Oder kommt Entwicklung vor Sicherheit?, Evangelische Akademie Loccum, 15.-17.12.2006 (Draft, erscheint in der Reihe *Loccumer Protokolle*) S. 1-18, S. 16.

Rittberger, Volker: Außenpolitische Bilanz der rotgrünen Regierung 1998 bis 2005, in: Protokoll: Interview mit Mitgliedern der Friedenspolitischen Kommission der Grünen Jugend, Tübingen 3.5.2007, S. 5.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Koalitionsvertrag 1998, S. 45.

Hier sei kurz erwähnt, dass auch im Rahmen des G8-Vorsitzes 2000 es Deutschland nicht gelungen ist sich das Image eines Vorreiters im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung zu geben. Vgl. Rummel, Reinhardt: Advancing the EU'sconflict prevention policy, in: Kirton, John/Stefanova, Radoslava: Conflict Prevtion and Human Security. G8,

Ratspräsidentschaft hat sich für eine Erweiterung des ursprünglich nur militärischen ESVP-Konzeptes um eine zivile Komponente stark gemacht, welche von den nachfolgenden Präsidentschaften auch auf den Weg gebracht wurde.

Die deutsche Passivität fügt sich damit in einen Gesamtzusammenhang der Zurückhaltung auf europäischer Ebene ein, wo leider eine generelle Fokusverschiebung, weg vom Integrationsmotor hin zu deutschen Eigeninteressen, wahrgenommen werden kann.

Trotzdem muss hier festgehalten werden, dass die Bundesregierung den Ausbau des Zivilen immer voll mitgetragen hat. Deutschland hat die Schaffung ziviler Infrastruktur⁶² im europäischen Kontext unterstützt, kam jedoch – wie auch Österreich, Belgien und Dänemark – nur langsam mit dem Umbau seiner eigenen Kapazitäten voran. Auch das Erstellen des Aktionsplans erst 2004 macht Deutschland im internationalen Vergleich zum Nachzügler. Zu diesem Zeitpunkt war die ganzheitliche Konzeptentwicklung der ESVP schon weit vorangeschritten. Außerdem ist der europapolitische Teil des Aktionsplans recht dünn.

Letztlich hat Deutschland durch den Aktionsplan und seine Umsetzung einige innovative Elemente einführen können – besser trainierte KonfliktexpertInnen, Monitoringfähigkeiten – aber dem Niveau der Vorreiter wie Kanada, den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern konnte sich Deutschland noch nicht anpassen. ⁶³

2.1. Zivile Aspekte der ESVP

Um einen Uberblick davon zu bekommen, welche Elemente auf europäischer Ebene zur Zivilisierung der Sicherheitspolitik beitragen sollen, gebe ich hier einen kurzen Einblick in von EU-Kommissar Patten angekündigte Initiativen: Humanitäre Hilfe, Rettungsdienste, Minenräumung und Entwaffnung, Entsendung von Polizeikräften. administrative Demokratisierungsunterstützung, Wahl- und Menschenrechtsbeobachtung, Konfliktvermittlung. All diese Elemente sollen institutionalisiert und in einer sogenannten →Rapid Reaction Capability zusammengeführt werden. Dies heißt ganz prinzipiell, dass ein Pool gut ausgebildeter Personen und ein schneller Rückgriff auf diese und feste Mittel möglich sein sollen. Daneben wurde im Mai 2000 ein Ausschuss für ziviles Krisenmanagement eingerichtet, der Empfehlungen für die Einflechtung ziviler Instrumente in die Neugestaltung der GASP und der ESVP geben sollte. In dessen Rahmen wurde bereits 2000 eine Datenbank über Polizeikapazitäten erarbeitet und eine Erhöhung des einsatzbereiten PolizistInnenkontingents auf 5000 Personen bis 2003 beschlossen. Daneben soll der Ausschuss die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen – wie Vereinten Nationen, OSZE und →Europarat – verstärken und verstetigen?.⁶⁴ Die Bundesregierung hat sich – zusammen mit den skandinavischen Ländern – für diese Initiativen eingesetzt. Leider zeichnet sich jedoch auch auf europäischer Ebene ab, dass - trotz gegenteiliger Aussagen Pattens - die zivile Dimension nur ein Anhängsel des militärischen Bereichs bleiben muss. Die angekündigten Vorhaben sind 2000 nur mit einem Finanzvolumen von 15 Millionen Euro veranschlagt worden und daher letztlich kaum durchführbar.

2.2. Militärische Aspekte der ESVP

Einem stärkeren Ausbau des militärischen Arms der EU erteilten die Grünen in ihrem Wahlprogramm von 1998 noch eine klare Absage. Eine Schnelle Eingreiftruppe (auch →Rapid

United Nations, and EU Governance, Aldershot 2004, S. 113-139.

⁶² Gemeint ist vor allem die Arbeit im Rahmen des ZIF als explizit grünes Projekt aus dem Auswärtigen Amt, vgl. 1.3. in diesem Kapitel.

⁶³ Vgl. Rummel, Deutscher Einfluss auf den Ausbau ziviler Krisenintervention der EU.

⁶⁴ Frietzsche, Helmut/Parchmann, Dirk: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Erfolg von Nizza?!, in: Europäische Sicherheit online, http://www.europaeische-sicherheit.de/alt/Archiv/ES_Archiv_2001ff/ES01-02-02.htm (22.1.2008).

Reaction Force) wurde deutlich abgelehnt, da ihre Schaffung eindeutig als Militarisierung der GASP/ESVP gesehen werden kann. Bereits in den Koalitionsverhandlungen musste dieses klare Bekenntnis einem undeutlichen Bekenntnis zur "Verstärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" weichen, das durchaus schon als Zustimmung zur Schnellen Eingreiftruppe gewertet werden kann. Hier muss festgehalten werden, dass ein Stopp dieses Strukturelements europäischer Sicherheitspolitik durch Deutschland wohl kaum möglich gewesen wäre. Kritisch zu erwähnen ist, dass unter diesen Voraussetzungen kein Umdenken beziehungsweise kein sichtbarer Strategiewechsel stattgefunden hat. Eine Stärkung des Zivilen und die Einbindung – besser: Untergliederung – in ein zivil-orientiertes Gesamtkonzept, hätte das Ziel der Grünen werden müssen.

Konträr zu solchen Überlegungen muss leider festgehalten werden, dass die Bundesregierung ihren politischen Schwerpunkt innerhalb der EU darauf gelegt hat, den Ausbau der militärischen Kapazitäten voranzubringen. Eine Gefahr besteht hier in der Tendenz, den Begriff "Prävention" zunehmend militärisch zu definieren.

3. Internationale Einbindung deutscher Außenpolitik

Neben dem Engagement auf EU-Ebene gibt es natürlich weitere internationale Aktionsräume, in denen sich die Bundesregierung bewegt hat. Wichtig sind hier die Rolle, die Fischer in den Gremien der UN eingenommen hat, das Engagement innerhalb der OSZE – als gesamteuropäische Teilorganisation des UN-Systems – und die Schaffung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. Schließlich sollte die deutsche Position zu den Veränderungen innerhalb der NATO wenigstens kurz Erwähnung finden.

Die rot-grünen UN-Politik war weitgehend durch Kontinuität zur Vorgängerregierung geprägt. Eine Ausnahme bilden hier Fischers Bemühungen um einen deutschen Sitz im →Sicherheitsrat. Nach der Einschätzung Volker Rittbergers war "[d]iese Initiative [...] von vorneherein zum Scheitern verurteilt und daher ein diplomatischer Fehler."⁶⁵ Weitergehend darf auch seine Vermutung nicht unerwähnt bleiben, dass die Bundesregierung darauf erpicht gewesen sein könnte, "mit der Statusaufwertung durch einen ständigen Sitz politisches Kapital für die nächste Bundestagswahl anzuhäufen."⁶⁶

Berechtigung hat an dieser Stelle auch die Überlegung, ob Fischer nicht mit einer Fokussierung des →Brahimi-Berichts eher im Sinne grüner Friedenspolitik gewirkt hätte. Die durch diesen Bericht angestoßenen Reformen der UN-Struktur waren optimal geeignet, um die zivile Komponente auch im Rahmen von UN-Einsätze zu stärken – eine Forderung des Aktionsplans. Hier würde die Prämisse im Vordergrund stehen, mit einmal →mandatierten UN-Einsätzen letztlich Leid zu verringern und nicht durch schlechte Koordination und Durchführung für weiteres Leid mitverantwortlich zu sein. Von der Untätigkeit in diesem Bereich abweichen kann lediglich Fischers innovativer Vorstoß, auch Unternehmen in die Konfliktregulierung einzubinden. 67

Die OSZE hat durch ihre Stellung als regionale Suborganisation der Vereinten Nationen für grüne Politik besondere Bedeutung. Ihre Zielsetzungen im Rahmen und Namen des →Völkerrechts sind ambitioniert, sodass sie als – in weiten Teilen – grünen "Idealvorstellungen" entsprechend charakterisiert werden kann. Es ist der grünen Fraktion 1998 auch gelungen, der OSZE, die im grünen Wahlprogramm als tragende Säule der internationalen Politik identifiziert wurde, eine prominente Rolle im Koalitionsvertrag zu sichern.⁶⁸

⁶⁵ Rittberger, Außenpolitische Bilanz der rotgrünen Regierung 1998 bis 2005, S. 4.

⁶⁶ Ebenda

⁶⁷ Vgl. Rittberger, Außenpolitische Bilanz der rotgrünen Regierung 1998 bis 2005, S. 4f.

⁶⁸ Vgl. Bolte, Matthi: Magdeburg-Bonn-Berlin. Der weite Weg von Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen, in diesem

Das tatsächliche Verhalten der Bundesregierung in Bezug auf die OSZE kann hier nur ausschnitthaft aufgegriffen werden. Ein Beispiel aus der Praxis hat Laura Appeltshauser in ihrem Beitrag herausgearbeitet: Im Rahmen der →OSZE-Kosovo-Verifikations-Mission hatte Fischer angekündigt, eine große Anzahl von ExpertInnen ins Feld zu schicken und dieser Chance zur Stärkung des Zivilen auch "historische Dimension"⁶⁹ beigemessen. "Da es aber zu mehreren internen Meinungsverschiedenheiten zwischen den betreffenden Ämtern kam, ging die Aufstellung sehr zögerlich beziehungsweise mangelhaft vonstatten"⁷⁰. Diesem Beispiel wohnt die Aussage inne, dass Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf die Unterstützung der internationalen Institutionen mit Friedenskräften und entsprechenden Mitteln weit auseinander gehen. Hier kommt auch die bereits geäußerte Kritik an der "fehlenden inter-ministeriellen Abstimmung"⁷¹ wieder zum Tragen.

Als äußerst positiv ist die deutsche Initiative zu bewerten, einem Stabilitätspakt für Südosteuropa auf die Beine zu helfen. Dieses Verhalten entspricht der Logik, Deutschland als Zivilmacht zu profilieren. Der Stabilitätspakt ist ein Mittel, um auf →multilateraler Ebene – und vor allem transparent – wichtige Verbündete und Institutionen miteinander zu verknüpfen und durch wirtschaftliche und politische Kooperation einer gesamten Region Unterstützung zu bieten. Auf diesem Wege kann präventiv, gesamtheitlich und zivil auf die Stabilität einer gesamten Region hingearbeitet werden.⁷²

Wirklich kritisch zu beurteilen ist jedoch das deutsche Engagement im Rahmen der NATO. Man kann wohl davon ausgehen, dass die ursprüngliche Forderung der grünen Partei, eine Abschaffung der NATO anzustreben, mit dem Eintritt in die Regierung nicht haltbar war. Noch viel mehr wäre es daher notwendig gewesen, zwar eine grundsätzlich zustimmende, aber gezielt kritische Position einzunehmen. Hier kann man behaupten, dass Grün 1998 kein Konzept für das Verhalten in der Wirklichkeit des NATO-Bündnisses hatte. Das Vorhandensein des Bündnisses muss akzeptiert werden. Dabei darf keine reine Hinnahme und Kapitulation vor seinem heute noch starken Gewicht eintreten. Stattdessen muss ein weiterhin auf Marginalisierung zielendes Vorgehen ausgearbeitet werden.

Als Kritikpunkt erwähnt sei hier die Beteiligung am →Kosovo-Einsatz unter dem Kommando der NATO. Vor allem da noch das Wahlprogramm von 1998 festhält, dass deutsche Truppen "weder dem Kommando nationaler Armeen unterstehen noch von Militärbündnisse abhängig" sein sollen. Eine tiefgehende Analyse dieser Umstände nimmt Laura Appeltshauser in ihrem Beitrag vor. Hier soll jedoch bereits festgehalten werden, dass der reale Handlungsspielraum in Bezug auf den selbst mandatierten NATO-Einsatz als äußerst gering einzuschätzen ist.

Viel virulenter ist die Frage, wie die Bundesregierung sich im Rahmen der NATO-Reformierung nach dem →II. September verhalten hat. Die Erweiterung der NATO-Strategie, die "Verteidigung" der Bündnisinteressen auch auf Situationen jenseits des Vertragsgebiets auszuweiten, hätte einen lauten Aufschrei der Entrüstung auslösen müssen. Stattdessen wurde die neue NATO-Strategie von der Bundesregierung abgesegnet, ohne vorher Gegenstand einer öffentlichen Debatte oder einer parlamentarischen Abstimmung geworden zu sein. Dies ist ein klares Versäumnis und läuft völlig konträr zur demokratischen Tradition der Grünen.

59 Nac

Band

⁶⁹ Nachtwei, Replik auf die Gemeinsame Erklärung von Friedensorganisationen. (zum Koalitionsvertrag 1998) Bonn 5.11.1998, in: http://www.friedenskooperative.de/themen/lobby-05.htm (26.10.2006).

Vgl. Appeltshauser, Laura: Der Kosovo Krieg, in: diesem Band, Kap. 2.1. Das Holbrooke-Abkommen und die OSZE Mission

⁷¹ Rittberger, Außenpolitische Bilanz der rotgrünen Regierung 1998 bis 2005, S. 4.

Vgl. Jacob, Nadine: Studien zur Deutschen und Europäischen Außenpolitik. Deutsche Sicherheitspolitik nach dem I I. September 2001, Trier 2005, http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/monographies/jakobs.pdf (30.10.2006) S. 36.

In Programmen und Koalitionsverträgen hat (Rot-)Grün geeignete Akzente gesetzt, um auf eine multilateral und transparent vernetzte, zivil-orientierte Welt hinzuarbeiten. In der Realität sind dafür richtige und wichtige Ansätze gefunden worden, diese jedoch nicht immer konsequent verfolgt worden. Und man muss leider auch festhalten, dass grobe und im Sinne grüner Ideale nicht nachvollziehbare Fehler begangen worden sind.

4. Deutscher Umgang mit Waffen

4.1. Raketenabwehrpläne

Als erstes stelle ich in diesem Kapitel die Frage, ob die grüne Position der völligen Ablehnung eines Raketenabwehrsystems Eingang in die deutsche Außenpolitik gefunden hat. Fischer hatte in den ersten Jahren seiner Amtszeit durch klare Statements Deutschland auf der internationalen Bühne kritisch zum Abwehrsystem positionieren können. Im Februar 2001 fand diese Linien jedoch eine jähes Ende, als Gerhard Schröder die Einbeziehung Europas in das US-amerikanische Raketenabwehrsystem forderte, um die Einheitlichkeit der nordatlantischen Sicherheitszone zu bewahren.

4.2. Bewaffnung des Weltraums

Als Voraussetzung für diesen Bereich muss klar gestellt werden, dass die USA klar die Bewaffnung des Weltraumes anstreben. Ebenso beabsichtigt die EU auch, militärischen Zugriff auf die Systeme der →ESA zu bekommen, die laut ihrer Satzung "für ausschließlich friedliche Zwecke"⁷³ gegründet wurde.

Allerdings sind auch innerdeutsche Entwicklungen kritisch zu beleuchten: In Deutschland entstanden durch die – von Rot-Grün im Koalitionsvertrag anvisierte – Fusionierung von Luft- und Raumfahrtindustrie riesige Konsortien. Diese Zusammenschlüsse wurden gebildet aus den Firmen Astrium, MBDA und DaimlerChrysler/EADS/Aerospatiale Matra/Casa.

Wichtig an dieser Stelle ist, darauf hinzuweisen, dass all diese Konsortien auch militärische Komponenten, wie Gefechtsköpfe und Mittelstreckenraketen für U-Boote, bauen. Dass Unternehmen mit solchen Fähigkeiten maßgeblich einbezogen sind in die Technologieentwicklung auf einem Sektor – nämlich der Raumfahrt –, der waffenfrei bleiben soll, kann durchaus mit Skepsis betrachtet werden.

Weitere Widersprüche treten zu Tage, macht man sich klar, dass zum einen auf EU-Ebene Satellitenprojekte⁷⁴ mit militärischem (Neben-)Nutzen entwickelt werden. Zum anderen auch ein eigenes deutsches Aufklärungsprogramm⁷⁵, welches das französische Projekt "Helios" ergänzen soll.

Dieses Vorgehen läuft diametral entgegen Forderungen des grünen Wahlprogramms von 1998, in dem es heißt: "Deutschland soll ferner eine Initiative für die internationale Kontrolle militärischer Fernaufklärungsmittel starten. Diese sind in den Dienst der UNO, der Konfliktprävention und Abrüstungskontrolle zu stellen".⁷⁶

Hierzu hält Regina Hagen fest, dass man sich dieses Widerspruchs auch in Berlin bewusst sei, dass man aber "angesichts der aggressiven Weltraumrüstungspläne der USA nicht untätig bleiben könne, da ansonsten ein uneinholbarer Rückstand entstehe" ⁷⁷. Ihr sind leider keine größeren diplomatischen Initiativen bekannt, die versuchen den amerikanischen Trend aufzuhalten. ⁷⁸

⁷³ Zitiert nach: Hagen, Regina: Die neue Triade: Atomwaffen, Raketenabwehr, Weltraumrüstung. Deutschland schweigt – und mischt mit, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier 41, S. 6.

⁷⁴ Gemeint sind hier: GALILEO und Global Monitoring for Environment and Security (GMES)

^{75 (}SAR-Lupe)

Wahlprogramm 1998, Bündnis 90/Die Grünen, S. 146.

⁷⁷ Hagen, Die neue Triade, S. 7.

 $^{^{78}}$ Vgl. Hagen, Die neue Triade, S. 7.

4.3. Internationale Abrüstung und Rüstungsbeschränkung

Auch für dieses Kapitel soll zu allererst kurz der internationale Kontext dargestellt werden. Nach Aussage von Richard Haass, Direktor für Politische Planung im US-Außenministerium, hatte sich Washington zu Beginn der Ära George W. Bush jedes Abkommen einzeln angeschaut und Entscheidungen über deren Fortbestand getroffen. Damit hatte Amerika eine "Schneise der Verwüstung in der Rüstungskontrolllandschaft"⁷⁹ hinterlassen. Was die Aufkündigung, Unterwanderung und Schwächung zahlreicher wichtiger Abkommen und Regime zur Folge hatte. Die Bundesregierung wusste dieser rasanten Entwicklung nur wenig entgegenzusetzen. Zuerst wurde lediglich versucht, die Wichtigkeit von rüstungspolitischen Regulierungen zu betonen. Dann vor der vorschnellen Kündigung von Verträgen gewarnt. Ganzheitliche und eigene oder im europäischen Rahmen erstellte Politikkonzepte zur weiteren Rüstungsregulierung wurden bis 2004 nicht initiiert. Hinderungsgründe hierfür waren: Zum einen die Unwilligkeit sich in einen Konflikt mit den USA zu begeben. Zum anderen die berechtigte Vermutung, dass Ablehnung durch USA wahrscheinlich gewesen wäre.

Fischer musste am eigenen Leibe erfahren, dass im internationalen Geflecht von Interessen und Befindlichkeiten die eigenen Werte oft schlecht einzubringen sind. Sein anfängliches Statement, die USA solle auf den Einsatz von nuklearen Waffen generell verzichten, löste eine heftige Reaktion von Präsident George W. Bush aus, der den Anstoß als einen "Frontalangriff"⁸⁰ auf die US-Nuklearstrategie deutete. Nachdem Fischer für diesen politischen Vorstoß massiv gerügt wurde, entwickelte die Bundesregierung nur noch kleine Initiativen.

Als partiell erfolgreich kann das Vorhaben eingeschätzt werden, im Rahmen der informellen Gruppe der nicht nuklearen Fünf der NATO eine Zurückdrängung nuklearer Waffen zu erreichen und das Nichtverbreitungsregime zu stärken. Ebenfalls bedingt mit Erfolg gekrönt war die Unterstützung eines weitgehenden nuklearen Teststoppabkommens, das Deutschland selbst auch unterzeichnete.

Weitere Projekte unter Beteiligung der Bundesregierung sind leider (fast) gänzlich gescheitert: Zu nennen ist hier als Erstes der Versuch, ein Abkommen zum Verbot der Produktion waffenfähigen Kernmaterials auf den Weg zu bringen. Wobei hier direkt erwähnt werden sollte, dass auch die deutsche Glaubwürdigkeit in diesem Bereich in Frage zu stellen ist. Noch im grünen Wahlprogramm von 1998 wurde die Forderung gestellt, den Forschungsreaktor München II, wenn möglich, auf die Verwendung von nicht waffenfähigem Uran umzurüsten. Die Chance einer Überprüfung wurde ungenutzt gelassen.

Schließlich kann noch mit Erschrecken festgestellt werden, dass auch die Initiation einer Konferenz der UN zur Begrenzung des illegalen! – nicht des legalen – Kleinwaffenhandels misslingen musste.⁸¹ Diese Initiativen sind zu würdigen.

Auf der anderen Seite soll nicht unerwähnt bleiben, dass das Unterlassen von steter sachlicher, aber nachdrücklicher Kritik an der massiven (Wieder-) Aufrüstung der USA – nach Fischers anfänglicher klaren Worten – ein Versäumnis bleibt.

Schließlich kann die Frage, welche konkreten Fehler und Unterlassungen dem Duo Fischer-Schröder unterlaufen sind, nicht unbeantwortet bleiben. Bedenklich ist die Würdigung des neuen US-Russischen Abrüstungsabkommens als von "historischer Bedeutung". Das Abkommen schreibt jedoch solch minimale Vorgaben fest, dass es in seinen Grundzügen eher eine weitere Aufrüstung legalisiert.⁸² Mit einer Würdigung fiel somit die reale Bedeutung des Vertrages vollkommen unter

Nassauer, Otfried: Rüstungskontrolle. Kaum Wiederstand gegen Bush's Kahlschlagpolitik, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier 41, S. 4-5, S. 4.

Nassauer, Rüstungskontrolle, S. 4.

⁸¹ Vgl. Nassauer, Rüstungskontrolle.

⁸² Vgl. Hagen, Die neue Triade, S. 8.

den Tisch.

Ein weiterer Sachverhalt ist besonders unter der Ägide eines grünen Außenminister fraglich: In Abstimmungen über →Resolutionen der →UN-Generalversammlung, die sich mit Atomwaffen, Raketenabwehr und negativen Sicherheitsgarantien beschäftigten, hat sich Deutschland häufig der Stimme enthalten oder mit "nein" gestimmt. Mit der Begründung, durch vertrauliche Diplomatie mehr zu erreichen. Ein solches Vorgehen widerspricht dem grünen Ideal des transparenten, kooperativen Multilateralismus.

Abschließend muss der geplante Export der Hanauer →MOX-Brennelementefabrik nach Russland Erwähnung finden, der im Jahr 2000 zwar scheiterte, jedoch nicht am Widerspruch der Regierung.⁸³ Dieses Vorhaben kratzte an den Grundpfeilern grüner anti-atom und friedensbewegter Ideale.

Eine Bilanz muss nach den vorangegangenen Darstellungen durchmischt ausfallen. Zum einen müssen der eingeschränkte Handlungsspielraum Deutschlands und dann der wiederum eingeschränkte grüne Handelsspielraum berücksichtigt werden. Zum anderen tragen die zahlreichen Initiativen zu Abrüstung und Rüstungsbeschränkung klar grüne Handschrift. Trotzdem darf – im grünen Sinne – klares Fehlverhalten nicht unter den Tisch fallen. Besonders im Umgang mit Amerika muss eine geeignete Position entwickelt werden.

4.4. Nukleare Aufrüstung der NATO und Stationierung im Inland

In zweifacher Hinsicht muss an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass es auch unter grüner Regierungsbeteiligung nicht gelungen ist, Deutschland aus jeglichem Zusammenhang zu atomarer Sprengkraft zu lösen.

Im April 1999 verabschiedete die NATO – mit Billigung der deutschen Regierung – ihr neues Strategiekonzept. Dort heißt es: "Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen."⁸⁴ Weiter: "Die strategischen Nuklearstreitkräfte […] vor allem diejenigen der Vereinigten Staaten, bieten die oberste Garantie für die Sicherheit"⁸⁵. Deutschland hat auch der Formulierung dieser Passage der NATO-Reform zugestimmt, ohne eine breite Debatte in der Öffentlichkeit oder im Parlament zu führen. Dies läuft den grünen Vorhaben aus dem Jahr 1998 diametral entgegen. Im Wahlprogramm heißt es zu diesem Zeitpunkt noch, dass Deutschland "für eine radikale Abrüstung der NATO eintreten"⁸⁶ soll. Wobei speziell die nukleare Abrüstung im Mittelpunkt stand.

Ein anderer Aspekt ist, dass in →Büchel und →Ramstein nach wie vor II beziehungsweise 54 freifallende Atombomben des Types B61-II der USA liegen, welche im Einsatzfall von deutschen →Tornados abgeworfen würden. Ein Szenario, was regelmäßig geübt wird. Dieser Sachverhalt verstößt nicht nur eindeutig gegen den Art. II des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags von 1968⁸⁷, sondern auch gegen die eigenen Vorstellungen von 1998, die einen sofortigen Abzug aller Atomwaffen vom Gebiet der Nicht-Kernwaffenstaaten eingefordert haben.⁸⁸

4.5. Rüstungsexportpolitik

Dieser Abschnitt fragt vor allem danach, welche Vorhaben, die es bis in die Koalitionsvereinbarungen geschafft haben, auch durchgesetzt werden konnten.

Die erste Forderung war, den auf Freiwilligkeit beruhenden EU-Verhaltenskodex zum Rüstungsexport für die europäische Rüstungsindustrie verbindlich zu machen. Dieses Ziel konnte

⁸³ Vgl. Hagen, Die neue Triade, S. 7.

⁸⁴ Das strategische Konzept des Bündnisses, Kommuniqué der North Atlantic Treaty Organisation, 24.4.1999.

Bas strategische Konzept des Bündnisses, Kommuniqué der North Atlantic Treaty Organisation, 24.4.1999.

⁸⁶ Wahlprogramm 1998, S. 145.

Vgl. Nassauer, Otfried: NATO's Nuclear Posture Review. Should Europe end nuclear sharing?, BITS Policy Note 02.1, Berlin April 2002.

⁸⁸ Vgl. Wahlprogramm 1998, S. 145.

vor allem auch aufgrund des Widerstandes von Frankreich und Großbritannien nicht verwirklicht werden. Dadurch erübrigte sich auch der Plan Transparenz und die Beachtung der Menschenrechte festzuschreiben. Versäumt hat die Bundesregierung jedoch, trotzdem für eine Verbesserung zu sorgen, indem sie beispielsweise stetig größere Transparenz der jährlichen Berichte zum Verhaltenskodex fordert und einhält. Auch der Ansatzpunkt einen "Letter of Intent", in dem sich die großen Rüstungsherstellerländer der EU auf einheitliche Maßstäbe bei Kooperationen festlegen, weiter voran zu bringen, wurde ungenutzt gelassen.

Zweites Vorhaben war es, insgesamt den Export außerhalb von EU und NATO restriktiver zu handhaben, was viele als eine generelle und deutliche Verringerung der Rüstungsausfuhr gedeutet haben. Deutsche Anteile am weltweiten Rüstungshandel sind jedoch nun leicht gesunken.

Besondere Betonung in der Koalitionsvereinbarung fand die Vorgabe der Berücksichtigung von Menschenrechten beim Rüstungsexport. Dieser Forderung ist grundsätzlich durch "strenge Maßstäbe" nachgegangen worden. Eine Abkehr vom Grundsatz, Waffen nicht in Spannungsgebiete zu liefern, stellt jedoch der Export von Waffen in Länder der Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens dar. ⁸⁹ Umstrittener Exportempfänger deutscher Rüstungsgüter bleibt weiterhin die Türkei. Für die Lieferung eines Probeexemplars des Leopard II-Panzers wurden extra die Menschenrechtsklauseln der Rüstungsexportrichtlinien umformuliert. ⁹⁰ Natürlich haben die Grünen diesem Formalkompromiss nicht aus vollem Herzen zugestimmt, sondern um eine Regierungskrise zu vermeiden. ⁹¹ Hier eröffnet sich eine – leider von mehreren – Stellen, an denen sich die Frage auftaucht, wie hoch der Preis für die Regierungsbeteiligung sein darf. Positiv zu erwähnen ist, dass der Handel mit Kleinwaffen – die besonders in von Bürgerkriegen zerrütteten Gesellschaften immer wieder zur Destabilisierung der Lage beitragen – deutlich geringer wurde.

Das Vorhaben, jährlich einen Rüstungsexportbericht vorzulegen, ist eingehalten worden. Die Berichte stellen die rechtliche Lage und die politischen Leitlinien dar, beinhalten allerdings auch viele "harte" Zahlen, wie beispielsweise die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen. Kritisch beurteilt werden muss, dass die Abgrenzung der Waffenkategorien immer noch sehr grob ist. Im zweiten Bericht im Jahr 2001 war zusätzlich der Export von Kleinwaffen und gebrauchten Waffen explizit verzeichnet. Ingesamt muss der Rüstungsbericht jedoch informativer und transparenter werden.

Insgesamt kann auch hier eine durchwachsene Bilanz gezogen werden. Zwar sind die Koalitionsvereinbarungen selbst weitgehend umgesetzt worden, trotzdem sind viele Hoffnungen, unter Grün einen radikalen Wandel zu erleben, enttäuscht worden.⁹²

5. Fazit

Das "Primat des Zivilen" und ein damit verbundenes ganzheitliches Strategiekonzept sind nicht vollends verwirklicht worden. Für eine zukünftige Regierungsbeteiligung sollte ein solches "knackiges" Gesamtkonzept entworfen werden. Dabei kann an die durch den Aktionsplan in Gang gebrachten Entwicklungen angeknüpft werden. Gute Ideen und Initiativen könnten mit der richtigen Mittelausstattung effektiv nach vorne gebracht werden. Die adäquate Budgetierung für zivile, präventiv-orientierte Friedenspolitik ist dabei sowohl wichtigste als auch schwierigste

Vgl. Fischer, Martina: "Safety first" – Oder kommt Entwicklung vor Sicherheit?, Evangelische Akademie Loccum, 15.-17.12.2006 (Draft, erscheint in der Reihe Loccumer Protokolle) S. 1-18.

⁹⁰ Vgl. Netzwerk Friedenskooperative: Panzer in die Türkei?, in:www.friedenskooperative.de/themen/leo-t-00.htm. (28.1.2008)

⁹¹ Vgl. Antimilitarismus Information: Panzerschlachten – Leopard II-Export wird zur Existenzfrage der deutschen Panzerindustrie, Ausgabe 7/2000, S. 26ff.

⁹² Brzoska, Michael: Restriktive Rüstungspolitik wäre möglich gewesen, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier 41, S. 9-10, S. 10.

Aufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Weiter vorangeschrittene und erfolgreicher werdende Konzepte im internationalen Bereich, sollten als Vorbilder herangezogen werden.

Im europäischen Rahmen muss leider festgestellt werden, dass Joschka Fischer nicht die erwartete innovative Rolle als ziviler Vorreiter für Deutschland beansprucht hat. Letztlich sind erst durch den Aktionsplan und seine Umsetzung einige innovative Elemente eingeführt worden, dem Niveau der internationalen Pioniere konnte sich Deutschland noch nicht anpassen. Da eine völlige Verhinderung einer stärkeren Militarisierung der ESVP nicht mehr möglich erschien, hätte es Ziel der Grünen werden müssen, die Einbindung – besser: Untergliederung – des Militärs in ein zivilorientiertes Gesamtkonzept anzustreben. Hier ist ein konzeptionalisiertes Vorgehen in Zukunft erstrebenswert.

Im Rahmen der UN kann der Schluss gezogen werden, dass weniger Gewicht auf einen deutschen UN-Sitz, dafür aber mehr Unterstützung für den Brahimi-Bericht angebracht gewesen wären. Die dort angestoßenen Reformen der UN-Struktur sind optimal geeignet, um die zivile Komponente auch im Rahmen von UN-Einsätze zu stärken. Grüne Vorstellungen hätten gut dort angedockt werden können.

Positiv erwähnt sei hier, die Schaffung des Stabilitätspaktes und die prinzipiell hohe Unterstützung für die OSZE. Diese multilateralen Institutionen sollten weiter nach Kräften gefördert werden. An dieser Stelle muss jedoch auch die Kritik ansetzen: Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf die Unterstützung der internationalen Institutionen mit Friedenskräften und entsprechenden Mitteln gehen leider weit auseinander.

Auf dem Gebiet der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung muss die deutsche Rolle äußerst kritisch betrachtet werden. Der Titel eines von Regina Hagen verfassten Artikels stellt fest: "Die neue Triade: Atomwaffen, Raketenabwehr, Weltraumrüstung. Deutschland schweigt – und mischt mit"⁹³. Verschiedene Gründe können als Erklärung für ein solches Verhalten der rot-grünen Bundesregierung herangezogen werden. Fakt bleibt jedoch, dass die Militarisierung Deutschlands und der internationalen Akteurlnnen – konträr zu grünen Vorstellungen – nicht verhindert wurde. Eine stetig kritische Rolle gegenüber (US-amerikanischer) Aufrüstung ist geboten.

Im Bereich der deutschen Rüstungspolitik ist der jährliche Rüstungskontrollbericht ein guter Anfang. Er muss ständig transparenter gestaltet werden und immer strengere Maßstäbe ansetzten.

Es muss leider immer berücksichtigt werden, dass Grün nur der kleinere Koalitionspartner war. Das Verhältnis beider Partner bewegt sich im Rahmen von 6:1, und haushaltspolitische Abstimmungen aus der Position der Minderheit heraus – und das nicht nur im Parlament, sondern auch im Bundestag – sind schwer für sich zu gewinnen.

Festzuhalten ist, dass die Grünen von der Bevölkerung auf dem Gebiet der Friedenspolitik immer noch als qualifizierteste Partei wahrgenommen werden. Diese Chance muss genutzt werden!⁹⁴

Literaturverzeichnis

Die Bundesregierung: Aktionsplan Zivile Krisenprävention Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Berlin Mai 2004.

Antimilitarismus Information: Panzerschlachten – Leopard II-Export wird zur Existenzfrage der deutschen Panzerindustrie, Ausgabe 7/2000.

Appeltshauser, Laura: Der Kosovo Krieg, in: diesem Band.

Austin, Greg: Evaluation of the Conflict Prevention Pools, in: Review of the UK Government Approach to Conflict Prevention, London 2005.

Bolte, Matthi: Magdeburg-Bonn-Berlin. Der weite Weg von Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen, in diesem Band.

⁹³ Hagen, Die neue Triade, Titel.

⁹⁴ Konkrete Empfehlungen finden sich – wie zu jedem Aufsatz – gebündelt im Kapitel "Empfehlungen".

Brzoska, Michael: Restriktive Rüstungspolitik wäre möglich gewesen, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier 41, S. 9-10

Bündnis 90/Die Grünen: Wahlprogramm 1998.

Bündnis 90/Die Grünen und SPD: Koalitionsvertrag 1998.

Das strategische Konzept des Bündnisses, Kommuniqué der North Atlantic Treaty Organisation, 24.4.1999.

Euskirchen, Markus: Deutsche Stiftung für Friedensforschung. Gründung mit Tücken, in: Antimilitarismus-Information, Heft I/2000, S. 33-40.

Fischer, Martina: "Safety first" – Oder kommt Entwicklung vor Sicherheit?, Evangelische Akademie Loccum, 15.-17.12.2006 (Draft, erscheint in der Reihe Loccumer Protokolle) S. 1-18.

Fischer, Martina: Für Umbau und Umrüstung der Bundeswehr im Rahmen einer europäischen Friedenspolitik – die Stärkung der Friedenskompetenzen ist die Aufgabe (Positionspapier des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung) Berlin Februar 2004.

Frietzsche, Helmut/Parchmann, Dirk: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Erfolg von Nizza?!, in: Europäische Sicherheit online, http://www.europaeischesicherheit.de/alt/Archiv/ES_Archiv_2001ff/ES01-02-02.htm (22.1.2008).

Hagen, Regina: Die neue Triade: Atomwaffen, Raketenabwehr, Weltraumrüstung. Deutschland schweigt – und mischt mit, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier 41.

Jacob, Nadine: Studien zur Deutschen und Europäischen Außenpolitik. Deutsche Sicherheitspolitik nach dem II.September 2001, Trier 2005, http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/monographies/jakobs.pdf (30.10.2006).

Josef Joffe, Ein guter Anfang, in: DIE ZEIT, 27.12.2007, S. I.

Nachtwei, Winfried: Gesprächsnotizen, Hannover 31.3.2007.

Nachtwei, Winfried: Replik auf die Gemeinsame Erklärung von Friedensorganisationen [zum Koalitionsvertrag 1998], Bonn 05.11.1998, in: http://www.friedenskooperative.de/themen/lobby-05.htm (26.10.2006).

Nassauer, Otfried: NATO's Nuclear Posture Review. Should Europe end nuclear sharing?, BITS Policy Note 02.1, Berlin April 2002.

Nassauer, Otfried: Rüstungskontrolle. Kaum Wiederstand gegen Bush's Kahlschlagpolitik, in: Wissenschaft & Frieden, Dossier 41, S. 4-5.

Netzwerk Friedenskooperative: Panzer in die Türkei?, in: www.friedenskooperative.de/themen/leo-t-00.htm (28.1.2008).

Rittberger, Volker: Außenpolitische Bilanz der rotgrünen Regierung 1998 bis 2005, in: Protokoll: Interview mit Mitgliedern der Friedenspolitischen Kommission der Grünen Jugend, Tübingen 3.5.2007.

Rummel, Reinhardt: Advancing the EU'sconflict prevention policy, in: Kirton, John/Stefanova, Radoslava: Conflict Prevtion and Human Security. G8, United Nations, and EU Governance, Aldershot 2004, S. 113-139.

Rummel, Reinhart: Deutscher Einfluss auf den Ausbau ziviler Krisenintervention der EU, in: Fischer, Martina/Grasse Renate/Schlotter, Peter (Hrsg.): Berliner Friedenspolitik. Anspruch – Wirklichkeit – Zukunft, Baden-Baden 2007.

Strutynski, Peter: Mit Tabubrüchen zur Normalität. Rot-grüne Außen- und Sicherheitspolitik ist vor allem Kriegspolitik, in: Z (kommunistische Zeitschrift) 13/2002, S. 95-109.

www.bundesstiftung-friedensforschung.de

www.ifa.de

www.zif-berlin.org

V. Anstrengungen zur Transformation der Bundeswehr mit dem Schwerpunkt "Abschaffung der Wehrpflicht"

Maria Klindworth

Das heutige Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet den Bund zur Aufstellung von Streitkräften zur Verteidigung und ermächtigt ihn, sich "zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit" einzuordnen (Art. 87a und 24 des Grundgesetzes). Eine Armee war 1949, als die BRD ihr erstes Grundgesetz erhielt, jedoch noch nicht vorgesehen. Artikel 24 befand damals lediglich, dass sich der Bund "zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen" könne. Unter dem noch frischen Eindruck des zweiten Weltkrieges schien eine Wiederbewaffnung sowohl innen- als auch außenpolitisch nicht durchsetzbar. "Kein anderes Problem hat die Deutschen in der Bundesrepublik mehr bewegt als die Frage, ob es so kurz nach der Katastrophe von 1945 wieder deutsche SoldatInnen geben sollte." Erst nach erheblichen gesellschaftlichen Protesten wurde die Bundeswehr im November 1955 zunächst als Freiwilligenarmee begründet. Nur ein paar Monate später erfolgte die Umstellung auf eine Wehrpflichtarmee, um möglichst schnell eine große Truppe aufzustellen, die angesichts des Kalten Krieges von der politischen Führung damals als notwendig erachtet wurde. Unter allen Wehrgesetzen, die Mitte der fünfziger Jahre verabschiedet wurden, war das Gesetz über die Wehrpflicht am heftigsten umstritten⁹⁷.

Jahrzehntelang und bis heute fungierte die allgemeine Wehrpflicht schließlich als bedeutendes Rekrutierungsinstrument der Bundeswehr. Derzeit (Stand Oktober 2007) dienen 249.621 Männer und Frauen, davon 36.765 Grundwehrdienstleistende und 22.886 freiwillig länger Wehrdienstleistende in der Bundeswehr. 98

Jahrelang galt die Wehrpflicht als Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands – auch im Rahmen der →NATO. Doch mit der Wehrpflicht wurde und wird immer noch in die Grundrechte junger Männer eingegegriffen, die für den "höheren Zweck" der Landesverteidigung verpflichtet werden, den Dienst an der Waffe zu leisten. Da jedoch mit der zunehmenden Verkleinerung der Bundeswehr seit 1990⁹⁹ die Anzahl der benötigten Wehrpflichtigen kontinuierlich abgenommen hat, werden die Klagen über fehlende →Wehrgerechtigkeit immer lauter. Denn nur wenn der Eingriff in die Grundrechte für einen großen Teil eines Jahrganges gilt, kann von Wehrgerechtigkeit die Rede sein. Aus diesem Grund mehren sich die Stimmen der WehrpflichtkritikerInnen, so zum Beispiel seitens der Stiftung Wissenschaft und Politik. Der Autor Hans-Dieter Lemke kam in einer Studie für die Stiftung zum Ergebnis: "Die Wehrpflicht ist zur Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands

⁹⁵ Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, http://user.cs.tuberlin.de/~gozer/verf/ggbrd1949/0.cgi (Zugriff am 27.01.2008).

⁹⁶ Fleckenstein, Bernhard: 50 Jahre Bundeswehr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/2005, Berlin: 2005, S.5-6.

⁹⁷ Vgl. ebda., S. 6.

Vgl. Bundeswehr: Vergangenheit und Gegenwart in Zahlen, http://www.Bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xFLMnMz0vM0Y_QjzKLd443cXQESYGYxgEh-pEwsaCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtylckdHRUUAWBsN8w!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ180QUE! ?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW26CZDDR858INFODE%2Fcontent.jsp(Zugriff am 06.01.2008).

^{1990:} rund 188.000 Wehrpflichtige, 2005: nur noch rund 68.000 Wehrpflichtige, vgl. Bundeswehr: Wehrpflicht – Geschichte,

 $http://www.Bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443MQsCSYGYxgEh-pEwsaCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtyldxdHRUUAZ7oziQ!!/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUMvNElVRS82X0NfM1RF\#par6 (Zugriff am 06.01.2008).$

und des Bündnisses nicht mehr erforderlich. Als Voraussetzung zur Binnenwerbung von Freiwilligen erscheint sie zu teuer.

Ihre gesellschaftspolitische Notwendigkeit ist nicht erwiesen."100

Die Sicherheitspolitik musste sich in der Vergangenheit ständig neuen Realitäten anpassen. Die Welt hatte sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges verändert, wie sie sich auch durch das Ende des Kalten Krieges gewandelt hat. Mit den Terroranschlägen des →II. September hat schließlich der zur Zeit letzte Realitätswandel stattgefunden. Die Politik ist bereits seit Jahren gefordert, die Bundeswehr durch →Transformation ihren neuen Aufgaben und der veränderten Sicherheitslage der Welt anzupassen. Seit den 90er Jahren hat die Bundeswehr bereits an rund 19 militärischen Auslandseinsätzen teilgenommen¹⁰¹, derzeit sind SoldatInnen der Bundeswehr in noch 9 Missionen auf 3 Kontinenten im Einsatz¹⁰². Zudem nimmt die Bundeswehr regelmäßig an humanitären Hilfseinsätzen bei Erdbeben, Überschwemmungen oder Brandkatastrophen teil. Auch in Zukunft wird die Bedeutung der Landesverteidigung weiter sinken und die Bundeswehr zu einer Truppe der internationalen Friedenssicherung werden. Die Bundeswehrtransformation ist deswegen ein wichtiger Prozess, den auch Bündnis 90/Die Grünen während ihrer Regierungszeit mit der SPD von 1998-2005 angestoßen haben.

Dieser Artikel soll einen Beitrag dazu leisten, einen Überblick über die grünen Bemühungen zu einer Veränderung der Bundeswehr mit dem Schwerpunkt zur Abschaffung der Wehrpflicht während ihrer Regierungszeit zu bekommen. Die Struktur ist dabei chronologisch angelegt.

I. Vor der Wahl - Die Ziele von 1998

1998 kommen die Grünen vor der Wahl in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl zu dem Schluss: "Ein Land, das von Freunden umstellt ist, muß seine Militärausgaben durch Abschaffung der Wehrpflicht, eine Reduzierung der Bundeswehr und den Verzicht auf teure neue Waffen drastisch senken."¹⁰³ Primäres Ziel war es also, den Etat des Bundesverteidigungsministeriums schrittweise zugunsten anderer Politikfelder zu verringern.

Die Forderung nach der Abschaffung der Wehrpflicht - und gleichzeitig des Zivildienstes - stellte dabei den folgenreichsten Punkt für die gesamte Struktur der Bundeswehr dar. Mit der Abschaffung der Wehrpflicht sollte schrittweise der Abbau der Bundeswehr beginnen, während gleichzeitig geplant war, die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umzustellen und die Anzahl der verbleibenden Berufs- und ZeitsoldatInnen zu verringern.

Zum Verzicht auf teure Waffen wurde präzisiert, dass die Grünen eine Neubeschaffung von Großwaffensystemen bei der Luftwaffe sowie zusätzliche Fregatten und Korvetten für die Bundesmarine ablehnten.¹⁰⁴ Einseitige Abrüstungsschritte, eigenständige Initiativen und

Lemke, Hans-Dieter: Welche Bundeswehr für den neuen Auftrag? Die Freiwilligen-Armee ist die bessere Lösung, Studie der Stiftung Wissenschaft und Polititik, Berlin: 2003, http://www.swp-berlin.org/en/common/get document.php?asset id=153 (Zugriff 12.10.2007) S. 6. .

Bundeswehr im Einsatz: Abgeschlossene Einsätze,
http://www.einsatz.Bundeswehr.de/C1256F1D0022A5C2/Docname/Abgeschlosene_Einsaetze_Home(Zugriff am

Bundeswehr: Einsatzzahlen- Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente, http://www.Bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443DgoESYGZASH6kTC xoJRUfV-P_NxUfW_9AP2C3IhyR0dFRQD-G0VU/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ180MkQ!?yw contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2F

G0VU/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ180MkQ!?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW264VFT2439INFODE%2Fcontent.jsp (Zugriff am 06.01.2008).

¹⁰³ Bündnis 90/Die Grünen: Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, S. 10.

¹⁰⁴ Ebda., S. 146-147

Vorleistungen seien notwendig, um die Möglichkeit einer anderen Politik deutlich zu machen und voranzubringen. ¹⁰⁵

Eine Umstrukturierung der Bundeswehr hin zu einer einer internationalen Interventionsarmee durch den Aufbau von →Krisenreaktionskräften und Offensivwaffen wie den 'Eurofighter' lehnten die Grünen ab. Sie forderten vielmehr, Krisenreaktionskräfte und insbesondere das →"Kommando Spezialkräfte" aufzulösen.¹¹⁰ Ein Transformationsprozess sollte nach Meinung der Grünen vielmehr darin bestehen, dass das Militär für →Peacekeeping-Einsätze umgeschult werde. So heißt es im Wahlprogramm von 1998: "Für eine Politik der Friedenssicherung nach →Kapitel VI der →UN-Charta (peacekeeping) wollen wir die Schaffung multinationaler Einheiten unterstützen, die der direkten

Verfügungsgewalt der Vereinten Nationen und der →OSZE unterstellt werden."¹⁰⁷ Als Alternative schlug die Partei die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften vor.

Die Bundeswehr ist seit 1955 in das transatlantische Verteidigungsbündnis der NATO eingebunden. Die Grünen kritisierten die NATO in ihrem Wahlprogramm von 1998 als militärisch dominante Macht mit einem geringen Stellenwert nichtmilitärischer Lösungen. Deswegen schlugen die Grünen als langfristige Strategie vor, die NATO sowie Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen. Ein einseitiger Ausstieg aus der NATO wurde jedoch abgelehnt. Im Gegenzug dazu befanden die Grünen, dass Stärkung und Ausbau der OSZE entscheidende Ausgangspunkte für die Schaffung eines neuen gesamteuropäischen Sicherheitssystems sind 100%.

2. Die Umsetzung der Ziele im Koalitionsvertrag von 1998

Im Zuge der Bildung einer Regierungskoalition mit der SPD konnten einige Ziele der Grünen bezüglich der Transformation der Bundeswehr im Koalitionsvertrag verankert werden, während einige zunächst keine weitere Beachtung fanden.

Grundsätzlich kamen SPD und Bündnis 90/Die Grünen überein, dass die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit an die Beachtung des →Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden ist. ¹¹⁰

Im Koalitionsvertrag wurde dabei folgende konkrete Weiterentwicklungs- und Umstrukturierungspläne für die Bundeswehr sowie zur (Ab-)Rüstung festgehalten:

- Die Entwicklung von nichtmilitärischen internationalen Polizeieinsätzen
- Die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und -diensten (zum Beispiel ziviler Friedensdienst) sowie die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich von Peacekeeping und →Peacebuilding¹¹¹
- Initiative zur vollständigen Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen

¹⁰⁶ Ebda., S. 146

¹⁰⁵ Ebda., S. 142

¹⁰⁷ Ebda., S. 148

¹⁰⁸ Ebda., S. 142-144

¹⁰⁹ Ebda., S. 144

¹¹⁰ Ebda., S. 47

Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) / Bündnis 90/Die Grünen: Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischender Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Berlin: 1998, S. 46-47

Initiative zur Absenkung der Rüstungsobergrenzen für konventionelle Waffen

Eine Strukturreform der Bundeswehr wurde im Koalitionsvertrag erwähnt, jedoch nicht mit konkreten Zielvorstellungen verbunden. Vielmehr wurde die Einberufung einer Wehrstrukturkommission beschlossen, die Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte überprüfen und Optionen einer zukünftigen Bundeswehrstruktur bis zur Mitte der Legislaturperiode vorlegen sollte. SPD und Bündnis 90/Die Grünen verblieben so, dass vor Abschluss der Kommissionsarbeit keine Etat- und Sachentscheidungen bezüglich der Bundeswehr getroffen werden würden.

Somit wurden zunächst folgende Diskussionspunkte und Ziele der Grünen ausgeblendet beziehungsweise auf spätere Zeitpunkte der Legislaturperiode verschoben:

- Die Abschaffung der Wehrpflicht
- Reduzierung der Truppenstärke
- Abschaffung der Krisenreaktionskräfte und des Kommando Spezialkräfte
- Die Kürzung des Etats für Bundeswehr und Verteidigung
- Der Verzicht auf weitere teure Aufrüstung

Die Stellung der NATO wurde im Koalitionsvertrag nicht weiter kritisiert. Die Bundeswehr wurde "als fest in das atlantische Bündnis integrierte Armee"¹¹³ bezeichnet. Zudem betrachtete die neue Bundesregierung unter Beteiligung der Grünen das Atlantische Bündnis als unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung¹¹⁴ Zur OSZE erklärte die neue Bundesregierung, Initiativen zu ergreifen, um die rechtliche Basis der OSZE zu stärken und die obligatorische friedliche Streitschlichtung im OSZE-Raum durchzusetzen. Instrumente und Kompetenzen seien durch bessere personelle und finanzielle Ausstattung zu stärken und ihre Handlungsfähigkeit auf dem Feld der Krisenprävention und Konfliktregelung zu verbessern.¹¹⁵

Durch das Ziel der Stärkung der OSZE und der Vereinten Nationen wurde zwar das Primat der NATO zurückgewiesen, aber dennoch lagen die Ansprüche des grünen Wahlprogramms und die Koalitionsvereinbarungen mit der SPD weit auseinander. Dass diese Vereinbarungen zu NATO, WEU, Bundeswehr und Rüstungsindustrie von den Programmforderungen der Grünen "weit entfernt" waren, sah auch die Arbeitsgruppe Frieden, Abrüstung und Verteidigung so. Ihre Bilanz zu diesen Themen des Koalitionsvertrages formulierten sie so: "Hier mußten wir aus friedenspolitischer Sicht sicherlich die meisten programmatischen Abstriche machen"¹¹⁶.

Der Koalitionsvertrag von 1998 konnte somit nur als grundlegende Orientierung für eine Reform der Bundeswehr angesehen werden, da konkrete Ziele nicht oder nur kaum festgeschrieben wurden. Grüne Forderungen wie zum Beispiel die Abschaffung der Wehrpflicht konnten sich dabei zunächst nicht durchsetzen, was sicherlich auch am Zwang zum Kompromiss und an den unterschiedlichen Gewichten der Koalitionspartner lag. Mitentscheidend sei auch die internationale

_

¹¹² Ebda., S. 47

¹¹³ Ebda., S. 47

¹¹⁴ Ebda., S. 45

¹¹⁵ Ebda., S. 46

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Arbeitsgruppe Frieden, Abrüstung, Verteidigung (1998): Friedenpolitischer Aufbruch oder Kapitulation?, S. 6

und innenpolitische Akzeptanz der Reformvorschläge gewesen¹¹⁷.

Während der Koalitionsverhandlungen standen nicht nur die politischen Inhalte auf der Tagesordnung, sondern auch die personelle Besetzung der Ministerien. Von grüner Seite bewarb man sich nicht explizit um das Ministerium der Verteidigung, doch auch in der SPD schien es nicht besonders beliebt zu sein. Schließlich wurde es mit Rudolf Scharping besetzt, der eigentlich viel lieber Fraktionsvorsitzender bleiben wollte¹¹⁸.

3. Legislaturperiode 1998-2002

Die 14. Legislaturperiode war geprägt vom ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr im →Kosovo. Parallel dazu wurde über die Reform der Wehrstrukturen diskutiert.

3.1. Die Wehrstrukturkommission (Weizsäcker-Kommission)

Die Mitglieder der Wehrstrukturkommission "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" nahmen im Frühjahr 1999 auf Bitten der Bundesregierung ihre Arbeit auf und legten im Mai 2000 ihren Bericht vor.

Zur zukünftigen Truppenstärke befand die Kommision: "Die Friedensstärke der Bundeswehr sollte sich an einem Richtwert von 240.000 SoldatInnen orientieren."¹¹⁹ Dies bedeutete eine Verkleinerung der Bundeswehr, was den Zielsetzungen der Grünen im Wahlprogramm von 1998 entsprach.

"Die Kommission ist aber der Meinung, dass sich die künftige Bundeswehr nicht ausschließlich auf Freiwillige stützen kann (…) Wehrpflichtige werden weiterhin gebraucht – wenn auch in deutlich kleinerer Zahl als bisher. (…) Die Kommission empfiehlt, einen Grundwehrdienst von 10 Monaten beizubehalten und die Einberufung von Grundwehrdienstleistenden künftig am kleiner gewordenen Bedarf der Streitkrafte zu orientieren. In der Praxis bedeutet das einen Auswahl-Wehrdienst." ¹²⁰ Entgegen den Zielen der Grünen forderte die Kommission also keine Abschaffung der Wehrpflicht, sondern einen Auswahl-Wehrdienst, so dass nicht mehr alle Wehrpflichtigen eines Jahrgangs eingezogen werden, sondern nur noch ein Teil davon. Obwohl sowohl die reine Freiwilligenarmee wie Streitkräfte mit Wehrpflichtigen nach Überzeugung der Kommission die an die künftige Bundeswehr zu stellenden Anforderungen erfüllten, empfahl sie dennoch, an einer Wehrform mit ergänzender Wehrpflichtigen-Komponente festzuhalten. ¹²¹ Allerdings kann die Meinung der Kommissionsmitglieder nicht als einheitlich betrachtet werden. Zur Wehrpflicht erklärten 6 von 21 Mitgliedern: "Wir können uns der Empfehlung der Kommission nicht anschließen, (…) Statt dessen plädieren wir für den Übergang zu einer Freiwilligenarmee, die die konsequente Umsetzung des veränderten Einsatzprofils der Streitkräfte in die Praxis darstellt." ¹²²

Trotz der Verkleinerung der Bundeswehr sprach sich die Kommission nicht - entgegen den Vorstellungen von Bündnis90/Die Grünen - für eine Verkleinerung des Wehretats aus. Um

¹¹⁸ Vgl. Bergmann, Kristin: Regierungsbildung 1998: Dokumentation der Koalitionsverhandlungen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/99, Halle: 1999, S. 320.

¹¹⁷ Ebda., S. 2

Kommission "Gemeinsame Sicherheitund Zukunft der Bundeswehr": Bericht der Kommission an die Bundesregierung. Berlin: 2000, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,1663,00.pdf (Zugriff am 30.12.2007), S.15.

¹²⁰ Ebda., S. 15.

¹²¹ Ebda., S. 68.

¹²² Ebda., S. 147.

Ausrüstung und Material auf modernen Stand zu bringen und diesen Standard kontinuierlich zu halten muss der Investitionsanteil nach Meinung der Kommission dauerhaft erhöht werden. 123 Zudem stünden den Kosteneinsparungen durch die Verkleinerung der Truppenstärke "Mehrkosten zur Attraktivitatssteigerung des Dienstes in der Bundeswehr, zur Freiwilligenwerbung und zum sozialverträglichen Personalabbau gegenüber". 124 Zum Thema Rüstung empfahl die Kommission weiterhin "den Ausrüstungsbedarf der Streitkräfte mit den europäischen Partnern abzustimmen und militärisches Großgerät gemeinschaftlich zu beschaffen und zu nutzen"¹²⁵. Dies entsprach zwar nicht den grünen Vorstellungen im Wahlprogramm, auf teure neue Waffen zu verzichten, könnte jedoch indirekt zu Kosteneinsparungen bei den Investitionskosten führen, was wiederum eine Reduzierung des Wehretats nach sich ziehen könnte.

Bei der Stärkung der OSZE deckten sich Ziele von Bündnis90/Die Grünen und die Empfehlungen der Wehrstrukturkommission. Die Kommission plädierte "für eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der OSZE-Organe. Sie fordert die Bundesregierung auf, die angekündigten Initiativen zugunsten der OSZE in die Tat umzusetzen"¹²⁶. Die NATO wurde nicht in Frage gestellt. Für die militärische Abschreckung und Verteidigung sei die NATO nach wie vor entscheidend ¹²⁷.

Zu Ausbildung Friedensfachkräften und Einsatz von sowie zur Schaffung Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich von Peacekeeping und Peacebuilding machte die Wehrstrukturkommission keine Aussage, obwohl Bündnis90/Die Grünen in ihrem Wahlprogramm die Idee einer Umschulung von SoldatInnen für Peacekeeping-Einsätze erwähnt hatten.

Reaktionen von Bündnis90/ Die Grünen auf die Weizsäcker-Kommission 3.I.I.

Bereits vor der Veröffentlichung des Kommissionsberichtes zeigte sich, dass die Reform der Bundeswehr zu einem brisanten Thema der rot-Grünen Koalition werden sollte. Ende April 2000 kündigte Angelika Beer, verteidigungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, einen eigenen Reformvorschlag an. Es müsse ihrer Partei vorbehalten bleiben, eigene Konzepte zu entwickeln. Man sei nicht der sicherheitspolitische Wurmfortsatz der SPD, sagte sie gegenüber der Berliner Zeitung. 128 Eine einmalige Meinung zur künftigen Struktur der Bundeswehr innerhalb der Grünen bedeutete diese Ankündigung jedoch nicht.

Im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichtes, in dem bereits zahlreiche Einzelheiten bekannt wurden, zeichnete sich vor allem eine Konfrontationslinie entlang der internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung ab. Besonders die Entwicklung hin zu einer Interventionsarmee wurde von linken Grünen-PolitikerInnen stark kritisiert. Die von der Kommission vorgeschlagene Aufstockung der Krisenreaktionskräfte von 50.000 auf 140.000 Mann lehnte beispielsweise Hans-Christian Ströbele ab. Eine Interventionsarmee würden die Grünen auf keinen Fall befürworten, zitierte die Welt den Abgeordneten am 10. Mai 2000. 129 Auch Parteisprecherin Antje Radcke äußerte sich kritisch: "Ich will nicht, dass die Bundeswehr Interventionsarmee wird und Weltpolizist spielt." 130

¹²³ Ebda., S. 17.

¹²⁴ Ebda., S. 138.

¹²⁵ Ebda., S. 109.

¹²⁶ Ebda., S. 29.

¹²⁷ Ebda., S. 28.

 $^{^{\}rm 128}$ Berliner Zeitung: Grüne legen eigenes Bundeswehrkonzept vor - Beer: "Wir sind nicht der sicherheitspolitische Wurmfortsatz der SPD", Berlin: 26.04.2000, S. 6.

¹²⁹ Die Welt: CSU und Grüne gegen Interventionsarmee. Gos: 30 000 Wehrpflichtige eine "Lachnummer"- Ströbele: Auf keinen Fall mit uns, Hamburg: 10.05.2000, Nr. 108, S. 2.

Oestreich, Heide: Grüne Eingreiftruppe gestoppt, in: die tageszeitung, Berlin: 10.05.2000, Nr. 6138, S. 6.

Angelika Beer jedoch habe die Vorschläge der Kommission als Schritt in die richtige Richtung begrüßt 131. Eine Reduzierung auf 240.000 SoldatInnen, von denen 140.000 nach Meinung der Weizsäcker-Kommission zu 'Einsatzkräften' gehören sollen, bedeute keinen Einstieg in eine Interventionsarmee, so Beer zur Berliner Zeitung¹³².

Beer wollte als Gegenentwurf zum Bericht der Weizsäcker-Kommission der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen ihre Eckpunkte zur Zukunft des deutschen Militärs vorstellen. Aufgrund der zu erwartenden Widerstände wurde das Papier jedoch kurze Zeit später wieder zurückgezogen. 133 Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung war der Meinung, dass bei der Diskussion über einen Umbau der Streitkräfte alte Widersprüche in der Partei wieder auflebten. Auch sie sah einen Konflikt zwischen der verteidigungspolitischen Sprecherin Beer sowie weiten Teilen der Fraktion und des linken Flügels der Partei. 134

In den Punkten Größe der Armee und Wehrpflicht bestand jedoch weitgehende Einigkeit innerhalb der Partei und der Fraktion der Grünen. Die Vorschläge der Wehrstrukturkommission 'gingen sehr weit in die Richtung ihrer Partei', so Vorstandssprecherin Röstel. Dennoch wurde auch von ihr abermals der 'schrittweise Ausstieg aus Zwangsdiensten wie Wehr- und Zivildienst' gefordert. 135 Den Vorschlag der Kommission, die Zahl der Wehrpflichtigen von 130.000 auf 30.000 zu reduzieren, nannte Angelika Beer einen Schritt in die richtige Richtung zur Abschaffung der Wehrpflicht 136.

Mit diesen Positionen stand die Partei Bündnis90/Die Grünen in klarer Konfrontation der SPD gegenüber. "Die SPD sei bei der Wehrpflicht nicht zu Kompromissen bereit, sagte Fraktionschef Peter Struck dem Sender N 24." 137.

Am 16.05.2000 beschloss die Bundestagsfraktion vorläufige Grundlinien für die Bundeswehrreform. Darin wurde eine Reduzierung der Streitkräfte auf 200.000 SoldatInnen und eine Abschaffung der Wehrpflicht festgeschrieben. In beiden Punkten ging die Fraktion also weiter als die Vorschläge der Kommission. Für weitergehende detaillierte Positionen wollte man aber den vollständigen Bericht der Kommission abwarten. 138 Die Frankfurter Rundschau wertete dies als eine Vermeidung einer Positionsbestimmung zur Bundeswehr¹³⁹.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Kommissionsberichtes waren die wesentlichen Positionen der Partei also bereits bekannt. Nach der offiziellen Bekanntgabe der Ergebnisse geriet vor allem Bundesverteidigungsminister Scharping unter Druck mit seinem Vorhaben, sein eigenes und weniger radikales Konzept umzusetzen und die Eckpfeiler der Bundeswehrreform noch vor der

¹³¹ Vgl. Die Welt: CSU und Grüne gegen Interventionsarmee.

¹³² Vgl. Berliner Zeitung: Grüne uneins über Bundeswehrreform - Fraktions-Linke fürchtet Interventionsarmee/ Experten für 200 000 Mann, Berlin: 10.05.2000, S. 6.

 $^{^{133}}$ Vgl. Oestreich: Grüne Eingreiftruppe gestoppt und Süddeutsche Zeitung: Grüne wollen Streit über Reform der Bundeswehr vermeiden, München 10.05.2000, S. 5.

¹³⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Grüne uneins über Reformen der Bundeswehr Partei- und Fraktionsführung fürchten Widerstand der Linken, Frankfurt: 1005.2000, Nr. 108, S. 2.

¹³⁵ Ebda., S. 2

¹³⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung: Grüne wollen Streit über Reform der Bundeswehr vermeiden.

Berliner Zeitung: Bundeswehr soll auf rund 280 000 Mann verkleinert werden - Scharping: Konsens über 200 000 Berufs- und Zeitsoldaten / Keine Interventionsarmee. SPD will sich bei Wehrpflicht gegen Grüne durchsetzen, Berlin: 12.05.2000, S. 1.

¹³⁸ Vgl. Frankfurter Algemeine Zeitung: Die Grünen wollen eine kleine und moderne Berufsarmee. Bundestagsfraktion beschließt vorläufige Grundlinien / Bundeswehrverband fordert Bekenntnis zur Wehrpflicht, Frankfurt: 17.05.2000, Nr. 114, S. 2.

¹³⁹ Frankfurter Rundschau: Grüne treten den Rückzug an, Frankfurt: 17.05.2000, Nr. 114, S. 5.

Sommerpause zu beschließen ¹⁴⁰. Die Grünen plädierten für eine gründlichere Debatte. Vorstandssprecherin Antje Radcke sagte: "Die Vielzahl der offenen Fragen zu diskutieren, würde mehr Zeit erfordern." Verteidigungspolitikerin Angelika Beer warnte Scharping davor, den Bericht "im Aktenschrank verschwinden zu lassen" ¹⁴¹. " 'Eine geschlossene Haltung der Regierung und der Koalitionsfraktionen wird erst möglich sein, wenn die Frage auch innerhalb der Grünen geklärt ist', sagte Umweltminister Jürgen Trittin. Er lobte den Weizsäcker-Bericht und warnte davor, die Debatte 'willkürlich abzuschneiden'." ¹⁴²

Nachdem zuvor das Schweigen Joschka Fischers zu der Debatte mehrfach kritisiert worden war ¹⁴³, meldete der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, am 24.05.2000 "den Anspruch seines Ministeriums auf Mitgestaltung der Reform an. 'Das Auswärtige Amt habe die Federführung für die Sicherheitspolitik', sagte Volmer und 'bei der Diskussion der sicherheitspolitischen Auswirkungen haben wir ein Wörtchen mitzureden'."¹⁴⁴

3.1.2. Beschluss des Länderrats am 27. und 28. Mai 2000 in Berlin

Ende Mai befasste sich schließlich der →Länderrat mit der Wehrstrukturreform, um den parteiinternen Streit, insbesondere um den Punkt Interventionsarmee, beizulegen. Der Bundesvorstand brachte einen Antrag ein, der den Einsatz der Bundeswehr zur Friedenserzwingung nicht grundsätzlich ablehnte.

Der Länderrat folgte diesem Vorschlag und beschloss, dass die Bundeswehr keine Armee für militärische Interventionen sein dürfe. Sollte sie - als letztes Mittel - eingesetzt werden, so müsse dies an verbindliche Voraussetzungen gebunden sein. Der Beschluss des Länderrats forderte dazu beispielsweise das Vorliegen eines \rightarrow UN-Mandats sowie die Zustimmung des Bundestages mit einer Zweidrittelmehrheit. 145

Den Versuch der Parteilinken um den Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele, die Bundeswehrfrage zum Anlass für einen Grundsatzstreit um die Friedenspolitik zu machen, wiesen die Delegierten vorerst zurück.¹⁴⁶

Der Beschluss des Länderrats machte noch einmal deutlich, dass Bündnis90/Die Grünen bemüht waren, einen innerparteilichen Streit um die Bundeswehrreform zu vermeiden. Allerdings stellte das Festhalten an der Wehrpflicht und der Wille den Streitkräfteumfang auf 200.000 SoldatInnen zu begrenzen, eine oppositionelle Positionierung gegenüber dem Koalitionspartner SPD dar. Die tageszeitung sah den rot-grünen Koalitionsfrieden mit diesem Beschluss dennoch gesichert¹⁴⁷.

¹⁴⁰ Vgl. Der Tagesspiegel: Scharping bremst Bundeswehr-Reform - Der Verteidigungsminister will den radikalen Umbau-Plänen der Weizsäcker-Kommission nur zum Teil folgen, Berlin: 24.05.2000, S. 1.

Berliner Zeitung: Bundeswehr: Weizsäcker warnt Scharping vor "Schnellschüssen", Berlin: 24.05.2000, S.1.

Berliner Zeitung: Auswärtiges Amt pocht auf Mitsprache bei Bundeswehrreform - Ministerium von Joschka Fischer stellt Rudolf Scharpings Zeitplan in Frage, Berlin: 25.05.2000, S. I.

¹⁴³ Vgl. Fuhrer, Armin: Der große Grüne Vorsitzende schweigt und wartet ab, Joschka Fischer meidet auffällig die Tagespolitik, in: Die Welt, Hamburg: 24.05.2000, Nr. 120, S. 2.

¹⁴⁴ Berliner Zeitung: Auswärtiges Amt pocht auf Mitsprache bei Bundeswehrreform.

Vgl. Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen: Beschluß zur Bundeswehrreform im aussen- und sicherheitspolitischen Kontext, 1. Ordentlicher Länderrat 2000, 27./28.05.2000 in Berlin, Rathaus Schöneberg, http://archiv.gruene-partei.de/gremien/LR/00Berlin/beschlus/BeschlussBurdeswehr.htm (Zugriff am 17.04.2007).

Berliner Zeitung: Grüne vermeiden Streit um Bundeswehr - Keine Vorgaben für die Koalitionsentscheidung, Berlin: 29.05.2000, S. 6.

Gaus, Bettina: Der Friede bleibt vorerst gewahrt, in: die tageszeitung, Nr. 6154, Berlin: 29.05.2000, S.6.

3.1.3. Abweichender Beschluss der Bundestagsfraktion

Rund eine Woche nachdem der Länderrat der Partei verschärfte Bedingungen für Auslandseinsätze beschlossen hatte, stellte sich die Bundestagsfrakion gegen die Parteimeinung. "Die Abgeordneten entschieden, dass sie die Einführung einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages bei Auslandseinsätzen ablehnen. (...) Die verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion, Angelika Beer, erklärte die Haltung der Fraktionsmehrheit mit dem Verhalten der Opposition. Die CDU könnte im Bundestag Abstimmungen über Bundeswehr-Einsätze zur 'Blockade instrumentalisieren', erläuterte Beer"¹⁴⁸ der Berliner Zeitung.

Acht Abgeordnete stimmten gegen den Beschluss und zeigten sich verstimmt. Der Abgeordnete Christian Simmert sagte, er habe diesen Punkt für ein 'Minimum an Anspruch' der Grünen gehalten.¹⁴⁹ Der Abgeordnete Winfried Hermann war 'verärgert und entsetzt', seine Kollegin Annelie Buntenbach zeigte sich 'enttäuscht'.¹⁵⁰ Auch in der Parteispitze zeigte sich Unmut. Parteisprecherin Antje Radcke halte die Kehrtwendung der Fraktionsmehrheit für einen 'politischen Fehler', so die tageszeitung. Die Zweidrittelhürde sei eine 'deutliche höhere parlamentarische Kontrollinstanz'.¹⁵¹

3.2. Plan der Generäle: "Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte"

Neben der Einsetzung der "zivilen" Wehrstrukturkommission gab Scharping einen weiteren "militärischen" Bericht in Auftrag, der von →Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach erstellt wurde und den Titel "Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte" trug. Während die Weizsäcker-Komission auf Reform setze, würde das Kirchbach-Papier 'Weiter so' heißen, resümierte die Wochenzeitung "Die Woche". Scharping stünde somit wieder "zwischen Vergangenheit und Zukunft"¹⁵².

Kirchbach gestand immerhin ein, dass es die sicherheitspolitische Lage gestatten würde und die knappen finanziellen Mittel verlangen würden, den Umfang der Streitkräfte zu reduzieren. ¹⁵³ Es sei nicht notwendig alle Kräfte und Mittel "präsent und einsatzbereit" vorzuhalten, solange die "Einsatzbereitschaft zeitgerecht hergestellt" werden könnte. Qualitativ und quantitativ sei dies jedoch nur über die Allgemeine Wehrpflicht und den Rückgriff auf Reservisten zu gewährleisten, so Kirchbach. ¹⁵⁴

Aus den Aufgaben der Bundeswehr folgerte der Generalinspekteur einen Präsenzumfang der Streitkräfte von circa 290.000 SoldatInnen, der damit deutlich über den Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission lag. Der Anteil der Wehrpflichtigen sollte bei einer Wehrdienstdauer von 9 Monaten 84.500 junge Männer betragen.¹⁵⁵

Wie nicht anders zu erwarten war, forderte der Generalinspekteur in seinem Bericht zusätzliche finanzielle Mittel, um die Bundeswehr an die veränderten Strukturen anzupassen und die

¹⁴⁸ Berliner Zeitung: Grüne machen Rückzieher bei Parlamentsvorbehalt - Zweidrittelmehrheit für Auslandseinsätze nicht mehr gefordert, Berlin: 07.06.2000, S. 5.

¹⁴⁹ Ebda

¹⁵⁰ Vgl. Weiland, Severin: Auslandseinsätzeumstritten, in: die tageszeitung, Berlin: 09.06.2000, Nr. 6163, S. 6.

¹⁵¹ Ebda

¹⁵² Vgl. Theyssen, Andreas: Marsch durch die Mitte, in: Die Woche, Hamburg: 19.05.2000, S. 7.

Generalinspekteur der Bundeswehr: Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Bundeswehr, Bonn: 23.05.2000, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,1664,00.pdf (Zugriff am 23.10.2007), S. 22.

¹⁵⁴ Ebda., S. 6.

¹⁵⁵ Ebda., S. 36.

Der Plan des Generalinspekteurs der Bundeswehr, der nur eine Verkleinerung des Streitkräfteumfangs um 30.000 SoldatInnen vorsah, stieß erwartungsgemäß auf heftige Kritik bei Bündnis 90/Die Grünen. Das sei weltfremd, äußerte sich Angelika Beer gegenüber der Tageszeitung "Welt". "Die Vorstellungen der Generäle sind weder sicherheitspolitisch noch finanziell tragbar". Und für die Grünen seien die Ergebnisse der WehrstrukturKommission maßgeblich, nicht die Wünsche der Generäle. Unterstützung erhielten die Grünen dabei von der FDP, die das Papier ebenfalls kritisierte und als "sehr teures Papierkorbpapier" bezeichnete. 157

3.3. Scharpings Bundeswehrkonzept wird vom Kabinett gebilligt

Anfang Juni 2000 legte Bundesverteidigungsminister Scharping sein eigenes Reformpapier 'Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf vor. Wie bereits vorher bekannt war, schlug er eine im Vergleich zu den Vorschlägen der Wehrstrukturkommission deutlich weniger starke Verkleinerung der Bundeswehr von derzeit 320.000 auf 255.000 SoldatInnen vor. Davon sollten 150.000 Einsatzkräfte sein. Die Zahl der Stellen für Wehrpflichtige solle von 129.000 auf 770.00 verringert werden. ¹⁵⁸ Wie angekündigt, hielt Scharping an der Wehrpflicht fest, die gesetzliche Dauer sollte jedoch ab 2002 neun Monate betragen ¹⁵⁹, sodass er damit den Vorschlägen seiner Generäle folgte. Scharpings Eckpfeiler blieben somit deutlich hinter den Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission zurück und nur 3 Wochen nach Erscheinen war der Bericht der Kommission "schnell ausmanövriert" wie Winfried Nachtwei zwei Jahre später resümierte ¹⁶⁰.

Trotz Meinungsunterschiede besonders im Bereich Wehrpflicht, kündigten die Grünen an, das Konzept mitzutragen¹⁶¹. Am 14.06.2000 billigte das rot-grüne Kabinett die Pläne des Verteidigungsministers. Diese Entscheidung war aber kein Kompromiss oder Konsens zwischen den Koalitionsparteien. "Sie resultierte aus der Vorgabe des Ministers, die von vorneherein nicht zur Diskussion stand, vom Kanzler gedeckt wurde und vom kleineren Koalitionspartner nicht verhindert werden konnte"¹⁶², so Winfried Nachtwei in einem Resümee.

3.4. BDK in Münster am 23. und 24. Juni 2000

In den zurückliegenden Wochen hatte sich gezeigt, dass die Meinungen über eine Reform der Bundeswehr innerhalb der Grünen auseinander gingen. Auf der BDK in Münster stand das Thema somit kurz nach Billigung der Pläne Rudolf Scharpings wieder auf der Agenda der Partei.

Der Beschluss 'Bundeswehrreform im aussen- und sicherheitspolitischen Kontext', zeigte eine Modifikation der Parteimeinung in einigen Punkten. Zwar traten Bündnis 90/Die Grünen "weiterhin für Abrüstung und Entmilitarisierung als Maßstab und Ziel ihrer Aussenpolitik ein" und "plädieren

157 Nolles Poberts (

¹⁵⁶ Ebda., S. 45 + 53

Nelles, Robert: Grüne attackieren Bundeswehr-Konzept, Forderung der militärischen Führung nach einer Truppenstärke von 290000 Soldaten stößt auf Widerstand, in: Die Welt, Hamburg: 29.04.2000, Nr. 100, S. 2.

Der Bundesminister der Verteidigung: Die Bundeswehr - sicher ins 2 l. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, o.O.: 2000, http://www.weltpolitik.net/texte/policy/Bundeswehr/2000-06%20Scharping%20Eckpfeiler.pdf (Zugriff am 22.04.2007). S. 25-26,

¹⁵⁹ Ebda., S. 29.

Nachtwei, Winfried: Kurs halten unter schweren Bedingungen: Bilanz und Perspektiven Grüner Sicherheits- und Friedenspolitik, in: S+F / Sicherheit und Frieden 2-2002, Fachzeitschrift für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg: 2002, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/news/506 (Zugriff am 24.10.2007).

Vornbäumen, Axel: Grüne unterstützen Scharpings Reformkonzept für Bundeswehr, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt: 08.06.2000, Nr. 132, S. 4.

Nachtwei, Winfried: Abschied vom Wehrpflicht-Dogma – künftige Wehrform offen debattieren! Münster/Berlin: August 2001.

für eine deutliche personelle Reduzierung der Bundeswehr und für eine Abschaffung der Wehrpflicht". Dennoch wurde auch präzisiert, dass es Aufgabe der Bundeswehr sei, "an der kollektiven Verpflichtung zur Verteidigung des Territoriums der NATO-Staaten im Rahmen des Bündnisses mitzuwirken und sich darüberhinaus an internationalen Einsätzen zur Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens, die mit einem Mandat der Vereinten Nationen durchgeführt werden, zu beteiligen". Weiter hieß es jedoch auch: "Die Bundeswehr ist und darf keine Armee für militärische Interventionen sein. Soll sie – als letztes Mittel – eingesetzt werden, so muß dies an verbindliche Voraussetzungen gebunden sein." Als Voraussetzungen wurden hier wieder unter anderem ein UN-Mandat und eine vorliegende Zweidrittelmehrheit des Bundestages genannt, womit die Partei noch einmal ihre konträre Meinung zur Bundestagsfraktion betonte, die ja zuvor die Zweidrittelmehrheit abgelehnt hatte. Mit diesem Beschluss hatte also das höchste Beschlussgremium der Partei, die BDK, den Einsatz der Bundeswehr als Interventionsarmee – "als letztes Mittel" – gebilligt und somit die Meinung des Wahlprogramms, wo eine Interventionsarmee noch kategorisch ausgeschlossen wurde, revidiert. ¹⁶³

Obwohl das rot-grüne-Kabinett Scharpings Reformpläne unter Beibehaltung der Wehrpflicht bereits gebilligt hatte, legten Bündnis90/Die Grünen mit dem BDK-Beschluss noch einmal fest, das auch eine Verkürzung des Zwangsdienstes auf 9 beziehungsweise 6 Monate, wie von Scharping geplant, "nicht ausreichend und zudem undurchführbar sei".

3.5. Gesetz zur Neuausrichtung der Bundeswehr (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz – BwNeuAusrG)

Im November 2001 beschloss die rot-grüne Koalition unter dem Eindruck der Terroranschläge des II. Septembers das Bundeswehrneuausrichtungsgesetz in der Form der Drucksachen 14/7235 und 14/7372¹⁶⁴. Dieses trat nach einem zweiten Anlauf im Bundesrat zum 31.12.2001 in Kraft und enthielt die personelle Umsetzung der Scharping'schen Bundeswehrreform. Enthalten waren die Verringerung der Dienstzeit von Wehrpflichtigen um einen Monat und die Verringerung der Truppenstärke auf rund 255.000 SoldatInnen, was den Zielen der Grünen entgegen kam. Nach Bedarf und freiwillig konnte der Grundwehrdienst nun auch in Etappen geleistet werden. Der erste Abschnitt würde dann sechs Monate dauern, dem zwei Abschnitte zu je eineinhalb Monaten folgen würden.

3.6. Ein neuer Verteidigungsminister

Im Juli 2002 fand kurz vor der Bundestagswahl ein Wechsel an der Spitze des Verteidgungsministeriums statt. Dr. Peter Struck wurde am 19.07.2002 vereidigt, nachdem Rudolf Scharping nach der Bunte-Affäre und der Hunzinger-Affäre entlassen worden war.

In seiner Antrittsrede vor dem Bundestag bekräftigte Struck, dass er sich "bewusst in die Kontinuität seiner Vorgänger Helmut Schmidt, Georg Leber, Volker Rühe, aber auch ganz besonders Rudolf Scharping" stellen wolle 165. Damit nahm auch Peter Struck deutlich von den grünen Zielen, die Bundeswehr hin zu einer Freiwilligenarmee umzubauen, Abstand.

3.7. Im Wahlkampf 2002

In der Zeit des Wahlkampfs 2002 nahmen die beiden Koalitionspartner SPD und Grüne wieder deutlichere Positionen ein, um sich voneinander abzuheben und zu profilieren. Bundeskanzler

Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Bundeswehrreform im aussen- und sicherheitspolitischen Kontext, Beschluss der 15. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen, Münster: 2000, http://archiv.gruene-partei.de/gremien/bdk/00Muenster/beschlus/Bundeswehrreform.htm (Zugriff am 21.04.2007).

BT-Plenarprotokoll 14/199: Stenografischer Bericht. 199. Sitzung, Berlin: 09.11.2001, S. 19569C.

BT-Plenarprotokoll 14/250: Stenografischer Bericht. 250. Sitzung, Berlin: 25.07.2002, 25394ff.

Schröder betonte auf der 39. Kommandeurtagung in Hannover: "Die Wehrpflicht hat sich bewährt", und auch Scharping erklärte, "dass die von ihm eingeleitete Reform der Bundeswehr zum Scheitern verurteilt sei, wenn auf die Wehrpflicht verzichtet werde". Die Hannoversche Allgemeine Zeitung urteilte, dass Scharping keine Rücksicht mehr auf den grünen Koalitionspartner nehme und "populistische und unverantwortliche Wahlkampfbeiträge" geißele. ¹⁶⁶ Auch die Grünen fanden klare Worte für ihren Koalitionsparter. "Die SPD ist die letzte Partei, die dogmatisch an der Wehrpflicht festhält", erklärte Angelika Beer der WELT¹⁶⁷.

4. Zwischenfazit der Legislaturperiode 1998-2002

Für Bündnis 90/Die Grünen war es in der 14. Legislaturperiode sehr schwierig, urgrüne Forderungen nach Abschaffung der Wehrpflicht und einer Verkleinerung der Bundeswehr gegen den Koalitionspartner SPD umzusetzen. Besonders schwierig scheint die Arbeit mit einem Verteidigungsminister gewesen zu sein, der nur wenig Vorschläge der unabhängigen Weizsäcker-Kommission umgesetzt hatte und stattdessen den Forderungen seiner Generäle mehr Gehör schenkte. "Während Scharping öffentlich immer betone, dass er 80 bis 90 Prozent der Vorschläge der von ihm eingesetzten Weizsäcker-Kommission übernehme, habe er die entscheidenden zehn bis 20 Prozent für eine Reform von Grund auf nicht übernommen" so Beer im Vorfeld der Münsteraner BDK. "Der gründliche Bericht der Weizsäcker-Kommission zur Bundeswehr-Reform wurde schnell ausmanövriert. Unser Fraktionskonzept zur Zukunft der Bundeswehr fand wohl gute Resonanz bei Friedensforschern wie bei aufgeschlossenen Militärs, war aber kein Thema in der Koalition" resümierte Verteidigungsexperte Nachtwei.

Der Streit um Strukturfragen der Bundeswehr schwelte während dieser Zeit mehrfach unter dem Deckmantel der Koalition. Hinzu kam, dass auch der interne Streit um die Positionierung der Bundeswehr nicht abgeschlossen war. Parteilinke machten mehrfach gegen die Bundeswehr als Einsatzarmee mobil. Was die Verteidigungspolitik anbelangt, bewertete die FAZ die erste rot-Grüne Legislatur als "turbulent"¹⁷⁰.

Winfried Nachtwei nahm sich als einer der wenigen grünen PolitikerInnen Zeit, nach der ersten Regierungsperiode ein Resümee zu ziehen. 2002 resümierte er in seinem Papier "Kurs halten unter schweren Bedingungen: Bilanz und Perspektiven Grüner Sicherheits- und Friedenspolitik", dass in der rot-grünen Vergangenheit auf dem Feld der Militärpolitik grüne und friedensbewegte Wünsche und Wirklichkeiten "besonders weit auseinander" klafften. Forderungen nach Auflösung der Krisenreaktionskräfte beispielsweise und andere Wünsche seien von vornherein für die SPD nicht verhandelbar gewesen.¹⁷¹

Nachtwei beklagte vor allem auch einen "Strategiemangel" bei der Diskussion wehrpolitischer Fragen. Sobald die Bundeswehrreform Thema auf der politischen Agenda gewesen sei, hätten "Sekundärfragen des WIE" (Haushaltsfragen, Wehrform, Modernisierung) dominiert. Primärfragen des WOFÜR und WOGEGEN seien regelmäßig vernachlässigt worden.¹⁷²

Entsprechend ihren neuen multinationalen Aufgaben, forderte Nachwei somit für die Zukunft eine

¹⁶⁶ Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung: Der Kanzler verteidigt die Wehrpflicht, Hannover: 09.04.2002, Nr. 82, S. 3.

¹⁶⁷ Vgl. Die Welt: Streit um Wehrpflicht wird zum Wahlkampfthema, Hamburg: 02.04.2002, Nr. 76, S. 4.

¹⁶⁸ Berliner Zeitung: Beer: Scharpings Konzept ist nicht zu finanzieren - Grüne Expertin kritisiert "überholten Reformansatz", Berlin: 23.06.2000, S. 6.

Nachtwei, Winfried: Welt im Umbruch - Friedenspartei im Wandel: Grüne und Krieg, Militär und Gewaltfreiheit, Positionspapier zur Grünen Grundsatzdebatte über die Positionierung der Grünen in Militärfragen, o.O.: 25.02.2002, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/503 (Zugriff am 11.10.2007).

Frankfurter Algemeine Zeitung: Sieben Jahre Rot-Grün, Die wundersame Verwandlung der Bundeswehr, Frankfurt: 26.08.2005, Nr. 198, S. 6.

¹⁷¹ Nachtwei, Winfried: Kurs halten unter schweren Bedingungen.

¹⁷² Ebda.

Bundeswehr mit SoldatInnen, die breite Fähigkeiten insbesondere in der zivil-militärischen Zusammenarbeit besitzen. Ein Hinterherhinken der nichtmilitärischen Fähigkeiten verlängere nur die militärische Einsatzdauer, so Nachtwei. Zudem müsse die Bundeswehr kein Alleskönner sein. Vielmehr Aufgaben könnten in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern erbracht werden. ¹⁷³

5. Änderung der programmatischen Ziele von Bündnis 90/Die Grünen – Das neue Grundsatzprogramm und das neue Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002

Ziele ändern sich, so auch bei Bündnis 90/Die Grünen. Im April 2002 gab sich die Partei ein neues Grundsatzprogramm, wo zum Thema Bundeswehr in kurzer Form Stellung bezogen wurde. Bezüglich zukünftiger Aufgaben der Bundeswehr legte die Partei fest, dass die Bundeswehr nicht im Kontext klassicher Interventionen eingesetzt werden dürfe. Sie erkannte aber an, dass es zu den Aufgaben der Bundeswehr gehöre, sich an Einsätzen zur Bewahrung und Wiederherstellung des Friedens zu beteiligen.¹⁷⁴ Bezüglich der gewünschten Struktur der Bundeswehr bekräftigten die Grünen noch einmal ihren Willen zum Ausstieg aus der Wehrpflicht. Die Transformation der Bundeswehr erfordere aber auch eine Bewahrung der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft, und der Wegfall des Zivildienstes müsse beim einem Umbau der Streitkräfte sozial aufgefangen werden.¹⁷⁵

Diese Forderungen fanden sich auch im neuen Wahlprogramm wieder. "Aufgabe der Bundeswehr ist, zur Gewalteindämmung und -vorbeugung im Dienste gemeinsamer Sicherheit beizutragen und im Rahmen des Bündnisses Sicherheit gegenüber äußeren militärischen Bedrohungen zu gewährleisten", hieß es dort¹⁷⁶.

Der Vorschlag der Weizsäcker-Kommission wurde ausdrücklich als "konstruktiver Beitrag" zur Debatte um die Bundeswehrreform gelobt. Jedoch wurde eine Weiterentwicklung der bisherigen Bundeswehrreform gefordert, die die Abschaffung der Wehrpflicht und eine Reduzierung der Truppenstärke auf maximal 200.000 SoldatInnenn beinhalten sollte. Zudem wurde präzisiert, dass man "für die Anpassung der →Inneren Führung und des Leitbildes vom →"Staatsbürger in Uniform" an die neuen Aufgaben der Bundeswehr und die Bedürfnisse einer Freiwilligenarmee" sei, damit "die Integration in die Gesellschaft und die demokratische Kontrolle weiterhin gewährleistet" sei. ¹⁷⁷

Indirekt wurde erneut eine Verkleinerung des Wehretats gefordert, indem als Ziel "der deutliche Abbau militärischer Potenziale" in Deutschland genannt wurde. Diesem Abbau sollte eine Erhöhung der finanziellen Mittel zur "Förderung der Entwicklungszusammenarbeit, der Friedens- und Konfliktforschung, vielfältiger Dialoginitiativen, der Ausbildung von Polizeikräften für internationale Friedensmissionen und des Zivilen Friedensdienstes" gegenüber stehen¹⁷⁸.

Auch eine "aktive Abrüstungspolitik" bezüglich Massenvernichtungswaffen als auch bei der Eindämmung der Verbreitung von konventionellen Waffen wurde wie 1998 erneut gefordert¹⁷⁹.

Kontinuität bestand also bezüglich der Abschaffung der Wehrpflicht, des Umbaus und der

¹⁷³ Ebda.

¹⁷⁴ Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, S. 161-162.

¹⁷⁵ Ebda., S. 162-163.

¹⁷⁶ Bündnis 90/Die Grünen: Grün wirkt. Unser Wahlprogramm 2002-2006, S. 87.

¹⁷⁷ Ebda., S. 87.

¹⁷⁸ Ebda., S. 88.

¹⁷⁹ Ebda., S. 88

Verkleinerung der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee, der Verkleinerung des Wehretats zugunsten ziviler Potenziale sowie bezüglich der aktiven Abrüstungspolitik.

Interessant ist die Feststellung, welche Ziele nicht mehr Eingang in das Wahlprogramm 2002 genommen haben. So findet sich beispielsweise keine Forderung mehr nach der Abschaffung der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr oder der Verzicht auf neue teure Waffensysteme. Auch eine deutliche Kritik an der →NATO wie im Wahlprogramm von 1998 sucht man hier vergebens. Hier sollte man sich die Frage stellen, ob die Grünen sich von diesen Zielen verabschiedet haben.

6. Umsetzung der neuen Zielsetzungen im Koalitionsvertrag 2002

Während die Sozialdemokraten vor der Wahl zum Bundestag 2002 ihr "Ja" zur Wehrpflicht bekräftigten, forderten Bündnis 90/Die Grünen genauso klassisch das Ende der Wehrpflicht. Die Forderungen konnten kaum konträrer sein, was eine gemeinsame Zielfindung für die entsprechende Formulierung im Koalitionsvertrag besonders schwierig machte.

"Wir werden die umfassende Reform der Bundeswehr fortsetzen und – wo erforderlich – konsequent weiterentwickeln. Aufgaben, Struktur, Ausrüstung und Mittel der Bundeswehr werden wieder in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht", hieß es sodann im Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen mit den Sozialdemokraten 180. Folglich forderte der Koalitionsvertrag "nach der weitgehenden Umsetzung der im Jahr 2000 eingeleiteten Bundeswehrreform, aber noch vor Ende der laufenden 15. Legislaturperiode" eine erneute Überprüfung der Wehrverfassung vorzunehmen. Da die Grünen es erneut nicht geschafft hatten, ihr Ziel der Abschaffung der Wehrpflicht im Koalitionsvertrag zu verankern, kann man diese Vereinbarung als Minimalziel zur weiteren Diskussion über das Thema werten. Diesen Kompromiss bewerteten beide Koalitionspartner auf unterschiedliche Weise, sodass die Berliner Zeitung schrieb, dass sich beide Seite ein wenig als Gewinner fühlten. 'Das Dogma der Wehrpflicht gebe es nicht mehr', urteilte der Grüne Winfried Nachtwei, aber SPD-Fraktionsvize Gernot Erler zeigte sich dagegen zufrieden, dass die Wehrpflicht "als Grundlage der Bundeswehr-Reform" erhalten bleibe. 181 Man kann also davon sprechen, dass eine Berufsarmee inzwischen kein Tabu mehr für die SPD war, da diese nicht mehr kategorisch zurückgewiesen wurde. Die Welt urteilte bereits: "Die Wehrpflicht wackelt"¹⁸², was dem Drängen des grünen Koalitionspartners geschuldet war. Die Überprüfung der Wehrpflicht sei ein Erfolg für die Grünen, so die Financial Times Deutschland am 14.10.2002¹⁸³.

Zum zukünftigen Aufgabenspektrum wurde präzisiert, dass dieses "ganz wesentlich durch die sicherheitspolitischen Entwicklungen und den Wandel der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz bestimmt" werde. Neben Landes- und Bündnisverteidigung würden die "internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen einschließlich humanitärer Einsätze und Evakuierungen" zum Aufgabengebiet der Bundeswehr zählen¹⁸⁴. Diese Bewertung der Bundeswehraufgaben fand sich in ähnlicher Form auch im Wahlprogramm der Grünen.

Financial Times Deutschland: Streichen, Sparen, Strecken – Die Pläne der rot-Grünen Koalitionäre, Hamburg: 14.10.2002, Nr. 198, S.12.

61

Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) / Bündnis 90/Die Grünen: Koalitionsvertrag 2002-2006. Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie, Berlin: 2002, S. 76.

¹⁸¹ Vgl. Berliner Zeitung: Abschaffung – oder auch nicht, Berlin: 08.10.2002, S. 5.

¹⁸² Vgl. Die Welt: Rührt euch!, Hamburg: 09.10.2002, Nr.235, S.3.

Sozialdemokratische Partei Deutschland / Bündnis 90/Die Grünen: Koalitionsvertrag 2002-2006, S. 76.

Für solche Einsätze seien "moderne, gut ausgerüstete und schnell verfügbare Einsatzkräfte erforderlich". Die mittelfristige Finanzplanung bleibe daher die Grundlage für die Planungen der Bundeswehr. Die Bundesregierung wolle die Beschaffungsplanung, die materielle Ausstattung und den Personalumfang der Bundeswehr fortlaufend den künftigen Anforderungen anpassen, wobei die Vorschläge der Kommission "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" (Weizsäcker-Kommission) die Richtschnur dafür bilden solle 185. Beim Wehretat ist die grüne Handschrift in der Koalitionsvereinbarung schwerer herauszulesen. Ein konkretes Bekenntnis zu einer Verkleinerung der Bundeswehr und damit einer Verkleinerung des Wehretats fand sich nicht im Koalitionsvertrag. Allerdings wurde der Wehretat auch nicht deutlich erhöht, wie die Weizsäcker-Kommission gefordert hatte. Auch über anstehende europäische Rüstungsprojekte wurden keine Entscheidungen gefällt.

Die Weiterentwicklung der Inneren Führung dagegen fand Eingang in den Vertrag. Hinzu kam sogar die Weiterentwicklung der politischen Bildung und Traditionspflege in der Bundeswehr sowie die Forderung nach der Erhöhung des Frauenanteils in der Bundeswehr und in Friedenseinsätzen¹⁸⁶. Auch das Engagement in der Abrüstungspolitik sowie in der Rüstungskontrolle wurde fortgesetzt und entsprach damit den grünen Forderungen¹⁸⁷.

Die NATO wurde wieder einmal als "unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung" bezeichnet. Dazu machten die Grünen bekanntlich keine Aussage in ihrem Wahlprogramm¹⁸⁸.

Während der Koalitionsverhandlungen ließen die Grünen verlauten, dass sie die Einführung eines sogenannten →Entsendegesetzes nicht im Koalitionsvertrag festschreiben wollten. Es solle dabei bleiben, dass über jeden einzelnen Bundeswehreinsatz im Bundestag abgestimmt werde. Das Entsendegesetz sollte nach Wunsch der SPD Auslandseinsätze von BundeswehrsoldatInnen erleichtern. Der Grünen-Vorsitzende Kuhn sagte der FAZ jedoch, es werde bei der jetzigen Lösung bleiben 189, so dass die SPD schließlich einlenkte.

7. Legislaturperiode 2002-2005

Nachdem eine bedeutende Umstrukturierung der Bundeswehr in der vorherigen Legislaturperiode an der SPD gescheitert war, sollte in der I5. Legislatur ein neuer Anlauf gestartet werden, nachdem die Grünen der SPD erneut eine Prüfung der Wehrform abgerungen hatten. Doch welche kleineren Schritte konnten in dieser Legislatur tatsächlich erreicht werden?

7.1. Neue "Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003"

Rund ein Jahr nach seinem Amtsantritt legte Bundesverteidigungsminister Struck am 21.05.2003 neue →Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) vor. "Die VPR legen Grundsätze für die Gestaltung der Verteidigungspolitik fest, bestimmen den Auftrag der Bundeswehr, gewichten deren Aufgaben und machen Vorgaben für die Fähigkeiten der Streitkräfte der Zukunft." Das Dokument ist somit eine bedeutsame Rahmenvorgabe für die verteidigungspolitische Arbeit sowie Grundlage für den Bundeswehrplan des Generalinspekteurs und wird im Planungsstab des Bundesministeriums der

¹⁸⁶ Vgl. ebda., S. 76.

¹⁸⁵ Vgl. ebda., S. 76.

¹⁸⁷ Vgl. ebda., S. 76-77.

¹⁸⁸ Ebda., S. 73.

¹⁸⁹ Vgl. Frankfurter Algemeine Zeitung: Wehrpflicht wird überprüft, Die Koalitionsgespräche, Frankfurt: 08.10.2002, Nr. 233, S. 2.

Verteidigung erarbeitet¹⁹⁰. Als Grund für die Neuauflage der Richtlinien wurde die neue "Gefährdungslage" nach dem II. September 2001 angeführt, "die sich auch in unserer Verteidigungspolitik niederschlagen muss"¹⁹¹.

Struck bestätigte in den neuen VPR 2003, dass die Hauptaufgabe der Bundeswehr nicht mehr die Landesverteidigung sei, sondern dass "das Engagement im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus [ist] an die erste Stelle des Aufgabenspektrums der Bundeswehr gerückt"¹⁹² ist. Die Allgemeine Wehrpflicht sei dabei "in angepasster Form für die "Einsatzbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr unabdingbar"¹⁹³. Mit den VPR 2003 hatte man sich damit im Ministerium der Verteidigung von der seit 50 Jahren bestehenden Hauptaufgabe Landesverteidigung verabschiedet. Zudem verwischte der erweiterte Verteidigungsbegriff der Verteidigungspolitischen Richtlinien die elementare Unterscheidung zwischen Landesverteidigung und UN-legitimierter internationaler Friedensicherung.

Die Formulierungen, die der Verteidigungsminister auf den Tisch legte, widersprachen deutlich den grünen Forderungen nach einer Bundeswehrtransformation mit einem Ende der Wehrpflicht. Die tageszeitung urteilte dazu: "So deutlich hat ein Minister selten gezeigt, wie unwichtig er die Meinung des Koalitionspartners findet"¹⁹⁴. Natürlich kritisierten auch grüne PolitikerInnen dies. "Jetzt liegt der Dissens klar auf dem Tisch", sagte Angelika Beer der tageszeitung. Man könne nicht die Bundeswehr 'modernisieren und europakompatibel machen, wenn man an der Reformblockade Wehrpflicht festhält', so Beer. "Doch wie viel zählt die Grüne Meinung gegen die →Richtlinienkompetenz des Verteidigungsministers?", fragte sich die tageszeitung¹⁹⁵.

Die Parteiführung verabschiedete schließlich eine Resolution, in der die Grünen Strucks Bekenntnis zur Wehrpflicht in den Verteidigungspolitischen Richtlinien erneut ablehnten 196. Die Grünen pochten weiterhin auf die Einhaltung des Koalitionsvertrages, der eine Überprüfung der Wehrform am Ende der Legislatur vorsah, während führende Kräfte der Sozialdemokraten die Wehrpflicht für die nächsten Jahre festzurren wollten. Nichtsdestotrotz gab es aber auch Kritikerlnnen der Wehrpflicht in der SPD. So scheiterte Struck im Sommer 2003 zunächst am Versuch, die SPD-Bundestagsfraktion zugunsten der Wehrpflicht abstimmen zu lassen. Diese verschob das Thema lieber auf einen Parteitag. Struck bekam also allmählich innerparteilichen Gegenwind in der Wehrpflicht-Frage.

7.2. FDP-Antrag "Wehrpflicht aussetzen"

Mitte 2003 stellte die Fraktion der FDP im Bundestag einen Antrag zur Aussetzung der Wehrpflicht¹⁹⁷, der mit der fehlenden Wehrgerechtigkeit sowie der sicherheitspolitischen Lage begründet wurde. Marianne Tritz' Rede dazu im Bundestag am 16.10.2003 machte deutlich, wie groß die Übereinstimmung der Grünen mit den Liberalen in diesem Thema ist und wie gerne sie eigentlich dem Antrag zugestimmt hätten. Doch genauso wurde deutlich wie sehr die Partei von

Bundesministerium der Verteidigung. Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin: 2003,

http://www.bmvg.de/portal/PA_I_0_P3/PortalFiles/C1256EF40036B05B/N264JEUC110MMISDE/VR_BROSCHUER E.PDF?yw repository=youtweb (Zugriff am 30.10.2007), S. 6.

¹⁹¹ Ebda., S. 6.

¹⁹² Ebda., S. 1.

¹⁹³ Ebda., S. 1.

¹⁹⁴ Die tageszeitung: Kein Kompromiss, wenns um Wehrpflicht geht, Berlin: 22.05.2003, Nr. 7060, S. 3.

¹⁹⁵ **Ebd**a

¹⁹⁶ Die Welt: Klares Bekenntnis der SPD zur Wehrpflicht, Hamburg: 04.06.2003, Nr. I 28, S. 2.

¹⁹⁷ BT-Drucksache I 5/I 357: Wehrpflicht aussetzen, Antrag der FDP-Fraktion, Berlin: 02.07.2003.

der SPD dabei 'in die Zange genommen wurde'. "Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir begrüßen Ihr Engagement, schließlich greifen Sie eine Grüne Herzensangelegenheit auf. Wir haben aber noch – jetzt verrate ich kein Geheimnis – Diskussionsbedarf mit unserem Koalitionspartner", so Tritz im Bundestag¹⁹⁸. Der Antrag wurde schließlich im Verteidigungsausschuss auch von den Grünen abgelehnt¹⁹⁹, obwohl eine Enthaltung beziehungsweise sogar die Zustimmung die Haltung der Partei besser ausgedrückt hätte. Vielleicht wurde hier eine Chance vertan, ein deutliches Zeichen in Richtung der SPD zu setzen.

7.3. Strucks Neustrukturierungspläne

Am 13. Januar 2004 stellte Struck seine Pläne zur umfassenden Umgestaltung der Bundeswehr²⁰⁰ vor. Diese basierten auf den neu erlassenen VPR von 2003 und erhielten folgende Kernpunkte:

- eine weitere Reduzierung der Truppenstärke auf 252.500 SoldatInnen
- Einteilung der SoldatInnen in Eingreifkräfte (rund 35.000 SoldatInnen), Stabilisierungskräfte (70.000 SoldatInnen) und Unterstützungskräfte (147.500 SoldatInnen)
- Anpassung des neunmonatigen Grundwehrdienstes an geänderte Aufgaben wie Einsatzunterstützung
- Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung wurden nicht mehr wie bisher auf Landesverteidigung, sondern auf Einsatzszenarien mit NATO- und →EU-Führung ausgerichtet

Die meisten Punkte von Strucks Reformplänen waren in der rot-grünen Koalition unumstritten, darunter die weitere Reduzierung von Rüstung und Personal wie auch der neue betriebswirtschaftliche Grundsatz bei der zukünftigen Stationierungsplanung. Sogar die Abkehr von der Landesverteidigung als Hauptaufgabe der Bundeswehr war inzwischen selbstverständlich; "Der Abschied von der unwahrscheinlichen Kernaufgabe Landesverteidigung und die Neuausrichtung auf die wahrscheinlichen Aufgaben ist unumgänglich"²⁰¹, so äußerten Winfried Nachtwei und Alexander Bonde für die Bundestagsfraktion. Lediglich die Wehrpflicht stand wieder einmal zur Debatte. Die Welt äußerte sich zu der inzwischen mehrere Jahre anhaltenden Debatte um Struktur und Wehrverfassung der Bundeswehr etwas maulig: "Jetzt geht die Debatte angesichts der Umfangsreduzierung und Kürzungen bei Rüstungsprojekten wieder los."²⁰² Angelika Beer wurde von dem Blatt entsprechend zitiert. "Für Wehr- und Zivildienst müsse 'jetzt das Stoppsignal kommen', so Beer." Unterstützung in dieser Frage erhielten die Grünen seitens der Evangelischen Kirche und seitens der Liberalen²⁰³.

¹⁹⁸ BT-Plenarprotokoll 15/66: Stenografischer Bericht. 66. Sitzung, Berlin: 16.10.2003.

BT-Drucksache I 5/2963: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (II. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache I 5/1357 – Wehrpflicht aussetzen, Berlin: 27.04.2004.

Bundesministerium der Verteidigung: Grundzüge der Konzeption der Bundeswehr, Berlin: 2004, http://www.bmvg.de/portal/PA_I_0_P3/PortalFiles/C1256EF40036B05B/N264JEXP525MMISDE/BROSCHUERE_KD B.PDF?yw repository=youatweb (Zugriff am 27.01.2008).

Nachtwei, Winfried / Bonde, Alexander: Wichtige Wegmarken in Richtung Freiwilligenarmee. Pressemitteilung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu den von Verteidigungsminister Struck vorgelegten Eckpunkten der Konzeption der Bundeswehr, Berlin: 13.01.2004, http://www.alexanderbonde.de/newsartikel.php?id=1077090779 (Zugriff am 27.01.2008).

Die Welt: Die Rückkehr der Wehrpflicht-Debatte, Hamburg: 13.01.2004, http://www.welt.de/print-welt/article285838/Die_Ruekkehr_der_Wehrpflicht-Debatte.html (Zugriff am 27.01.2008).

²⁰³ Vgl. ebda.

7.4. Antrag "Durch Transformation die Bundeswehr zukunftsfähig gestalten" und noch ein FDP-Antrag

Im April 2004 wurde der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen "Durch Transformation die Bundeswehr zukunftsfähig gestalten "204 im Verteidigungsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. Der eingeleitete Umgestaltungsprozess der Bundeswehr sollte damit fortgeführt werden. CDU/CSU und FDP stimmten gegen diesen Antrag und stellten eigene Anträge²⁰⁵, die wiederum vom Regierungslager abgelehnt wurden.

Die Liberalen starteten in der 15. Legislaturperiode damit mehrere Versuche, die Wehrpflicht auszusetzen. Der Antrag der FDP-Fraktion enthielt im Gegensatz zum vorherigen Antrag vom Herbst 2003 jedoch nicht nur die Aussetzung der Wehrpflicht, sondern gleichzeitig eine Erhöhung des Wehretats, sodass für die Grünen konsequenterweise nur eine Ablehnung des Antrages in Frage kam. "Als Grüner hätte ich gerne Ihrem Anliegen, die Wehrpflicht auszusetzen, zugestimmt. Sie haben es mir aber mit Ihrem Antrag sehr leicht gemacht, ihm im weiteren Verfahren nicht zuzustimmen"206, so Alexander Bonde in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag. Im Verteidigungsausschuss wurde der Antrag wie oben angeführt schließlich von der Partei auch abgelehnt²⁰⁷.

7.5. Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts zur Wehrgerechtigkeit

Seit dem 1. Juli 2003 galten neue Einberufungsrichtlinien, die unter Minister Struck eingeführt wurden. Danach wurden bestimmte Gruppen von jungen Männern nicht mehr eingezogen, darunter Verheiratete, Männer über 23 Jahre sowie solche, die nur für eingeschränkt tauglich befunden wurden. Das Kölner Verwaltungsgericht befand diese neue Einberufungspraxis am 21.04.2004 als rechtswidrig, da damit nicht mehr von einer "allgemeinen" Wehrpflicht die Rede sein könne. Es werde gegen die Wehrgerechtigkeit verstoßen, da mit dieser Einberufungspraxis weniger als die Hälfte der für eine Einberufung in Frage kommenden Männer eingezogen werde. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Volker Beck sah durch das Urteil die grüne Position bestätigt. Die Wehrpflicht sei ebenso wie der Zivildienst ein Auslaufmodell, sagte er gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung²⁰⁸. Winfried Nachtwei nannte das Urteil "den Anfang vom Ende der Wehrpflicht" und mahnte "ein rasches Auslaufen der Wehrpflicht" und "einen Umstieg in die Freiwilligenarmee" an. Die im Koalitionsvertrag mit der SPD für die laufende Legislaturperiode vereinbarte Überprüfung der Wehrform müsse die neue Situation, die das Kölner Urteil geschaffen habe, berücksichtigen.²⁰⁹

Die SPD reagierte dagegen verhalten auf das Urteil.

Eine Vorentscheidung über die Wehrpflicht war mit dem Urteil allerdings nicht gefallen. Andere Gerichte hatten zur Wehrgerechtigkeit und Wehrpflicht bereits anders geurteilt und das Kölner Verwaltungsgericht ließ wegen der Bedeutung des **Falles** eine

²⁰⁴ BT-Drucksache I 5/2656: Durch Transformation die Bundeswehr zukunftsfähig gestalten, Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin: 10.03.2004.

²⁰⁵ BT-Drucksachen 15/2388 und 15/2662.

²⁰⁶ BT-Plenarprotokoll 15/97: Stenografischer Bericht. 97. Sitzung, Berlin: 11.03.2004.

²⁰⁷ BT-Drucksache I 5/3127: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (II. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache I 5/2662 – Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr sichern - Wehrpflicht aussetzen, Berlin: 07.05.2004.

²⁰⁸ Vgl. Frankfurter Algemeine Zeitung: Verwaltungsgericht: Einberufungspraxis rechtswidrig, Frankfurt: 22.04.2004, Nr.

²⁰⁹ Nachtwei, Winfried: Kölner Urteil beschleunigt Ende der Wehrpflicht, Pressemitteilung von Winfried Nachtwei anlässlich des Urteils des Kölner Verwaltungsgerichts, o.O.: 21.04.2004, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/12 (Zugriff am 9.10.2007).

Bundesverwaltungsgericht zu. Der Streit um die Wehrpflicht in der rot-grünen Koalition ging weiter.

7.6. Freiwilliger Kurzdienst statt Wehrpflicht

Im November 2004 stellten Bündnis 90/Die Grünen ihr Modell für einen freiwilligen militärischen Kurzdienst als attraktivere Alternative zur Wehrpflicht vor²¹⁰. Dieses sah einen freiwilligen Militärdienst von 12 bis 24 Monaten vor, der sowohl Männern als auch Frauen offen stehen sollte. Am Anfang des Dienstes stünde eine sechsmonatige Probephase. Nach einer soliden Ausbildung könne dann auch ein Auslandseinsatz eine Option für den Kurzdiener sein, der während seiner Dienstzeit einen höheren Sold als die bisherigen Wehrdienstleistenden erhalten solle. Winfried Nachtwei, der den Kurzdienst konzipierte, bekräftigte, dass es inzwischen nur noch einen Restbedarf für Wehrpflichtige gebe. Laut Nachtwei sei dieses Dienstmodell selbst für AnhängerInnen der Grünen eine Option, die ja eigentlich eine vollständige Berufsarmee präferierten²¹¹. Der Kurzdienst sei eine "wichtige Brücke"²¹² bei der Umstellung auf eine Freiwilligenarmee.

Am 20.01.2005 stand ein Antrag der FDP-Fraktion²¹³ zur Aussetzung der Wehrpflicht und der Einführung eines freiwilligen militärischen Kurzdienst auf der Tagesordnung des Bundestages, der an den Verteidigungsausschuss überwiesen wurde. In seiner zu Protokoll gegebenen Rede räumte Winfried Nachtwei ein, dass der FDP-Antrag das am 8. November von bündnisgrünen Außen- und SicherheitspolitikerInnen vorgelegte Positionspapier "Den Übergang zur Freiwilligenarmee zügig fortsetzen" aufnehme und wortgleich die grüne Forderung, die Allgemeine Wehrpflicht auszusetzen und stattdessen einen freiwilligen und flexiblen Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten einzuführen, übernehme. Dennoch wies er auch darauf hin, dass nicht die FDP, sondern die SPD der Partner der Bündnisgrünen sei²¹⁴. Obwohl also eine inhaltliche Übereinstimmung in den Zielen mit der FDP bestand, nahmen die Grünen Rücksicht auf ihren Koalitionspartner und enthielten sich bei der Abstimmung zum Antrag im Ausschuss. Der FDP-Antrag wurde vom Verteidigungsausschuss mit den Stimmen der Union und der SPD bei Enthaltung der Grünen abgelehnt²¹⁵.

7.7. Getrennte Wehrpflicht-Fachtagungen der Koalitionspartner

Bereits am 15.09.2003 hatten Bündnis 90/Die Grünen eine Fachtagung mit dem Titel "Wege zur Freiwilligen-Armee" veranstaltet, sodass die Partei das Thema im Herbst 2003 erneut auf die politische Agenda gebracht hatte. Zum damaligen Zeitpunkt wurde erneut der Ausstieg aus der Wehrpflicht bekräftigt – dieses sogar mit dem zeitlich eindeutigen Ziel, den Pflicht-Wehrdienst bis 2010 zu beenden. Führende Grünen-PolitikerInnen forderten, den Ausstieg aus der Wehrpflicht noch in jenem Jahr zu beschließen. Die Süddeutsche Zeitung wertete dies als eine Erhöhung des

Vgl. Nachtwei, Winfried/Sager, Krista et. al.: Übergang zur Freiwilligenarmee zügig fortsetzen, Ein Beitrag zur Diskussion um die Rest-Wehrpflicht, Thesenpapier von Bündnis 90/Die Grünen, o.O.: 08.11.2004, http://www.Nachtwei.de/downloads/position/thesenpapier wehrpflicht 20041108.pdf (Zugriff am 30.12.2007).

²¹¹ Vgl. Die Welt: Grüne für freiwilligen Kurzdienststatt Wehrpflicht, Hamburg: 09.11.2004, Nr. 263, S. 2.

Nachtwei, Winfried: Freiwilliger Kurzdienststatt Wehrpflicht, Pressemitteilung von Winfried Nachtwei anlässlich der Vorstellung des Positionspapiers "Übergang zur Freiwilligenarme zügig fortsetzen", o.O.: 08.11.2004, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/61 (Zugriff am 9.10.2007).

BT-Drucksache I 5/4 I 78: Wehrpflicht aussetzen – Freiwilligen, militärischen Kurzdienst einführen, Antrag der FDP-Fraktion, Berlin: 10.11.2004.

²¹⁴ Vgl. BT-Plenarprotokoll 15/151: Stenografischer Bericht. 151. Sitzung, Berlin: 20.01.2005, S. 14234.

BT-Drucksache I 5/58 I 7: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (I I. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache I 5/4 I 78 – Wehrpflicht aussetzen – Freiwilligen, militärischen Kurzdienst einführen, Berlin: 23.06.2005.

Drucks auf Verteidigungsminister Struck seitens der Grünen²¹⁶.

Innerhalb der SPD ging die Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrform weiter. Ein Jahr nach der Grünen-Fachtagung, am 13. November 2004, veranstalteten auch die Genossen eine Fachtagung zum Thema, wenngleich die Entscheidung über die Wehrform erneut auf einen Bundesparteitag im folgenden Jahr vertagt wurde. Damit wurde deutlich, dass die Führung der SPD mit einer Niederlage rechnen musste, denn die Lager der Gegnerlnnen und Befürworterlnnen der Wehrpflicht innerhalb der SPD waren etwa gleich groß. Die Fachtagung brachte demnach erwartungsgemäß nichts Neues: Verteidigungsminister Struck verteidigte den Status quo, während jüngere Funktionärlnnen und Bundestagsabgeordnete sowie Parteilinke wie Heidemarie Wieczorek-Zeul für die Abschaffung des Pflichtdienstes eintraten. Die Neue Zürcher Zeitung wertete die sozialdemokratische Konferenz daher auch als ein Zugeständnis – als "eine Konzession an den Koalitionspartner"²¹⁷. Insofern kann es als Erfolg der Grünen gewertet werden, dass die Partei dem Koalitionspartner die Diskussion über das Thema Bundewehrtransformation aufzwang.

7.8. Parlamentbeteiligungsgesetz - "Entsendegesetz"

Seit Juli 1994 galt zur Orientierung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Damals erlaubte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung Auslandseinsätze der Bundeswehr, wies aber darauf hin, dass das Grundgesetz die Bundesregierung verpflichte, "für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die grundsätzlich vorherige konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen"²¹⁸.

Bisher war die Bundeswehr also ein sogenanntes "Parlamentsheer", da der Bundestag bei jedem Auslandseinsatz zustimmen musste. Dies sollte nach Meinung der Grünen auch so bleiben, denn der Parlamentsvorbehalt gewährleiste "durch intensive parlamentarische Beratung eine breite Konsensbildung" und fördere eine militärische Zurückhaltung²¹⁹. Deswegen fand der Plan für ein Entsendegesetz zunächst auch keinen Eingang in den Koalitionsvertrag.

Und dennoch kam es im November 2004 zu einer Verabschiedung eines sogenannten Entsendegesetzes, bei dem am bisherigen Prozedere für Großeinsätze jedoch nicht viel geändert wurde. Der Bundestag muss Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch in Zukunft in der Regel zustimmen. Es gibt jedoch Ausnahmeregelungen für ein vereinfachtes Zustimmungsverfahren für sogenannte Einsätze von geringer Intensität und Tragweite, worunter zum Beispiel Erkundungskommandos fallen. Dann wird nach dem neuen Gesetz der Antrag zu diesem Einsatz an die Vorsitzenden der Fraktionen, des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses sowie den Obleuten jeder in diesen Ausschüssen vertretenen Fraktionen verteilt. Zusätzlich bekommen alle Mitglieder des Bundestages den Antrag als Drucksache zugestellt. Die Zustimmung gilt dann als erteilt, wenn nicht innerhalb von sieben Tagen nach der Verteilung der Drucksache von einer Fraktion oder fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages eine Befassung des Bundestages verlangt wird.

Auch eine nachträgliche Zustimmung, die bei Einsätzen bei Gefahr im Verzug und zur Rettung von Menschenleben angewandt werden kann, ist durch das Parlamentsbeteiligungsgesetz möglich

²¹⁶ Süddeutsche Zeitung: Grüne drängen Struck zur Reform, München: 16.09.2003, S.2.

Neue Zürcher Zeitung: Diskussion in der SPD über Wehrpflicht, Zürich: 15.11.2004, Nr. 267, S. 3.

Bundesverfassungsgericht: Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO und Beteiligung des Bundestages, Urteil vom 12.07.1994, Karlsruhe: 1994, http://www.ejura-examensexpress.de/onlinekurs/entsch_show.php?Alp=1&Seite=0&Sort=1&Anz=1&sid=85314e314d3922230520ea34a9437cf8&dok_id=899 &Pos=0 (Zugriff am 10.01.2008).

Nachtwei, Winfried: Bundeswehrreform für eine umfassende und gemeinsame Sicherheit, o.O.: April 2003.

geworden²²⁰. Dies war aber auch vorher bereits gängige und unumstrittene Praxis.

Mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz wurde dem Drängen nach mehr Effizienz und kürzeren Entscheidungswegen nachgegeben, die von hochrangigen Bundeswehroffizieren angemahnt worden waren. Dieser gewünschten Zielerreichung stand jedoch die Schwächung des Parlaments gegenüber, sodass hier genau abgewogen werden musste. So wurde auch keine Verlagerung der Entscheidung in die Ausschüsse beschlossen. Die FDP hatte zuvor beispielsweise die Einrichtung eines 'Entsendeausschusses' vorgeschlagen²²¹, was die Grünen strikt ablehnten²²². Gegenüber der FAZ beteuerte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen Beck, dass man sich gegen einen "Club verschwiegener Herren" wende und dass es geheime Einsätze und "Blankoschecks in Form von Ratifikationsurkunden" mit dieser Regierung nicht geben werde²²³.

Als positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass mit der Verabschiedung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes eine politische und verfassungsjuristische Grauzone verlassen wurde. Hiermit wurde klargestellt, dass Einsätze innerhalb der NATO als auch außerhalb des NATO-Territoriums möglich sind und dass die Mitglieder des Bundestages voll verantwortlich für die Entsendung von SoldatInnen ins Ausland sind.

Besonders schwierig und kritisch zu sehen ist sicherlich trotzdem die Entscheidung über Intensität und Tragweite der Einsätze, die bei der jeweiligen Regierung liegt. Wenn man aber davon ausgeht, dass im Zweifelsfall doch meist im Bundestag entschieden werden wird, wird sich aber am "Parlamentsheer" nicht so viel ändern, was von der Opposition entsprechend kritisch gesehen wurde. Sogar die kritische tageszeitung befand, dass das Entsendegesetz keine Entmachtung des Parlamentes sei und vielleicht "doch ein Baustein im Schutzwall vor weiteren Großmachtträumen" sein könne²²⁴.

7.9. Zweischneidiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Januar 2005

Im Januar 2005 stand der Fall des Mannes, der vor dem Kölner Verwaltungsgericht in Fragen der Einberufungspraxis zur Bundeswehr Recht bekommen hatte, vor einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Das Bundesverwaltungsgericht entschied schließlich, dass die angewandte Einberufungspraxis zur 2003 deutschen Bundeswehr verfassungsrechtlichen Grundsatz der Wehrgerechtigkeit nicht verletze. In der Entscheidung der VerwaltungsrichterInnen wurde der Gesetzgeber aber zugleich zum Handeln aufgefordert. In dem Urteil hieß es; "Vermindert sich der Bedarf an Wehrpflichtigen, kann dies dazu führen, dass sich zwischen der Zahl der für die Bundeswehr verfügbaren und der tatsächlich einberufenen Wehrpflichtigen eine Lücke auftut, die mit dem Grundsatz der Wehrgerechtigkeit nicht mehr vereinbar ist. Unter solchen Voraussetzungen muss der Gesetzgeber reagieren, um durch eine Neuregelung der Verfügbarkeitskriterien oder auf andere Weise für verfassungsmäße Zustände zu sorgen"²²⁵. Ein Zurücklehnen und die Bestätigung der Wehrpflicht gab es damit für Verteidigungsminister Struck nicht. Winfried Nachtwei, verteidigungspolitischer Sprecher der

Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz) vom 18. März 2005, http://bundesrecht.juris.de/parlbg/BJNR077500005.html (Zugriff am 30.11.2007).

²²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung: Einsatzregeln für das Parlamentsheer, Frankfurt: 11.11.2003, Nr.262, S. 6.

Vgl. Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Parlamentsbeteiligungsgesetz – Positionspapier der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin: 17.10.2003.

Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr erhält die Regierung mehr Spielraum, 04.12.2004, Nr. 284, S. 2.

Die tageszeitung: Versuch einer Neubestimmung: Das Entsendegesetz für die Bundeswehr, Kommentar, Berlin: 04.12.2004, Nr. 7531, S. 1.

²²⁵ Bundesverwaltungsgericht: Urteil des 6. Senats vom 19. Januar 2005, BverwG 6 C 9.04, Leipzig: 2005, http://www.bverwg.de/media/archive/2761.pdf (Zugriff am 29.12.2007).

Grünen, erklärte dazu: "Das Urteil ändert nichts an der Dynamik der politischen Diskussion, die eindeutig auf eine Freiwilligenarmee zusteuert. Hier sind zügige Klärungen angesagt. Der Übergang der Bundeswehr von einer Wehrpflicht zu einer Freiwilligenarmee ist längst überfällig. (…) Die rot-Grüne Bundesregierung steht in der Pflicht, angemessene Wege aus dem Wehrpflicht-Dilemma aufzuzeigen."²²⁶

7.10. Streitkräftereserveneuordnungsgesetz

Schritt Ein kleiner Sachen Bundeswehrtransformation in wurde mit dem Streitkräftereserveneuordnungsgesetz getan, das im Februar 2005 vom Bundestag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition sowie der FDP verabschiedet wurde. Dieses sieht unter anderem vor, dass Reservisten der Bundeswehr in der Regel nur noch auf freiwilliger Basis beordert werden und deren Dienstende einheitlich bei 60 Jahren liegt. Damit wurde erreicht, dass nicht mehr alle Reservisten zum Dienst herangezogen werden, sondern nur noch eine kleinere Anzahl von Freiwilligen, die die Bundeswehr wirklich braucht. Für Winfried Nachtwei war das Gesetz "faktisch ein weiterer Schritt weg von der Wehrpflicht" 227, da in einer künftigen Freiwilligenarmee Reservisten eine größere Rolle spielen würden als bisher.

7.11. Grüne Haltung zu Rüstungsfragen: Raketenabwehrsystem MEADS

Die Partei der Grünen zeichnete sich in der Vergangenheit durch eine besonders kritische Haltung zu großen Rüstungsprojekten aus.

Im April 2005 stimmten Bündnis 90/Die Grünen jedoch trotz großer Bedenken dem militärisch fragwürdigen Rüstungsprojekt MEADS im Haushaltsausschuss zu. Das Raketenabwehrprojekt wird von Deutschland, Italien und den USA gemeinsam entwickelt und angeschafft.

Dem voraus gegangen war eine Sitzung des Parteirats, bei der über die Zustimmung oder Ablehnung von MEADS beraten wurde. Im Ergebnis stand die Zustimmung zu dem Projekt, die "uns überhaupt nicht leichtgefallen" ist – so Grünen-Chef Reinhard Bütikofer²²⁸. "Man habe sich gegenüber Struck und der SPD nicht durchsetzen können, heißt es in dem Beschluß des Parteirats"²²⁹. Seitens der Presse wurde auch geurteilt, dass die SPD die Grünen heftig unter Druck gesetzt und intern damit gedroht hätten, Projekte der Grünen nicht mehr zu unterstützen, falls diese weiter MEADS ablehnen würden. Dass man trotzdem der SPD nachgegeben hatte, stieß damals intern natürlich auf heftige Kritik. Er sei "enttäuscht" über den Beschluß des Parteirats, sagte der Parteilinke Winfried Hermann der WELT. Die Fraktionsführung wollte jedoch augenscheinlich einen Koalitionskrach unbedingt verhindern.²³⁰

Als Ausgleich für die grüne Zustimmung scheint es möglicherweise andere Angebote gegeben zu haben. Die Welt spekulierte, dass Verteidigungminister Struck den Grünen möglicherweise angeboten habe, auf die Beschaffung der Panzerabwehrrakete Pars 3 zu verzichten und die Vernichtung von Antifahrzeugminen der Bundeswehr zu beschleunigen²³¹.

69

Nachtwei, Winfried: Die Frage der Wehrform muss endlich politisch entschieden werden, Pressemitteilung von Winfried Nachtwei anlässlich des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig zur Frage der Wehrgerechtigkeit, o.O.: 19.01.2005, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/91 (Zugriff am 9.10.2007).

²²⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung: Reservedienst nur noch freiwillig, Frankfurt: 19.02.2005, Nr. 42, S. 5.

Die Welt: Grüne stimmen Milliarden-Rüstungsprofekt MEADS trotz Bedenken zu, Hamburg: 19.04.2005, Nr. 92, S. 2.

²²⁹ Ebda.

²³⁰ Vgl. ebda.

²³¹ Vgl. ebda.

²

7.12. Plötzlich Neuwahlen: Was passierte mit der geplanten Überprüfung der Wehrform?

Nachdem die SPD eine Reihe von Landtagswahlen verlor, zog Kanzler Schröder nach der verlorenen Wahl in NRW "die Notbremse" und veranlasste mit seiner Vertrauensfrage Neuwahlen auf Bundesebene. Damit war die 15. Legislaturperiode rund eineinhalb Jahre früher als geplant zu Ende, sodass einige Projekte der rot-grünen Koalition keine Umsetzung mehr erfuhren. Darunter fiel auch die lange angekündigte Überprüfung der Wehrform, die laut Koalitionsvereinbarung noch vor Ende der Legislatur erfolgen sollte, nun aber unter den Tisch fiel.

8. Fazit

Wie ist die Arbeit von Bündnis 90/Die Grünen bezüglich ihrer Ziele

- Abschaffung der Wehrpflicht
- Verkleinerung der Bundeswehr
- Kürzung des Etats für Bundeswehr und Verteidigung
- · Verzicht auf weitere teure Aufrüstung sowie
- dem Aufgabenwandel der Bundeswehr gerecht zu werden

zu bewerten?

Eine Verkleinerung der Bundeswehr hat in der Zeit von 1998-2005 tatsächlich stattgefunden. Die Zahl der BundeswehrsoldatInnen sank von rund 329.000 (1998) auf 251.000 (2005) SoldatInnen²³². Die Zahl der Wehrpflichtigen sank analog von rund 160.000 (1998) auf rund 68.000 (2005)²³³. Die Grünen hatten mit Ihrer Regierungsbeteilligung also durchaus eine Verkleinerung der Truppenstärke erreicht, wenngleich das Ziel von 200.000 SoldatInnen noch nicht erreicht wurde. Beim Thema Wehrpflicht kann man die Bemühungen der Grünen als nicht erfolgreich einstufen, da in dieser Frage fast ausschließlich Zugeständnisse an den Koalitionspartner gemacht werden mussten. Nichtsdestotrotz haben die Grünen es aber geschafft, anhand von sehr vielen kleinen Schritten Löcher in die Front der WehrpflichtbefürworterInnen in der SPD zu bohren. Es ist durchaus den Grünen zu verdanken, dass das Thema Wehrpflicht in der SPD nicht unter den Teppich gekehrt wurde, sondern immer wieder auf die politische Agenda kam. So wurde die Führungsspitze der SPD gezwungen, sich auch innerparteilich der Diskussion zu stellen, was den GegnerInnen der Wehrpflicht in der SPD immer mehr Oberwasser gab.

Eine wirkliche Abschaffung der Wehrpflicht, wie es die Grünen gefordert hatten, hätte letztendlich auch deshalb keine Aussicht auf Erfolg gehabt, da dafür eine Änderung des Grundgesetzartikels 12 notwendig gewesen wäre. Für die Änderung oder Abschaffung des Verfassungsartikels wäre aber ein Zweidrittel-Mehrheit erforderlich gewesen, wofür die einfache rot-grüne Mehrheit nicht gereicht hätte. Lediglich eine Aussetzung der Wehrpflicht – wie auch die FDP es gefordert hatte – wäre machbar gewesen.

Zur Zeit der derzeit regierenden Großen Koalition und der unbedingten Unterstützung der Wehrpflicht durch die CDU hat das Thema zwar keine Chance auf eine Umsetzung, aber bei einer Neuauflage von Rot-Grün könnte das Thema "Transformation in eine Freiwilligenarmee" gute Chancen haben. Dabei gilt es besonders zu bedenken, dass es mit der FDP, der LINKEN sowie Teilen der SPD höchstwahrscheinlich eine parlamentarische Mehrheit zur Aussetzung der Wehrpflicht gäbe. Leider haben Bündnis 90/Die Grünen einige Chancen zur Setzung eines überparteilichen Zeichens vertan, indem sie nicht den FDP-Anträgen zur Aussetzung der

-

²³² Nach Auskunft des Bundesministeriums der Verteidigung per E-Mail

²³³ Bundeswehr: Wehrpflicht – Geschichte.

Wehrpflicht zugestimmt haben.

Wie hat sich nun das Ausgaben-Budget des Verteidigungsministeriums unter Rot-Grün entwickelt? Der Wehretat wurde während der gesamten Regierungszeit stabil gehalten und schwankte um den Wert von 24 Milliarden Euro. Obwohl eine Erhöhung also nicht statt fand, fand gleichzeitig aber auch keine Verkleinerung des Bundeswehretats statt, obwohl die Truppenstärke bis 2005 um rund 80.000 SoldatInnen zurück gegangen war. Eine Erklärung für den weiterhin stabilen Etat könnten die Ereignisse rund um den 11. September 2001 liefern. Diese und die auch daraus folgenden Auslandseinsätze haben möglicherweise eine weitere Verringerung des Etats verhindert. Nichtsdestotrotz war die Bundeswehr durch den konstanten Etat bei steigenden Kosten gezwungen zu haushalten. Dadurch, dass der Verteidigungsetat über mehrere Jahre bei 24,4 Milliarden Euro gehalten wurde, sei auch ein "notwendiger Reformdruck"²³⁴ geschaffen worden, so Verteidigungs- und Haushaltspolitiker Alexander Bonde.

Ein Teil des Verteidigungsetats ist auch für Waffen und Bewaffnung vorgesehen. Bei Rüstungsprojekten und Ausrüstung mussten die Bündnisgrünen wiederum einige Konzessionen an die Genossen machen. Das Rüstungsprojekt MEADS war ein deutliches Beispiel dafür, wie groß der Druck seitens der SPD bei diesen Themen war.

Die Bundeswehr hat sich in der Zeit von 1998-2005 stark gewandelt. Auch die Grünen haben inzwischen die Bundeswehr als Interventionsarmee mit Einschränkungen akzeptiert, wenngleich die Zustimmung zu dem entsprechenden Antrag nur unter "großen Schmerzen" zustande kam. Auch der Einsatz im Kosovo-Krieg bedeutete für die Partei einen schmerzhaften Prozess, dem viele Austritte – auch von prominenten Grünen – folgten. Unter Rot-Grün hat die Bundeswehr den Wandel von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer Armee, die →multilateral in Kriegsverhütungs- und Kriseneindämmungseinsätze eingebunden ist, fortgesetzt. Dabei ist die Bundeswehr aber auch wieder vom Rand ins Zentrum der Debatten und der Politik gerückt.

Literaturverzeichnis

Bergmann, Kristin: Regierungsbildung 1998: Dokumentation der Koalitionsverhandlungen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/99, Halle: 1999, S. 316-325.

Berliner Zeitung: Grüne legen eigenes Bundeswehrkonzept vor - Beer: "Wir sind nicht der sicherheitspolitische Wurmfortsatz der SPD", Berlin: 26.04.2000, S. 6.

Berliner Zeitung: Grüne uneins über Bundeswehrreform - Fraktions-Linke fürchtet Interventionsarmee / Experten für 200 000 Mann, Berlin: 10.05.2000, S. 6.

Berliner Zeitung: Bundeswehr soll auf rund 280 000 Mann verkleinert werden - Scharping: Konsens über 200 000 Berufs- und Zeitsoldaten / Keine Interventionsarmee. SPD will sich bei Wehrpflicht gegen Grüne durchsetzen, Berlin: 12.05.2000, S. 1.

Berliner Zeitung: Bundeswehr: Weizsäcker warnt Scharping vor "Schnellschüssen", Berlin: 24.05.2000, S. I.

Berliner Zeitung: Auswärtiges Amt pocht auf Mitsprache bei Bundeswehrreform - Ministerium von Joschka Fischer stellt Rudolf Scharpings Zeitplan in Frage, Berlin: 25.05.2000, S. 1.

Berliner Zeitung: Grüne vermeiden Streit um Bundeswehr - Keine Vorgaben für die Koalitionsentscheidung, Berlin: 29.05.2000, S. 6.

Berliner Zeitung: Grüne machen Rückzieher bei Parlamentsvorbehalt - Zweidrittelmehrheit für Auslandseinsätze nicht mehr gefordert, Berlin: 07.06.2000, S. 5.

Berliner Zeitung: Beer: Scharpings Konzept ist nicht zu finanzieren - Grüne Expertin kritisiert "überholten Reformansatz", Berlin: 23.06.2000, S. 6.

²³⁴ Bonde, Alexander: Theoretische Debatte um Verteidigungsetat ist verfrüht, Pressemitteilung des Grünen Haushaltsund Verteidigungspolitikers Alexander Bonde zu den Forderungen zur Erhöhung des Verteidigungsetats, 27.03.2003, http://www.alexanderbonde.de/newsartikel.php?id=1078078286 (Zugriff am 10.01.2008).

- Berliner Zeitung: Abschaffung oder auch nicht, Berlin: 08.10.2002, S. 5.
- Bonde, Alexander: Theoretische Debatte um Verteidigungsetat ist verfrüht, Pressemitteilung des Grünen Haushalts- und Verteidigungspolitikers Alexander Bonde zu den Forderungen zur Erhöhung des Verteidigungsetats, 27.03.2003, http://www.alexanderbonde.de/newsartikel.php?id=1078078286 (Zugriff am 10.01.2008).
- Bündnis 90/Die Grünen: Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998.
- Bündnis 90/Die Grünen: Bundeswehrreform im aussen- und sicherheitspolitischen Kontext, Beschluss der 15. Bundesdelegiertenkonferenz von
 - Bündnis 90/Die Grünen, Münster: 2000, http://archiv.gruene-
 - partei.de/gremien/bdk/00Muenster/beschluss/Bundeswehrreform.htm (Zugriff am 21.04.2007).
- Bündnis 90/Die Grünen: Grün wirkt. Unser Wahlprogramm 2002-2006.
- Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen.
- Bundesministerium der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin: 2003,
 - http://www.bmvg.de/portal/PA_I_0_P3/PortalFiles/C1256EF40036B05B/N264JEUC110MMISDE/VPR_BROSCHUERE.PDF?yw repository=youatweb (Zugriff am 30.10.2007).
- Bundesministerium der Verteidigung: Grundzüge der Konzeption der Bundeswehr, Berlin: 2004, http://www.bmvg.de/portal/PA_I_0_P3/PortalFiles/C1256EF40036B05B/N264JEXP525MMISDE/BROS CHUERE KDB.PDF?yw repository=youatweb (Zugriff am 27.01.2008).
- BT-Drucksache 14/7235: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung Drucksachen 14/6881 und 14/7089 Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Bundeswehr (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz BwNeuAusrG), Berlin: 26.10.2001.
- BT-Drucksache 14/7372: Anderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Drucksachen 14/6881, 14/7089, 14/7235 Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Bundeswehr (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz BwNeuAusrG), Berlin: 07.11.2001.
- BT-Drucksache 15/1357: Wehrpflicht aussetzen, Antrag der FDP-Fraktion, Berlin: 02.07.2003.
- BT-Drucksache 15/2656: Durch Transformation die Bundeswehr zukunftsfähig gestalten, Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin: 10.03.2004.
- BT-Drucksache 15/2662: Zukunfsfähigkeit der Bundeswehr sichern Wehrpflicht aussetzen, Antrag der FDP-Fraktion, Berlin: 10.03.2004.
- BT-Drucksache 15/2963: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1357 Wehrpflicht aussetzen, Berlin: 27.04.2004.
- BT-Drucksache 15/3127: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2662 Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr sichern Wehrpflicht aussetzen, Berlin: 07.05.2004.
- BT-Drucksache 15/4178: Wehrpflicht aussetzen Freiwilligen, militärischen
- Kurzdienst einführen, Antrag der FDP-Fraktion, Berlin: 10.11.2004.
- BT-Drucksache 15/5817: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/4178 Wehrpflicht aussetzen Freiwilligen, militärischen Kurzdienst einführen, Berlin: 23.06.2005.
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Arbeitsgruppe Frieden, Abrüstung, Verteidigung: Friedenpolitischer Aufbruch oder Kapitulation? Zum außen- und friedenpolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, von Angelika Beer, Winfried Nachtwei und Christian Sterzing, Bonn: 23. Oktober 1998.
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Parlamentsbeteiligungsgesetz Positionspapier der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin: 17.10.2003.
- BT-Plenarprotokoll 14/199: Stenografischer Bericht. 199. Sitzung, Berlin: 09.11.2001.
- BT-Plenarprotokoll 14/250: Stenografischer Bericht. 250. Sitzung, Berlin: 25.07.2002.
- BT-Plenarprotokoll 15/66: Stenografischer Bericht. 66. Sitzung, Berlin: 16.10.2003.
- BT-Plenarprotokoll 15/97: Stenografischer Bericht. 97. Sitzung, Berlin: 11.03.2004.
- BT-Plenarprotokoll 15/151: Stenografischer Bericht. 151. Sitzung, Berlin: 20.01.2005.

- Bundesverfassungsgericht: Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO und Beteiligung des Bundestages, Urteil vom 12.07.1994, Karlsruhe: 1994, http://www.ejura-examensexpress.de/online-kurs/entsch_show.php?Alp=1&Seite=0&Sort=1&Anz=1&sid=85314e314d3922230520ea34a9437cf8 &dok id=899&Pos=0 (Zugriff am 10.01.2008).
- Bundesverwaltungsgericht: Urteil des 6. Senats vom 19. Januar 2005, BverwG 6 C 9.04, Leipzig: 2005, http://www.bverwg.de/media/archive/2761.pdf (Zugriff am 29.12.2007).
- Bundeswehr: Einsatzzahlen- Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente,
 - http://www.Bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443DgoESYGZASH6kTCxoJRUfV-P NxUfW 9AP2C3IhyR0dFRQD-
 - G0VU/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ180MkQ!?yw_contentURL=%2FC1256EF400 2AED30%2FW264VFT2439INFODE%2Fcontent.jsp (Zugriff am 06.01.2008).
- Bundeswehr: Vergangenheit und Gegenwart in Zahlen,
 - http://www.Bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443cXQESYGYxgEh-
 - pEwsaCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtylckdHRUUAWBsN8w!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLz ZfQ180QUE!?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW26CZDDR858INFODE%2Fcontent.j sp (Zugriff am 06.01.2008).
- Bundeswehr: Wehrpflicht Geschichte,
 - $http://www.Bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443MQsCSYGYxgEh-\\$
 - pEwsaCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtylckdHRUUAZ7oziQ!!/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUMvN EIVRS82X0NfM1RF#par6 (Zugriff am 06.01.2008).
- Bundeswehr im Einsatz: Abgeschlossene Einsätze,
 - http://www.einsatz.Bundeswehr.de/C1256F1D0022A5C2/Docname/Abgeschlossene_Einsaetze_Home (Zugriff am 06.01.2008).
- Der Bundesminister der Verteidigung: Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, o.O.: 2000, http://www.weltpolitik.net/texte/policy/Bundeswehr/2000-06%20Scharping%20Eckpfeiler.pdf (Zugriff am 22.04.2007).
- Der Tagesspiegel: Scharping bremst Bundeswehr-Reform Der Verteidigungsminister will den radikalen Umbau-Plänen der Weizsäcker-Kommission nur zum Teil folgen, Berlin: 24.05.2000, S. I.
- Die tageszeitung: Kein Kompromiss, wenns um Wehrpflicht geht, Berlin: 22.05.2003, Nr. 7060, S. 3.
- Die tageszeitung: Versuch einer Neubestimmung: Das Entsendegesetz für die Bundeswehr, Kommentar, Berlin: 04.12.2004, Nr. 7531, S. I
- Die Welt: CSU und Grüne gegen Interventionsarmee. Glos: 30 000 Wehrpflichtige eine "Lachnummer" Ströbele: Auf keinen Fall mit uns, Hamburg: 10.05.2000, Nr. 108, S. 2.
- Die Welt: Streit um Wehrpflicht wird zum Wahlkampfthema, Hamburg: 02.04.2002, Nr. 76, S. 4.
- Die Welt: Rührt euch!, Hamburg: 09.10.2002, Nr.235, S.3.
- Die Welt: Klares Bekenntnis der SPD zur Wehrpflicht, Hamburg: 04.06.2003, Nr.128, S. 2.
- Die Welt: Die Rückkehr der Wehrpflicht-Debatte, Hamburg: 13.01.2004, http://www.welt.de/print-welt/article285838/Die Rueckkehr der Wehrpflicht-Debatte.html (Zugriff am 27.01.2008).
- Die Welt: Grüne für freiwilligen Kurzdienst statt Wehrpflicht, Hamburg: 09.11.2004, Nr. 263, S. 2.
- Die Welt: Grüne stimmen Milliarden-Rüstungsprofekt MEADS trotz Bedenken zu, Hamburg: 19.04.2005, Nr. 92, S. 2.
- Financial Times Deutschland: Streichen, Sparen, Strecken Die Pläne der rot-Grünen Koalitionäre, Hamburg: 14.10.2002, Nr. 198, S.12.
- Fleckenstein, Bernhard: 50 Jahre Bundeswehr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/2005, Berlin: 2005, S.5-14. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Grüne uneins über Reformen der Bundeswehr Partei- und Fraktionsführung fürchten Widerstand der Linken, Frankfurt: 10.05.2000, Nr. 108, S. 2.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die Grünen wollen eine kleine und moderne Berufsarmee.

 Bundestagsfraktion beschließt vorläufige Grundlinien / Bundeswehrverband fordert Bekenntnis zur
- Wehrpflicht, Frankfurt: 17.05.2000, Nr. 114, S. 2. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Wehrpflicht wird überprüft, Die Koalitionsgespräche, Frankfurt: 08.10.2002, Nr. 233, S. 2.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Einsatzregeln für das Parlamentsheer, Frankfurt: 11.11.2003, Nr. 262, S. 6. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Verwaltungsgericht: Einberufungspraxis rechtswidrig, Frankfurt: 22.04.2004, Nr. 94, S. 1.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr erhält die Regierung mehr Spielraum, 04.12.2004, Nr. 284, S. 2.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Reservedienst nur noch freiwillig, Frankfurt: 19.02.2005, Nr. 42, S. 5.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Sieben Jahre Rot-Grün, Die wundersame Verwandlung der Bundeswehr, Frankfurt: 26.08.2005, Nr. 198, S. 6.
- Frankfurter Rundschau: Grüne treten den Rückzug an, Frankfurt: 17.05.2000, Nr. 114, S. 5.
- Fuhrer, Armin: Der große Grüne Vorsitzende schweigt und wartet ab, Joschka Fischer meidet auffällig die Tagespolitik, in: Die Welt, Hamburg: 24.05.2000, Nr. 120, S. 2.
- Gaus, Bettina: Der Friede bleibt vorerst gewahrt, in: die tageszeitung, Nr. 6154, Berlin: 29.05.2000, S. 6.
- Generalinspekteur der Bundeswehr: Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Bundeswehr, Bonn: 23.05.2000, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,1664,00.pdf (Zugriff am 23.10.2007).
- Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz) vom 18. März 2005, http://bundesrecht.juris.de/parlbg/BJNR077500005.html (Zugriff am 30.11.2007).
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, http://user.cs.tu-berlin.de/~gozer/verf/ggbrd 1949/0.cgi (Zugriff am 27.01.2008).
- Hannoversche Allgemeine Zeitung: Der Kanzler verteidigt die Wehrpflicht, Hannover: 09.04.2002, Nr. 82, S. 3.
- Kommission "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr": Bericht der Kommission an die Bundesregierung. Berlin: 2000, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,1663,00.pdf (Zugriff am 30.12.2007).
- Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen: Beschluß zur Bundeswehrreform im aussen- und sicherheitspolitischen Kontext, 1. Ordentlicher Länderrat 2000, 27./28.05.2000 in Berlin, Rathaus Schöneberg, http://archiv.gruene-partei.de/gremien/LR/00Berlin/beschlus/BeschlussBundeswehr.htm (Zugriff am 17.04.2007).
- Lemke, Hans-Dieter: Welche Bundeswehr für den neuen Auftrag? Die Freiwilligen-Armee ist die bessere Lösung, Studie der Stiftung Wissenschaft und Polititik, Berlin: 2003, http://www.swp-berlin.org/en/common/get document.php?asset id=153 (Zugriff 12.10.2007) S. 6.
- Nachtwei, Winfried: Abschied vom Wehrpflicht-Dogma künftige Wehrform offen debattieren! Münster/Berlin: August 2001.
- Nachtwei, Winfried: Kurs halten unter schweren Bedingungen: Bilanz und Perspektiven Grüner Sicherheitsund Friedenspolitik, in: S+F / Sicherheit und Frieden 2-2002, Fachzeitschrift für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg: 2002, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/news/506 (Zugriff am 24.10.2007).
- Nachtwei, Winfried: Welt im Umbruch Friedenspartei im Wandel
- Grüne und Krieg, Militär und Gewaltfreiheit, Positionspapier zur Grünen Grundsatzdebatte über die Positionierung der Grünen in Militärfragen, o.O.: 25.02.2002, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/503 (Zugriff am 11.10.2007).
- Nachtwei, Winfried: Bundeswehrreform für eine umfassende und gemeinsame Sicherheit, o.O.: April 2003.
- Nachtwei, Winfried / Bonde, Alexander: Wichtige Wegmarken in Richtung Freiwilligenarmee. Pressemitteilung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu den von Verteidigungsminister Struck vorgelegten Eckpunkten der Konzeption der Bundeswehr, Berlin: 13.01.2004, http://www.alexanderbonde.de/newsartikel.php?id=1077090779 (Zugriff am 27.01.2008).
- Nachtwei, Winfried: Kölner Urteil beschleunigt Ende der Wehrpflicht, Pressemitteilung von Winfried Nachtwei anlässlich des Urteils des Kölner Verwaltungsgerichts, o.O.: 21.04.2004, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/12 (Zugriff am 9.10.2007).
- Nachtwei, Winfried/Sager, Krista et. al.: Übergang zur Freiwilligenarmee zügig fortsetzen, Ein Beitrag zur Diskussion um die Rest-Wehrpflicht, Thesenpapier von Bündnis 90/Die Grünen, o.O.: 08.11.2004, http://www.Nachtwei.de/downloads/position/thesenpapier_wehrpflicht_20041108.pdf (Zugriff am

- 30.12.2007).
- Nachtwei, Winfried: Freiwilliger Kurzdienst statt Wehrpflicht, Pressemitteilung von Winfried Nachtwei anlässlich der Vorstellung des Positionspapiers "Übergang zur Freiwilligenarmee zügig fortsetzen", o.O.: 08.11.2004, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/61 (Zugriff am 9.10.2007).
- Nachtwei, Winfried: Die Frage der Wehrform muss endlich politisch entschieden werden, Pressemitteilung von Winfried Nachtwei anlässlich des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig zur Frage der Wehrgerechtigkeit, o.O.: 19.01.2005, http://www.Nachtwei.de/index.php/articles/91 (Zugriff am 9.10.2007).
- Nelles, Robert: Grüne attackieren Bundeswehr-Konzept, Forderung der militärischen Führung nach einer Truppenstärke von 290000 Soldaten stößt auf Widerstand, in: Die Welt, Hamburg: 29.04.2000, Nr. 100, S. 2.
- Neue Zürcher Zeitung: Diskussion in der SPD über Wehrpflicht, Zürich: 15.11.2004, Nr. 267, S. 3.
- Oestreich, Heide: Grüne Eingreiftruppe gestoppt, in: die tageszeitung, Berlin: 10.05.2000, Nr. 6138, S. 6.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) / Bündnis 90/Die Grünen: Aufbruch und Erneuerung Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Berlin: 1998.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) / Bündnis 90/Die Grünen: Koalitionsvertrag 2002-2006. Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie, Berlin: 2002.
- Süddeutsche Zeitung: Grüne wollen Streit über Reform der Bundeswehr vermeiden, München: 10.05.2000, S. 5.
- Süddeutsche Zeitung: Grüne drängen Struck zur Reform, München: 16.09.2003, S.2. Theyssen, Andreas: Marsch durch die Mitte, in: Die Woche, Hamburg: 19.05.2000, S.7.
- Vornbäumen, Axel: Grüne unterstützen Scharpings Reformkonzept für Bundeswehr, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt: 08.06.2000, Nr. 132, S. 4.
- Weiland, Severin: Auslandseinsätze umstritten, in: die tageszeitung, Berlin: 09.06.2000, Nr. 6163, S. 6.

VI. Personalpolitik und interne Strukturen

Matthi Bolte

Die Kommunikation zwischen den politischen EntscheidungsträgerInnen in der Bundestagsfraktion, dem auswärtigen Amt und der Grünen Partei steht in engem Zusammenhang mit dem führenden Personal während der rot-grünen Regierungszeit, weshalb diese beiden Themenkomplexe nur gemeinsam untersucht werden können. Dabei werden sowohl die institutionellen Rahmenbedingungen behandelt, aber auch die Besetzung der politischen Spitzenämter im Bereich der Friedenspolitik. Ein besonderes Augenmerk dient dem Außenminister und den grünen StaatsministerInnen im Auswärtigen Amt.

In der Bundestagsfraktion herrschte zwischen 1998 und 2005 in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik keine personelle Kontinuität. Zahlreiche grüne AußenpolitikerInnen und Linke schieden 2002 aus dem Bundestag aus, unter ihnen auch die drei ordentlichen Mitglieder des auswärtigen Ausschusses Rita Grießhaber, Helmut Lippelt und Christian Simmert²³⁵. Auch im Verteidigungsausschuss wechselten 2002 zwei der drei Mitglieder, nur Winfried Nachtwei überstand beide Legislaturperioden. Von den acht Abgeordneten, die sich 2001 gegen den Afghanistan- Einsatz der Bundeswehr gestellt hatten, wurden nur Irmingard Schewe-Gerigk und Winfried Hermann wieder mit aussichtsreichen Listenplätzen abgesichert, Christian Ströbele war 2002 ohne Listenplatz "chancenlos"²³⁶ und zog nur durch den überraschenden Gewinn des Direktmandats in den Bundestag ein.

Ebenfalls keine Kontinuität herrschte bei den Staatssekretärlnnen, wobei die Grünen nur für eineN parlamentarischeN Staatssekretärln im Auswärtigen Amt das Vorschlagsrecht besaßen. Dieses Amt trat 1998 Ludger Volmer an. Er war im Übrigen der einzige Mann unter den grünen Staatssekretärinnen, da es 1998 noch heftige Turbulenzen um die Geschlechterquotierung der Spitzenämter gegeben hatte. Der Bundesfrauenrat erzeugte bei seiner Tagung am 4. Oktober 1998 massiven Druck, indem er die Mindestquotierung auch für MinisterInnenämter beschloss²³⁷. Dies hätte die Einrichtung von vier grünen Ministerien bedeutet, da Joschka Fischer und Jürgen Trittin als gesetzt gelten mussten. Die Koalitionäre einigten sich schließlich auf drei MinisterInnenämter, die Posten der StaatssekretärInnen (von denen die Grünen für fünf das Vorschlagsrecht erhielten) wurden jedoch mit Ausnahme Volmers durch Frauen besetzt²³⁸. Ludger Volmer wurde nach der Wahl 2002 durch Kerstin Müller ersetzt.

Doch wie kann man die Personalpolitik der Grünen beurteilen? Eignungskriterien für politische Ämter zu finden, ist denkbar schwierig, speziell in einer Grünen Partei, die so viele wichtige Kriterien an Personen anlegt, wenn sie Spitzenämter besetzen soll: "Strömungsparität, Frauenquote und erworbene, innerparteiliche Machtposition waren die primären Kriterien"²³⁹. So muss an dieser Stelle nicht die Biographie des rot-grünen Außenministers aufgearbeitet werden, dessen außenpolitische Expertise eher der Devise "Regieren geht über studieren"²⁴⁰ entsprach, als er die Verantwortung im auswärtigen Amt übernahm. Dass Joschka Fischer aber als einer der wenigen,

²³⁷ Vgl. Gaus, Bettina 1998: Grüne Frauen setzen Männer unter Druck. In: taz 5.10.1998.

 $^{^{235}}$ Vgl. Schwarz, Patrik 2002: Schwerer Abschied von der Macht. In: taz 06.05.2002.

²³⁶ Ebd.

vgl. Bergmann, Kristin 1999. Regierungsbildung 1998: Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30, S. 316-325. S. 319f.

²³⁹ Raschke, Joachim 2001: Die Zukunft der Grünen. Frankfurt/New York: Campus. S. 98.

²⁴⁰ Fischer, Joschka 1987: Regieren geht über studieren. Frankfurt am Main: Athenäum

die den Weg von der ersten Bundestagsfraktion bis 1998 gingen, und in seiner exponierten und politisch profilierten Stellung für die Übernahme des wichtigsten Amtes unter einer rot-grünen Regierung prädestiniert war, muss außer Frage stehen.

Dieses Amt war nun einmal das des Außenministers, obwohl es durchaus umstritten war, ob die grüne Profilierung in diesem Ministerium ausreichend gut gelingen würde. So berichtete ein Mitglied der Verhandlungskommission: "Auch Realos waren der Meinung, wir sollten das nicht machen … Das war ungefähr fifty-fifty. Fischer wollte das aber gerne, und so richtig wollte sich keiner gegen ihn stellen"²⁴¹. Angelika Beer fürchtete damals, dass die Grünen in der Außenpolitik zu viele Kompromisse machen müssten: " Auch nach vier Jahren brauchen die Grünen noch Profil"²⁴².

I. Joschka Fischer

Joschka Fischer wurde 1981 Mitglied der Grünen, war jedoch zunächst wenig in Parteizusammenhängen aktiv. Erst nach dem Ende der Sozialliberalen Koalition im Bundestag und den absehbaren Neuwahlen "entfaltet er zielgerichtet wie bei einer militärischen Offensive seine Aktivitäten, die ihn – ein inaktives Mitglied der Grünen – innerhalb eines Zeitraums von weniger als einem halben Jahr bis in den Bundestag führen"²⁴³ sollten. So wurde Fischer 1983 mit der ersten Grünen Fraktion Mitglied des Bundestages und übernahm den Posten des parlamentarischen Geschäftsführers. Andererseits vermutet Joachim Raschke hinter Fischers rasantem Aufstieg letztlich die Geltungsinteressen einer im bürgerlichen Leben gescheiterten Persönlichkeit: "Von den unteren gesellschaftlichen Rängen kommend, Mitte 30 …, ohne Abitur und Berufsabschluss (einziges Zertifikat: Taxifahrerschein), war es für eine bürgerliche Karriere zu spät. Wenn er noch was werden wollte, konnte er nur von der Politik leben"²⁴⁴.

Widerwillig legte er, dem Rotationsprinzip geschuldet, sein Mandat 1985 nieder, wurde jedoch etwa ein halbes Jahr später Umweltminister in Hessen unter der bundesweit ersten rot-grünen Koalition auf Landesebene. Auch nach dem recht baldigen Ende der Koalition blieb Fischer der Landespolitik treu, bis er im November 1992 wieder bundespolitische Ambitionen äußerte²⁴⁵. 1994 zog er wieder in den Bundestag ein und wurde sogleich Fraktionsvorsitzender, damals an der Seite der Linken Kerstin Müller.

Mit einem offenen Brief an die Partei provozierte Fischer 1995 eine heftige interne Debatte über die Legitimität militärischer Gewalt und den grünen Grundsatz der Gewaltfreiheit. Vor dem Hintergrund des Massakers von Srebrenica forderte Fischer die Grünen auf, einer militärischen Intervention zum Schutz der jugoslawischen Schutzzonen zuzustimmen. Bereits damals verwendete er eine stark moralisch gefärbte Rhetorik, wenn er für die "moralische Seele" der deutschen Linken die "Pflicht"²⁴⁶ zur Unterstützung der Militärintervention vorsah?.

1998 lag der Regierungswechsel hin zu einer rot-grünen Koalition in der Luft. Als die Grünen jedoch im März beim Magdeburger Parteitag die Beschlüsse zum Ende der \rightarrow NATO, der Abschaffung nationaler Armeen und ein Nein zum SFOR- Einsatz beschlossen, sah Fischer (und

²⁴¹ zitiert nach: Raschke 2001: Zukunft der Grünen. S. 96.

²⁴² Zitiert nach: Gaus, Bettina 1998: Grüne fordern vier MinisterInnen. In: taz 30.09.1998.

²⁴³ Kraushaar, Wolfgang 2001: Fischer in Frankfurt. Karriere eines Außenministers. Hamburg: Hamburg Edition.

Raschke 2001: Zukunft der Grünen. S. 391.

²⁴⁵ Vgl. Klein, Markus/Falter, Jürgen 2003: Der Lange Weg der Grünen. München: Beck. S. 189.

²⁴⁶ Schmuck-Soldan, Steffen 2003: Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen – Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000. Diss.: Berlin. S. 124.

auch einige DemoskopInnen) die Regierungsfähigkeit nicht mehr gegeben²⁴⁷. Dies versuchte Fischer nun im Alleingang wettzumachen: "so inszenierte er in den Folgemonaten eine Art Ein-Personen-Wahlkampf, fuhr im gemieteten Reisebus quer durch Deutschland und machte an der Partei vorbei Wahlkampf für die Grünen und seine ganz persönlichen Vorstellungen von einer realistischen Außen- und Sicherheitspolitik"²⁴⁸.

Zur Bundestagswahl 2002 war ein eigenständiger Fischer-Wahlkampf nicht mehr nötig, da der Außenminister im Januar 2002 von der Partei zum offiziellen Spitzenkandidaten gekürt worden war. Dieser Vorgang war bis dahin einzigartig, da die Grünen zuvor immer von der personellen Konzentration auf einen Spitzkandidaten oder eine Spitzenkandidatin Abstand genommen hatten. Hinzu tritt, dass damit auch vom Modell der Doppelspitze und der Quotierung Abstand genommen wurde, da Fischer keine Frau an die Seite gestellt wurde²⁴⁹.

In der Gesamtschau der rot-grünen Amtszeit wird Fischer sogar von seinem Vorgänger, Klaus Kinkel (FDP) gelobt. Zwar sei die rot-grüne Außenpolitik insgesamt "zu laut" gewesen, "aber das war nicht Fischers Schuld" 250 . Die verstärkte Verankerung des europäischen Bewusstseins, seine zahlreichen Nahost- Initiativen und auch sein offensiver Einsatz gegen den Irak-Krieg im \rightarrow UN-Sicherheitsrat haben ihm Reputation verschafft.

Fischers Rolle für die Grünen in der Zeit vor und in der Regierungsbeteiligung wird wohl zutreffend charakterisiert durch den Parteienforscher Ulrich Sarcinelli: "Fischer war natürlich der alles überragende Übervater. Wenig geliebt, aber für die Partei unverzichtbar"²⁵¹. Fischers herausragende Rolle bei der Meinungsbildung der grünen Bundestagsfraktion, insbesondere aber seine Wirkung beim Wandel der Partei, die er mit seiner leidenschaftlichen Befürwortung des NATO- Bombardements Jugoslawiens im Sommer 1995 eingeleitet hat, machen ihn zur friedenspolitischen Charakterfigur der ersten 25 Jahre grüner Geschichte.

Die deutsche Außenpolitik hat sich "seit 1998 mit den Kampfeinsätzen im →Kosovo – Konflikt und in Afghanistan … je nach Einschätzung "normalisiert" oder "militarisiert" Demgegenüber steht jedoch "das Beharren der deutschen Politik im ehemaligen Jugoslawien auf der Notwendigkeit, institutionalisierte, →multilaterale politische Lösungen zu finden, wie dies in der Kosovo- Krise durch den →'Fischer-Plan' und die Initiative für den "Stabilitätspakt für Südosteuropa" exemplarisch sichtbar wurde"²⁵³. Diese Initiativen sind einerseits besonders auf das Drängen Joschka Fischers zurückzuführen und andererseits eine wichtiger Bestandteil des (insbesondere) grünen Konflikts zwischen ziviler Orientierung und angenommenen Sachzwängen einer Regierungsbeteiligung.

Andererseits wird Fischers Einfluss auf die Gestaltung der Außenpolitik auch geringer eingeschätzt. So kommt Hans Maull zu dem Ergebnis, dass "sich auch unter Gerhard Schröder das Kanzleramt

Das Gupta, Oliver/Denkler, Thorsten: "Die Rot-Grüne Außenpolitik war zu laut". In: suedeutsche.de 26.12.2007.

²⁴⁷ Vgl. Fischer, Joschka 2007: Die Rot-Grünen Jahre – vom Kosovo bis zum 11. September. Köln: Kiepenheuer&Witsch.

²⁴⁸ Klein/Falter 2003: Langer Weg. S. 191.

²⁴⁹ Vgl. Ebd. S. 197.

zitiert nach: Hille, Sebastian 2006: "Politik braucht auch Gesichter". In: Das Parlament 49/2006.

²⁵² Maull, Hanns W. 2003: Vier Jahre und hundert Tage. URL: http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/4_4_editorial.pdf. S. 12.

²⁵³ Maull, Hanns W. 2006: Die prekäre Kontinutät, Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 9 der Internetausgabe, URL: http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/prek kont.pdf (31.012008).

und Schröder selbst rasch die Definitionsmacht [eroberten]. Sie ging erheblich weiter, als dies die →Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers implizierte"²⁵⁴. Dies mag durchaus zutreffend sein, allerdings vermochte auch Fischer eigene Schwerpunkte zu setzen. So wird in seiner Rede zur Europapolitik, die er im Mai 2000 in der Humboldt- Universität hielt, "ein erster Anstoß"²⁵⁵ zum Europäischen Verfassungsprozess gesehen. Auch in der Nahostpolitik nahm Fischer eine wichtige Rolle ein.

Kritik an Fischers Führungsstil wurde nicht nur seitens der Parteilinken geübt. So äußerte sich Werner Schulz, auch ein in den 90er-Jahren führender Realo, kritisch zu Fischers Führungsstil: "Personalpolitik nach der Methode Fischer, das heißt Personalplanung wie bei der FDJ - nur so viele Kandidaten wie freie Plätze"²⁵⁶. Dieses Zitat drückt aber nicht nur Unzufriedenheit aus, sondern letztlich auch die bereits vor dem grünen Eintritt in die Bundesregierung die kaum beschränkte Machtfülle Joschka Fischers, nicht nur inhaltlich, sondern auch personalpolitisch.

Auch aus den Reihen der politikwissenschaftlichen Parteienforschung kommt Kritik. Joachim Raschke, der zwar schon oft das Ende der Grünen proklamiert hat, aber dennoch als intimer Kenner der Grünen Partei gelten muss, kritisiert den grünen "Fischerismus"²⁵⁷, also die personelle Konzentration auf die Person Joschka Fischers. Zwar sei wenig gegen eine Identifikations- und Integrationsfigur einzuwenden, aber "Joschka Fischer allein aber ist zur Steuerung der Partei nicht fähig"²⁵⁸. Andererseits wurde eingeworfen, dass "immer mehr Grüne … die Dominanz Joschka Fischers, der die Partei aus dem Hintergrund straff führt, mit Sorge [betrachten]"²⁵⁹. Es muss bei aller Kritik an Fischers herausgehobener Stellung auch einbezogen werden, welche zentrale Rolle Joschka Fischer im Wahlkampf und als Identifikationsfigur spielte. So war 2002 "für ein gutes Viertel der Grünen Wähler … die Persönlichkeit des Außenministers bei der Stimmabgabe ausschlaggebend"²⁶⁰.

Kritisch muss auch gesehen werden, wie stark Fischer die Popularität seiner Person auszunutzen versuchte, um eigene politische Inhalte zur Programmatik der Partei durchzusetzen. Nach den Beschlüssen des Magdeburger Parteitags 1998 "warf Fischer seine ganze Person in die Waagschale"²⁶¹, und auch beim Sonderparteitag 1999 zum Kosovo-Krieg drohte Fischer zumindest indirekt mit einem Rücktritt im Falle der Ablehnung des Leitantrages, der eine befristete Feuerpause forderte²⁶². Schließlich griff Fischer auch bei der Durchsetzung der Beteiligung am Krieg in Afghanistan zur Rücktrittsdrohung, um seine Fraktion auf die Linie des Kanzlers Schröder zu bringen²⁶³. Auf dem Parteitag in Rostock bat Fischer die Delegierten "ihn nicht 'alleine zu lassen'"²⁶⁴, wodurch er auch in der Öffentlichkeit die Sachfrage zu einer Entscheidung über seine Person machte. Mit derart rabiaten Methoden den politischen Willensbildungsprozess der Partei zu

²⁵⁴ Maull 2003: Vier Jahre und hundert Tage S. 10f.

Reimon, Michel/ Weixler, Helmut 2006: Die sieben Todsünden der EU. Wien: Ueberreuter. S. 32.

²⁵⁶ Alexander, Robin 1998: "Joschka Fischers Personalpolitik erinnert an die FDJ". In: taz, 27.10.1998.

Raschke, Joachim 2001: Sind die Grünen regierungsfähig? Die Selbstblockade einer Regierungspartei. In: ApuZ B10/2001, S. 20-29. S. 22.

²⁵⁸ ebd. S. 21.

²⁵⁹ Hoffmann, Jürgen 2004: Zustand und Perspektiven der Grünen. In: Zehetmair, Hans: Das deutsche Parteiensystem–Perspektiven für das 21. Jahrhundert. S. 117-136. S. 124.

²⁶⁰ Ebd. S. 126.

²⁶¹ Klein/Falter 2003: Langer Weg. S. 191.

²⁶² Vgl. ebd. S. 192.

Kulick, Holger 2001: Krieg oder Frieden für die Koalition. URL: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,166622,00.html (31.01.2008)

²⁶⁴ Klein/Falter 2003: Langer Weg. S. 195.

beeinflussen, muss als problematisch erachtet werden, besonders vor dem Hintergrund, dass die von den Grünen hoch gewichtete Basisdemokratie derartige Alleingänge eigentlich unterbinden sollte. Dadurch begab sich Fischer aber auch in die Gefahr einer internen Abneigung. So wird unter anderem vermutet, dass die Ablehnung der Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat auf den Parteitagen im Herbst 2002 "als Widerstand gegen einen überzogenen "Bonapartismus" Joschka Fischers und dessen Angewohnheit, Personalentscheidungen zu erzwingen"²⁶⁵ zurückzuführen sei.

2. Ludger Volmer

Ludger Volmer ist von den drei untersuchten Persönlichkeiten am längsten Mitglied der Grünen, da er bereits an der Gründung der "SPV Die Grünen" und im weiteren Verlauf auch an der Gründung der Grünen Bundespartei beteiligt war. 1985 rotierte er über die Landesliste NRW in den Bundestag, dem er bis zum Ausscheiden der Westdeutschen Grünen 1990 angehörte. Daraufhin wurde er 1991 Bundesvorstandssprecher und übte dieses Amt bis 1994 aus²66. In dieser Zeit managte Volmer unter anderem auch den Vereinigungsprozess der westdeutschen Grünen mit dem Bündnis 90. Nachdem die Grünen 1994 den Wiedereinzug ins Parlament geschafft hatten, konzentrierte Volmer sich erneut auf die Außenpolitik und wurde nach der gewonnenen Wahl 1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Sein Rückzug 2002 wird auf persönliche und politische Differenzen mit Joschka Fischer und Volmers angebliche Verwicklung in die →"Bonusmeilen-Affäre" zurückgeführt²67.

Volmer vertrat bis in die späten 1990er Jahre in außenpolitischen Fragen linke Positionen wie eine grundlegende Strukturreform der Bundeswehr, das Ende der NATO und die kritische Sicht der Einsätze in Jugoslawien und der SFOR, beziehungsweise IFOR²⁶⁸. Auch in der Frage des Jugoslawien- Einsatzes der NATO 1995 sprach er von einer "Krise des Pazifismus". Er hielt am "Bekenntnis zur Gewaltfreiheit" fest, da dieses kein "Dogma", sondern eine "schlüssige Antwort in einer bestimmten historischen Konstellation" sei."²⁶⁹.

Eine traditionelle politische Gegnerschaft verband Volmer und Joschka Fischer seit Beginn der grünen Debatten über Friedenspolitik. Fischer ernannte Volmer trotzdem 1998 zum Staatssekretär, möglicherweise auch, weil "es an seiner inhaltlichen Kompetenz keinen Zweifel [gab]", insbesondere aber, weil diese Entscheidung "entsprechend der machtpolitischen Räson sein müsste, um Widerstände zu neutralisieren und grüne Instabilität zu vermeiden"²⁷⁰. Seitens der Realos beobachtete Fischer massive Kritik, die "fast zum Aufstand gegen mich geführt [hätte]"²⁷¹.

Im Amt jedoch wandelte sich Volmer so sehr, dass "dem Linken, dem NATO-Hasser, dem politischen Pazifisten", wie er sich selbst nennt"²⁷² bei der nächsten Listenaufstellung zur Bundestagswahl 2002 durch die taz die linke Herkunft abgesprochen und er zum "Realo"²⁷³ erklärt wurde. Andererseits hatte Volmer schon in den 90er Jahren Kompromissbereitschaft durchblicken lassen: "Ich sehe keinen Ballast, den wir abwerfen müssten. Ich halte es für legitim, zunächst mal mit alternativen außenpolitischen Perspektiven in Koalitionsverhandlungen zu gehen. Dann sehen

²⁶⁵ Egle: S. 103.

²⁶⁶ Volmer, Ludger: Vita. URL: http://www.ludger-volmer.de/vita_d.html (31.01.08).

²⁶⁷ Koch, Hannes 2002: Grüne werden gegangen. In: taz 05.10.2002.

²⁶⁸ vgl. Buchsteiner, Jochen 1997: "Das grenzt an politische Naivität". In: Die Zeit 44/1997.

²⁶⁹ Schmuck-Soldan 2003: Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen. S. 78

²⁷⁰ Fischer 2007: Die Rot-Grünen Jahre. S. 66.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Haarhoff, Heike 1999: Priester des Relativismus. In: taz 25.06.1999.

²⁷³ Beucker, Pascal 2002: NRW-Grüne friedlich. In: taz 28.01.2002.

wir weiter"274.

Volmers Erfahrung sticht heraus, denn er "ist der einzige, der im Bund auf allen drei Ebenen Erfahrung hat, als Fraktions-, dann als Parteivorsitzender, heute als Staatsminister im Auswärtigen Amt"²⁷⁵. Besonders die Parteiarbeit sollte an dieser Stelle betont werden. Joschka Fischer war nie Mitglied im grünen Bundesvorstand und stand der Parteiseite auch allgemein eher skeptisch gegenüber, während Kerstin Müller immerhin Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen war²⁷⁶. Volmer selbst hielt sich im übrigen für ausgesprochen qualifiziert für das Amt des Staatsministers: "dieser Job ist mir wie auf den Leib geschneidert."²⁷⁷.

Auch außerhalb des Bundestages und der Partei erwarb Volmer auf breiter Basis außenpolitische Expertise. Bereits seit den 1980er Jahren bekleidete er Ämter in den Parlamentarischen Versammlungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, des →Europarates und der Interparlamentarischen Union, und auch außerhalb parlamentarischer Zusammenhänge war er Mitglied im Kuratorium der NRW-Landesstiftung Entwicklung und Frieden seit 1998 und ab 1999 Mitglied im Aufsichtsrat des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze²⁷⁸. Auch wenn eine Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher Fundierung und politischer Alltagspraxis nicht geleugnet werden kann, muss zumindest erwähnt werden, dass Volmer vor seinem Eintritt in die Bundesregierung über "Die Grünen und die Außenpolitik – Ein schwieriges Verhältnis" an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum in den Fächern Innenpolitik und Zeitgeschichte, internationale Politik, Völkerrecht und Soziologie promovierte. Volmers Expertise im außenpolitischen Bereich ist damit unter den an dieser Stelle näher betrachteten SpitzenfunktionärInnen die größte.

3. Kerstin Müller

Kerstin Müller wurde 1994 erstmals in den Bundestag gewählt und wurde gleich Sprecherin der neuen Fraktion. Ihre politische Erfahrung hatte sie zum damaligen Zeitpunkt als Vorsitzende des grünen Landesverbands in NRW gesammelt. Als Fraktionsvorsitzende widmete sie sich – stets im Schatten ihres Gegenparts Joschka Fischer – eher den innen-, rechts- und drogenpolitischen Fragestellungen, wobei aber in ihren frühen Jahren diagnostiziert wurde, dass ihr "eigenes Profil verschwimmt"²⁷⁹. Ihre Wahl zur Fraktionsvorsitzenden erfolgte auf Druck von Jürgen Trittin, der sie als linkes Gegengewicht zu Joschka Fischer installieren wollte.

1998 blieb Müller Fraktionsvorsitzende, nun an der Seite des von Fischer installierten Realos Rezzo Schlauch²⁸⁰. Sie war mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, die grüne Fraktion durch die erste Regierungsbeteiligung zu führen und zahlreiche, für die Grüne Partei inhaltlich schmerzhafte Konfliktsituationen zu moderieren.

Kerstin Müller hatte vor ihrem Eintritt in das Auswärtige Amt durchaus außenpolitische Expertise erworben, insbesondere natürlich durch ihre Arbeit als Fraktionsvorsitzende, die die grüne Fraktion durch die Krisen der Einsätze im ehemaligen Jugoslawien 1995 und 1999 führen musste.

²⁷⁴ Zitiert nach: Lersch, Paul: "Den Menschenhelfen". In: Der Spiegel, 27.11.95. S. 47.

²⁷⁵ Raschke 2001: Sind die Grünen Regierungsfähig? S. 23.

Müller, Kerstin: Persönliches. URL: http://www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/rubrik/4/4834.persoenliches.html (11.02.2008)

²⁷⁷ Zitiert nach: Haarhoff 1999: Priester des Relativismus.

vgl. Volmer, Ludger: Vita. URL: http://www.ludger-volmer.de/vita d.html (31.01.2008)

²⁷⁹ Schrotthofer, Klaus 1995: Die Frau im Club der alten Kämpfer. In: Focus 22.05.1995.

²⁸⁰ vgl. Fischer 2007: Die Rot-Grünen Jahre. S. 67.

Andererseits zählt Müller die globale Politik zu ihren Kernanliegen, speziell den Afrikanischen Kontinent²⁸¹. Dies zeigt sich nicht zuletzt in ihrem umfassenden Engagement zum Konflikt in der sudanesischen Region Darfur. Müller wurde nicht nur in Parteikreisen als mögliche Justizministerin gesehen, falls die Grünen in den Koalitionsverhandlungen 2002 ein weiteres Ministerium hätten erhalten können. Die durchweg positive Einschätzung als profilierte Juristin²⁸² lässt sie aber auch für andere Spitzenämter als fachlich geeignet erscheinen.

Durch ihre lange Arbeit als Vorsitzende der grünen Fraktion (mit 8 Jahren ununterbrochener Arbeit in dieser Funktion ist sie grüne Rekordhalterin) galt Müller 2002 als gesetzt für den Aufstieg in ein Regierungsamt. Wie bereits erwähnt, wurde sie kurzzeitig als Justizministerin gehandelt, schließlich erfüllte sich für sie aber doch "der Traum vom Wechsel ins Auswärtige Amt"²⁸³. So war es bei Müller eher ein logischer Schritt auf der Karriereleiter, der sie zur Staatsministerin machte, als eine herausgehobene Rolle in der grünen Geschichte wie bei Fischer und Volmer. Das bedeutet auch, dass Müller eine andere Geschichte mitbrachte: Sie war eine der ersten grünen PolitikerInnen, die direkt aus der Berufsausbildung in die Berufspolitik gingen.

Im Zusammenhang mit Kerstin Müller fiel die sehr geringe Rolle von Frauen in friedenspolitischen Spitzenämtern auf: "Das Auswärtige Amt hat mit der Grünen Kerstin Müller eine Parlamentarische Staatssekretärin; ansonsten zählt es derzeit 'vier oder fünf' Frauen auf Referatsleiterebene oder höher in Posten mit sicherheitspolitischem Bezug"²⁸⁴. Gerade für die Grünen könnte dieser Aspekt sehr interessant zur weiteren Vertiefung sein.

4. Bewertung

Es lassen sich durchaus Unterschiede zwischen der Besetzung der StaatsministerInnenposten 1998 und 2002 ausmachen. 1998 sei es insgesamt nicht darum gegangen, die wichtigsten Posten mit den stärksten Kräften zu besetzen, sondern vor allem darum, Ärger so weit wie möglich zu vermeiden²⁸⁵. 1998 wurde mit Ludger Volmer noch ein starkes linkes Gegengewicht zu Joschka Fischer ("sein Erzrivale"²⁸⁶) installiert. Vier Jahre später verließ Volmer seinen Posten unter dem Eindruck längerer Unstimmigkeiten mit seinem Dienstherrn und dem Druck der Bonusmeilen-Affäre²⁸⁷. Ersetzt wurde er durch Kerstin Müller, ebenfalls eine Linke aus Nordrhein- Westfalen, deren Arbeitsverhältnis mit Joschka Fischer aber deutlich professioneller war. Schließlich waren die beiden vier Jahre lang gemeinsam Fraktionsvorsitzende und lebten ihre Rivalität nicht so öffentlich aus wie Fischer und Volmer. Müller fungierte also weniger als Gegengewicht, wurde sogar auf Wunsch Fischers²⁸⁸ ins Auswärtige Amt berufen.

Personelle Kontinuität wurde auch auf den unteren Ebenen des Ministerialapparates nicht gewahrt. Zwar ist es wenig überraschend, dass "die neuen Minister und Staatssekretäre …. auf keinen Fall nur mit Fachbeamten und Beratern zusammenarbeiten [wollten], die ihre konservativen Vorgänger eingestellt und gefördert hatten"²⁸⁹. So verständlich diese Einstellung ist, umso problematischer ist

²⁸¹ Vgl. Müller, Kerstin: Persönliches. URL: http://www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/rubril/4/4834.persoenliches.html (11.02.2008)

²⁸² Vgl. nur: Schwarz, Patrik 2002: Drei Minister reichen nicht. In: taz 27.09.2002.

²⁸³ Haselberger, Stephan 2002: Grüne jubeln über Stimmengewinne. In: Berliner Morgenpost 23.09.2002.

vgl. Stelzenmüller, Constanze 2005: "Was sucht denn das Fräulein da?" In: Die Zeit 18/2005.

²⁸⁵ Gaus, Bettina 1998: "Doppelte Null-Lösung". In: taz 21.10.1998.

²⁸⁶ Haarhoff I 999: Priester des Relativismus.

²⁸⁷ Koch, Hannes 2002: Grüne werden gegangen. In: taz 05.10.2002.

²⁸⁸ Palmer, Hartmut 2002: Optionen für den Osten. In: Der Spiegel 41/02, S. 29.

²⁸⁹ Haarhoff, Heike 2002: Noch mal vier Jahre Winter. In: taz 21.10.2002

sie für die Inhalte der Politik.

Eine klare Linie ist in der grünen Personalpolitik nicht oder nur in Grenzen zu erkennen. Das Deutungsmuster "Eins rechts, eins links, zwei fallen lassen: Die Personalpolitik von Bündnis 90/Die Grünen ergibt ein hübsches Strickmuster. Strömung, Quote und Proporz galt es zu bedenken..."²⁹⁰ ist nicht abwegig. Obwohl es in anderen Parteien selbstverständlich ist, bei der Besetzung von Spitzenämtern auch die politische Arithmetik mit einzubeziehen, wird dieses Verfahren in der öffentlichen Wahrnehmung der Grünen noch immer besonders stark erkannt. Dass die lauteste Diskussion bei der Regierungsbildung 1998 um die Frage der Frauenquote bei den grünen Kabinettsposten kreiste, ist bezeichnend dafür, wie stark die interne Bemühung um allseitige Parität dominieren kann.

Während der Regierungsbildung 1998 war Jürgen Trittin noch "der wichtigste Sprecher der Grünen: auf vielen Feldern kompetent und aktiv"²⁹¹ und übernahm diese Rolle in enger Geschlossenheit mit Fischer, wobei diese bereits kurz nach dem Abschluss der Regierungsbildung hinfällig war. Es muss durch die Grünen geklärt werden, inwiefern die Aufteilung der Spitzenämter zwischen Linken und Realos alte Gräben manifestiert oder produktiv und integrierend wirkt.

Die Rolle Joschka Fischers in der grünen Regierungsbeteiligung und insbesondere seine Art und Weise, die Grüne Partei auf Regierungskurs zu bringen, sind vielfach und auch nicht zu Unrecht kritisiert worden. Andererseits muss sich auch die Partei fragen, wie sie mit Fischers Dominanz umgegangen ist und in welchem Umfang sie diese befördert hat. Bei allen sich regelmäßig meldenden, kritischen Stimmen stand der Parteimainstream hinter Fischer und seinem Auftreten.

Es stimmt, dass Fischer "den Wandel der Grünen in fast exemplarischer Weise vor [lebte]"²⁹² und dass dieser Wandel von einer großen Zahl der Parteimitglieder und erst recht von den Sympathisantlnnen von außerhalb der Partei mitgetragen wurde; dies zeigt sich auch in der diesem Wandel angepassten Programmatik. Die Sinnfrage, wie mit diesem Wandel umgegangen werden muss, wurde jedoch nie in ihrer existenziellen Bedeutung begriffen und diskutiert.

Symptomatisch ist die Frage der Spitzenkandidatur. Zur Wahl 2002 wurde sie nicht debattiert, Fischer galt als gesetzt durch seine Spitzenwerte in den Umfragen. Der Wahlkampf wurde ihm auf den Leib geschneidert – mit Erfolg, wie ohne Zweifel anerkannt werden muss, schließlich erzielten die Grünen das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte. Als 2005 die Debatte durch die Parteibasis entfacht wurde, ob nicht aufgrund der Frauenquote und der abgelehnten Konzentration auf eine kleine Riege von SpitzenfunktionärInnen eine zweite, weibliche Spitzenkandidatin sinnvoll sein könnte, sprangen die Spitzenfrauen – und nicht nur sie – in die Bresche: Renate Künast, Bärbel Höhn und Claudia Roth waren die prominentesten Gegnerinnen der Gleichstellung von einer der ihren mit dem männlichen Spitzenkandidaten Fischer. Dass der betreffende Antrag auf der BDK im Juli 2005 in Berlin schließlich sogar mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurde, spricht für die sehr weit akzeptierte Dominanz Fischers²⁹³.

5. Strukturprobleme der Grünen

Strukturelle Defizite werden aus der Fachwelt der Parteienforscher ziemlich genau da gesehen, wo es um grüne Grundprinzipien der parteiinternen Demokratie geht. Dazu zählt "eine

²⁹⁰ Gaus 1998: Doppelte Null-Lösung.

²⁹¹ Raschke 2001: Zukunft der Grünen. S. 90.

²⁹² Klein/Falter 2003: Langer Weg. S. 220.

²⁹³ Vgl. Soboczynski, Adam 2005: Die Quotenfrau. In: Die Zeit 30/2005.

vergleichsweise hohe Autonomie der einzelnen Parteiarenen und Organisationsebenen"²⁹⁴. Hinzu tritt die von Raschke²⁹⁵ analysierte und bis mindestens in die 14. Wahlperiode erkennbare Vorstrukturierung sowohl der inhaltlichen, aber auch der personalpolitischen Entscheidungen durch die Strömungen innerhalb der Grünen, in der Raschke eine Schwäche der satzungsgemäßen Gremien sieht. Für die Regierungsbildung 1998 analysiert Raschke einen tiefen Riss zwischen den Lagern: "Die Regierungs- wird von einer Oppositionspartei begleitet"²⁹⁶.

Dazu passt, dass sich führendes Fraktionspersonal – insbesondere Joschka Fischer – öffentlich von Beschlüssen der Partei distanzierte. Fischer hielt seine Partei vor dem Hintergrund der Magdeburger Beschlüsse 1998 für nicht regierungsfähig und setzte sich bereits vor dem Eintritt der Grünen Partei in die Bundesregierung für den Einsatz militärischer Mittel als letzte Möglichkeit ein, wenn auch unter der Bedingung der Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat²⁹⁷.

Während die überwiegende Mehrheit der Bundestagsfraktion zum Realo- Flügel gehört²⁹⁸, ist die Strömungsverteilung in der Partei heute eher ausgeglichen, in der Afghanistan- Debatte 2007 konnten sich Linke und auch kritische Realos sogar wieder durchsetzen. Durch diese Gemengelage sind Konflikte vorprogrammiert: innerhalb der Bundestagsfraktion über die Gewichtung von Parteibeschlüssen und in der linken Parteiströmung über die Bundestagsfraktion, die mehrheitlich zum abweichenden Stimmverhalten geneigt ist.

Als zentrale Probleme der Grünen benennt Joachim Raschke eine Organisations-, Strömungs- und Zielblockade. Im Bereich der Organisationsblockade spricht Raschke eine mangelhafte personelle Kontinuität beim politischen Spitzenpersonal an. Hinzu trete das institutionsimmanente Zerstreuung der politischen Eliten über die verschiedenen Gremien von Partei und Fraktion. Raschke sieht das Problem darin, dass "die Verflechtung der Eliten aus Partei, Fraktion und Regierung … eine notwendige Voraussetzung für die Herausbildung eines stabilen Zentrums"²⁹⁹ sei. Dies sei bei den Grünen aber nicht gegeben.

In der starken Rolle der internen Strömungen sieht Raschke eine Schwäche der grünen Gremien, was zu einer Blockade in der Politikgestaltung führe: "Die Strömungen sind ein wesentlicher Teil der Grünen Fehlstrukturierung, allerdings sind sie nicht dessen letzte Ursache. … sie entsprechen Bedürfnissen, die in Identitätskonstruktionen grüner Akteure verankert sind"³⁰⁰.

Bei der Zielblockade schließlich sieht Raschke das Problem der Wertedistanzen zu potenziellen Koalitionspartnern, die immer eine Belastung der Koalitionen darstellen würden. Den Grünen fehle in dieser Konstellation der Bewegungsspielraum in die anderen politischen Sphären. Die Grünen könnten sich zwar bewegen, es gebe aber keine Gesamtstrategie, mit diesem Mangel umzugehen. Wenn überhaupt "wäre viel vorbereitende und begleitende Kommunikation, die Forderungen, Erwartungen, Lösungs- und Leistungsmäglichkeiten in Beziehung zueinander bringt"³⁰¹, wenn die Grünen tatsächlich vorhätten, ihren politischen Kompass zu verändern.

²⁹⁴ Poguntke, Thomas 1999: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD? In: Niedermayer, Oskar: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske und Budrich. S. 86".

²⁹⁵ Raschke, Joachim 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln: Bund Verlag. S. 642

²⁹⁶ Raschke 2001: Zukunft der Grünen. S. 93.

²⁹⁷ Raith, Michael 2006: Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregulierung in Südosteuropa. Baden-Baden: Nomos. S. 67f.

²⁹⁸ Trotz der hohen Personalfluktuation hat sich diese Gewichtung seit 2001 nicht verändert.

²⁹⁹ Raschke 2001: Sind die Grünen regierungsfähig? S. 23.

³⁰⁰ Ebd. S. 26.

³⁰¹ Ebd. S. 27.

Neben diesen Blockaden stand bis zum Ende der rot-grünen Regierung der bereits oben beschriebene Fischerismus. In der Ablehnung der Vorstöße zum Ende der Trennung von Amt und Mandat "wurde deutlich, dass die Partei nicht bereit war, das zentralisierte "top-down"-Regime Fischers und Kuhns, das sich im Wahlkampf 2002 als äußerst effizient erwiesen hatte, auch für die folgenden Jahre zu akzeptieren"³⁰².

Zwischen 1994 und 1998 war die in der politikwissenschaftlichen Fachliteratur kritisierte mangelhafte Verzahnung von Parteivorstand und Fraktionsführung erkannt und informell umgangen worden. Der sogenannte Wohlfahrtsausschuss, der Fraktions- und Parteiführung vernetzte, umging dadurch die Barrieren der Trennung von Amt und Mandat, einem grünen Grundprinzip³⁰³. Mit der Schaffung des Parteirats auf der BDK in Leipzig im Dezember 1998 wurde für die Spitzen aus Partei, Fraktion und Regierung auch ein formelles Vernetzungsgremium ohne die Trennung von Amt und Mandat geschaffen.

Interessanterweise ist nach Einschätzung beteiligter Personen für die Phase der Regierungsbildung I 998 eine äußerst produktive Arbeit der Verhandlungskommission festzustellen sowie eine positive Rückkopplung an die Partei- und Fraktionsgremien, auch wenn diese Zusammenarbeit nach Einschätzung der Beteiligten eher auf "ein paar Wochen"³⁰⁴ angelegt war.

Die Rückkopplung der Entscheidungen aus dem Auswärtigen Amt an die Fraktions- und Parteigremien wird von den Beteiligten unterschiedlich beurteilt. Winfried Nachtwei und Eltje Aderholt, die der Kommission zu einer umfassenden Befragung zur Verfügung standen, berichteten, dass insgesamt ein "respektabler Informationsaustausch"³⁰⁵ stattfand. Insbesondere mit dem Arbeitskreis der Fraktion sei eine zielführende Kommunikation zustande gekommen.

Joschka Fischers Kommunikationsverhalten sei stark abhängig von seinen persönlichen Präferenzen hinsichtlich der GesprächspartnerInnen gewesen. Mit dem Arbeitskreis habe in etwa 2-monatigem Rhythmus ein Informationsaustausch stattgefunden, dieser sei aber "nicht einfach"³⁰⁶ gewesen, die gleiche Augenhöhe in den Gesprächen sei problematisch gewesen. Innerhalb des Auswärtigen Amtes erklärte Ludger Volmer in der taz, mit seinem Vorgesetzten Fischer spreche er sich "'nur alle zwei Monate fünf Minuten von Angesicht zu Angesicht', das meiste, was zu regeln ist, 'läuft hier schriftlich'"³⁰⁷.

Die koalitionsinterne Kommunikation war – nachgewiesen zumindest für die erste Legislaturperiode – "objektiv unzureichend"³⁰⁸. Der im Koalitionsvertrag vorgesehene Koalitionsausschuss habe nie getagt, die Kommunikation sei über informelle Kanäle verlaufen: "Wenn die Grünen etwas wollen, denkt Bundeskanzler Schröder, können die sich ja an Peter Struck [damals SPD- Fraktionsvorsitzender, M.B.] oder Kanzleramtsminister Franz Steinmeier wenden. Dann erreicht ihn das, wenn es wichtig ist, über seine eigene Steuerungsrunde. Joschka Fischer und Rezzo Schlauch haben andere Informations- und Einflusskanäle"³⁰⁹. Raschke vermutet,

Egle, Christoph 2007: In der Regierung erstarrt? Die Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen von 2002 bis 2005. In: ders./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 98-123. S. 105.

Poguntke, Thomas 1999: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD? In: Niedermayer, Oskar: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske und Budrich. S. 93

³⁰⁴ Vgl. Raschke 2001: Zukunft der Grünen. S. 91.

Nachtwei, Winfried: Interview. Hannover, März 2007.

³⁰⁶ Ebd

³⁰⁷ zitiert nach: Haarhoff 1999: Priester des Relativismus.

³⁰⁸ Raschke 2001: Sind die Grünen Regierungsfähig? S. 22.

³⁰⁹ Ebd.

dass diese informelle Kommunikation bei den SpitzenfunktionärInnen der Realos durchaus bevorzugt war, um sich nicht in der großen Fraktionsrunde rechtfertigen zu müssen. Informelle Koordination habe auch zwischen Kanzler und Außenminister bestanden.

Die 2002 angegangene Reform der Gremienstrukturen ging aus Sicht der kritischen Fachwelt nicht weit genug und wird von Egle³¹⁰ als "auf halbem Wege stecken geblieben" charakterisiert, im Ergebnis seien die neuen Strukturen aber, "nicht optimal, aber hinreichend"³¹¹. Die informelle Kommunikation wurde unter anderem durch Reinhard Bütikofer massiv gefördert und hatte durchaus positive Ergebnisse, wie den "von ihm organisierten Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozess zwischen den grünen Ministerien und der Fraktion"³¹², wobei Bütikofer als Parteisprecher die Repräsentation der Partei übernahm und so den kommunikativen Dreiklang Regierung- Fraktion- Partei gewährleistete.

6. Fazit

Die Personalauswahl war geprägt von denjenigen, die in den Jahren des Aufstiegs der Grünen Partei intern und in der öffentlichen Wahrnehmung dominierten. Zwar ist zu beachten, dass eine nicht zu verachtende Zahl der LeistungsträgerInnen früherer Jahre Mitte der 1990er Jahre längst nicht mehr Mitglied der Grünen Partei waren. Wer 1998 aber in bedeutende Positionen kam, konnte allgemein auf eine längere politische Erfahrung bei den Grünen zurückblicken oder zumindest auf Bewegungserfahrung. Damit verfügten die Grünen über ein größeres Tableau von Personen, die als "gesetzt" gelten mussten.

Bei aller Schwierigkeit, Qualifikationsbedingungen für politische Spitzenämter auszumachen, kann doch festgestellt werden, dass die Spitzenfunktionärlnnen durchaus über Expertise verfügten, auch wenn sie diese auf unterschiedlichen Wegen erworben hatten. Man kann ohne Zweifel sagen, dass sowohl Joschka Fischer als Minister wie auch Ludger Volmer und Kerstin Müller durch ihre Erfahrungen in unterschiedlichsten Zusammenhängen zur Bekleidung ihrer Ämter qualifiziert waren. Bei Volmer und Müller tritt noch die akademische Ausbildung hinzu, die zwar nicht Voraussetzung für eine gute Arbeit ist, ihr aber zumindest kaum hinderlich sein wird.

Die Parteistrukturen verhindern die Herausbildung eines eindeutigen strategischen und machtpolitischen Zentrums, insbesondere nach dem Ausscheiden Joschka Fischers. Dies ist jedoch letztlich den grünen Prinzipien geschuldet, die immer die Zentrierung politischer Macht auf wenigen führenden Köpfen zu vermeiden versuchten. Entsprechend sind die Strukturen gestaltet. Die Grünen sind sich durchaus im Klaren über ihre strukturellen Defizite und billigen diese als Preis der innerparteilichen Demokratie. Wie nicht anders zu vermuten, ist die Qualität der Kommunikation zwischen den Ebenen Regierung, Fraktion und Partei von den kommunizierenden Persönlichkeiten abhängig. Eine strukturelle Verankerung dieser Kommunikation sollte im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Literaturverzeichnis

Aderholt, Eltje/ Nachtwei, Winfried: Interview. Hannover, März 2007.

Alexander, Robin 1998: "Joschka Fischers Personalpolitik erinnert an die FDJ". In: taz, 27.10.1998.

Raschke, Joachim, 2004: Müssen die Grünen sich neu erfinden? in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 17 (1): 9-16.

³¹⁰ Egle 2007: In der Regierung erstarrt? S. 100

Langguth, Gerd 2004: Die Grünen – auf dem Weg zu einer Volkspartei? Eine Zwischenbilanz. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem – Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 153.

Bergmann, Kristin 1999. Regierungsbildung 1998: Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30, S. 316-325.

Beucker, Pascal 2002: NRW-Grüne friedlich. In: taz 28.01.2002.

Buchsteiner, Jochen 1997: "Das grenzt an politische Naivität". In: Die Zeit 44/1997.

Das Gupta, Oliver/Denkler, Thorsten: "Die Rot-Grüne Außenpolitik war zu laut". In: suedeutsche.de 26.12.2007.

Egle, Christoph 2007: In der Regierung erstarrt? Die Entwicklung von

Bündnis 90/Die Grünen von 2002 bis 2005. In: ders./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 98-123.

Fischer, Joschka 1987. Regieren geht über studieren. Frankfurt am Main: Athenäum

Fischer, Joschka 2007: Die Rot-Grünen Jahre – vom Kosovo bis zum 11. September. Köln: Kiepenheuer&Witsch.

Gaus, Bettina 1998: Grüne fordern vier MinisterInnen. In: taz 30.09.1998.

Gaus, Bettina 1998: Grüne Frauen setzen Männer unter Druck. In: taz 5.10.1998.

Gaus, Bettina 1998: "Doppelte Null-Lösung". In: taz 21.10.1998.

Haarhoff, Heike 1999: Priester des Relativismus. In: taz 25.06.1999.

Haarhoff, Heike 2002: Noch mal vier Jahre Winter. In: taz 21.10.2002

Haselberger, Stephan 2002: Grüne jubeln über Stimmengewinne. In: Berliner Morgenpost 23.09.2002.

Hille, Sebastian 2006: "Politik braucht auch Gesichter". In: Das Parlament 49/2006.

Hoffmann, Jürgen 2004: Zustand und Perspektiven der Grünen. In: Zehetmair, Hans: Das deutsche Parteiensystem – Perspektiven für das 21. Jahrhundert. S. 117-136.

Klein, Markus/Falter, Jürgen 2003: Der Lange Weg der Grünen. München: Beck.

Koch, Hannes 2002: Grüne werden gegangen. In: taz 05.10.2002

Kraushaar, Wolfgang 2001: Fischer in Frankfurt. Karriere eines Außenministers. Hamburg: Hamburg Edition.

Kulick, Holger 2001: Krieg oder Frieden für die Koalition. URL:

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,166622,00.html (31.01.2008)

Langguth, Gerd 2004: Die Grünen – auf dem Weg zu einer Volkspartei? Eine Zwischenbilanz. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem – Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 153.

Lersch, Paul: "Den Menschen helfen". In: Der Spiegel, 27.11.95

Maull, Hanns W. 2003: Vier Jahre und hundert Tage. URL: http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/4 4 editorial.pdf.

Maull, Hanns W. 2006: Die prekäre Kontinuität, Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (eds): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Müller, Kerstin: Persönliches. URL: http://www.kerstin-mueller-

mdb.de/cms/default/rubrik/4/4834.persoenliches.html (11.02.2008)

Palmer, Hartmut 2002: Optionen für den Osten. In: Der Spiegel 41/02, S. 29.

Poguntke, Thomas 1999: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD? In: Niedermayer, Oskar: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske und Budrich.

Raith, Michael 2006: Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregulierung in Südosteuropa. Baden-Baden: Nomos.

Raschke, Joachim 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln: Bund Verlag.

Raschke, Joachim 2001: Die Zukunft der Grünen. Frankfurt/New York: Campus.

Raschke, Joachim 2001: Sind die Grünen regierungsfähig? Die Selbstblockade einer Regierungspartei. In: ApuZ B10/2001, S. 20-29.

Raschke, Joachim, 2004: Müssen die Grünen sich neu erfinden? in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 17 (1): 9-16.

Reimon, Michel/ Weixler, Helmut 2006: Die sieben Todsünden der EU. Wien: Ueberreuter.

Schmuck-Soldan, Steffen 2003: Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen – Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000. Diss.: Berlin.

Schrotthofer, Klaus 1995: Die Frau im Club der alten Kämpfer. In: Focus 22.05.1995.

Schwarz, Patrik 2002: Schwerer Abschied von der Macht. In: taz 06.05.2002.

Schwarz, Patrik 2002: Drei Minister reichen nicht. In: taz 27.09.2002. Soboczynski, Adam 2005: Die Quotenfrau. In: Die Zeit 30/2005.

Stelzenmüller, Constanze 2005: "Was sucht denn das Fräulein da?" In: Die Zeit 18/2005.

Volmer, Ludger: Vita. URL: http://www.ludger-volmer.de/vita_d.html (31.01.08).

VII. Verhalten der Rot-Grünen Bundesregierung vor und während Konflikt- und Kriegssituationen

Laura Appeltshauser und Sarah Mayer

Nachdem nun untersucht wurde, welche Vorsätze sich Bündnis 90/Die Grünen in ihren Wahlprogrammen gesetzt haben, wie sie diese in die Koalitionsverträge einbringen konnten und inwieweit diese auf dem Felde der →Bundeswehrtransformation und der zivilen Konfliktprävention umgesetzt wurden, muss auch eine genaue Analyse des Verhaltens in Konfliktsituationen erfolgen. Wichtige Fragen sind hierbei, wo die Bundesregierung zu einer zivilen Lösung des Konflikts beigetragen hat, welche diplomatischen Spielräume ausgenutzt oder auch ungenutzt gelassen wurden, wie sie Krisen und Kriege der medialen Öffentlichkeit präsentierte und welche konkreten Auswirkungen rot-grüne Außenpolitik auf Konflikts- und Kriegseinsätze hatte.

Sven Bernhard Gareis zählt 2005 allein elf wichtigere Auslandseinsätze der Bundeswehr auf, die sich mit der rot-grünen Regierungszeit überschneiden beziehungsweise zwischen 1998 und 2005 begonnen wurden³¹³. Eine Analyse jedes einzelnen Einsatzes würde den Rahmen dieses Berichts allerdings sprengen. Stattdessen werden zwei Bundeswehreinsätze im Zentrum stehen:

• Zum einen die →Kosovo-Krise, sollte sie doch zur ersten Bewährungsprobe der neuen rotgrünen Bundesregierung werden. Sie war der erste Prüfstein für die Umsetzung des Koalitionsvertrages, für den angekündigten außenpolitischen Wandel und für die Belastbarkeit der Koalition. Hierbei soll auch versucht werden, eine Antwort auf einige höchst umstrittene Fragen innerhalb des grünen Spektrums zu finden.

(Laura Appeltshauser)

 Auf der anderen Seite werden die Einsätze in Mazedonien genauer betrachtet werden, die zwischen 2001 und 2003 stattfanden. Rot-Grün hatte zu diesem Zeitpunkt bereits aus vergangenen Fehlern lernen können, und wesentlich mehr Zeit gehabt, eigene außenpolitische Konzepte und diplomatische Initiativen zu verwirklichen.

(Sarah Mayer)

 Schließlich wird auch noch das Verhalten der rot-grünen Bundesregierung sowie die öffentliche Diskussion in Deutschland vor dem Irak-Krieg untersucht werden. Zwar kam es hier zu keinem Bundeswehreinsatz. Dennoch bietet sich der Fall an, da sich die Frage stellt, inwieweit Deutschland deeskalierend wirken und →multilateral agieren konnte. Nicht zuletzt mag es besonders interessant sein, die Irak-Debatte mit dem Kosovo-Einsatz zu vergleichen.

(Laura Appeltshauser)

• Auch wenn der Bericht somit nicht vollständig sein kann, ist doch zu erwarten, dass am Schluss einige allgemeine Aussagen getroffen werden können.

I. Der Kosovokrieg

I.I. Der Amtsantritt von Rot-Grün

I.I.I. Die deutsche Kosovo-Politik bis zum Amtsantritt von Rot-Grün

Mit dem Tode →Titos (1980) und dem Zusammenbruch der →Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens Anfang der neunziger Jahre brachen auf dem Balkan mehrere ethnische Konflikte aus. Die geschichtlich und ökonomisch bedingten Spannungen zwischen →SerbInnen, →BosnierInnen, →KroatInnen und →AlbanerInnen entluden sich im →Bosnienkrieg. Das →Kosovo hatte 1989 seinen Autonomiestatus verloren und die kosovo-albanische Bevölkerung sah

³¹³ Gareis, Sven Bernhard: Deutschlands Außen-und Sicherheitspolitik, Leverkusen 2005, S. 173 ff.

sich zunehmenden Repressionen von Seiten der serbischen Polizei ausgesetzt.³¹⁴ Die Kosovo-AlbanerInnen reagierten mit der Ausrufung der autonomen "Republik Kosovo" und wählten →Ibrahim Rugova in einem geheimen Referendum als "Schattenpräsidenten". Dessen Strategie war es vor allem, das Kosovo-Problem zu internationalisieren, das heißt die internationale Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, um so möglichst eine Lösung zu verhandeln. Spätestens aber, als die Kosovo-Frage nicht mit einem Wort im →Dayton-Abkommen erwähnt wurde, erachteten viele diese gewaltfreie Strategie als gescheitert: "Dayton war somit die geistige Geburtsstunde der →UCK"³¹⁵. Das erste Auftreten des bewaffneten kosovo-albanischen Widerstands, der "Kosovo-Befreiungsarmee" UCK, ist auf November 1997 datiert. Die folgenden größeren Zusammenstöße und die teils brutalen Reaktionen der serbischen Sicherheitskräfte führten zu einer ersten →UNO-Resolution (UNO-Resolution 1160) im März 1998.

Bereits 1995 und 1996 hatte es eine kurze deutsche Initiative unter dem damaligen Außenminister Klaus Kinkel gegeben, die "Scheinwerfer auf das Kosovo zu richten"³¹⁶. Dabei ist jedoch beachten, dass es der Bundesregierung vor allem darum ging, eine eventuelle Flüchtlingswelle nach Deutschland zu vermeiden. 317 Weitere Initiativen Deutschlands, auch im Rahmen der →Kontaktgruppe, die schon während des Bosnienkriegs vermittelt hatte, scheiterten. Währenddessen war die UCK weiter auf "Erfolgskurs"318, die SerbInnen verstärkten Militär- und Polizeipräsenz und schlugen massiv zurück. Als die Lage durch die vielen Flüchtlinge (mehrere Hundertausend im Sommer 1998) immer prekärer wurde und sich inzwischen auch die →NATO mit dem Konflikt befasste, tat sich die deutsche Bundesregierung unter Kohl vor allem dadurch hervor, dass sie als erstes NATO-Mitglied die Option einer militärischen Intervention ins Spiel brachte.³¹⁹ Dies war jedoch weniger als reale Drohung gemeint, sondern eher zur Verstärkung der internationalen Drohungen gegen Milosevic, den serbischen Präsidenten³²⁰. Doch die Ereignisse begannen die deutsche Politik zu überholen. Da die UCK inzwischen zur regelrechten Kriegsführung übergegangen war und Serbien mit einer großangelegten Sommeroffensive reagierte, arbeitete die NATO jetzt Pläne für ein Eingreifen aus – obwohl klar war, dass aufgrund Russlands ein legitimierendes →Mandat durch den →Sicherheitsrat kaum möglich sein würde³²¹. Kinkel betonte jetzt, ein Militäreinsatz wäre nur mit UN-Mandat möglich, während das Bundesministerium der Verteidigung und Verteidigungsminister Rühe sich wesentlich schwammiger beziehungsweise sogar in Richtung eines Agierens ohne UN-Mandat äußerten. Im August 1998 dachte schließlich die Bundesregierung über das Bereitstellen von 13 →Tornados nach, falls es zu Militäraktionen kommen würde. So schloss auch Bundeskanzler Kohl zu Ende seiner Amtszeit ein Eingreifen ohne UN-Mandat nicht mehr aus. 322

Bemerkenswert ist hier besonders die Einstellung der – damals noch – Opposition: Die SPD ließ durch ihren außenpolitischen Sprecher Günter Verheugen wissen, dass ein Einsatz ohne UN-Mandat "nicht diskussionswürdig" sei, während die Grünen einen →Vorratsbeschluss des Parlaments für einen NATO-Einsatz kategorisch ablehnten³²³. Noch im Juni 1998 hielt Fischer "eine klare Mandatierung für notwendig"³²⁴.

³¹⁴ Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg Baden-Baden 2000, S. 21.

³¹⁵ Kreidl, Jakob: Der Kosovo-Konflikt, Frankfurt/Main 2006, S. 54.

³¹⁶ Zit. nach Friedrich: Roland, Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, Wiesbaden 2005, S. 31.

³¹⁷ Ebd

³¹⁸ Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 25.

³¹⁹ Vergl. Friedrich: deutsche Aupenpditik, S. 40 f.

³²⁰ Vergl. ebd. S. 40 f.

Russland hat ein traditionell sehr gutes Verhältnis zu Serbien, unter anderem standen die beiden Staaten während mehrerer Kriege der letzten zwei Jahrhunderte auf einer Seite.

³²² Ebd., S. 47.

³²³ Ebd.

³²⁴ Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 112.

I.I.2. Der Antritt der rot-grünen Regierung

Im Bundestagswahlkampf 1998 spielte der Kosovo-Konflikt eine eher untergeordnete Rolle. Die Wahlen am 27.9.1998, die Koaltitionsverhandlungen und der Regierungsantritt fielen jedoch genau in die Phase, in der schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden mussten. Aufgrund der unverändert schlimmen Ausmaße der Flüchtlingsströme und des bevorstehenden Winters sahen sich die Vereinten Nationen und die NATO zum Handeln gezwungen. Der Sicherheitsrat verabschiedete (mit der Stimme Russlands) die Resolution 1199, die im Wesentlichen die Konfliktparteien zu einem sofortigen Waffenstillstand aufrief und den Rückzug von Armee und serbischer Sonderpolizei forderte. Diese Forderungen wurden Milosevic vom Diplomaten Richard Holbrooke übergeben, zur Überwachung war eine starke →OSZE-Verifikationsmission vorgesehen. Jedoch ging diese diplomatische Initiative nicht von Deutschland oder Europa, sondern von Washington aus.

Parallel dazu wurde allerdings eine starke Drohkulisse durch die NATO aufgebaut, die ihrerseits massiven Druck auf die scheidende Regierung und ihre Nachfolger ausübte. Das Kabinett Kohl beschloss am 30. September (unter Anwesenheit des designierten Kanzlers Schröder und des zukünftigen Außenministers Fischer) die Bereitstellung von mindestens II Tornados. Beim Antrittsbesuch von Schröder und Fischer in Washington war das Kosovo zentrales Thema. Auch wenn das Auswärtige Amt noch am 7. Oktober verkündet hatte, ein NATO-Einsatz sei nur mit UN-Mandat möglich³²⁵, ließ Schröder bei dem damaligen US-Präsidenten Clinton den Eindruck zurück, Deutschland würde einem NATO-Einsatz ohne →völkerrechtliche Grundlage nicht im Wege stehen³²⁶. Mit dem Argument, Holbrooke stehe kurz vor dem diplomatischen Durchbruch und die NATO müsse jetzt nach außen Handlungsfähigkeit und Einigkeit demonstrieren, stimmte das Bundeskabinett (wieder unter Anwesenheit von Schröder, Scharping und Fischer) dem NATO-Plan schließlich am 12. Oktober zu. Schröder betonte hierbei wiederum, dass Solidarität und Bündnisfähigkeit gezeigt werden müsse.³²⁷ Auch Verheugen war inzwischen zu der Überzeugung Deutschland das Bündnis nicht blockieren dürfe, verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, "eine NATO-Intervention [...] mit harschen Worten ab[lehnte]"328. Auch mit großem innenpolitischen Druck war zu rechnen: Rittberger und Nielebrock gehen davon aus, dass "[b]ei einem Nein [...] die Gefahr einer Koalitionsauflösung und massiver Druck von Seiten der Opposition gedroht [hätte]"329 und dass "zudem [...] ein tiefes Zerwürfnis innerhalb der SPD wahrscheinlich gewesen"330 wäre. Nach einer längeren Debatte, ob denn der alte oder der neue Bundestag über den Kabinettsbeschluss abstimmen sollte, trat schließlich der alte Bundestag am 16. Oktober noch einmal zu einer Sondersitzung zusammen und stimmte mit breiter Mehrheit zu³³¹. Aufgrund eines →"übergesetzlichen Notstands", wie Ludger Volmer es ausdrückte³³², schuf damit der alte Bundestag die Handelsgrundlage für die neue Regierung.

I.I.3. Fazit

Deutschland hat offenbar dem massiven Druck nachgegeben, der von Seiten der USA in mehreren Telefongesprächen und in einem persönlichen Treffen aufgebaut worden war. Hier muss aber auch

³²⁵ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 51.

³²⁶ Joetze, Günter: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik, Stuttgart 2001, S. 37.

³²⁷ Ebd., S. 38.

³²⁸ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 52.

Rittberger, Volker/Nielebock, Thomas: Außenpolitische Bilanz der rot-grünen Regierung. Interview mit Mitgliedern der Friedenspolitischen Kommission der Grünen Jugend, Tübingen 3. Mai 2007.

³³⁰ Ebd.

³³¹ Bundestagsdrucksache 13/11469.

³³² Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 40.

kritisch hinterfragt werden, ob dieser Druck überhaupt nötig war. Die Holbrooke-Verhandlungen waren auf gutem Wege, Holbrooke selber meinte zwar, sein diplomatischer Erfolg sei auf die Drohkulisse durch die NATO zurückzuführen, er forderte aber keine Steigerung des Drucks³³³. Dies lässt die Vermutung zu, dass die "USA künstlich einen Entscheidungsdruck aufgebaut"³³⁴ haben, um im Vorhinein eine klare deutsche Position zu erzwingen – was ihnen ja damit auch gelungen ist. Weder die Regierung Kohl noch die Regierung Schröder haben sich in dieser Zeit um erkennbare diplomatische Schritte bemüht, was vielleicht in einer Zeit des Regierungswechsels schwierig, aber nicht unmöglich ist – Deutschland zeigte sich ja keineswegs handlungsunfähig.

Bemerkenswert ist auch der unglaublich schnelle Positionswechsel der Fraktionen. Obwohl die Grünen noch wenige Monate davor in ihrem Bundestagswahlprogramm³³⁵ für die Abschaffung der NATO plädiert hatten und der Koalitionsvertrag eigentlich eine Stärkung der Vereinten Nationen vorsah, stellte sich lediglich die PDS-Fraktion gegen den NATO-Beschluss, der einen völkerrechtlich zweifelhaften Luftkrieg ermöglichte³³⁶. In ihrem Verhalten bezüglich des Kosovos ließ die neue Bundesregierung keinen Bruch zu den Positionen der Regierung Kohl erkennen, schließlich bestimmte sie den Lauf der Ereignisse seit der Wahlnacht maßgeblich mit. Wie Günter Joetze hier treffend bemerkt: "Prinzipien sind eines, Verantwortung etwas anderes"³³⁷. Aufgrund der Befürchtung, außenpolitisch isoliert dazustehen (noch zu gut war vielen Beamtlnnen und vor allem Militärs der Spott von 1991, als Deutschland sich nicht am →Golfkrieg beteiligte, in Erinnerung), beugte sich die rot-grüne Regierung also dem starken Bündniszwang³³⁸. Ein Festhalten am eigenen Anspruch und den eigenen Prinzipien wäre mit hohen Kosten in Bezug auf Glaubwürdigkeit und Bündnisfähigkeit verbunden gewesen – aber dennoch nicht unmöglich.

I.2. Vom Amtsantritt zum Kriegsanfang

I.2.I. Das Holbrooke-Abkommen und die OSZE-Mission

Ob offiziell ein Abkommen zwischen Milosevic und Holbrooke vorlag, ist unklar. Fest steht, dass die deutsche Bundesregierung im Rahmen der Kontaktgruppe lediglich im Nachhinein darüber informiert wurde³³³, dass Milosevic jetzt bereit sei, einen Waffenstillstand zu akzeptieren und eine Beobachtermission zuzulassen: die →Kosovo-Verifikations-Mission (KVM). Hierfür sollte die →OSZE 2000 →Verifikateurlnnen in das Kosovo entsenden. Die Bundesregierung erklärte, diese Mission mit Kräften zu unterstützen, Fischer maß dem Einsatz sogar eine "historische Dimension"³⁴⁰ zu. Proportional zum deutschen Anteil am Budget der OSZE versprach die Regierung Schröder, 200 Leute zur Verfügung zu stellen. Da es aber zu mehreren internen Meinungsverschiedenheiten zwischen den betreffenden Ämtern kam, ging die Aufstellung sehr zögerlich beziehungsweise mangelhaft vonstatten. Fischer äußerte auch zu Recht auf internationalem Parkett vehemente Kritik am fehlenden Engagement der Mitgliedsstaaten, eine "Aufstockung des deutschen Beitrags, um dem abzuhelfen, zog die Bundesregierung aber entgegen ihrer Rhetorik nicht in Betracht"³⁴¹.

Eine mögliche Erklärung für diese mangelnde Bereitschaft ist die Tatsache, dass die KVM von einigen insgeheim als reiner Zeitaufschub betrachtet wurde. Besonders rückblickend wurde die

³³³ Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 99.

³³⁴ Ebd..

³³⁵ Vergl. Bündnis 90/Die Grünen: Grün ist der Wechsel. Bundestagswahlprogramm, Bonn 1998, S. 143.

³³⁶ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 55.

³³⁷ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 37.

Vergl. Mahnke, Hans-Christian: Deutsche Außenpolitik zwischen Intervention und Nicht-Intervention. Die Erfahrungen im Kosovo und beim Entscheidungsprozess zum Irak-Krieg, Berlin 2004, S. 42 f.

³³⁹ Vergl. Kreidl: Kosovo-Konflikt, S. 80.

Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 67.

³⁴¹ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 61.

Situation so dargestellt, als ob der Krieg bereits im Herbst 1998 absehbar war³⁴².

Die deutsche Diplomatie war zu diesem Zeitpunkt relativ inaktiv. Lediglich der amerikanische Diplomat Christopher Hill betrieb im Namen der Kontaktgruppe (also im Namen von Russland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Deutschland und den USA) eine "lebhafte Pendeldiplomatie zwischen Belgrad und Prishtina"³⁴³, um einen Autonomieplan auszuarbeiten, stand dabei allerdings stark unter amerikanischem Einfluss.

Obwohl die KVM teils beträchtliche Erfolge erzielte, zeichneten sich langsam die Probleme ab, die sie nicht bewältigen konnte. Abgesehen vom chronischen Personalmangel (die Zahl von 2000 VerifikateurInnen wurde bei weitem verfehlt) trug auch die UCK mit zum Scheitern der OSZE bei. Sie war nicht in das Abkommen zwischen Milosevic und Holbrooke eingebunden. Zwar hielten sich die gemäßigteren KämpferInnen an den Waffenstillstand, es kam aber auch immer wieder gezielt zu Provokationen. Mehrere Quellen gehen davon aus, dass die UCK auf das Scheitern der KVM setzte, um die NATO zu ihren Zwecken zu instrumentalisieren³⁴⁴.

I.2.2. Das "Massaker von Racak"

Bis heute ist nicht genau klar, was am 15. Januar 1999 im Bergdorf Racak wirklich passierte. Jedenfalls fanden am nächsten Tag Beauftragte der KVM an die 45 getötete Kosovo-AlbanerInnen. Der KVM-Leiter William Walker sprach vor Ort von einem "Massaker" der serbischen Sicherheitskräfte und erklärte damit das Milosevic-Holbrooke-Abkommen für endgültig Namen Auch Joschka Fischer sprach, diesmal im der →EU, dessen →Ratspräsidentschaft Deutschland seit dem 1. Januar inne hatte, von einer "Hinrichtung von 45 unbewaffneten Personen"345. Unabhängige Stimmen und Untersuchungen ließen jedoch im Anschluss verlauten, dass vielmehr eine Kampfhandlung zwischen UCK-KämpferInnen und Serbischer Polizei stattgefunden hatte und die vermeintlichen Leichen aus der Zivilbevölkerung nur eine Inszenierung der UCK waren. Hierfür spricht unter anderem Aussagen der unabhängigen finnischen Gerichtsmedizinerin Helena Ranta. Als sie allerdings am 17. März ein Kurzcommuniqué verfasst hatte, wurde dies sofort von der E U-Ratspräsidentschaft – also in diesem Falle von Joschka Fischer – unter Verschluss genommen³⁴⁶. Allerdings ist anzumerken, dass der Bericht der forensischen Untersuchung unter Leitung von Helena Ranta auch anders interpretiert werden kann. Zumindest die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass der Bericht sich auf die "forensische Aufgabenstellung"347 konzentriert und daher keine "kriminalistischen Aussagen"348 beinhaltet.

Fest steht jedenfalls, dass die Bundesregierung mit ihrer Hinrichtungs-Rhetorik dazu beitrug, eine Drohkulisse aufzubauen, auch brachte sie wieder eine Offensive ins Gespräch³⁴⁹. Verteidigungsminister Scharping kündigte beispielsweise an, dass Deutschland die *Extraction Force* (eine Einsatztruppe, die im Notfall die OSZE-VerifikateurInnen evakuieren konnte) mit weiteren Kräften unterstützten würde³⁵⁰. Hinter den Kulissen waren es aber eher die AmerikanerInnen, die nach diesen emotionalisierenden Ereignissen militärische Optionen in Erwägung zogen. Während die US-Regierung ein Ultimatum an die SerbInnen vorsah, diskutierte die rot-grüne Regierung über eine Verhandlungsrunde – nach dem Vorbild der Konferenz von Dayton zur Schlichtung des

³⁴² Vergl. ebd.

³⁴³ Ebd., S. 64.

³⁴⁴ Ebd., S. 65.

³⁴⁵ Ebd., S. 66.

Vergl. Elsässer, Jürgen: Geheimakte Racak, in: konkret 05/2000, http://home.nikocity.de/schmengler/balkan/konkret00-05-2.htm (Zugriff 25.11.2007).

Bundesregierung: Antwort auf die Kleine Anfrage mehrere Abgeordneter und der FDP-Fraktion "Kovoso – Was ist Wahrheit, was Legende?" (Drucksache 14/5514), Berlin 2001, Drucksache 14/5905

³⁴⁸ Ebd.

³⁴⁹ Vergl. Elsässer: Geheimakte Racak, S. 69.

³⁵⁰ Vergl. ebd.

Bosnienkriegs³51. Auch weil besonders Deutschland auf die Einbindung Russlands bestand, kam es Ende Januar zu einem Treffen der AußenministerInnen der Mitglieder der Kontaktgruppe. Washington konnte davon überzeugt werden, einen letzten größeren diplomatischen Versuch zu starten und die Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen. Für die Konferenz, die in →Rambouillet bei Paris stattfinden würde, arbeiteten nun der US-Sonderbotschafter Hill und der österreichische EU-Sonderbeauftragte Wolfgang Petritsch einen Katalog mit elf →basic principles aus, denen die Parteien bereits mit ihrer Teilnahme zustimmen würden. Bei der Planung der Konferenz trat aber wieder deutlich zutage, wie wenig die internationalen Verbündeten der neuen rot-grünen Regierung noch vertrauten: Frankreich, Großbritannien und die USA hatten ursprünglich vor, Deutschland nicht in die Rambouillet-Konferenz mit einzubeziehen, und Frankreich und Großbritannien schafften es dann auch tatsächlich aufgrund gegenseitiger Vereinbarung sich den Vorsitz zu sichern³52.

1.2.3. Die Rambouillet-Konferenz und ihr Scheitern

Zur Konferenz von Rambouillet, die am 6. Februar begann, lässt sich sagen, dass Deutschland nicht im Mittelpunkt der Verhandlungen stand. Die rot-grüne Regierung hatte zwar über die EU-Ratspräsidentschaft und den EU-Sonderbeauftragten Petritsch einen gewissen Einfluss, konnte aber "in Anbetracht der gegenseitigen Blockade der Parteien keine eigenen Impulse einbringen"³⁵³. Die deutschen DiplomatInnen räumten der Konferenz durchaus noch eine Chance ein, so sprach Fischer von einem "kleinen Fenster"³⁵⁴, das es zu nutzen gelte. Fischers Versuche, Serbien mittels dem Beenden der wirtschaftlichen Sanktionen zum Einlenken zu bringen, scheiterten. Auch der traditionell eher gute Draht zu den Kosovo-AlbanerInnen half den Deutschen in dieser Situation nicht, diplomatische Erfolge zu erzielen. Die USA hatten sich inzwischen schon auf eine militärische Präsenz festgelegt und bereiteten intensiv die Aufstellung der Friedenstruppe →KFOR, über die gerade noch in Rambouillet verhandelt werden sollte, vor. Natürlich wurde auch von Deutschland das entsprechende Engagement erwartet, einer Forderung, der Rot-Grün mit der Zusage von 6000 SoldatInnen nachkam. Mit einem sogenannten Vorratsbeschluss am 25. Februar 1999 autorisierte der Bundestag³⁵⁵ diese Zusage.

Die Konferenz steckte durch gegenseitige Blockaden (und auch durch nicht sehr zielführende Verhandlungstaktiken seitens des "Westen") in einer Krise. Letzte Hoffnung waren die für Mitte März angesetzten Pariser Friedensverhandlungen. Während der UCK-Führer →Hashim Thaçi, auch unter dem Druck der Bundesregierung, seine Zustimmung gegeben hatte³56, blieb Milosevic trotz mehrfacher Versuche stur. Als die französischen und britischen Außenminister die Friedensbemühungen für gescheitert erklärten, zwang Washington die europäischen Partner zu einer Entscheidung. Nach Ansicht der US-Regierung durfte die NATO jetzt nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Nachdem Holbrooke von einem allerletzten erfolglosen Versuch aus Belgrad zurückkam, gab der NATO-Generalsekretär →Javier Solana (mit Zustimmung des NATO-Rates) am 23. März den Einsatzbefehl für die NATO-Luftangriffe.

So bleibt die Frage bestehen, ob Rambouillet der ernsthafte Versuch einer friedlichen Lösung des Konflikts war oder eher – wie oft von KriegsgegnerInnen behauptet – eine "Lüge" und in wie weit

³⁵¹ Vergl. Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 50 ff.

³⁵² Vergl. ebd., S. 56 ff.

Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 73.

³⁵⁴ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 64.

Bundestagsdrucksache 14/397; Insgesamt stimmten von 604 abgegebenen Stimmen 553 ParlamentarierInnen dem Antrag der Bundesregierung zu. Bei Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich eine Abgeordnete, fünf stimmten mit Nein (vergl. Blickpunkt Bundestag: Große Mehrheit für Antrag der Bundesregierung, Berlin 1999, in: http://webarchiv.bundestag.de/archive/2005/0113/bp/1999/bp9902/9902017.html (Zugriff 19.1.2008)).

³⁵⁶ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 80 f.

deutsche PolitikerInnen in den \rightarrow Annex B des Rambouillet-Vertragsentwurfs mit eingebunden waren. Der Vertragsentwurf von Rambouillet hatte sicherlich Merkmale eines →Diktatfriedens, er verlangte "revolutionär viel"357 von der →Bundesrepublik Jugoslawien. Die Stationierung der NATO-Truppen in ganz Serbien sowie deren weitgehende Aktionsfreiheit hätte das Friedensabkommen in gewisser Weise schon wie eine "bedingungslose Kapitulation"³⁵⁸ aussehen lassen. Auch die Tatsache, dass das Dokument den Serblnnen erst so spät zugänglich gemacht wurde, die Kosovo-AlbanerInnen dagegen schon viel früher miteinbezogen waren, verdeutlicht, wie sehr die "westlichen" Mächte Partei ergriffen hatten und wie einseitig sie Milosevic die Schuld zuwiesen. Auf der anderen Seite, selbst wenn die elf basic principles und die erhobenen Forderungen sehr weitgehend waren, so wären auch die USA zu weiteren Verhandlungen, gerade auch über den Annex B, bereit gewesen. Nach Darstellung der US-Diplomatie handelte es sich um einen Erstentwurf, nach Berichten der Financial Times Deutschland hatte die US-Außenministerin Albright Milosevic sogar ein Treffen in Genf angeboten, um über die Truppenstationierung zu verhandeln, was dieser ausschlug³⁵⁹. Der russische Diplomat Majorskij soll Milosevic sogar noch in letzter Minute am 22. März angeboten haben, das Paket aufzuschnüren und erst einmal nur über den politischen, und nicht den →Implementierungsteil, also auch den Annex B, zu verhandeln³⁶⁰. Was Deutschland anging, so ist nach wie vor nicht ganz geklärt, inwieweit führende PolitikerInnen vom Annex B wussten beziehungsweise sich dessen Bedeutung bewusst waren. Obwohl Quellen behaupten, dass der Annex B ab dem 23. Februar im Internet einzusehen war, also zwei Tage vor dem Beschluss des Bundestags, wussten die ParlamentarierInnen und die ganze mediale Offentlichkeit nichts von seiner Existenz. Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, zumindest erklärt, dass es vollkommen klar gewesen sei, dass Milosevic dem Annex B nicht hätte zustimmen können und dass sie, wenn sie davon gewusst hätte, anders abgestimmt hätte³⁶¹.

1.2.4. Fazit

Auffallend für die Zeit von Herbst 1998 bis zum tatsächlichen Beginn der Kampfhandlungen ist die Tatsache, wie sehr Rhetorik und tatsächliches Handeln der rot-grünen Regierung voneinander abwichen. Nach außen hin stellten Schröder und Fischer die OSZE-Mission als großen diplomatischen Erfolg dar, taten sich aber nicht besonders hervor, als es darum ging, zu diesem Erfolg beizutragen. Die deutsche Diplomatie wurde auch erst wieder relevant, als es um die direkten Folgen des "Massakers von Racak" ging und die USA von einem Ultimatum und einem darauf folgenden Bombardement abgehalten werden musste. Hier ist der Bundesregierung zu Gute zu halten, dass sie – auch wenn sie verbal eine militärische Drohung verstärkte - in Wirklichkeit aber eher um diplomatische Lösungen im Sinne einer Konklave bemüht war und vor allem die Einbindung Russlands suchte. Was die eigentlichen Verhandlungen von Rambouillet angeht, so erfuhren deutsche Positionen zwar durch die EU-Ratspräsidentschaft eine gewisse Verstärkung, dennoch konnte sich Deutschland nicht wirklich in den Konfliktlösungsprozess einbringen. Ganz besonders dem übermächtigen Engagement der USA hatte die deutsche Diplomatie wenig entgegenzusetzen. Von einer Vermittlerrolle war dagegen nichts zu bemerken - im Gegenteil. Der "Westen", und besonders die USA, traten mit unhaltbaren Forderungen an Milosevic heran und verhielten sich während des gesamten Konflikts parteiisch. Der eigentliche Sieger von Rambouillet

³⁵⁷ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 83.

Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 85.

³⁵⁹ Zit. nach Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 81.

³⁶⁰ Vergl. ebd., S. 88 f.

Vergl. Mappes-Niediek, Norbert: Woran scheiterte Rambouillet?, in Freitag, 6.August 1999, http://www.freitag.de/1999/32/99321101.htm (Zugriff: 25.11.2007) und Albrecht, Ulrich: Lehren aus dem Kosovo-Krieg, in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/Albrecht.html (Zugriff 25.11.2007).

war die UCK, die einen großen Teil ihrer Forderungen erreicht hatte und sich – im Gegensatz zu Serbien – nicht ständig mit einer Kriegsdrohung seitens der NATO konfrontiert sah (obwohl Serbien sich eher an das Milosevic-Holbrooke-Abkommen gehalten hatte). Die rot-grüne Regierung verkannte diese ungerechten Ausganspositionen komplett und wies dementsprechend einseitig die Schuld zu. Auch Beachtung der Tragweite des Annex B des Rambouillet-Vertragsentwurf hätte zu einem größeren Verständnis der Uneinsichtigkeit Serbiens geführt. Entgegen mancher Behauptungen ist jedoch nicht davon auszugehen, dass für die deutsche Bundesregierung die Rambouillet-Konferenz nur eine Alibi-Funktion hatte. Gerade als die Situation Mitte/Ende Januar eskaliert war, war es durchaus mit der Regierung Schröder zu verdanken, dass die Konfliktparteien wenigstens noch einmal den Versuch der friedlichen Lösung starteten.

I.3. Der Kosovo-Krieg und seine DarstellungI.3.I. Der Kosovo-Krieg

Am 24. März 1999 begannen also die NATO-Bombardements auf Jugoslawien. Die rot-grüne Regierung nutzte dabei den Bundestagsbeschluss vom 16. Oktober 1998, um die deutsche Luftwaffe Kampfangriffe zur Zerstörung der jugoslawischen Luftabwehr sowie Tornados zur Aufklärung fliegen zu lassen. Zwar flog die deutsche Luftwaffe insgesamt nur 1,3% der Angriffe, leistete aber einen strategisch wichtigen Beitrag, da sie vor allem die Aufgabe hatte, die Luftabwehr auszuschalten.

Die strategische Planung war der Bundesregierung aber gänzlich entzogen. Frankreich und Großbritannien war es gelungen, sich einen gewissen Einfluss auf die Zielplanung der NATO-Stäbe zu sichern³⁶², Deutschland hingegen hatte der NATO-Planung praktisch "blanc cheque"³⁶³ gegeben. Lediglich den Übergang vom Bombardement militärisch-strategischer Ziele zu (halb-)zivilen Zielen konnte Deutschland zusammen mit Frankreich und Italien offiziell verhindern – in der Realität wurde diese Grenze aber auf der Suche nach weiteren Zielen einfach überschritten.

Ein zweites Element des deutschen Engagements war die humanitäre Hilfe. Die NATO war selber überrascht von der großen Zahl der Flüchtlinge³⁶⁴, im April brachen also "fieberhafte Bestrebungen"³⁶⁵ aus, die Flüchtlingsströme zu bewältigen. Die Bundeswehr war für die Unterhaltung mehrerer Flüchtlingslager verantwortlich sowie für die Versorgung aus der Luft. 15 000 Flüchtlinge wurden auch nach Deutschland ausgeflogen, allerdings war dies die Ausnahme: Die Kosovo-AlbanerInnen sollten möglichst nah am Kosovo selbst untergebracht werden, "um eine Zuwanderung von Kosovo-Albanern nach Deutschland zu verhindern"³⁶⁶.

Insgesamt herrschte bei der Regierung - wie allgemein "die meisten Politiker eher Optimisten"³⁶⁷ waren - das Vertrauen darauf, dass die Luftangriffe relativ schnell zum Erfolg führen würden. Dies erwies sich aber bald als falsche Annahme, die JugoslawInnen schafften es, "ihre Kräfte in offensichtlicher Kenntnis der Zielplanungen geschickt der Waffenwirkung der NATO zu entziehen"³⁶⁸. Der NATO gingen die Ziele aus, trotzdem war kein erkennbarer Erfolg zu verzeichnen. Kritik an den NATO-Einsätzen wurde immer lauter, schnell wurde die Frage nach Sinn und Zweck der Angriffe gestellt. Gerade die rot-grüne Regierung blickte kurz nach Kriegsbeginn auf eine "diplomatische Ödnis"³⁶⁹. Vor diesem Hintergrund ist auch die Debatte um die Kriegsgründe und die Informationspolitik durch die Bundesregierung zu verstehen.

³⁶² Vergl. Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 91.

³⁶³ Vizeadmiral a. D. Weisser, zit. nach ebd., S. 94.

³⁶⁴ Siehe auch 3.2..

Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 96.

³⁶⁶ ebd., S. 97 f

³⁶⁷ Volmer zit. nach Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 91.

³⁶⁸ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 91.

³⁶⁹ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 99.

I.3.2. Kriegslegitimation und -rechtfertigung

Bereits im Antrag der Bundesregierung für den Bundestagsbeschluss fällt auf, dass das Wort "Krieg" unerwähnt bleibt, stattdessen ist vom "Einsatz bewaffneter Sreitkräfte" und "Luftoperationen" 370 die Rede. Als Grund für den eventuellen Krieg wird die "Abwendung einer humanitären Katastrophe und [die] Unterbindung [...] schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen"³⁷¹ angegeben. Was aber auch ein zentraler Grund gerade für Deutschland gewesen sein wird, war die "Abwendung einer großen [...] Fluchtbewegung"372, mit der Deutschland überfordert gewesen wäre. Aus Fischers Aussage "Das Problem ist doch nicht nur die humanitäre Katastrophe [...] Das Problem ist, dass von der Politik der Bundesrepublik Jugoslawien – von der Politik Milosevic' – eine dauerhafte Kriegsgefahr in Europa ausgeht. Diese Kriegsgefahr können wir nicht akzeptieren, das ist der entscheidende Punkt."³⁷³ lässt sich schließen, dass es ihm mindestens genauso sehr darum ging, die Regierung Milosevic zu stürzen - eine Argumentation, die auffallend an den →Präemptiv-Schlag Irak erinnert. Der Bundestagsbeschluss vom 16. Oktober wurde jedoch erst 20 Wochen später, im März, genutzt und ist damit eindeutig ein Vorratsbeschluss. Dies ist insofern problematisch, als die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist und dementsprechend direkt vom Parlament legitimiert werden müsste. Auch der Beschluss vom 25. Februar 1999 zur Beteiligung an einer Militärpräsenz (KFOR) im Falle des Erfolges von Rambouillet war ein solcher Vorratsbeschluss. Hier lag der Vertragstext den Abgeordneten nicht einmal vor, und damit natürlich auch nicht der umstrittene Annex B. Direkt nach Kriegsausbruch am 24. März hielt sich die Bundesregierung erst einmal relativ bedeckt, da parallel auch noch der EU-Sondergipfel zur Agenda 2000 in Berlin stattfand. Als die ersten deutschen Einsätze geflogen wurden, gab das Bundespresseamt eine kurze Stellungnahme heraus, welche die gleichen Gründe nannte wie der Antrag vom 16. Oktober des Vorjahres³⁷⁴. Bei einer von der PDS geforderten Stellungnahme in einer regulären Bundestagssitzung am 25. März und in anschließenden Stellungnahmen wurden die Ziele noch breiter gefasst: Es ginge darum, "einen Friedensvertrag durchzusetzen" und den Kosovarlnnen "die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten" zu ermöglichen³⁷⁵. Streng genommen war dies nicht durch den Parlamentsbeschluss vom Herbst gedeckt. Belgrad wurde durch das Scheitern von Rambouillet zum Alleinschuldigen erklärt. Die NATO ging allerdings noch wesentlich pragmatischer vor. NATO-Generalsekretär Solana gab offen zu, dass die Menschenrechtsverletzungen und Gefechte in Serbien vielleicht nicht beendet werden könnten, aber so habe die NATO wenigstens "den Willen gezeigt, es zu versuchen"³⁷⁶. Für den amerikanischen Verteidigungsminister war es offenbar wichtig, dass die NATO ihre Entschlossenheit gezeigt habe und Serbien jetzt einen "erheblichen Preis" zahlen müsse³⁷⁷. Schließlich sollen der Vollständigkeit halber noch zwei letzte Aspekte erwähnt werden:

Schließlich sollen der Vollständigkeit halber noch zwei letzte Aspekte erwähnt werden: Deutschland erwartete, dass die politischen Kosten einer Beteiligung insgesamt niedriger wären, als wenn aus einer Nichtbeteiligung größere Flüchtlingsströme und geringeres außenpolitisches Standing resultieren würden³⁷⁸. Auch machten Scharping und Schröder bereits vor dem Beginn der Luftangriffe klar, dass sie wirtschaftliche Investitionsmöglichkeiten eröffnet sahen: "Es wird vor allem in europäischer Hand liegen, den Wiederaufbau des Kosovo auch wirtschaftlich zu fördern

³⁷⁰ Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 116.

³⁷¹ Zit. nach. ebd., S. 118.

³⁷² Zit. nach. ebd.

³⁷³ Zit. nach. ebd.

³⁷⁴ Vergl. Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 86.

³⁷⁵ ebd. S. 86 ff.

³⁷⁶ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 99.

³⁷⁷ Zit. nach. ebd.

³⁷⁸ Vergl. Mahnke: zwischen Intervention und Nicht-Intervention, S. 53 ff.

und zu unterstützen", so Scharping³⁷⁹. Es wäre allerdings abstrus, daraus zu schließen, Deutschland haben den Krieg aufgrund wirtschaftlicher Investitionsmöglichkeiten oder aus reinem Kosten-Kalkül begonnen. Vielmehr spielten vermutlich Überlegungen eine Rolle, wie die Verantwortung für den Wiederaufbau nach dem Krieg bekräftigt werden könnte. Von den Bemühungen, die darauf abzielten, die Unterstützung für das Vorgehen der Bundesregierung zu erhöhen, sind diese Überlegungen jedoch nicht klar zu trennen

1.3.3. Die Informationspolitik der Bundesregierung

Der offizielle Kriegsgrund war aber nach wie vor das Verhindern einer humanitären Katastrophe. Die Bundesregierung war natürlich unter Zugzwang, eine solche katastrophale Lage zu belegen. Sie führte dazu eine Reihe von Belegen an, die genauer hinterfragt werden müssen. Die Zahlen der kosovo-albanischen Flüchtlinge wurden dazu des Öfteren herangezogen. Im Sommer 1998 war die Flüchtlingssituation wirklich desaströs: Mehrere Hundertausend Menschen (nach Angaben des UNHCR 300 000 Menschen) waren auf der Flucht, davon kampierten 50 000 im freien Gelände³⁸⁰. Scharping erwähnte direkt nach Kriegsausbruch, dass sich nun 400 000 Menschen auf der Flucht befinden würden, davon 250 000 im freien Gelände³⁸¹. Allerdings sind in dieser Statistik die Flüchtlinge nach Westeuropa enthalten, die in der Vergleichszahl vom Vorjahr fehlen³⁸². Auch wurden im Gegensatz zum Vorsommer die DorfbewohnerInnen in der Regel gewarnt, bevor ein Angriff der jugoslawischen Armee oder der UCK bevorstand und konnten danach wieder zurückkehren. So behaupten viele kritische Stimmen, erst die Luftangriffe der NATO hätten die humanitäre Katastrophe herbeigeführt: Ende März und Anfang April stiegen die Flüchtlingszahlen "explosionsartig"³⁸³, die Schätzungen schwanken zwischen über 800 000³⁸⁴ und 1 500 000 Menschen, die dem NATO-Sprecher Jamie Shea zufolge vom Belgrader Regime zur Flucht gezwungen worden seien³⁸⁵. Die amerikanische Diplomatin Norma Brown formulierte es so: "Bis zum Beginn der NATO-Luftangriffe gab es keine humanitäre Krise. Sicher, es gab humanitäre Probleme, und es gab viele Vertriebene durch den Bürgerkrieg. Aber das spielte sich so ab: Die Leute verließen ihre Dörfer, wenn die Serben eine Aktion gegen die UCK durchführten und kamen danach wieder zurück. Tatsache ist: Jeder wusste, dass es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die NATO bombardiert. Das wurde diskutiert: In der NATO, der OSZE, bei uns vor Ort und in der Bevölkerung."386

Im April 1999 wurde dann vom deutschen Verteidigungsminister der sogenannte "Hufeisenplan" enthüllt. Demzufolge hatte Milosevic die Vertreibung des Kosovo-AlbanerInnen von langer Hand geplant und war bereits seit dem Winter dabei, ihn in die Tat umzusetzen³⁸⁷. Bundeskanzler Schröder präzisierte, dass dieser Plan "Tausende von Menschen im Kosovo das Leben kostete"³⁸⁸ (nach OSZE-Angaben waren bis zu Kriegsbeginn aber erst 39 Menschen umgekommen³⁸⁹, welche

³⁷⁹ Vergl. ebd.

³⁸⁰ Elsässer, Jürgen: Geheimakte Racak.

Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 132 f.

³⁸² Vergl. ebd. S. 44.

Mutz, Reinhard: Den Frieden verfehlt. Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien: Ein Debakel, in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/sdence/mutz.html (Zugriff: 25.11.2007).

³⁸⁴ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 96.

Shea, Jamie: Press Conference given by NATO Spokesman, Jamie Shea, and SHAPE Spokesman, Major General Walter Jertz, NATO HQ Brussels 18.Mai 1999, in: http://www.nato.int/kosovo/press/p990518b.htm(Zugriff 20. Januar 2008).

Segert, Alexander: Die Mär von der humanitären Katastrophe. Konstruierter Kriegsgrund, Zürich 2001, in: Schweitzer Zeit Nr.10, http://www.schweizerzeit.ch/1001/konstruiert.htm (Zugriff am 26.11.2007).

Bundesministerium der Verteidigung, Hintergrundinformation zum Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo und zur Beteiligung der Bundeswehr, Bonn 2000, S. 4.

³⁸⁸ Loquai: Kosovo-Konflikt, S. 140.

Angerer, Jo/Werth, Matthias: Es begann mit einer Lüge. Wie die NATO im Krieg um Kosovo Tatsachen verfälschte

der weit auseinandergehenden Zahlen richtig ist, sei dahingestellt). Allerdings gab diese Information sofort Anlass zu zweifeln: Der Titel war in Kroatisch, nicht in Serbisch, außerdem hatten die anderen NATO-Partner keinerlei Kenntnis von einem solchen Plan, der über bulgarische und österreichische Quellen in die Hände des Auswärtigen Amtes gelangt sein soll. Weiterhin war das Beweismaterial teilweise auf April - und nicht wie angegeben auf Januar – datiert³⁹⁰.

Ein weiteres Ereignis, das in der Bundesrepublik hohe Wellen schlagen ließ, war das "Massaker von Racak"³⁹¹. Wie bereits erwähnt, war die Bundesregierung sehr schnell dabei, die Ereignisse einseitig zu bewerten und so große emotionale Resonanz hervorzurufen. Die Tatsache, dass der unabhängige Bericht der untersuchenden Forschungsgruppe einfach unter Verschluss gehalten wurde, ist durch Außenminister Fischer ebenfalls Mitverantwortung der rot-grünen Bundesregierung.

Schließlich stellte die Bundesregierung noch zwei weitere Behauptungen auf, die massiv angezweifelt wurden, vor allem durch die Fernsehdokumentation "Es begann mit einer Lüge"³⁹² von Jo Angerer und Mathias Werth. Die Dokumentation beschäftigt sich unter anderem mit Scharpings Behauptungen, in Pristina sei ein Konzentrationslager eingerichtet worden und seinen Belegen, im Bergdorf Rugovo sei Ende Januar ein weiteres Massaker im Rahmen des Hufeisenplans passiert. Es werden jeweils Augenzeugen zitiert sowie der damalige militärische Berater der OSZE in Wien, Heinz Loquai, die diese Aussagen als schlichtweg falsch entlarven³⁹³.

1.3.4. Fazit

Deutschland beteiligte sich also am 24. März 1999 zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg an einem (völkerrechtlich höchst umstrittenen) Krieg – ohne dass die Bundesregierung ein großes Aufheben darum machte und sich zudem eines Vorratsbeschlusses des Bundestages bediente. Konkret beteiligte sich die deutsche Luftwaffe sowohl an Angriffen auf militärische Ziele, als auch an Aufklärungsmissionen und der humanitären Hilfe. Mit letzterer war die Bundesregierung vor allem anfangs (wie die anderen Bündnismitglieder auch) eher überfordert. Später war vor allem die Verhinderung eines Flüchtlingsstromes nach Deutschland wichtig, obwohl die direkten Nachbarländer des Kosovos "kurz vor dem Chaos"³⁹⁴ standen.

Scharping hielt zwar tägliche Pressekonferenzen ab, trotzdem beließ die Bundesregierung die deutsche Bevölkerung und auch die Abgeordneten des Bundestags in einem eklatanten Informationsdefizit. Die SerbInnen wurden als alleinige grausame Verbrecher dargestellt – obwohl sie anderen Quellen zufolge unmittelbar vor dem Krieg lediglich hart, aber eben nicht mit systematischen ethnischen Säuberungen, auf die Provokationen der UCK reagierte - und diese Information der rot-grünen Regierung auch vorlag ³⁹⁵. Sicherlich war es Ziel Milosevic¹, die UCK zu zerschlagen, dabei wurden sicherlich die serbischen Bevölkerungsteile bevorzugt ³⁹⁶. Eine gezielte Vertreibung des Kosovo-AlbanerInnen war aber in dem Maße wohl nie geplant. So sind auch die anderen Behauptungen sehr kritisch zu sehen und in die Gesamtstrategie der rot-grünen Regierung einzuordnen. Aufgrund der völkerrechtlichen Bedenken und dem eigentlichen Anspruch, Friedenspolitik zu betreiben, mussten Schröder und Fischer eine andere Legitimation liefern – und taten das mit einer höchst emotionalisierenden Argumentation. Bilder von Flüchtlingen, der

und Fakten erfand, WDR (erstausgestrahlt im Ersten Deutschen Fernsehen am 8. Februar 2001), in: http://www.wdr.de/online/news/kosovoluege/sendung text.pdf (Zugriff am 26.11.2007).

³⁹⁰ Vergl. ebd.

³⁹¹ Siehe auch 2.2.

³⁹² Ausgestrahlt im Ersten Deutschen Fermehen am 8. Februar 2001 (Produktion des WDR).

³⁹³ Vergl. Angerer, Jo/Werth, Matthias: Es begann mit einer Lüge.

³⁹⁴ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 96.

³⁹⁵ Vergl. Angerer, Jo/Werth, Matthias: Es begann mit einer Lüge.

³⁹⁶ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 95.

Vergleich mit Ausschwitz³⁹⁷, falsche Informationen, all dies half, die kritischen Stimmen möglichst ruhig zu stellen. Der NATO-Sprecher Jamie Shea attestiert Rot-Grün hier sogar besondere Geschicklichkeit: "Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinter herrennen, sondern diese zu formen verstehen"³⁹⁸. Gerade der NATO war es hinsichtlich des bald bevorstehenden 50-jährigen Bestehens des Bündnisses wichtig, Geschlossenheit, Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Da dies in Deutschland jedoch aufgrund der innenpolitischen Kritik so nicht gesagt werden konnte (und wohl auch in dem Maße nicht von der Regierung vertreten wurde), fand stattdessen eine regelrechte Moralisierung³⁹⁹ des Krieges statt. Die breite Zustimmung in der Bevölkerung⁴⁰⁰, vor allem auch bei SPD- und Grünen-AnhängerInnen, belegt, dass die Informationspolitik und Argumentationsstrategie recht erfolgreich waren.

I.4. Der Weg aus dem Krieg I.4.I. Der "Fischer-Plan"

Zu Beginn des Luftkrieges war die deutsche Diplomatie also ohne Möglichkeiten und mit mehreren Problemen konfrontiert. Zum einen fehlte das klare Ziel der NATO-Angriffe⁴⁰¹, zum anderen war Russland nun endgültig brüskiert und verärgert⁴⁰². Doch auch die innenpolitische Lage setzte die Bundesregierung unter extremen Zugzwang: immer mehr kritische Stimmen wurden laut, besonders mit der Veröffentlichung des Annex B durch die taz am 6. April hinterfragten immer mehr JournalistInnen, aber auch Bundestagsabgeordnete Sinn und Zweck des Krieges⁴⁰³. Verschärft wurde der Druck auf die rot-grüne Regierung besonders durch die bevorstehenden →Ostermärsche und den anstehenden grünen Parteitag im Mai 1999, der mit seinem Kosovo-Beschluss über das Fortbestehen der Koalition entscheiden sollte. In dieser heiklen Situation ergriffen das Auswärtige Amt und Außenminister Fischer die diplomatische Initiative: Der →"Fünf-Punkte-Plan" legte fünf entscheidende Ziele fest sowie die Forderung nach der Stationierung einer internationalen friedenssichernden Militärpräsenz⁴⁰⁴. Nach intensive Bemühungen erteilte "der NATO-Rat dem Forderungskatalog des AA seine Billigung"405, und dieser wurde somit "zum Rückgrat der Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Kosovo-Krieges"406. Hierbei zeigte Deutschland eine erwähnenswerte diplomatische Geschicklichkeit: So konnte Fischer die USA dazu bringen, nicht auf die Erwähnung der NATO als militärische Schutzkomponente zu bestehen, da diese eine weitere Distanzierung Russlands zur Folge gehabt hätte⁴⁰⁷. Auch wenn Russland anfangs eher negative Signale aussandte, so wurde doch langsam der Weg klar, wie die NATO mit Russlands Zustimmung zu einem Friedensfahrplan kommen sollte: Es wurde vereinbart, die "Fünf Punkte" auf dem Treffen der AußenministerInnen der →G8, dessen Vorsitz Deutschland in diesem Jahr ebenfalls innehatte, zu verabschieden. Im Anschluss daran sollten sie dann von eben diesen Staaten in den Sicherheitsrat der UN eingebracht werden, damit diese die entsprechende

Fischer am 7. April 1999 zit. nach Fried, Nico: "Ich habe gelernt. Nie wieder Auschwitz!", in Süddeutsche Zeitung, 25. Januar 2005, http://www.sueddeutsche.de/ausland/artkel/631/46585/ (Zugriff 25.11.2007).

³⁹⁸ Vergl. Angerer, Jo/Werth, Matthias: Es begann mit einer Lüge.

³⁹⁹ Vergl. Ross, Jan: Die Geister, die der Krieg rief, in Die Zeit, Nr.25, 1999, http://www.zeit.de/1999/25/199925.kriegs-gedanken_.xml (Zugriff am 25.11.2007).

^{60%} der Deutschen befürworteten Mitte April die Luftangriffe, vergl. Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 95 f.

⁴⁰¹ Vergl. Kreidl: Kosovo-Konflikt, S. 162.

⁴⁰² Vergl. Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 93 f.

⁴⁰³ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 98 f.

⁴⁰⁴ loetze: letzter Krieg in Europa, S. 100 f.

Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 101.

⁴⁰⁶ ebd., S. 102.

⁴⁰⁷ Vergl. ebd., S, 101.

Resolution verabschieden könnten⁴⁰⁸. Auch von der EU wurden sie als "Kernforderungen zur Beilegung des Kosovo-Konflikts übernommen"⁴⁰⁹. Damit wurden Fischers "Fünf Punkte" zur "Messlatte der Friedensbemühungen"⁴¹⁰. Allerdings fehlte jetzt noch die genaue Ausgestaltung des Friedensabkommens. Auch hierfür entwickelte das Auswärtige Amt eine Art "road map", die Genaueres sowie ein näheres Zeitfenster festlegte⁴¹¹.

Als es um die Verhandlungen mit Milosevic ging, gelang es Schröder, die EU zentral mit einzubinden. Es war klar, dass je die USA und Russland einen Vertreter in die Verhandlungs-Troika entsenden würden, jetzt wurde noch ein dritter Vermittler gesucht. Schröder schlug nun vor, dass der finnische Präsident Athissaari im Namen der EU verhandeln sollte. Dieses Dreiergespann aus dem gemäßigteren Russen Tschernomyrdin, dem Amerikaner Talbott und dem Finnen trug wesentlich zur Einbindung Russlands bei, welches immer mehr den "westlichen" Positionen nachgab⁴¹². Als die Inhalte der "Fünf-Punkte", oder des "Fischer-Plans", schließlich am 6. Mai von den AußenministerInnen der G8 beschlossen wurden, war es vielleicht etwas übertrieben, die "Einbindung Russlands [als] erreicht"⁴¹³ darzustellen, es war aber ein einheitlicher Prinzipien-Katalog mit Zustimmung Russlands verfasst worden.

Deutschland spielte auch noch in weiteren Belangen eine diplomatisch wichtige Rolle: Als die chinesische Botschaft in Belgrad durch einen Fehlschlag getroffen wurde, "handelte Kanzler Schröder schnell" und "entschuldigte sich [auf einem Besuch] im Namen der Bundesregierung und der NATO"⁴¹⁴.

Was die Kriegsführung in dieser Zeit betrifft, so flog die NATO zunehmend mehr Einsätze. In Ermangelung des erhofften Erfolges wurden auch immer mehr zivile Ziele bombardiert, die UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson sprach sogar von "nahezu wahllosen Angriffen"⁴¹⁵. Auch massive Umweltschäden wurden inzwischen befürchtet⁴¹⁶, da zu den Zielen unter anderem Fabrikanlagen und Treibstofflager zählten. In dieser Situation wurde der Einsatz von Bodentruppen immer öfter öffentlich überlegt, besonders von Großbritannien ging eine starke Befürwortung aus. Die rot-grüne Regierung stellte sich entschieden gegen Initiativen in diese Richtung, sie nutzten "jede Gelegenheit, um den Einsatz von Bodentruppen auszuschließen"⁴¹⁷.

Auf diplomatischer Ebene gab es nach wie vor noch viele strittige Punkte, erfreulicherweise zeichneten sich erste Lösungen ab. Der russische Sonderbeauftragte Tschernomyrdin gab zu, dass eine NATO-Präsenz wohl "nicht zu vermeiden" sei, aus Belgrad kamen erste Andeutungen, dass die serbische Seite die Forderungen des G8-Gipfels akzeptieren würde⁴¹⁸.

Ende Mai/Anfang Juni arbeiteten alle fieberhaft daran, die genaue Reihenfolge festzulegen. Schließlich konnte sich darauf geeinigt werden, die UN-Resolution zu verabschieden, gleichzeitig die Bombardements einzustellen sowie die serbischen Truppen abziehen und die Friedenstruppe einziehen zu lassen. Deutschland brachte sich dann nochmal in die Klärung der Frage der Einbindung der russischen 3600 SoldatInnen ein, es wurde aber hauptsächlich zwischen Washington und Moskau eine Einigung ausgehandelt⁴¹⁹. Am 10. Juni wurden die Bombardements gegen Jugoslawien also daher eingestellt.

```
<sup>408</sup> Vergl. ebd., S. 102 f.
```

⁴⁰⁹ ebd., S. 103.

Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 104.

Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 103.

⁴¹² Vergl. ebd. S. 111.

⁴¹³ ebd., S. 112.

⁴¹⁴ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 145.

Lutz, Dieter (Hrsg): Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Politik, Baden-Baden 2000, S. 288.

⁴¹⁶ Vergl, ebd.

⁴¹⁷ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 114.

⁴¹⁸ ebd., S. 117.

⁴¹⁹ Vergl. ebd. S. 121.

I.4.2. Der Kosovo-Stabilitätsplan

Der deutschen Diplomatie ging es aber in den Monaten Januar⁴²⁰ bis Juni nicht nur um die unmittelbare Beendigung des Krieges, sondern auch um eine langfristige Perspektive für die Balkanregion − entsprechend dem Koalitionsvertrag, der die Konfliktverhütung betonte. Das Auswärtige Amt konnte auf einen Plan zurückgreifen, der schon unter Kinkel entwickelt worden war. Der sogenannte →"Stabilitätsplan" wurde den EU-AußenministerInnen dann im April präsentiert, wobei besonders ein Punkt kontrovers war. Zur Beschleunigung der Stabilisierung und Demokratisierung der Region wollte Fischer den Balkanländern den EU-Beitritt in Aussicht stellen, während die anderen Länder sich hier eher zögerlich verhielten⁴²¹. Der endgültige Plan, der am 10. Juni von den am Kölner G8-Gipfel teilnehmenden Staaten gebilligt wurde, enthielt schließlich eine eher schwammige Kompromissformel⁴²². In dieser Form wurde der Pakt schließlich am 30. Juli in Sarajevo ins Leben gerufen. Am Stabilitätsplan wurde öfters die Vielzahl der beteiligten AkteurInnen und Organisationen kritisiert, trotzdem hat er eine Vielzahl aufbauender Projekte angestoßen.⁴²³ Abgesehen davon stimmte der deutsche Bundestag am 6. Juni über die Entsendung deutscher SoldatInnen für die KFOR, also die friedenssichernde Militärpräsenz unter NATO-Führung im Kosovo, ab. Deutschland beteiligte sich demnach mit 8500 SoldatInnen.

1.4.3. Fazit

Während die Bundesregierung in den ersten Kriegstagen noch plan- und ziellos dastand⁴²⁴, lässt sich für den weiteren Kriegsverlauf zusammenfassend feststellen, dass von Deutschland mehr diplomatische Initiative ausging, als es der rot-grünen Regierung davor möglich war. Mit dem Entwurf des "Fischer-Plans", der später als "Deutsche Friedensinitiative" bezeichnet wurde, schaffte es die deutsche Regierung, einen Ausweg aus der vertrackten Situation zu finden, in die sich die NATO manövriert hatte. Auch war sie maßgeblich bei der konkreten Ausgestaltung einer Beendigung der Luftangriffe beteiligt. Auf der anderen Seite nahm sie dafür in Kauf, dass kein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den kriegsführenden Parteien zustande kam, sondern die Forderungen praktisch per "Sicherheitsratresolution oktroyiert"⁴²⁵, also aufgedrückt, wurden. Auch in brenzligen Situationen, wie nach der Zerstörung der chinesischen Botschaft, war Rot-Grün vermittelnd zur Stelle, ebenso wie bei der Annäherung zwischen Russland und den USA. Auch die Aufwertung der EU im Rahmen der Ratspräsidentschaft und damit eine Einschränkung der -- unilateral handelnden USA muss der deutschen Diplomatie in Folge dessen zu gute gehalten werden. Nicht zuletzt ist die Ausarbeitung des Stabilitätsplans erwähnenswert, der – ebenso wie die deutsche Friedensinitiative – zum großen Teil von der internationalen Staatengemeinschaft übernommen wurde.

Dieses Lob muss aber in gewisser Weise relativiert werden. Zum einen hatte auch das US-Außenministerium ein dem Fischer-Plan ähnliches Papier für den NATO-Gipfel Ende April entworfen. Es ist wohl richtig, davon auszugehen, dass "der deutschen Initiative [...] sicherlich keinerlei Erfolg beschieden gewesen [wäre], wenn die Clinton-Administration in dieser Phase zu einer anderen Beurteilung der Lage gekommen wäre"⁴²⁶. Zum anderen ist davon auszugehen, dass das deutsche Engagement besonders von der innenpolitisch angespannten Lage herrührte. Der SPD-Parteitag im April hatte sich mit großer Mehrheit hinter Schröder gestellt, an der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im Mai drohte jedoch die Koalition zu zerbrechen. Nur

⁴²⁰ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 171.

⁴²¹ Vergl. ebd. S. 106 f.

⁴²² Vergl. ebd. S. 123.

⁴²³ Joetze: letzter Krieg in Europa, S. 176 ff.

⁴²⁴ Vergl. 3.1.

⁴²⁵ Friedrich: deutsche Außenpolitik, S. 103.

⁴²⁶ ebd., S. 109.

der Fischer-Plan, die Argumentation, eine grüne Regierungsbeteiligung sei Garant gegen den Einsatz von Bodentruppen und vor allem Fischers Rücktritts-Drohung schufen im Endeffekt eine knappe Mehrheit⁴²⁷ für den Antrag des Bundesvorstands⁴²⁸. Auch aufgrund der massiven öffentlichen und parteiinternen Kritik war Rot-Grün praktisch gezwungen, die vermittelnde und deeskalierende Rolle einzunehmen, die sie tatsächlich auch bezogen.

2. Die Mazedonien-Einsätze

Auch Mazedonien blieb vor den brodelnden Konflikten des Balkans, die den damaligen Vielvölkerstaat Jugoslawien seit den 90er Jahren destabilisiert hatten, nicht verschont. Und dies, obwohl Mazedonien bis dahin geradezu als "multiethnische Mustergesellschaft"⁴²⁹ gegolten hatte, in der ethnische Minderheiten vergleichsweise große Rechte genossen hatten. Und noch im April/Mai 1998 hatte Mazedonien ohne größere Probleme 360 000 Kosovo-Flüchtlinge aufgenommen⁴³⁰. Nur drei Jahre später stand Mazedonien selbst am Rande eines Krieges. Grund für die Unruhen waren die Kämpfe zwischen der mazedonischen →UCK⁴³¹ - albanische RebellInnen beziehungsweise nach deren Selbstverständnis "WiderstandskämpferInnen" - , die den Krieg in die Republik Mazedonien hinein trugen und mit den mazedonischen Sicherheitskräften kämpften – ohne dass die NATO, die Mazedonien während des Krieges als Auf- und Durchmarschgebiet genutzt hatte, in irgendeiner Form gegen diese Entwicklung vorging. Damit war im Februar 2001 die Gefahr eines dritten blutigen Balkankrieges nach Bosnien-Herzegowina und Kosovo in greifbare Nähe gerückt.

Im Februar 2001 begannen die ersten großen Operationen der UCK in Westmazedonien: Polizeistationen wurden überfallen und die Bevölkerung terrorisiert. Die internationale Gemeinschaft war zu diesem Zeitpunkt stark für Ereignisse auf dem Balkan sensibilisiert und wollte unter keinen Umständen zulassen, dass sich in der Region ein dritter Krieg ereignete. Eine frühzeitigen Reaktion war trotz Zurückhaltung⁴³² nicht nur möglich, sondern gleichermaßen ohne Alternativen, wollte die internationale Gemeinschaft ihr Gesicht und ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren; zudem dürfte ihr klar gewesen sein, dass sie einen großen Beitrag zur Entstehung der Situation beigetragen hatte. Ein Krieg in Mazedonien hätte das Versagen der NATO nicht nur besiegelt, sondern auf die Spitze getrieben, da sie unmittelbar mitverantwortlich gewesen wäre. Eine aktive Deeskalationsstrategie war gefordert. Zugute kamen der Gemeinschaft dabei die seit Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina aufgebauten Diskursforen: mit jährlich stattfindenden Konferenzen, an denen unterschiedliche gesellschaftliche, politische und ethnische Gruppen beteiligt waren, hatte die NATO den Versuch gemacht, ein präventives Forum für Gedankenaustausch, Konfliktaustragung und Kompromissfindung zu institutionalisieren⁴³³. Am 24. März 2001, zum Ende des EU-Gipfels in Stockholm, auf dem ein Treffen zwischen dem mazedonischen Präsidenten →Trajkowski und dem Europäischen Rat stattgefunden hatte, forderten die Staats- und RegierungschefInnen die AlbanerInnen in Mazedonien geschlossen zum Gewaltverzicht auf. Der damalige Hohe Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, wurde damit beauftragt, die Situation in der Region zu verfolgen, sich mit den politischen

⁴²⁷ 440 von 800 Stimmen, vergl. Mahnke: zwischen Intervention und Nicht-Intervention, S. 63.

⁴²⁸ Vergl. Joetze: letzter Krieg in Europa 1, S. 137.

⁴²⁹ Büchsenschütz, Ulrich: Die Mazedonien-Krise, Bonn 2001, S.7.

⁴³⁰ Auswärtiges Amt, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Mazedonien/Geschihte.html (Zugriff: 16.01.2008).

⁴³¹ Ushtria Clirimtare Kombetare; nicht zu verwechseln mit der kosovarischen UCK.

[&]quot;Wir haben keine Kampftruppen in Mazedonien.", so ein NATO-Sprecher im März 2001 auf die Frage nach einem möglichen Vorgehen in Mazedonien, vgl. http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Makedonien/kriegsgefahr.html (Zugriff: 21.01.2008).

Dies galt auch für den Kosovo, wo die Foren nicht diese Wirkung zeigten und die Rahmenbedingungen freilich anders waren.

Führern des Landes zu treffen und dem Rat Vorschläge zu präsentieren⁴³⁴. Wenige Tage später, am 9. April, schlossen Europäische Union und Mazedonien ein →Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA)⁴³⁵ ab. Dieses Abkommen war zum damaligen Zeitpunkt einmalig: es öffnete Mazedonien das Fenster zu Europa⁴³⁶ und hatte hohen symbolischen Charakter. Das SAA bildete nicht nur die Grundlage für "Liberalisierung des Handels, politische Zusammenarbeit, wirtschaftliche und institutionelle Reformen und die Übernahme der EU-Gesetzgebung", sondern integrierte Mazedonien in das Europäische Währungssystem und gewährte im vollen Umfang Zugang zum Markt der Europäischen Union. Die EU stellte circa 80 Millionen Euro für die Stabilisierung des mazedonischen Haushalts und 40 Millionen Euro für Ausbildung zur Verfügung. Besondere Bedeutung innerhalb des SAA kam dem Hilfsprogramm →"Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation" (CARDS)⁴³⁷ zu. Mazedonien verpflichtete sich im Gegenzug dazu unter anderem zur Kooperation im Bereich der Sicherheit und ermöglichte es der EU, Einfluss auf die von ethnischen Konflikten geprägte mazedonische Innenpolitik zu nehmen.

Der mazedonische Präsident Boris Trajkowski, der seit dem 15.12.1999 im Amt war, bemühte sich intensiv um eine Beteiligung der zahlreichen ethnischen Gruppen am politischen Geschehen und die Stabilität Mazedoniens. Jedoch drohte der Konflikt im Mai 2001 zu eskalieren. In Kooperation mit dem damaligen NATO-Generalsekretär →George Robertson verhinderte Javier Solana die Ausrufung des Kriegszustands. Zudem wurde gesichert, dass internationale VermittlerInnen weiter am Deeskalationsprozess beteiligt werden würden: Ende Juni wurden von US-amerikanischer Seite →James Pardew, von Seite der EU →Francois Léotard als Sonderbeauftragte für Mazedonien ernannt. Es gelang den bedeutenden mazedonischen Parteien schließlich, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Am 12. Juli billigte die Regierung ein Konfliktbewältigungsprogramm; zentraler Bestandteil des fünfstufigen Programmes war die Entwaffnung der albanischen RebellInnen. Zu diesem Zweck bat Präsident Trajkowski die NATO um Unterstützung⁴³⁸. Der NATO-Rat sagte seine Unterstützung zu, band die Zusage jedoch an zahlreiche Voraussetzungen⁴³⁹, unter anderem an die Zustimmung beider Seiten – albanischer RebellInnen und mazedonischer Regierung – zur Operation →ESSENTIAL HARVEST, an einen dauerhaften Waffenstillstand, an Vereinbarungen über eine freiwillige Entwaffnung der RebellInnen. Die UCK stimmte zu; sie erhoffte sich davon, die eroberten Gebiete im Westen Mazedoniens behalten zu können und damit ihre geschäftlichen Verbindungen absichern zu können. Am 15. August, nachdem die Voraussetzungen erfüllt worden waren, entschied der NATO-Rat, ein Vorauskommando zu entsenden. Am 27. August begann die Operation, deren erster Schritt das Einsammeln von Waffen war⁴⁴⁰.

Die NATO-Operation war nicht nur durch die Resolutionen 1345 und 1371 des UN-Sicherheitsrates auf ein völkerrechtliches Fundament gestellt, sondern insbesondere auch durch die Vereinbarungen mit der mazedonischen Regierung und den albanischen RebellInnen.

Punkt 13 der Abschlusserklärung; abrufbar unter: http://www.eu2001.se/static/pdf/conclusions/conclusions_engpdf, (Zugriff: 16.01.2008).

Online abrufbar unter:

 $http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/the_former_yugoslav_republic_of_macedonia/saa03_01_en.pdf (Zugriff: 16.01.2008).$

⁴³⁶ Schon vor dem Kosovokrieg war dies Mazedonien immer wiederversprochen worden.

⁴³⁷ Informationen dazu auf der Homepage der Europäischen Union, http://ec.europa.eu/enlargement/financial_assistance/cards/index_en.htm (Zugriff: 16.01.2008).

⁴³⁸ Der UN-Sicherheitsrat war durch das Veto Chinas handlungsunfähig. Auf diese Problematik mit all ihren Implikationen kann hier leider nicht eingegangen werden.

⁴³⁹ Nachzulesen in: BMV (Hrsg.): Informationen zur Operation ESSENTIAL HARVEST, Berlin, 2001.

⁴⁴⁰ Offizielle Informationen des Auswärtigen Amts, s.o.

2.1. Die Operation ESSENTIAL HARVEST

Die Operation war auf einen Zeitraum von 30 Tagen festgelegt⁴⁴¹. Innerhalb dieser Zeit sollten von den RebellInnen freiwillig abgegebene Waffen und Munition eingesammelt werden und diese zerstört beziehungsweise abtransportiert werden⁴⁴². In dem Operationsplan war festgelegt, dass sich die NATO-Truppen unparteilich unparteilsch verhalten mussten und Waffen und Munition ohne die Anwendung von Gewalt einsammeln mussten. Es bestand ausdrücklich kein Auftrag zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung in Mazedonien. Die Operation wurde in drei Phasen vollzogen: Einrichtung von Waffensammelpunkten, rotierende Öffnung der Sammelpunkte und Abgabe der Waffen, Abtransport der Waffen. Zwar verzögerten zunächst sowohl die RebellInnen als auch die mazedonische Regierung die Räumung der Stellungen und lieferten sich einige Schusswechsel; jedoch waren diese kleinerer Art und den Einsatzkräften der Operation ESSENTIAL HARVEST, der →Task Force Harvest (TFH), wurde kein Widerstand geleistet⁴⁴³. Ergebnis der Operation war, dass statt den geplanten 3300 Waffen 3875 Waffen eingesammelt wurden – es handelte sich um einen vollen Erfolg⁴⁴⁴. Es war gelungen, dass sich die mazedonische Regierung und die RebellInnen an die Vereinbarungen gehalten hatten; zugleich war das Vertrauen zur internationalen Gemeinschaft, die sich neutral verhalten hatte, gewachsen. Wie vereinbart löste sich auch die albanische RebellInnenorganisation am 27. September 2001 auf⁴⁴⁵. Mit Vollendung der Mission wurde der militärische Teil des →Rahmenabkommens von Ohrid⁴⁴⁶ erfüllt.

Beteiligung der Bundeswehr

Vor Beginn der Unruhen 2001 waren 1000 BundeswehrsoldatInnen in Mazedonien stationiert; auf Bitte der NATO schickte der damalige Bundesverteidigungsminister Scharping zu Beginn des Jahres 170 zusätzliche SoldatInnen nach Mazedonien. Die Bundesregierung hatte sich nach längeren Diskussionen dazu entschlossen, sich für eine Beteiligung an der Operation zu positionieren; diesem Entschluss war eine Meinungsdifferenz zwischen Kanzler Schröder, der zunächst ein robustes Mandat zu befürworten schien, und Verteidigungsminister Scharping, der für die Beteiligung an ESSENTIAL HARVEST war, vorausgegangen. So planten die Verbündeten die Operation zunächst ohne ein deutsches Kontingent. All diesen Ereignissen vorausgegangen war der Wunsch der deutschen Bundesregierung, dass die EU den Konflikt in Mazedonien lösen sollte. Es schien der Zeitpunkt gekommen, um das von Schröder und Fischer viel umworbene Projekt einer →Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit einem ersten gemeinsamen Militäreinsatz zu besiegeln. Jedoch verzögerte sich die Formulierung einer gemeinsamen Position. Als sich Frankreich und Großbritannien mehr und mehr für einen NATO-Einsatz aussprachen und die Frage nach Bündnissolidarität lauter wurde, glitt der deutschen Bundesregierung die Situation aus den Händen⁴⁴⁷. Schröder überraschte mit der erwähnten Forderung nach einem robusten Mandat, die wenige Tage später von Außenminister Fischer, der ein deutsch-französisches Kontingent ins Gespräch brachte, in ihrer "Radikalität" gemindert wurde. Die rot-grüne Bundesregierung brachte in NATO und EU ihren Wunsch nach einem politisch unterstützenden

Freilich war den TruppenstellerInnen von Anfang an klar, dass es mit dem Einsatz nicht getan sein würde; ein Indikator hierfür waren in der BRD die hohen Budgets, die der Bundeswehr in Aussicht gestellt wurden. Dies wurde von der NATO jedoch nicht offen artikuliert.

Die Ziele der Operation finden sich im Briefwechsel vom 14. August zwischen Pieter Feith, persönlicher Repräsentant des NATO-Generalsekretärs und Ilija Filipovski, stellvertretender mazedonischer Premierminister.

Wölfle, Markus: Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bonn 2005, S.84.

Freilich ein relativer Erfolg: so schätzte die mazedonische Regierung, dass die 10 – 15-fache Menge an Waffen noch in Besitz der UCK war.

Es gab zwar noch Splittergruppen wie z.B. die Albanische Nationalarmee (ANA), die die Vereinbarungen abgelehnt hatten, jedoch schwand deren Bedeutung mit fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Erfolgen.

⁴⁴⁶ S.u

⁴⁴⁷ Buchsteiner, Jochen: Politik der zittrigen Hand, Die Zeit, 32/2001, (Zugriff: 21.01.2008).

UN-Mandat zum Ausdruck; dieser Wunsch wurde jedoch nicht aufgenommen. Am 29. August stimmte der Bundestag einer Beteiligung der Bundeswehr an der → Task Force Harvest zu⁴⁴⁸. Die Vereinbarungen innerhalb des Rahmenabkommens von Ohrid können als zentral für diese Entscheidung betrachtet werden. In einer öffentlichen Erklärung⁴⁴⁹ schätzten die grünen PolitikerInnen Beer, Lippelt, Nachtwei und Sterzing die Lage in Mazedonien ein: "Entwaffnungen gut ausgebildeter und ausgestatteter Extremisten in einem so unsicheren Umfeld mit organisierter Kriminalität, Waffenschmuggel und niedriger Gewaltanwendungsschwelle sind kompetent und verantwortlich nur durchführbar von Militärs, ggf. mit polizeilicher Unterstützung. Hierfür allein PolizistInnen oder gar Unbewaffnete einzusetzen, wäre verantwortungslos. Entscheidend ist, dass die internationalen Truppen von den Konfliktparteien respektiert werden und über die entsprechende Autorität verfügen."⁴⁵⁰ . Sie betonten gleichzeitig Gefahren, die sich mit dem Einsatz ergeben könnten: so könnte eine NATO-Truppe ungewollt "zwischen den Lagern" zur Teilung des Landes beitragen. Weiterhin bestehe ein Zielkonflikt zwischen der Forderung, konsequent gegen die UCK vorzugehen und dem primären Interesse seitens der Staatengemeinschaft und KFOR, Risiken für die SoldatInnen und Eskalationsgefahren zu vermeiden. Zweifel äußerten sie zudem an der Effektivität der Entwaffnung der UCK, der Unklarheit über die Entwaffnung der slawischmazedonischen Paramilitärs und der unterschiedlichen Zielstellung beider Seiten bezüglich der NATO-Stationierung sowie dem Risiko, dass eine getroffene Vereinbarung nicht die notwendige Tragfähigkeit entwickeln könnte. Sie hielten fest: "Der gegenwärtig vorgesehene Operationsplan der NATO wird deshalb nicht nur in der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit Skepsis gesehen"451. Im Falle eines erneuten Konfliktausbruches, so die AutorInnen, müsste über ein robustes Mandat nachgedacht werden. Trotz der angebrachten Zweifel und Risiken sprachen sie sich für den Einsatz in Mazedonien aus: "Die Ausgangslage in Mazedonien ist eine völlig andere als 1998/99 im Kosovo. Dort stand die internationale Staatengemeinschaft vor einer drohenden Katastrophe bis hin zur Gefahr eines Völkermords. Trotz nicht erreichbaren UN-Mandats sah die NATO schließlich keine Alternative zu einem Kampfeinsatz. Anders als im Kosovo geht es gegenwärtig um die Sicherung eines durch Vereinbarung herzustellenden Friedens durch einen von einer demokratisch gewählten Regierung gewünschten Einsatz der NATO. Der Auftrag ist die militärische Absicherung und organisatorische Durchführung einer verabredeten Entmilitarisierung. Die NATO ist lediglich zur Selbstverteidigung befugt, ein Mandat der UN völkerrechtlich nicht erforderlich. Anders auch als im Kosovo geht es nicht um Nothilfe für die Zivilbevölkerung und insofern um Parteinahme für eine der gegnerischen Seiten. Die Erfüllung der politischen Voraussetzungen unterstellt, ist ein solcher Einsatz notwendig und sinnvoll."452. In der Rede vor dem Deutschen Bundestag, nach der der Einsatz beschlossen wurde, wurde auch von Regierungsseite auf die bisherigen Fehler in der Balkanpolitik eingegangen und deutlich gemacht, dass diese sich bei Mazedonien auf keinen Fall wiederholen dürften. So sagte Außenminister Fischer: "Wir müssen alles in unseren Kräften stehende tun, um diesmal rechtzeitig den Konflikt präventiv zu verhindern."⁴⁵³. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen Kerstin Müller benannte den Einsatz als "einen militärischen Beitrag zu einem zivilen Friedensprozess.".

Die rot-grüne Regierungskoalition konnte dennoch keine eigene Mehrheit erreichen. Die "AbweichlerInnen" begründeten ihre Position primär mit der Tatsache, dass die NATO im Kosovo

-

⁴⁴⁸ 497 Abgeordnete stimmten dafür, 130 dagegen, 8 enthielten sich.

Beer, Lippelt, Nachtwei, Sterzing: Bundeswehr nach Mazedonien?, 10.07.2001, http://www.friedenskooperative.de/themen/maz01-34.htm, (Zugriff: 21.01.2008).

⁴⁵⁰ Ebd.

⁴⁵¹ Ebd.

⁴⁵² Fbd

⁴⁵³ So Außenminister Joschka Fischer, Bundestagsdrucksache 14/6830.

eher UCK-freundlich eingestellt gewesen und daher nicht die geeignete Akteurin sei⁴⁵⁴. Innerhalb der grünen Bundestagsfraktion wurde die Entscheidung von sechs Abgeordneten⁴⁵⁵ nach § 31 der Geschäftsordnung des Bundestages abgelehnt: "Wir stimmen dem Antrag der Bundesregierung nicht zu, weil die Politik der NATO in der Region gegenüber der UCK weder schlüssig noch glaubwürdig ist, weil sie mit hohen politischen und militärischen Risiken behaftet ist, weil wir die Gefahr sehen, dass sich aus diesem zunächst begrenzten Mandat der dritte dauerhafte NATO-Einsatz auf dem Balkan entwickeln kann. [...] Die NATO muss sich selbstkritisch mit der viel zu großen Nähe zur UCK auseinander setzen, in die sie sich im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg begeben hat und daraus Konsequenzen ziehen - wer sich seine Fehler nicht klar macht, läuft Gefahr, sie zu wiederholen.".

Die Definition der Aufgaben der Bundeswehr erfolgte in der Bundestagsdrucksache 14/6830⁴⁵⁶ aufgrund der innenpolitischen Auseinandersetzungen noch detaillierter als im oben genannten Briefwechsel; zur Legitimierung des Einsatzes wurde die Übereinstimmung mit Völker- und Verfassungsrecht deutlich betont. Nach Absatz sechs wurden der Einsatz mechanisierter Kräfte, von Unterstützungs- wie Aufklärungskräften, Kräften integrierter Verwendung, Kräften für die Beteiligung am Hauptquartier und, "sofern erforderlich", Kräften als Verbindungsorgane zu nationalen und internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen beschlossen. Die SoldatInnen erhielten nicht die Ermächtigung, Gewalt anzuwenden. Die Bundeswehr war einem französischen Bataillon unterstellt und gliederte sich in zwei Kompanien⁴⁵⁷. Insgesamt nahmen circa 450 BundeswehrsoldatInnen teil; die beschlossene Obergrenze lag bei 500. Ursprünglich sollten sie an allen drei Phasen der Operation beteiligt sein. Jedoch wurde der Beitrag, den die Bundeswehr letztlich zur Operation leistete, heftig kritisiert: erst Mitte September trafen die ersten BundeswehrsoldatInnen aus dem Kosovo in Mazedonien ein. Zu diesem Zeitpunkt waren schon mehr als die Hälfte der Waffen eingesammelt worden. Die Bundeswehr war genau sechs Tage aktiv an der Operation beteiligt – dies zum Preis von 83, 39 Millionen Euro oder umgerechnet 641 462 Euro pro eingesammelter Waffe (hinzu kommt der Sold)⁴⁵⁸.

Völkerrechtliche Grundlagen

Zwei Briefwechsel (14/19. Juni und 14. August 2001) zwischen der mazedonischen Regierung und der NATO stellen die völkerrechtliche Grundlage für die Operation ESSENTIAL HARVEST dar. Darin werden sowohl das Recht der NATO zum Aufenthalt in Mazedonien als auch das Recht der NATO-Truppen während des Aufenthalts geregelt. Die Operation TFH beruhte nicht auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats. Jedoch begrüßte der Sicherheitsrat in seiner Resolution 1371 die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere das Abkommen von Ohrid. Diese Unterstützung durch den Sicherheitsrat war ein wichtiges politisches Signal für die Konfliktparteien⁴⁵⁹.

2.2. Das Rahmenabkommen von Ohrid

Am 13. August 2001 wurde das Rahmenabkommen von Ohrid⁴⁶⁰ abgeschlossen, das noch heute als

Diese Formulierung ist eher noch vorsichtig. Kostunica bezichtigte die NATO, insbesondere aber die USA, der RebellInnenorganisation erst zu ihrer Macht verholfenzu haben, vgl.: http://www.wdr.de/online/news2/mazedonien/abweichler.phtml (Zugriff: 16.01.2008).

Annelie Buntenbach, Winfried Heimann, Irmingard Schewe-Gerigk, Steffi Lemke, Christian Simmert und Christian Ströbele, http://www.friedenskooperative.de/themen/maz01-63.htm (Zugriff: 21.01.2008).

⁴⁵⁶ Abrufbar unter: http://dip.bundestag.de/btd/14/068/1406830.pdf (Zugriff: 16.01.2008).

⁴⁵⁷ Eine detaillierte gesonderte Betrachtung erscheint aufgrund der Einbindung kaum möglich.

⁴⁵⁸ Bundeswehr nach Mazedonien? (Zugriff: 21.01.2008).

⁴⁵⁹ Vgl.: Hermsdörfer, Willibald: http://www.deutsches-wehrrecht.de/Aufsaetze/NZWehrr_2004_023.pdf, (Zugriff: 16.01.2008) .

⁴⁶⁰ Abrufbar unter: http://www.coe.int/t/e/legal_affairs/legal_co-

musterhafte Lösung für die Konflikte des Balkans gilt⁴⁶. Dabei handelte es sich um ein Rahmenabkommen, das dazu dienen sollte, die Demokratie in Mazedonien zu schützen und engere Kontakte zwischen Mazedonien und den euro-atlantischen Partnerländern zu entwickeln. In dem Abkommen waren Mittel zur ständigen Konfliktlösung und der Integration der unterschiedlichen Ethnien, die Prinzipien der angemessenen Volksvertretung und Dezentralisierung sowie Sprachenrechte vereinbart worden. Es zielte darauf ab, eine friedliche und harmonische Entwicklung der mazedonischen Zivilgesellschaft zu fördern und dabei die ethnischen Identitäten und Interessen aller mazedonischen BürgerInnen zu respektieren. Die NATO war Garantiemacht für die Einhaltung des Abkommens. Damit stellte das Rahmenabkommen von Ohrid die politische Lösung für den Konflikt zwischen den Regierungstruppen und den albanischen RebellInnen dar. Trajkowski versprach den albanischen RebellInnen Straffreiheit. Dieses Amnestieversprechen war durch die UN-Sicherheitsresolution 1315 abgesichert. Außenminister Fischer bezeichnete das Abkommen als "besonders wichtiger Schritt in Richtung auf eine dauerhafte Friedenslösung".

2.3. Die Operation AMBER FOX

Die Operation →AMBER FOX schloss sich unmittelbar an die Operation ESSENTIAL HARVEST an. Die Aufgabe der Task Force Fox (TFF)⁴⁶² war es, den Friedensprozess in Mazedonien zu begleiten und die Sicherheit der in Mazedonien stationierten 222 OSZE - BeobachterInnen und 64 EU - BeobachterInnen über das Rahmenabkommen von Ohrid zu gewährleisten⁴⁶³. Während der Operation wurden in Mazedonien Parlamentswahlen abgehalten, bei denen es keine bedeutenden Zwischenfälle gab.

Beteiligung der Bundeswehr

Am 27. September 2001 stimmte der Deutsche Bundestag dem Einsatz der Bundeswehr bei der TFF zu. Der Antrag der Bundesregierung ähnelte dem für die TFH geschlossenen sehr⁴⁶⁴, jedoch forderte sie dieses Mal bis 600 Einsatzkräfte. Am 13. Dezember 2001, 22. März, 14. Juni und 23. Oktober 2002 wurden Verlängerungen beschlossen. Bei seiner Rede vor dem Bundestag anlässlich der letzten Abstimmung über die Verlängerung bezeichnete Bundesverteidigungsminister Struck den Einsatz als "Erfolgsgeschichte": "NATO, Europäische Union und OSZE haben unter dem Dach der Vereinten Nationen so zusammengewirkt, dass eine weitere Eskalation der Gewalt und ein drohender Bürgerkrieg im Keim erstickt werden konnten. Es ist dabei in mustergültiger Weise gelungen, zivile und militärische Instrumente mit dem gemeinsamen Ziel der Friedenssicherung zu verknüpfen"⁴⁶⁵. Auch Bundesaußenminister Fischer bewertete in dieser Debatte die Leistungen der Truppen positiv und sprach sich für ein verstärktes europäisches Engagement in der Region aus. Bis zum 26. Juli 2002 hatte die Bundeswehr, die dauerhaft mit über 500 SoldatInnen beteiligt war⁴⁶⁶, die

operation/police_and_internal_securty/OHRID%20Agreement%2013august2001.asp, (Zugriff: 16.01.2008).

Vgl. die Rede Musa Xhaferris, des stellvertretenden Premierministers aus dem Jahr 2006 vor der Diplomatischen Akademie Wiens, http://www.da-vienna.ac.at/userfiles/reden/XHAFERRI.pdf, (Zugriff: 16.01.2008).

 $^{^{\}rm 462}\,$ So die Bezeichnung der die Operation AMBER FOX ausführende Truppe.

⁴⁶³ Zu diesem Zeitpunkt gab es noch nicht genügend mazedonische PolizistInnen, die diese Aufgabe hätten übernehmen können; jedoch lösten sie in der Folgezeit Schritt für Schritt die ausländischen Kräfte ab.

⁴⁶⁴ http://dip.bundestag.de/btd/14/069/1406970.pdf, (Zugriff: 16.01.2008).

⁴⁶⁵ BMVG,

 $[\]label{lower} $$ $$ http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xR_MnMz0vM0Y_QjzKLd4k38TIGSYGZ7kAmhGEOF3Mz h4oB1QWpOr7euTnpup76wfoFSGRpQ7OioCAJ2AvRY!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS&SVVFLzZfRF80SjM!?y w_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FN264X8Z58MMISDE%2Fcontent.jsp(Zugriff: 16.01.2008).$

Vgl. Die Rede des damaligen Bundesverteidigungsministers Scharping im Deutschen Bundestag, 14.06.2002, C:\Dokumente und

Rolle der Führungsnation inne. In den Medien wurde oft darauf verwiesen, Deutschland zeige starkes Engagement auf dem Balkan, um der internationalen Schutztruppe ISAF nach Auslaufen der britischen Führung am Hindukusch im April 2002 nicht Personal und Technik stellen zu müssen⁴⁶⁷. Tatsächlich hatte Scharping, als er noch das Amt des Bundesverteidigungsministers inne hatte, mit Schröders Ansage uneingeschränkter Solidarität gegenüber den USA infolge des →II. September 2001 zu straucheln. Von damals 297 655 BundeswehrsoldatInnen waren 30 000 für einen Auslandseinsatz bereit⁴⁶⁸; aufgrund des Rotationszyklus konnten 8500 im Ausland eingesetzt werden; diese Kapazität war nahezu erschöpft. Für andere Einsätze als die, an denen sich die Bundeswehr zu diesem Zeitpunkt beteiligte, war de facto kein Personal vorhanden (u.a. weil viele BundeswehrsoldatInnen für einen Auslandseinsatz nicht geeignet waren). Scharping bot im September 2001 die Führung der Operation AMBER FOX an, was aus genannten Gründen oftmals als "Flucht nach vorne" bezeichnet wurde⁴⁶⁹: wenn Deutschland verstärktes Engagement auf dem Balkan zeige, so die Argumentation der KritikerInnen, würden nach Scharpings Kalkül keine großen Beiträge im "war on terror" gefordert, beziehungsweise könnte in diesem Fall auf die Verantwortung auf dem Balkan verwiesen werden.

2.4. Die Operation ALLIED HARMONY

Auf Ersuchen von Präsident Trajkowski löste die Operation →ALLIED HARMONY die Operation AMBER FOX am 16. Dezember 2002 ab. De facto handelte es sich um eine Verkleinerung der Einsatztruppe. Ihr Auftrag bestand im Schutz der internationalen BeobachterInnen, Kontaktaufbau und -pflege zu Organisationen, Informationsbeschaffung und Vertrauensbildung. Deutschland reduzierte seine Truppenstärke auf 70 SoldatInnen.

2.5. Die Operation CONCORDIA

Bei dieser Operation, die am 31. März 2003 begann, handelte es sich um den ersten EU-geführten Militäreinsatz, mit dem die EU die Kräfte der ALLIED HARMONY ablöste. Insgesamt beteiligten sich 27 Nationen an der Operation, 13 davon waren EU-Mitgliedsstaaten - die EU war also auf den Rückgriff auf NATO-Kapazitäten angewiesen⁴⁷⁰. Die EU hatte sich schon im vorigen Sommer zur Übernahme des Kommandos bereit erklärt, was jedoch an finanziellen Unklarheiten über die Nutzung von NATO-Mitteln durch die EU verzögert worden war. Solana, der in der EU-Mission wohl ein Instrument sah, die Fähigkeiten der Schnellen Eingreiftruppe in einer Aufgabe zu testen, hatte sich bereits frühzeitig dafür eingesetzt, dass die EU die Folgemission übernimmt. Dabei war ursprünglich eine Truppe von 700 SoldatInnen geplant. Der zentrale Grund für die Verzögerung der Übernahme der Mission durch die EU war der Streit um das "Berlin-Plus-Abkommen"⁴⁷¹, der zwischen Griechenland und der Türkei herrschte.

Die 350 Personen umfassende Truppe sollte zunächst sechs Monate in Mazedonien für die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid und die friedliche Entwicklung in Mazedonien verantwortlich sein. Die Operation wurde vom belgischen Mons, dem NATO-Hauptquartier, aus

Vgl. exemplarisch: Fokus: Balkan statt Hindukusch, 18.02.2002, http://www.focus.de/politik/deutschland/bundeswehr_aid_207635.html, (Zugriff: 16.01.2008).

⁴⁶⁸ Vgl.: Mazedonien: Bundeswehr-Training für Afghanistan beendet?, ami, 32.Jg., Ausgabe 2/2002(Zugriff: 21.01.2008).

Dies ist umstritten; so wird von interner Seite oft betont, es habe sich vielmehr um eine vertrauensbildende Maßnahme zwischen EU und NATO gehandelt; mit der Kooperation habe man das "Leitbild einer strategischen Partnerschaft" nach dem erfolgreichen Abschluss der Dauervereinbarungen zwischen EU und NATO unter Beweis stellen wollen, vgl. Schmalz/Dennecke: Die Operation CONCORDIA (Zugriff: 28.01.2008).

Bei dem Abkommen handelte es sich um die Garantie von NATO gegenüber der EU, ihr gesicherten Zugriff auf ihre Fähigkeiten und Mittel zu gewähren; vgl: Ehrhart, Hans-Georg: Step by Step: die Operation CONCORDIA als weiterer Baustein zur ESVP, Juni 2003, www.ifsh.de/dokumente/artikel/119 Concordia.doc (Zugriff: 21.01.2008).

geführt und militärischer Oberbefehlshaber war Rainer Feist, damals stellvertretender Oberbefehlshaber für die NATO-Streitkräfte in Europa. Die Ausführung der militärischen Operation wurde vom EU-Militärausschuss (EUMC) überwacht. Der Ministerrat der EU fällte, unterstützt von Solana, allgemeine politische Entscheidungen. Die politische Kontrolle übernahm das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK). Auch die Operation →CONCORDIA hatte zum Ziel, die EU- und OSZE - MitarbeiterInnen zu schützen und die Umsetzung des Abkommens von Ohrid zu überwachen.

Der Übergang wurde sorgfältig vorbereitet: am 27. Januar hatte eine gemeinsame Aktion von EU und NATO statt gefunden, bei der noch bestehende Mängel aufgedeckt und korrigiert werden konnten. Es folgten Beratungen mit der mazedonischen Regierung und der NATO, bis im März schließlich der Übergang zur Operation CONCORDIA erfolgte. Die Operation wurde auf Bitte Trajowskis⁴⁷² bis zum 15. Dezember desselben Jahres verlängert.

Die Operation wird als Erfolg gewertet: der EU sei es gelungen, mit CONCORDIA einen Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Mazedonien zu leisten. Damit habe sie an die Erfolge der NATO in Konfliktmanagement und Deeskalationsstrategien angeschlossen. Dieser erste EU-geführte Militäreinsatz habe, bei gleichzeitiger enger Zusammenarbeit mit der NATO, die militärische Handlungsfähigkeit der EU bewiesen.

Beteiligung der Bundeswehr

Die Bundeswehr beteiligte sich mit circa 40 SoldatInnen an der Mission ⁴⁷³; damit gehörte sie zu den größten TruppenstellerInnen. Struck bezeichnete die Mission in einem Interview im Juni als "unkompliziertes Mandat"⁴⁷⁴.

2.6. Die Operation EUPOL PROXIMA

Am 15. Dezember 2003 wurde die Operation CONCORDIA beendet; es folgte die EU Polizei-Operation →EUPOL PROXIMA⁴⁷⁵. 200 PolizistInnen aus den EU-Mitgliedstaaten, bis zu 150 mazedonische PolizistInnen und weitere BeamtInnen aus Drittländern nahmen an der Mission teil. Schon seit dem 1. Oktober hatte die EUROFOR, in Abstimmung mit der NATO, das Hauptquartier in Mazedonien in Nachfolge Frankreichs geleitet. Die NATO sagte weitere Unterstützung durch ihre Mittel zu. Die Aufgabe der EU-Polizeikräfte war es, die mazedonischen Polizeikräfte zu unterstützen, zu bewachen und zu beraten, organisierte Gewalt zu bekämpfen und europäische Polizei-Standards einzuführen. Weiterhin sollte eine Reform des mazedonischen Innenministeriums sowie eine Polizeireform durchgeführt werden (Ziel war auch, einen multiethnischen BeamtInnenapparat zu erstellen) sowie eine Grenzpolizei geschaffen werden. Die Mission war Teil der Bemühungen, Mazedonien an eine EU-Integration anzunähern. Am 14. Dezember 2005 wurde die Operation abgeschlossen.

Obwohl zahlreiche Erfolge verbucht wurden, gab es auch Kritik: bemängelt wurde die heterogene Polizeiausbildung in den Entsendestaaten, Personalmangel, der begrenzte AdressatInnenkreis des Mandats sowie die unzureichend etablierten Strukturen zivilen Krisenmanagements der ESVP und

 $\label{lem:http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xRLMnMz0vM0Y_QjzKLd4k3cTcHSUGYxvqR6GJu5gixoJRUfW99X4_83FT9AP2C3NClckdHRQBKxVXm/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfRF80SjM!?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/N264X9CK073MMISDE/content.jsp, (Zugriff: 16.01.2008).$

⁴⁷² Am 14. Juli 2003 ließ er Solana einen entsprechenden Brief zukommen.

⁴⁷³ Vgl.: Deutsche Bundeswehr, http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F1D0022A5C2/CurrentBaseLink/W26D8CP7954INFODE, (Zugriff: 16.01.2008).

⁴⁷⁴ BMVG,

Beschluss abrufbar unter: EU, http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/Concil%20Joint%20Action%202003%20681%20CFSP.pdf, (Zugriff: 16.01.2008).

daraus resultierende Abstimmungsschwierigkeiten mit anderen AkteurInnen nationaler und EU-Ebene⁴⁷⁶.

2.7. Fazit

Mit dem Ausbruch der Unruhen in Mazedonien im Jahr 2001 bestand die reale Gefahr eines dritten Balkankrieges. Die internationale Gemeinschaft war sich nach dem Versagen bei den vorausgegangenen Balkankriegen ihrer Verantwortung bewusst und stark für die Ereignisse auf dem Balkan sensibilisiert. Nun bot sich die Chance zu einem →präventiven Militäreinsatz. Europäische Union, OSZE und NATO agierten in enger Abstimmung, Hand in Hand und banden von Anfang an sowohl die mazedonische Regierung als auch die albanischen ethnischen RebellInnen in die Deeskalation ein. Unter Unterstützung der UN, die blockiert war, aber zwei Resolutionen zu Mazedonien verabschiedete, blieb die internationale Gemeinschaft weitgehend neutral und gewannen so das Vertrauen der Konfliktparteien. Der auf Grundlage des Rahmenabkommens von Ohrid durchgeführte ESSENTIAL HARVEST - Einsatz stellte die Vertrauensprobe dar, die der internationalen Gemeinschaft gelang. Die folgenden Operationen waren jeweils zeitlich begrenzt und wurden auf Bitte des mazedonischen Präsidenten verlängert, womit Mazedonien, zumindest (es ließe sich freilich auch sagen: nur) formal, ein großes Maß an Souveränität und Selbstbestimmung blieb. Gleichzeitig zu den Operationen vor Ort wurde Mazedonien aktiv in die internationale Gemeinschaft eingebunden – plakativ hierfür steht das SAA.

Der deutsche Beitrag zu den Missionen kann im Ergebnis als erfolgreich gewertet werden. Die deutsche Bundesregierung legte großen Wert auf die Einbindung aller Handlungen in internationales Engagement und ganz besonders auf die Kohärenz europäischer Politik. Die völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Legitimierung stand an erster Stelle in der Diskussion innerhalb der Koalition und wurde im Bundestagsbeschluss stark betont. Die Bereitschaft Deutschlands, als Zivilmacht zu agieren, kam in den Einsätzen zum Ausdruck. Die Erfahrungen, die die Bundeswehr bei den Einsätzen in den Jahren zuvor gesammelt hatte – so zumindest die Bewertung der damaligen Regierung – trug dazu bei, dass die Kooperation mit anderen Staaten gelang. Die internationale Gemeinschaft drückte ihr Vertrauen in das deutsche Engagement und ihre Anerkennung durch die Führungsposition Deutschlands bei der Operation AMBER FOX aus. Fraglich ist jedoch, ob die positiven Ergebnisse die moralischen Kosten zu überwiegen vermögen: die positiven Ergebnisse der Einsätze in Mazedonien dienten einer Aufwertung der Rolle des Militärs in der deutschen Außenpolitik und sein Einsatz wurde mit den Missionen in eine Normalität überführt. Dies darf als politisches Kalkül gewertet werden, das letztlich darauf zielte, eine ESVP (wieder)zu beleben, die mit der NATO konkurrieren konnte. Die Uberlegungen der rot-grünen Bundesregierung im Vorfeld der Diskussion um eine NATO-Mission stützen diese Vermutung. Eine solche Politik wertete nicht nur das Militär auf, sondern schwächte vor allem die UN. Bis heute wird mit Mazedonien argumentiert, um Einsätze deutscher SoldatInnen zu legitimieren: "Wie es in Mazedonien richtig war, kann es anderswo richtig sein, auch mit deutschen SoldatInnen den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. In einer Welt, wo die UNO über keine eigenen Truppen verfügt, gibt es keinen anderen Weg. Die Frage muss allerdings immer wieder lauten, ist der Einsatz durch die UNO legitimiert und gibt es eine zivile Perspektive", so Claudia Roth⁴⁷⁷. Eine Zeit lang ließen sich sogar Debatten verfolgen, in denen gefordert wurde, über eine Verfassungsänderung nachzudenken, die zur Folge hätte, dass die Entscheidung des Bundestags für einen Bundeswehreinsatz in Zukunft nicht mehr notwendig wäre. Das Resultat wäre gewesen, dass die

vgl. Halas, Franz/Frank, Cornelia: Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand, Düsseldorf 2006, http://www2.dias-online.org/direktorien/war_conf/060116_46 (Zugriff: 28.01.2008).

In einem Interview mit dem "Neuen Deutschland" vom 18.08.2007, http://www.claudia-roth.de/29041.0.html?&no cache=1&expand=57119&displayNon=1&cHash=1fd3abb6d7 (Zugriff 21.01.2008).

Bundesregierung über Einsätze der Bundeswehr entscheiden könnte, ohne parlamentarischer Kontrolle zu unterliegen. Weiterhin muss kritisiert werden, dass die Bundesregierung den drohenden Konflikt nutzte, um sich im Rahmen der EU an Russland anzunähern, wohlwissend, dass es sich um eine ambivalente Zielsetzung handelte, zunächst, da der Einsatz im Rahmen der NATO erfolgt und in der Folge, da auch die Interessen der NATO- BündnispartnerInnen divergierten: so waren die USA wohl eher daran interessiert, ihr Einflussgebiet nach Osten hin abzusichern.

Jedoch bleibt festzuhalten, dass das Engagement der Bundeswehr in Mazedonien dasjenige war, das im Vergleich zu den anderen Einsätzen als ein eher positives Moment betrachtet werden kann. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es völkerrechtlich legitimiert war, in Abstimmung mit Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft, unter gleichberechtigter Zusammenarbeit mit Mazedonien, in Diskurs mit der mazedonischen Regierung sowie albanischen RebellInnen statt fand, bei dem die internationale Gemeinschaft nicht einseitig Position bezog, sondern weitgehend neutral blieb. Zudem wurde nicht nur eine Deeskalation angestrebt, sondern gleichzeitig eine aktive Einbindungspolitik in EU und internationale Gemeinschaft betrieben, demokratische Strukturen unterstützt, die Interessen der zahlreichen ethnischen Gruppierungen beachtet sowie die wirtschaftliche Entwicklung gefördert.

3. Die Irak-Debatte

3.1. Der Irak als Wahlkampfthema

Mit der →State of the Union - Rede Anfang 2002 und im drauffolgenden Frühjahr begann vor allem von US-amerikanischer Seite eine Debatte über den Irak: Präsident Bush benannte den Irak zusammen mit Nordkorea und dem Iran als →"Achse des Bösen" und stellte vermehrt Überlegungen an, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besäße und das von Saddam Hussein somit eine gefährliche Bedrohung ausginge⁴⁷⁸. Sehr schnell wurde diese Debatte von der deutschen Politik aufgenommen und radikalisiert. Obwohl keinerlei Anfragen auf militärische Beteiligung vorlagen, machte Schröder im Juli und August 2002 seine Position in Bezug auf den Irak unmissverständlich. Deutschland werde, so Schröder, "für Abenteuer nicht zur Verfügung stehen¹¹⁴⁷⁹. Auch im Folgenden tat sich Schröder mit klaren Absagen an die USA hervor. Hierbei wurde immer mehr ein gewisser nationalistischer Anstrich deutlich, gerade in der Debatte um einen "deutschen Weg"480: Deutschland sei ein selbstbewusstes Land, für das die Zeit der Scheckbuchdiplomatie vorüber sei. 481 Nicht nur zeitweise hatten seine Äußerungen sogar einen anti-amerikanischen Touch. Zwar verneinte Schröder solche Bestreben, doch kommt Rajko Knobloch zu dem Schluss, dass er nicht nur die amerikanische Politik, sondern "zugleich den American Way of Life in Frage¹¹⁴⁸² stellte. Außenminister Fischer vertrat zwar ähnliche Ansichten, äußerte sie jedoch nicht so explizit und pointiert. Ihm war weniger ein populistischer Pazifismus als die Minimierung der Schäden der transatlantischen Beziehungen wichtig. 483 Die Bundesregierung nannte für ihre Positionierung mehrere Gründe. Zum einen sah die Bundesregierung die Bedrohung nicht als so unmittelbar, sondern auf diplomatischem Wege lösbar; vor einer Uberreaktion der USA sowie vor den Auswirkungen auf den Nah-Ost-Konflikt und den wirtschaftlichen Konsequenzen wurde gewarnt. 484 Auch mit den eventuellen Mitteln amerikanischer Politik zeigte sich die

⁴⁷⁸ Maull, Hans/Harnisch, Sebastian/Grund, Constantin (Hrsg.): Deutschland im Abseits?, Baden-Baden 2003, S. 27 ff

⁴⁷⁹ Zit. nach Knobloch, Rajko: Friedenssehnsucht versus innenpolitisches Kalkül – Die Beweggründe der Bundesregierung für ihre Oppositionshaltung gegenüber dem Irak-Krieg 2002/03, Berlin 2003, S. 31.

⁴⁸⁰ Zit. nach ebd., S. 32.

⁴⁸¹ Zit. nach ebd.

⁴⁸² Ibid., S. 46.

Mahnke, Hans-Christian: Deutsche Außenpolitik zwischen Intervention und Nicht-Intervention. Die Erfahrungen im Kosovo und beim Entscheidungsprozess zum Irak-Krieg, Berlin 2004, S. 107.

⁴⁸⁴ ebd., S. 79 ff.

Bundesregierung nicht einverstanden, sie "wollte das geltende Völkerrecht gewahrt und nicht durch einen in der →UN-Charta ausdrücklich untersagten Präventivschlag zerstört sehen"⁴⁸⁵. Was die anderen Regierungsmitglieder betrifft, so äußerten auch sie "grundsätzliches Misstrauen"⁴⁸⁶ gegenüber den USA. Auch in der Bevölkerung war die Stimmung überwiegend Amerika-kritisch. Während die Deutschen schon von Anfang an George W. Bush eine gehörige Portion Misstrauen entgegenbrachten, so erhöhte sich die Ablehnung eines Irak-Krieges bis zum Sommer 2002 bis auf 80%⁴⁸⁷.

3.2. Die Bundesregierung zwischen Konsequenz und Bündnistreue

Nach der Wahl 2002 befand sich die Regierung Schröder in einer Zwickmühle: Einerseits musste sie an ihrem klaren "Nein" festhalten, wäre sie doch sonst des Wahlbetrugs beschuldigt worden und hätte die äußerst knappe Bundestagsmehrheit gefährdet, andererseits galt es, schwerwiegende Schäden der deutsch-amerikanischen Beziehung zu vermeiden. So musste sich die Bundesregierung wiederholt Vorwürfe der "indirekten Kriegsunterstützung" 488 gefallen lassen, was vor allem an einigen umstrittenen Entscheidungen der Bundesregierung lag. So waren im Rahmen von →Enduring Freedom sechs ABC-Spürpanzer vom Typ →Fuchs in Kuwait stationiert; um die AmerikanerInnen nicht zu brüskieren, wurden diese während des Irak-Krieges nicht abgezogen, sondern kurzzeitig aufgestockt – sie kamen aber nicht zum Einsatz⁴⁸⁹. Weiterhin garantierte Schröder den USA die pauschale Nutzung des deutschen Luftraumes zum Kriegseinsatz. Einige zum Beispiel die Vorsitzende Angelika Beer, kritisierten Parteitagsbeschlusses vom 7./8. Dezember massiv dieses weitreichende Entgegenkommen, aufgrund eines "eindringlichen Appel[s] des Kanzlers zur Geschlossenheit der Koalition unterstützen auch die Bündnisgrünen weitgehend vorbehaltlos die Position von Schröder¹¹⁴⁹⁰. Weiterhin bot Schröder der US-Regierung den Schutz amerikanischer Militärbasen auf deutschem Boden an, was am 24. Januar 2003 in relativ großem Umfang umgesetzt wurde⁴⁹¹. Auch die Frage nach Bereitstellung zweier → Patriot-Raketenabwehrsysteme für Israel sowie die Besetzung von →AWACS-Aufklärungsflugzeugen mit deutschen SoldatInnen, die in der Türkei eingesetzt wurden, erregte heftige Debatten innerhalb der rot-grünen Koalition. Schließlich kam es auch zu Streitigkeiten angesichts der Frage, ob Deutschland – falls es im UN-Sicherheitsrat zu einer weiteren Resolution kommen würde, die einen Militäreinsatz legimitiert - mit Nein stimmen würde - eine Forderung, die von den meisten Grünen-Politikerlnnen konsequent vertreten wurde. Nach einigen eher schwammigen Aussagen durch Außenminister Fischer und Kanzler Schröder bekannten sich erst Struck, dann Schröder zu einem "Nein" 492 im Januar 2003. Ihrer Auffassung nach gab es noch friedliche Alternativen zur Lösung des Konfliktes, was die deutsche Regierung in einem →Fünf-Punkte-Plan präsentierte⁴⁹³.

Was multilaterale Anstrengungen im Rahmen zum Beispiel der EU und NATO angeht, waren die Bündnisse tief gespalten. Im NATO-Rat stimmte Deutschland (zusammen mit Frankreich und Belgien) gegen die Bereitstellung von *Patriot-*Systemen für die Türkei, falls es zu einem irakischen Angriff kommen sollte – gab aber auf Druck vom US-Verteidigungsminister Rumsfeld nach⁴⁹⁴. Im

⁴⁸⁶ ebd., S. 80.

⁴⁸⁵ ebd., S. 84.

⁴⁸⁷ ebd., S. 96

⁴⁸⁸ Knobloch: Friedenssehnsucht versus innenpolitisches Kalkül, S. 55.

⁴⁸⁹ ebd., S. 13 f.

⁴⁹⁰ ebd., S. 58.

⁴⁹¹ Vergl. ebd., S. 14.

⁴⁹² Vergl. ebd., S. 63.

⁴⁹³ Vergl. ebd., S. 64.

⁴⁹⁴ Vergl. Maull: Deutschland im Abseits?, S. 31.

Januar einigten sich noch die EU-Außenminister auf weitere und gestärkte Waffeninspektionen ⁴⁹⁵, trotzdem kam es kurze Zeit später zum "offenen Zerwürfnis" ⁴⁹⁶, als acht EU-Staaten sich in einem gemeinsamen Papier zur Unterstützung der amerikanischen Irak-Politik bekannten. Auf der anderen Seite standen Frankreich, Deutschland und – nach kurzem Zögern – Russland, die für mehr Waffenkontrolleure plädierten ⁴⁹⁷.

Die Vereinigten Staaten waren jedoch fest entschlossen, zu militärischen Aktionen überzugehen. Nachdem genug Truppen in die Golf-Region verlegt worden waren, George W. Bush genug Verbündete für eine →Koalition der Willigen zusammen hatte und am 19. März ein weiteres Ultimatum an Saddam Hussein abgelaufen war, begann Amerika in der Nacht zum 20. März 2003 den Irak-Krieg – ohne UN-Mandat.

Die Bundesregierung blieb bei ihrem offiziellen Nein. Allerdings enthüllten das ARD-Magazin *Panorama* und die *Süddeutsche Zeitung* im Januar 2006, dass Deutschland wohl doch indirekt an Kriegshandlungen beteiligt war. Zwei Mitarbeiter des →Bundesnachrichtendienstes blieben in Bagdad stationiert und informierten das US-Militär über sogenannte "non-targets", Ziele, die nicht bombardiert werden sollten⁴⁹⁸. Anderen Berichten zufolge sollen die BND-Mitarbeiter aber noch in wesentlich größerem Ausmaß beteiligt gewesen sein und indirekt die Tötung von 12 ZivilistInnen mitzuverantworten haben⁴⁹⁹. Es wird dabei davon ausgegangen, dass das Kanzleramt informiert war.⁵⁰⁰

3.3. Fazit

Im Gegensatz zu anderen internationalen Akteurlnnen tat sich die deutsche Bundesregierung sehr früh mit einem expliziten und vehementen "Nein" zu einer möglichen militärischen Intervention in den Irak hervor. Prinzipiell ist klaren Absagen an völkerrechtlich nicht legimitierte Kriege nur zuzustimmen, bei der rot-grünen Bundesregierung stellt sich aber zu Recht die Frage, inwieweit dies tatsächlich aus pazifistischer und das Völkerrecht stärkender Motivation geschah. Die Vermutung liegt nahe, dass Schröder die Kriegsabsage instrumentalisierte, um die Bundestagswahl 2002 zu gewinnen – was er schließlich auch tat. Besonders der Nationalbezug und das Beharren auf einem souveränen Deutschland, das einen "deutschen Weg " geht, muss für konservative Klientel ansprechend gewesen sein. Auf der anderen Seite knüpfte Schröder an eine gewisse "Tradition des Anti-Amerikanismus" an⁵⁰¹. Auf relativ populistische Art und Weise stocherte Schröder "opportunistisch in der Glut des Pazifismus [...], um die Macht zu behalten"⁵⁰². Es ist also sehr zweifelhaft, dass Deutschland wirklich eine pazifistische beziehungsweise multilaterale Politik betreiben wollte oder ob nicht eher eine "Interessensabwägung und eine andere Prioritätensetzung"⁵⁰³ dazu führte, dass Schröder den Irak-Krieg ablehnte.

Problematisch ist hierbei besonders, dass Schröder die anderen Staats- und Regierungscheflnnen (wie zum Beispiel Tony Blair) unter Zugzwang setzte, die ganze Periode bis zum Irak-Krieg ist von

_

Höhle, Gerrit Alexander: Deutschlands neue Souveränität – Welche Auswirkungen hat Bundeskanzler Schröders Ablehnung eines möglichen Krieges im Irak auf die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates?, Berlin 2003, S. 56

⁴⁹⁶ Maull: Deutschland im Abseits?, S. 30.

⁴⁹⁷ Höhle: Deutschlands neue Souveränität, S. 67.

⁴⁹⁸ Vergl. Leyendecker, Hans, Krach, Wolfgang: BND half Amerikanern im Krieg, in: Süddeutsche Zeitung, 12. Januar, 2006, http://www.sueddeutsche.de/,tt1m2/deutschland/artikel/995/67928/ (Zugriff: 20.12.2007).

Vergl. Goetz, John/Walther, Kathrin: Bomben auf Bagdad - Deutsche Agenten am Irakkrieg beteiligt, Panorama, NDR (erstausgestrahlt im Ersten Deutschen Fernsehen am 12.01.2006), http://daserste.ndr.de/panorama/archw/2006/t_cid-2830480_.html (Zugriff am 17.01.2008).

⁵⁰⁰ Vergl. Leyendecker, Hans, Krach, Wolfgang: BND half Amerikanern im Krieg.

⁵⁰¹ Srp, Uwe: Antiamerikanismus in Deutschland, Hamburg 2005, S. 199.

⁵⁰² Zit. nach Mahnke: zwischen Intervention und Nicht-Intervention, S. 99.

⁵⁰³ ebd., S. 89.

sehr wenigen diplomatischen Initiativen geprägt. Auch fanden diese selten im multilateralen Rahmen statt, was ja dem eigentlichen Ziel der internationalen Einbindung Deutschlands widerspricht. Oft wird Schröder vorgeworfen, er habe mit seinem vorzeitigen populistischen Nein zu einer Isolierung und mangelnden Einflussnahme der Bundesregierung beigetragen.

Was die Koalition angeht, so verhielten sich mehrer grüne PolitikerInnen durchaus kritisch – wurden aber meist von Fischer und durch den Koalitionszwang zum Einlenken gebracht. Dabei ist zum Beispiel der Vorwurf der indirekten Kriegsunterstützung durchaus angebracht. Deutschland hat durch die pauschalen Überflugsrechte, den Kasernenschutz, das Bereitstellen von Aufklärungstechnologien die USA und ihre PartnerInnen maßgeblich entlastet – frei gewordene Kapazitäten konnten für die Kriegsführung eingesetzt werden. Zuletzt ist auch die Zusammenarbeit zwischen BND und US-Militärs während des Irak-Krieges ein eindeutiger Beweis dafür, dass die rot-grüne Regierung keineswegs so konsequent handelte wie angekündigt. Dem deutschen Vorpreschen fielen also eine koordinierte multilaterale Moblisierung gegen den Krieg, weitergehende und erfolgreiche diplomatische Initivativen sowie Konsequenz der eigenen Handlungen und Aufklärung der BundesbürgerInnen zum Opfer.

4. Fazit

Direkt mit ihrer Wahl im September 1998 sah sich die rot-grüne Bundesregierung mit einer ernstzunehmenden Krise im Kosovo konfrontiert. Sie war einem nicht zu unterschätzenden Druck von Seiten der internationalen Gemeinschaft ausgesetzt, außerdem musste sie die Vorgaben der Vorgängerregierung beachten sowie den Bundestagsbeschluss durch den alten Bundestag im Oktober 1998. Rot-Grün war zu diesem Zeitpunkt überfordert, es gelang nicht, eigene diplomatische Initiativen zu starten. Es waren keine Brüche mit der schwarz-gelben Vorgängerregierung zu erkennen, obwohl gerade die Grünen mit einem außenpolitischen Wandel in den Wahlkampf gegangen waren, unter anderem mit der Abschaffung der NATO. Erst später, und als es schon zu spät war, gelang es der Bundesregierung, mit dem Fischer-Plan und dem Kosovo-Stabilitätsplan eigenständig zu handeln, wobei sie dann auch durchaus eine vermittelnde Rolle einnehmen konnte. Die zivilen sowie präventiven Deeskalations- Bemühungen der Bundesregierung traten schließlich bei den Mazedonien-Einsätzen positiv zu Tage. Gerade im Falle Mazedoniens handelte Deutschland als Partner der internationalen Gemeinschaft eingebunden in internationale Organisationen. Die hohe Sensibilisierung von UN, NATO und EU für das Konfliktpotenzial und den drohenden Ausbruch eines dritten Balkankrieges führte dazu, dass die internationale Gemeinschaft eine gemeinsame Deeskalationsstrategie entwickelte, die eng mit allen beteiligten Konfliktparteien und Gruppierungen abgestimmt war und vor allem unparteilich unparteiisch war. Parallel zum Einsatz von Truppen wurde Mazedonien in die internationale Gemeinschaft eingebunden; symbolisch hierfür steht das SAA. Beim Kosovo gelang dies Schröder und Fischer erst, als der Krieg schon im vollen Gange war, davor hatten sie - gerade was das deutsche Engagement bei der OSZE-Mission betrifft – viel zu wenig geleistet. Beim Irak dagegen war eine systematische, multilaterale Absprache relativ früh zugunsten einer klaren, ja sogar polemisierenden Absage aufgegeben worden.

Während des Kosovo-Krieges, aber auch im Falle des Irak war die rot-grüne Regierung einem massiven öffentlichen Druck ausgesetzt. Besonders aufgrund der Regierungsbeteiligung der Grünen mit ihren pazifistischen Wurzeln brauchte Rot-Grün gute Gründe für ihr Handeln. Der Vorwurf vieler KriegsgegnerInnen, der Vertrag von Rambouillet sei eine "Lüge" gewesen, stimmt aus Sicht der AutorInnen nicht. In mehreren anderen Fällen sind der rot-grünen Regierung allerdings gravierende Fehler vorzuwerfen. Besonders ist dabei die Informationspolitik vor und während des Kosovo-Krieges zu nennen, die mangelnde Information des Bundestags, das Verbreiten falscher oder höchst zweifelhafter Informationen. Beispielsweise seien hier nur das Massaker von Racak und

der Hufeisenplan genannt. Der Kosovo-Einsatz sollte mit einer Übermoralisierung und Dramatisierung der Lage legitimiert werden. Auch vor dem Irak-Krieg war gerade bei Gerhard Schröder eine starke moralisierende Argumentation auszumachen. Doch ist ihm hier eher zu möglichst breite WählerInnenschichten mobilisieren wollte, indem er unterstellen, dass er einerseits mit pazifistischen Parolen die Linke, andererseits mit seiner Betonung der nationalen Unabhängigkeit eher die Konservativen ansprach. Erst im Nachhinein stellte sich jeweils heraus, dass die Rhetorik rot-grüner PolitikerInnen irreführend und teils falsch war. Auch im Irak ist die Frage berechtigt, inwieweit sich jetzt Deutschland wirklich aus dem Krieg herausgehalten hat oder ob es sich nicht vielmehr um eine indirekte Unterstützung handelte. Der Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien hingegen wurde zwar auch durch einen Appell an moralische Grundsätze legitimiert 504, jedoch handelte es sich um eine qualitativ völlig andere Situation: Kampfhandlungen waren ausdrücklich nicht vorgesehen, es galt, einen Krieg zu verhindern und gemeinsam mit den Konfliktgruppen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft eine Vision für die Zukunft für Mazedonien, mithin des ganzen Balkan zu entwickeln⁵⁰⁵. Dies konnte nur in gleichberechtigter Partnerschaft und freilich auf Basis des Völkerrechts gelingen.

Literaturverzeichnis

Der Kosovo-Konflikt

Albrecht, Ulrich: Lehren aus dem Kosovo-Krieg, in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/Albrecht.html (Zugriff 25.11.2007).

Angerer, Jo/Werth, Matthias: Es begann mit einer Lüge. Wie die NATO im Krieg um Kosovo Tatsachen verfälschte und Fakten erfand, WDR (erstausgestrahlt im Ersten Deutschen Fernsehen am 8. Februar 2001), in: http://www.wdr.de/online/news/kosovoluege/sendung_text.pdf (Zugriff am 26.11.2007).

Blickpunkt Bundestag: Große Mehrheit für Antrag der Bundesregierung, Berlin 1999, in:

http://webarchiv.bundestag.de/archive/2005/0113/bp/1999/bp9902/9902017.html (Zugriff: 19.1.2008).

Bundesministerium der Verteidigung: Hintergrundinformation zum Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo und zur Beteiligung der Bundeswehr, Bonn 2000.

Bundesregierung: Antwort auf die Kleine Anfrage mehrere Abgeordneter und der FDP-Fraktion "Kovoso – Was ist Wahrheit, was Legende?" (Drucksache 14/5514), Berlin 2001, Drucksache 14/5905

Bündnis 90/Die Grünen: Grün ist der Wechsel. Bundestagswahlprogramm 1998, Bonn 1998.

Elsässer, Jürgen: Geheimakte Racak, in: konkret 05/2000,

http://home.nikocity.de/schmengler/balkan/konkret00-05-2.htm (Zugriff 25.11.2007).

Fried, Nico: "Ich habe gelernt. Nie wieder Auschwitz!", in Süddeutsche Zeitung, 25. Januar 2005, http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/631/46585/ (Zugriff 25.11.2007).

Friedrich, Roland, Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, Wiesbaden 2005.

Joetze, Günter: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik, Stuttgart 2001.

Kreidl, Jakob: Der Kosovo-Konflikt, Frankfurt/Main 2006.

Lammers, Christiane und Schrader, Lutz (Hrsg.): Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik?, Baden-Baden 2001.

Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000.

Lutz, Dieter (Hrsg): Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Politik, Baden-Baden 2000.

Mahnke, Hans-Christian: Deutsche Außenpolitik zwischen Intervention und Nicht-Intervention. Die Erfahrungen im Kosovo und beim Entscheidungsprozess zum Irak-Krieg, Berlin 2004.

Mappes-Niediek, Norbert: Woran scheiterte Rambouillet?, in *Freitag*, 6.August 1999, http://www.freitag.de/1999/32/99321101.htm (Zugriff: 25.11.2007).

Mutz, Reinhard: Den Frieden verfehlt. Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien: Ein Debakel, in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/mutz.html (Zugriff: 25.11.2007).

Rittberger, Volker/Nielebock, Thomas: Außenpolitische Bilanz der rot-grünen Regierung. Interview mit Mitgliedern der Friedenspolitischen Kommission der Grünen Jugend, Tübingen 3. Mai 2007.

⁵⁰⁴ vgl. Zitat von Außenminister Fischer weiter oben.

⁵⁰⁵ Hier sei nochmals das SAA genannt, das tatsächlich zum Modell für andere Balkan-Länder wurde.

- Ross, Jan: Die Geister, die der Krieg rief, in *Die Zeit*, Nr.25, 1999, http://www.zeit.de/1999/25/199925.kriegsgedanken .xml (Zugriff am 25.11.2007).
- Segert, Alexander: Die Mär von der humanitären Katastrophe. Konstruierter Kriegsgrund, Zürich 2001, in: Schweitzer Zeit Nr.10, http://www.schweizerzeit.ch/1001/konstruiert.htm (Zugriff am 26.11.2007).
- Shea, Jamie: Press Conference given by NATO Spokesman, Jamie Shea, and SHAPE Spokesman, Major General Walter Jertz, NATO HQ Brussels 18.Mai 1999, in: http://www.nato.int/kosovo/press/p990518b.htm (Zugriff 20. Januar 2008).

Die Mazedonien-Einsätze

Abschlusserklärung des Europäischen Rats in Stockholm 2001:

http://www.eu2001.se/static/pdf/conclusions/conclusions eng.pdf (Zugriff: 16.01.2008).

AG Friedensforschung an der Universität Kassel: Droht ein neuer Krieg auf dem Balkan?, http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Makedonien/kriegsgefahr.html (Zugriff 28.01.2008).

Antimilitarismus-Informationen (ami): Mazedonien: Bundeswehr-Training für Afghanistan beendet?, 32.Jg., 2/2002 (Zugriff: 21.01.2008).

Auswärtiges Amt: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de

Beer, Angelika/ Lippelt, Helmut/ Nachtwei, Winfried/ Sterzing, Christian: Bundeswehr nach Mazedonien?, 10.07.2001, http://www.friedenskooperative.de/themen/maz01-34.htm, (Zugriff: 21.01.2008).

Beschluss zur Beteiligung der Bundeswehr an AMBER FOX: http://dip.bundestag.de/btd/14/069/1406970.pdf (Zugriff: 16.01.2008).

Beschluss zur Beteiligung der Bundeswehr an ESSENTIAL HARVEST: Bundestagsdrucksache 14/6830: http://dip.bundestag.de/btd/14/068/1406830.pdf (Zugriff: 16.01.2008).

Beschluss zur Beteiligung der Bundeswehr an EUPOL PROXIMA:

http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/Council%20Joint%20Action%202003%20681%20CFSP.pdf (Zugriff: 16.01.2008).

Büchsenschütz, Ulrich: Die Mazedonien-Krise, Bonn 2001.

Buchsteiner, Jochen: Politik der zittrigen Hand, Die Zeit,

http://www.zeit.de/2001/32/200132 dt. aussenpoliti.xml 32/2001, (Zugriff: 21.01.2008).

Bundeswehr zur Operation CONCORDIA:

http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F1D0022A5C2/CurrentBaseLink/W26D8CP7954INFODE (Zugriff: 16.01.2008).

CARDS: http://ec.europa.eu/enlargement/financial assistance/cards/index en.htm (Zugriff: 16.01.2008).

Ehrhart, Hans-Georg: Step by Step: die Operation CONCORDIA als weiterer Baustein zur ESVP, Juni 2003, www.ifsh.de/dokumente/artikel/119_Concordia.doc (Zugriff: 21.01.2008).

Erklärung der Abgeordneten Buntenbach, Annelie/ Hermann, Winfried/ Lemke, Steffi/ Schewe-Gerigk, Irmingard/ Simmert, Christian, Ströbele/ Christian zur Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung der Bundeswehr an ESSENTIAL HARVEST, 29.8.2001, http://www.friedenskooperative.de/themen/maz01-63.htm (Zugriff: 28.01.2008).

Fokus: Balkan statt Hindukusch, http://www.focus.de/politik/deutschland/bundeswehr_aid_207635.html, 08/2002 (Zugriff: 16.01.2008).

Halas, Franz /Frank, Cornelia: Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand, Düsseldorf 2006 http://www2.dias-online.org/direktorien/war conf/060116 46 (Zugriff 28.01.2008).

Hermsdörfer, Willibald: Die NATO-geführte Operation Harvest in der Republik Mazedonien, in: NZ Wehrrecht 01/2004, http://www.deutsches-wehrrecht.de/Aufsaetze/NZWehrr_2004_023.pdf (Zugriff 28.01.2008).

Homepage der Uni Kassel zu Mazedonien: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Makedonien/kriegsgefahr.html (Zugriff: 28.01.2008)

Informationen zu Mazedonien: http://www.auswaertiges-

amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Mazedonien/Geschichte.html (Zugriff: 16.01.2008).

Neues Deutschland, Interview mit Claudia Roth vom 18.08.2007, http://www.claudia-roth.de/29041.0.html?&no_cache=I&expand=57119&displayNon=I&cHash=Ifd3abb6d7 (Zugriff: 28.01.2008).

Rahmenabkommen von Ohrid: http://www.coe.int/t/e/legal_affairs/legal_co-operation/police_and_internal_security/OHRID%20Agreement%2013august2001.asp (Zugriff: 16.01.2008).

SAA Abkommen:

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/the_former_yugoslav_republic_of_macedonia/saa03_01_en.pdf (Zugriff: 16.01.2008).

Schmalz, Uwe/Denecke, Gunnar: Die EU-Operation CONCORDIA: auf dem Weg zu einer handlungsfähigen ESVP,

http://www.weltpolitik.net/Sachgebiete/Internationale%20Sicherheitspolitik/GASP/Analysen/Die%20EU -Operation%20%22CONCORDIA%22:%20Auf%20dem%20Weg%20zu %20 einer%20handlungsf%C3%A4higen%20ESVP.html (Zugriff: 28.01.2008).

Struck, Peter, Interview des Bundesverteidigungsministers im "ARD Morgenmagazin", 17.06.2003, http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd4k3cTcHSUGYxvq R6GJu5gixoJRUfW99X4_83FT9AP2C3NClckdHRQBKxVXm/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVV FLzZfRF80SjM!?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/N264X9CK073MMISDE/content.jsp (Zugriff: 28.01.2008).

Struck, Peter, Rede des Bundesverteidigungsministers vor dem Bundestag am 24.10.2002, http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd4k38TIGSYGZ7kA mhGEOF3Mzh4oB1QWlpOr7euTnpup76wfoF-SGRpQ7OioCAJ2AvRY!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfRF80SjM!?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/N264X8Z5308MMISDE/content.jsp (Zugriff: 28.01.2008)

Westdeutscher Rundfunk: Eine Entscheidung des Gewissens,

http://www.wdr.de/online/news2/mazedonien/abweichler.phtml (Zugriff: 16.01.2008).

Wölfle, Markus: Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bonn 2005.

Xhaferri, Musa: Konfliktlösung am Balkan – Das Ohrid Rahmenabkommen als Beispiel für die Kösung von Konflikten in der Region, 20.02.2006, http://www.da-vienna.ac.at/userfiles/reden/XHAFERRI.pdf (Zugriff: 28.01.2008).

Die Irak-Debatte

Goetz, John/Walther, Kathrin: Bomben auf Bagdad - Deutsche Agenten am Irakkrieg beteiligt, *Panorama*, NDR (erstausgestrahlt im Ersten Deutschen Fernsehen am 12.01.2006), http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2006/t cid-2830480 .html (Zugriff am 17.01.2008).

Höhle, Gerrit Alexander: Deutschlands neue Souveränität – Welche Auswirkungen hat Bundeskanzler Schröders Ablehnung eines möglichen Krieges im Irak auf die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates?, Berlin 2003.

Knobloch, Rajko: Friedenssehnsucht versus innenpolitisches Kalkül – Die Beweggründe der Bundesregierung für ihre Oppositionshaltung gegenüber dem Irak-Krieg 2002/03, Berlin 2003.

Leyendecker, Hans/Krach, Wolfgang: BND half Amerikanern im Krieg, 2001, in: Süddeutsche Zeitung 12. Januar 2006, http://www.sueddeutsche.de/,tt1m2/deutschland/artikel/995/67928/ (Zugriff am 26.1.2008).

Mahnke, Hans-Christian: Deutsche Außenpolitik zwischen Intervention und Nicht-Intervention. Die Erfahrungen im Kosovo und beim Entscheidungsprozess zum Irak-Krieg, Berlin 2004.

Maull, Hans/Harnisch, Sebastian/Grund, Constantin (Hrsg.): Deutschland im Abseits?, Baden-Baden 2003. Srp, Uwe: Antiamerikanismus in Deutschland, Hamburg 2005

VIII. Deutsche Außenpolitik im Zeichen von Geschichte

Arvid Bell

Am 24. März 1999 begann die →NATO mit Luftangriffen gegen Ziele in der →Bundesrepublik Jugoslawien. Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen von →Rambouillet sah die Allianz keine Alternative zu einem militärischen Vorgehen, um die Menschenrechtsverletzungen der →SerbInnen an den →Kosovo-AlbanerInnen zu beenden. Zu den Kampfflugzeugen, die Angriffe auf Jugoslawien flogen, zählten auch deutsche →Tornados.

Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beteiligten sich somit deutsche Soldatinnen und Soldaten an einem Angriff gegen einen souveränen Staat. Diese Zäsur in der bundesrepublikanischen Außenpolitik war umso bemerkenswerter, da die Militäraktionen ohne ein \rightarrow Mandat des \rightarrow Sicherheitsrates der \rightarrow Vereinten Nationen stattfanden. Interessanterweise blieb die Dimension der gesellschaftlichen Debatte über die deutsche Kriegsbeteiligung weit unter der Dimension, die die Kriegsbeteiligung deutscher Soldaten und Soldatinnen im Kontext bisheriger bundesdeutscher Außenpolitik einnahm.

Die Bundesrepublik Deutschland schien sich über Nacht, und das ohne viel Aufsehen, jener "pazifistischen" – im Sinne von kriegsmüden und Krieg ablehnenden – Überzeugung entledigt zu haben, die man nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs über alle Parteigrenzen hinweg tief in der Gesellschaft verwurzelt glaubte. Bemerkenswerterweise waren es sogar die BefürworterInnen des Krieges, die nun ihrerseits die deutsche Geschichte zur Begründung des Bundeswehr-Einsatzes heranzogen und aus ihr die moralische Verpflichtung ableiteten, ethnische Säuberungen durch militärische Gewalt zu verhindern.

Im Verlauf der politischen Diskussion um den Bundeswehr-Einsatz machten die "Kriegsgegner" den "Kriegsbefürwortern" immer wieder den Vorwurf, das nach dem Zweiten Weltkrieg im Bewusstsein verankerte "Nie wieder Krieg!" durch ein "Nie wieder Auschwitz!" auszuhebeln, sei es unwissentlich oder bewusst. Diese Deutungskontroverse berührt mehrere Aspekte deutscher (Nachkriegs-)Geschichte: von der Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland als "Zivilmacht" spielte, über die Frage, inwiefern die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg nicht nur einen Wandel in der Außenpolitik, sondern auch einen Wechsel des politischen Selbstverständnisses Deutschlands darstellen könnte, bis hin zur Frage nach der geschichtspolitischen Dimension der gesamten Debatte.

Eine Reflexion gerade des letzten Aspektes darf nicht dazu führen, die eine oder die andere Position zum konkreten Konfliktfall moralisch zu diskreditieren. Denn dies ist gerade in der Vergangenheit, sei es bewusst oder unbewusst, schon zu oft geschehen. Neun Jahre nach dem Kosovokrieg scheint eine genauere Betrachtung der damaligen Ereignisse und Entscheidungen aktueller denn je, spielen doch weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr eine stets wiederkehrende wichtige Rolle auf der politischen Tagesordnung.

I. Politische Lehren aus der deutschen Geschichte

I.I. "Nie wieder Krieg!" – Kriegsmüdigkeit im Nachkriegsdeutschland

Im Mai 1945 besiegelte die bedingungslose Kapitulation Deutschlands das Ende des Zweiten Weltkrieges, der entsetzliche Zerstörung über Europa und die Welt gebracht und Millionen Menschen das Leben gekostet hatte. Deutschland, das den Krieg entfesselt hatte, war besiegt, das

Hitler-Regime entmachtet und der Diktator tot. Doch freilich waren es die Deutschen gewesen, die den erbarmungslosen Rassen- und Weltanschauungskampf geführt⁵⁰⁶ und sich den Verlockungen des Faschismus allzu bereitwillig unterworfen hatten⁵⁰⁷. Es schien kaum möglich, auf diesen Trümmern eine neue, eine demokratische Gesellschaft zu bauen, die für den Pazifismus, also eine radikal-friedensfreundliche Bewegung, die besonders im zwischenstaatlichen Bereich jede Form der Anwendung oder Androhung von Gewalt entschieden ablehnt⁵⁰⁸, etwas anderes übrig haben könnte, als Unverständnis und Verachtung.

Jedoch hatte die Brutalität des Krieges, dem über 50 Millionen Menschen 509 zum Opfer gefallen waren, Spuren im Bewusstsein der Deutschen hinterlassen. Zwar hatte es auch vor der NS-Zeit pazifistische Bewegungen in Deutschland gegeben, und Intellektuelle hatten vor den Folgen der Machtergreifung Hitlers gewarnt 510. Jedoch gewann der Konsens, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen, nach 1945 eine gänzlich andere Dimension. Exemplarisch sei der Sozialdemokrat Egon Bahr genannt, der die bundesdeutsche Außenpolitik während des Kalten Krieges maßgeblich mitgestaltete. Als entscheidendes Motiv für sein politisches Engagement führte er die Überzeugung an, "dass es Krieg oder Bedrohung von Deutschland aus nie wieder geben" 511 dürfe und sprach von der Pflicht jedes Deutschen, sich dafür einzusetzen, dass Deutschland ein "friedliebendes, demokratisches Land in der Mitte Europas" 512 werde. Die von breiten Kreisen der bundesdeutschen Bevölkerung getragene Friedensbewegung mobilisierte während des Kalten Krieges Hunderttausende. Die 1980 gegründeten GRÜNEN erklärten die Gewaltfreiheit zu einer ihrer vier Grundsäulen ("ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei") – was sich bei Bündnis 90/Die Grünen als "Grundprinzip" der politischen Ethik im Grundkonsens von 1993 wiederfindet 513.

Zwar stellte die Bundesrepublik mit der Bundeswehr schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eigene Streitkräfte auf, jedoch war innenpolitisch hoch umstritten gewesen, ob es moralisch zu rechtfertigen sei, dass Deutschland nach der Nazibarbarei überhaupt wieder über eigene SoldatInnen verfüge. Die neuen Streitkräfte waren ausschließlich zur Landesverteidigung einsetzbar und ein Angriffskrieg laut Art. 26 GG verfassungswidrig⁵¹⁴.

Die Gefahr einer von deutschem Boden ausgehenden militärischen Aggression schien gebannt, zumal das Land mit der Teilung in zwei deutsche Staaten einen hohen Preis für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges gezahlt hatte, und die Bundesrepublik nun fest in die NATO eingebunden war.

I.2. Die Zivilmacht Deutschland im Kalten Krieg

Wirft man einen Blick auf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, so wird man feststellen, dass diese in einer gewissen Hinsicht mit der innenpolitischen Stimmung

⁵⁰⁶ Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 276

⁵⁰⁷ Ebenda, S. 265

⁵⁰⁸ Weber-Fas, Rudolf: Das kleine Staatslexikon. Politik. Geschichte. Diplomatie. Recht, Baden-Baden 2000, S. 369

⁵⁰⁹ Ebenda, S. 264

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Pazifismus in Deutschland. Dokumente zurFriedensbewegung 1890 – 1939, Frankfurt am Main 1988, S. 217

Bahr, Egon, zitiert nach Florian Gerster: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994, S. 102

⁵¹² Ebenda

Bündnis 90/Die Grünen: Grundkonsens, http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/43/43466.satzunggrundkonsens.pdf (Zugriff: 10.03.2005)

Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, 12. Auflage, Bonn 2001, S. 206

korrespondierte. Die zivile Außenpolitik entwickelte sich zum Markenzeichen der "Zivilmacht Deutschland", die sich laut Hanns W. Maull auf die Prinzipien →Multilateralismus, Verrechtlichung internationaler Beziehungen und das Zurückdrängen von zwischenstaatlicher Gewalt stützte⁵¹⁵. Eine etwas andere Darstellung findet sich bei Sebastian Harnisch, der die Rolle der Zivilmacht anhand der Indikatoren "Gestaltungswille, Autonomieverzicht und interessenunabhängige Normdurchsetzung"⁵¹⁶ verortet.

Es wäre also zu kurz gegriffen, zu behaupten, die Bundesrepublik Deutschland habe sich außenpolitisch nicht engagiert. Richtig ist vielmehr, dass der Gestaltungswille durchaus vorhanden war, sich aber nicht in militärischer Stärke äußerte, sondern im Eintreten für die politische Lösung internationaler Konflikte, für eine Stärkung der Vereinten Nationen und die Bereitschaft, nationale Souveränität in internationale Institutionen einzubetten. Insofern ist in Ergänzung zu dem in Abschnitt 2.1 genannten Verbot des Angriffskrieges per Grundgesetz noch der Art. 24 GG Abs. 2 zu nennen:

"Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern."⁵¹⁷

Die Nennung dieses Artikels ist umso wichtiger, bildete er doch 1999 eine der Grundlagen, auf die sich die BefürworterInnen des Kosovokrieges stützen konnten.

I.3. Das wiedervereinigte Deutschland

Die Befürchtungen anderer EuropäerInnen, Deutschland würde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges früher oder später erneut zur aggressiven Hegemonialmacht aufsteigen, erfüllten sich nach 1945 nicht: Westdeutschland, eingebettet in die Europäische Gemeinschaft, die NATO und die →UN, stand für politische und wirtschaftliche Stabilität. Die "Sicherheit vor Deutschland" war durch die "Sicherheit mit Deutschland" gelöst⁵¹⁸.

Mit der deutschen Wiedervereinigung änderte sich das politische Gewicht der Bundesrepublik. Eine Frage, die sich nun stellte, war, ob Deutschland der gewachsenen Verantwortung "gerecht werden" würde – wie auch immer sich diese neue Verantwortung ausdrücken möge – oder ob eine reale Gefahr bestand, dass das nun wieder bevölkerungsreichste Land Europas in alte Fehler des Strebens nach Hegemonialmacht zurückfallen würde.⁵¹⁹

Aus geschichtspolitischer Sicht sprach einiges gegen diese Befürchtung: Mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg schien auch der aggressive deutsche Nationalismus ein für alle mal zerschlagen. Die bundesdeutsche Gesellschaft schien die Vergangenheit im Laufe der Jahrzehnte bewältigt und sich mit ihrer Geschichte kritisch auseinandergesetzt zu haben. Die Friedensbewegung hatte die

Maull, Hanns W.: Germany and the Use of Force: Still a Civilian Power?, http://www.politik.unitrier.de/mitarbeiter/maull/forsch/uofforcepdf (Zugriff: 10.03.2005)

Harnisch, Sebastian: Change and continuity in post-unification German foreign policy, in: Douglas Webber (Hrsg.): German Politics, 10. Jg. (2001), H. 3, S. 44

⁵¹⁷ Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. S. 202

Lamers, Karl: Strengthening the Hard Core, in: Peter Gowan/Perry Anderson (Hrsg.): The Question of Europe, London 1997, S. 105

⁵¹⁹ Schöllgen, Gregor: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin 1993, S. 127

⁵²⁰ Jeřábek, Martin: Das vereinigte Deutschland und neue deutsche Außenpolitik. Diskussion in den 90er Jahren,

deutsche Identität der Nachkriegszeit mitgeprägt, dies als Gegenpol zu Militarismus und Nationalismus, und der neue gesellschaftliche Charakter Deutschlands verfassungsrechtliches Pendant im ersten Artikel des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen zur obersten Maxime erhob⁵²¹. Es bestand Grund zur Hoffnung, dass dieses Deutschland nicht an die schrecklichen Kapitel seiner Vergangenheit anknüpfen würde, sondern auf Dauer in ein friedliches Europa eingebettet war.

2. Die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg 1999

Der Weg zum Bundeswehr-Einsatz

Während sich der Konflikt im →Kosovo immer mehr zuspitze, befand sich die Bundesrepublik mitten im Regierungswechsel. Am 27. September 1998 war die CDU/FDP-Regierung abgewählt worden und mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen sollten jene Parteien Regierungsverantwortung übernehmen, die – besonders was die Grünen betraf – einen besondere Bezug zur Friedensbewegung hatten.

Als der neue deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und sein Vize Joschka Fischer (Grüne) am 9. Oktober 1998 ihren Antrittsbesuch bei der US-amerikanischen Regierung machten, bekräftigten sie, so der Diplomat Günter Joetze, noch folgende Position:

"Sollte in naher Zukunft in der NATO eine Entscheidung zum militärischen Eingreifen [im Kosovo] nötig werden, so wird die neue Bundesregierung die NATO-Entscheidung nicht blockieren, aber die Bundeswehr wird an ihrer Ausführung nicht teilnehmen, wegen der historischen Belastungen und "wegen der inneren politischen Situation". [...]"522

Explizit verwies also die deutsche Seite (nach man dieser Darstellung) auf "historische" Gründe in Bezug auf die Teilnahme Deutschlands an potentiellen Militäroperationen. Freilich wurden diese historischen Gründe laut dieser Lesart ausdrücklich gegen eine deutsche Beteiligung geltend gemacht. Zuvor hatte allerdings das - noch alte - Bundeskabinett in Gegenwart von Schröder und Fischer die Bereitstellung deutscher Tornados für eine etwaige NATO-Operation beschlossen. 523

Da sich das neu gewählte Parlament noch nicht konstituiert hatte, war es noch der alte Bundestag, der am 16. Oktober 1998 per Vorratsbeschluss der Bereitstellung deutscher Streitkräfte an "den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt"524 mit überwältigender Mehrheit zustimmte. Die Tatsache, dass ein militärisches Eingreifen im Kosovo ausdrücklich kein Mandat der Vereinten Nationen genoss, schloss für die Abgeordneten eine Beteiligung deutscher SoldatInnen keineswegs aus: 500 Parlamentarierinnen und Parlamentarier stimmten mit Ja, 62 mit Nein, 18 enthielten sich. Aus den Reihen der bündnisgrünen Bundestagsfraktion gab es 29 Ja-Stimmen, 8

http://sga.euweb.cz/002/clanky/download/jerabek-002.pdf (Zugriff: 14.03.2005)

⁵²¹ Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. S. 61

⁵²² Joetze, Günter: Der letzte Krieg in Europa?, Stuttgart/München 2001, S. 37

Vergleiche Kapitel "Das Verhalten der rot-grünen Bundesregierung vor und während Konflikt- und Kriegssituationen" in diesem Bericht

⁵²⁴ Deutscher Bundestag: Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11469 vom 12. Oktober 1998, http://dip.bundestagde/btd/13/114/1311469.pdf (Zugriff: 01.03.2005)

Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.⁵²⁵. Der noch amtierende Außenminister Klaus Kinkel (FDP) hatte zuvor in der Debatte postuliert:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kardinal Puljic aus Sarajevo hat gesagt: "Wer das Böse nicht stoppt, wird schuld am Bösen." Das ist die Lehre aus Bosnien, aber es ist auch die Lehre – wie ich vorher angedeutet habe – aus unserer eigenen deutschen Geschichte." ⁵²⁶

2.2. Geschichtspolitische Dimension der Debatte

Am 13. Mai 1999 hielt der neue deutsche Außenminister Joschka Fischer eine Rede auf dem außerordentlichen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Bielefeld, von der indirekt die Entscheidung über die Zukunft der rot-grünen Bundesregierung abhing. Würde Fischer es schaffen, seine Partei vom Kosovo-Einsatz der Bundeswehr und damit vom Fortbestand der Koalition zu überzeugen, oder würden sich jene durchsetzen, die eine Sinnlosigkeit des Krieges aufgrund der täglichen Fernsehberichte über die Verletzungen an Zivilistinnen und Zivilisten durch NATO-Bombardements bestätigt sahen?

Seit anderthalb Monaten bombardierte die NATO Ziele in Jugoslawien, und es waren ausgerechnet "linke" PolitikerInnen gewesen, die sich in der bundesdeutschen Debatte über den Kosovokrieg mit fragwürdigen geschichtlichen Parallelen hervorgetan hatten, um den Militäreinsatz zu rechtfertigen: Der grüne Spitzenpolitiker Daniel Cohn-Bendit hatte dem Belgrader Regime "totalitäre Herrschaft" attestiert⁵²⁷, Joschka Fischer selbst hatte formuliert: "Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz."⁵²⁸ Der Philosoph Jürgen Habermas hatte darauf von einem "Overkill an fragwürdigen geschichtlichen Parallelen"⁵²⁹ gesprochen. Auf dem Grünen-Parteitag griff Fischer diesen Vorwurf auf:

"Mir wurde moralischer Overkill vorgeworfen und ich würde da eine Entsorgung der deutschen Geschichte betreiben und Ähnliches. Ich will euch sagen: Für mich spielten zwei zentrale Punkte in meiner Biografie eine entscheidende Rolle, und ich kann meine Biografie da nicht ausblenden – ich frage mich, wer das kann in dieser Frage. In Solingen, als es damals zu dem furchtbaren, mörderischen Anschlag auf 'ne ausländische Familie, auf 'ne türkische Familie kam: die rassistischen Übergriffe, der Neonazismus, die Skinheads – natürlich steckt da bei mir immer die Erinnerung auch an unsere Geschichte und spielt da eine Rolle, und ich frage mich: Wenn wir innenpolitisch dieses Argument immer verwendet haben, gemeinsam verwandt haben, warum verwenden wir es dann nicht, wenn Vertreibung, ethnische Kriegführung in Europa wieder Einzug halten und eine blutige Ernte mittlerweile zu verzeichnen ist? Ist das moralische Hochrüstung, ist das Overkill?"530

Ebert, Theodor: Der Kosovo-Kriegaus pazifistischer Sicht. Pazifismus – Grundsätze und Erfahrungen für das 21. Jahrhundert, Band 2, Hamburg 2001, S. 34

Deutscher Bundestag: 248. Sitzung vom 16. Oktober 1998, Plenarprotokoll, 13. Wahlperiode, http://dip.bundestag.de/btp/13/13248.asc (Zugriff: 01.03.2005)

⁵²⁶ Ebenda

Fried, Niko: "Ich habe gelernt: Nie wieder Auschwitz", http://www.sueddeutsche.de/,tt113/ausland/artikel/631/46585 (Zugriff: 24.01.2005)

⁵²⁹ Ebert, Theodor: Der Kosovo-Krieg S. 34

Fischer, Joschka: Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der Grünen in Bielefeld, 13.05.1999, http://www.staff.uni-marburg.de/~naeser/kos-fisc.htm(Zugriff: 10.03.2005)

Fischer verlangte demnach, dass der gesellschaftlichen Lehre aus der NS-Zeit, nie wieder gegen Minderheiten zu hetzen, sondern diese vor Übergriffen zu schützen, auch eine außenpolitische Lehre folgen müsse, mehr noch, dass man "dieses Argument" auf einen außenpolitischen Sachverhalt übertragen könnte, und fuhr fort:

"Auschwitz ist unvergleichbar. Aber in mir – ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz; nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus: Beides gehört bei mir zusammen, liebe Freundinnen und Freunde. Und deswegen bin ich in die Grüne Partei gegangen."⁵³¹

Fischer zufolge, der nur das deutlichste Beispiel für die Argumentation jener PolitikerInnen lieferte, die sich mit geschichtspolitischen Begründungen für einen Bundeswehr-Einsatz im Kosovo aussprachen, ergab sich aus der deutschen Geschichte also die moralische Verpflichtung, Völkermord und Faschismus zu verhindern, was für ihn Seite an Seite mit der Forderung des "Nie wieder Krieg!" stand. Allerdings: Zugunsten des "Nie wieder Auschwitz!" könnte das "Nie wieder Krieg!" im Zweifelsfalle "aufgeweicht" werden.

Nun ist es unter Historikern unbestritten, dass der Holocaust ein Verbrechen einzigartiger Dimension⁵³² ist, sodass der Vergleich der Zustände im Kosovo mit denen des industrialisierten Massenmordes in nationalsozialistischen Konzentrationslagern von vornherein als fragwürdig einzustufen ist. Darüber hinaus bleiben berechtigte Zweifel, ob die Vertreibungen im Kosovo vor Beginn der NATO-Luftangriffe tatsächlich das Ausmaß hatten, dass einen derartigen Vergleich zumindest nachvollziehbarer erscheinen ließe.⁵³³

In einem offenen Brief wandten sich die Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und Kurt Goldstein an Außenminister Fischer sowie Verteidigungsminister Scharping:

"Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Missbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens. Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen."⁵³⁴

Auch wenn diese Stellungnahme nicht als repräsentative Meinungsäußerung aller Holocaust-Überlebenden begriffen wird, so hat sie dennoch Gewicht; und der anklingende Vorwurf lautet eindeutig auf Instrumentalisierung, auf "Missbrauch" der Geschichte. Fischer gehe es letztendlich darum, die mangelnde völkerrechtliche Legitimation des Bundeswehr-Einsatzes durch einen überzeugenden, da moralisch zum Handeln auffordernden, geschichtlichen Vergleich zu kompensieren.

Darüber hinaus verdeutlicht die Kontroverse um den Kosovokrieg den Sinneswandel des

⁵³¹ Ebenda

⁵³² Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches, S. 229

Vergleiche Kapitel "Das Verhalten der rot-grünen Bundesregierung vor und während Konflikt- und Kriegssituationen" in diesem Bericht, Abschnitt 3.1

Bejarano, Esther, u. a : Auschwitz-Überlebende verurteilen Äußerungen zu Parallelen Auschwitz-Kosovo, http://www.fitug.de/debate/9904/msg00338.html (Zugriff: 12.03.2005)

Außenministers selbst, der die deutsche Geschichte ausgerechnet im Fall Jugoslawien als Begründung für eine militärische Intervention anführte, hatte er sich doch in der Diskussion um den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr 1994 noch überzeugt gezeigt, dass

"deutsche Soldaten dort, wo im Zweiten Weltkrieg die Hitler-Soldateska gewütet hat, den Konflikt anheizen und nicht deeskalieren würden."535

Wenn nur fünf Jahre, nachdem die deutsche Geschichte gegen einen Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan angeführt wurde, diese nun von denselben PolitikerInnen für den Einsatz deutschen Militärs benutzt wurde, kann wohl mit Recht von einem Umdenken hinsichtlich der Interpretation der Geschichte gesprochen werden.

3. Fazit

Zusammenfassend komme ich zu dem Schluss, dass in der Debatte um den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr von Seiten der BefürworterInnen eine Neuinterpretation deutscher Geschichte vorgenommen wurde. Meines Erachtens ist sie zwar auch auf die politische Überzeugung der AkteurInnen zurückzuführen, jedoch ebenso vor dem Hintergrund einer Abwägung zu betrachten, wie eine Mehrheit der Bevölkerung für den Krieg zu gewinnen sei, der eine bedeutende Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte darstellt.

Wer sich dem Vorwurf ausgesetzt sieht, ein "Nichtstun" angesichts der Situation im Kosovo sei vergleichbar mit dem Wegschauen von Millionen Deutscher bei der Deportation und Vernichtung von Juden im Dritten Reich, der sieht sich der moralischen Grundlage für seine pazifistische oder antimilitaristische Position beraubt. Dieser Effekt dürfte durchaus politisch einkalkuliert gewesen sein. Hinzu kam, dass mit den Grünen ausgerechnet jene Partei regierte, die sich zumindest in Teilen als "parlamentarischer Arm" der Friedensbewegung verstanden hatte. Diese Rolle konnten sie nun nicht mehr, wie zuvor in der Opposition, wahrnehmen, sodass es der deutschen Friedensbewegung weitaus schwerer fiel, ihre Argumente gegen den Krieg in der Öffentlichkeit zu verankern.

Vergleicht man die Rolle, die Deutschland heute auf dem internationalen Parkett spielt (oder spielen möchte?) mit jener aus der Zeit vor dem Kosovokrieg, stellt man indes gewaltige Unterschiede fest. Militärische Präsenz in verschiedensten Ländern, im Rahmen von UNmandatierten friedenssichernden Maßnahmen, aber auch im Rahmen völkerrechtlich fragwürdiger Operationen wie \rightarrow "Enduring Freedom", scheint zu einem selbstverständlichen Pfeiler deutscher Außenpolitik geworden zu sein.

Der Bewusstseinswandel der Deutschen, die "Enttabuisierung des Militärischen", scheint vollzogen. Und dies so schnell, so leise, aber doch so radikal, wie es sich viele vor 1999 nicht hätten vorstellen können.

Sicherlich: Diese Entwicklung bedeutet keineswegs einen Weg zurück zu überschäumendem deutschen Nationalismus oder Militarismus. Das vereinte Europa und auch die Welt haben das "neue Deutschland" so akzeptiert, wie es ist. Als Bedrohung wird unser Land nicht betrachtet. Man könnte also durchaus zufrieden sein und feststellen, dass sich nach 60 Jahren die deutsche Außenpolitik endlich "normalisiert" habe. Man kann aber auch bedauernd darauf hinweisen, dass der Welt etwas verloren geht, sollte Deutschland seine Rolle als Zivilmacht tatsächlich ablegen.

⁵³⁵ Fried, Niko: "Ich habe gelernt: Nie wieder Auschwitz"

Eine Leistung wäre es, die Idee der Zivilmacht unter den aktuellen Gegebenheiten so umzusetzen, dass Deutschland seine Geschichte nicht als Vehikel für die Rechtfertigung von Militärseinsätzen begreift, sondern als stete Mahnung, frühzeitig alles zu tun, um Krieg und Völkermord zu verhindern.

Literaturverzeichnis

Bejarano, Esther, u. a.: Auschwitz-Überlebende verurteilen Äußerungen zu Parallelen Auschwitz-Kosovo, http://www.fitug.de/debate/9904/msg00338.html (Zugriff: 12.03.2005)

Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Pazifismus in Deutschland. Dokumente zur Friedensbewegung 1890 – 1939, Frankfurt am Main 1988

Bündnis 90/Die Grünen: Grundkonsens, http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/43/43466.satzunggrundkonsens.pdf (Zugriff: 10.03.2005)

Deutscher Bundestag: Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11469 vom 12. Oktober 1998, http://dip.bundestag.de/btd/13/114/1311469.pdf (Zugriff: 01.03.2005)

Deutscher Bundestag, 248. Sitzung vom 16. Oktober 1998, Plenarprotokoll, 13. Wahlperiode, http://dip.bundestag.de/btp/13/13248.asc (Zugriff: 01.03.2005)

Ebert, Theodor: Der Kosovo-Krieg aus pazifistischer Sicht. Pazifismus – Grundsätze und Erfahrungen für das 21. Jahrhundert, Band 2, Hamburg 2001

Fischer, Joschka: Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der Grünen in Bielefeld, 13.05.1999, http://www.staff.uni-marburg.de/~naeser/kos-fisc.htm (Zugriff: 10.03.2005)

Fried, Niko: "Ich habe gelernt: Nie wieder Auschwitz",

http://www.sueddeutsche.de/,tt1l3/ausland/artikel/631/46585 (Zugriff: 24.01.2005)

Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994 Gowan, Peter/Perry Anderson (Hrsg.): The Question of Europe, London 1997

Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, 12. Auflage, Bonn 2001 Jeřábek, Martin: Das vereinigte Deutschland und neue deutsche Außenpolitik. Diskussion in den 90er Jahren, http://sga.euweb.cz/002/clanky/download/jerabek-002.pdf (Zugriff: 14.03.2005)

Joetze, Günter: Der letzte Krieg in Europa?, Stuttgart/München 2001

Maull, Hanns W.: Germany and the Use of Force: Still a Civilian Power?, http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/forsch/uofforce.pdf (Zugriff: 10.03.2005)

Schöllgen, Gregor: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin 1993

Struck, Peter: Pressekonferenz vom 05.12.2002, zitiert nach: http://www.uni-

kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/struck.html (Zugriff: 15.03.2005)

Webber, Douglas (Hrsg.): German Politics, 10. lg. (2001), H. 3

Weber-Fas, Rudolf: Das kleine Staatslexikon. Politik. Geschichte. Diplomatie. Recht, Baden-Baden 2000

IX. Wandel von Definitionen und Stellenwert von Friedenspolitik in der Partei und der grünen Öffentlichkeit unter dem Eindruck der verschiedenen Konflikte

Arvid Bell

Zu den einzelnen Bereichen grüner Friedenspolitik, die die Friedenspolitische Kommission der Grünen Jugend zu analysieren hatte, gehörte auch der etwas sperrig klingende Themenblock "Wandel von Definitionen und Stellenwert von Friedenspolitik in der Partei und der grünen Öffentlichkeit unter dem Eindruck der verschiedenen Konflikte". Die folgenden Eindrücke, die aus der Analyse von Gesprächen mit grünen "Zeitzeuglnnen" und der Auswertung von Parteitagsarchiven gewonnen werden konnten, sind weniger ein in sich geschlossenes Kapitel, als eine Sammlung von Schlaglichtern auf grüne Friedenspolitik, die trotzdem ganz am Ende des Kommissionsberichtes einen eigenen Erkenntnisgewinn haben.

So erwähnen unterschiedliche AkteurInnen – zwar mit verschiedener Betonung der Relevanz – die mangelnde Vorbereitung der Grünen auf ihre Rolle als Regierungspartei auf Bundesebene. Was zunächst banal klingt, ist einerseits Ausdruck der Tatsache, dass es für die Übernahme von Regierungsverantwortung in Europas größter Volkswirtschaft keine Generalprobe gibt – auch in Bezug auf die Konsequenzen, die diese Verantwortung außenpolitisch bedeutet. Es ist andererseits auch Hinweis darauf, dass sich gerade ein kleiner Koalitionspartner schnell einem Korsett von Loyalitätszusammenhängen, Bündnissen, Organisationen und informellen Netzwerken ausgesetzt sieht, in dem es gerade beim "ersten Mal" schwierig fällt, eigene Akzente zu setzen. Eine große Rolle spielten hierbei allein die (auch finanziellen und personellen) Ressourcen, auf die sich die Grünen als kleine Regierungspartei stützen konnten. Gerade im Vergleich der Machtstrukturen von Partei, Fraktion und Regierung von "unten nach oben" werden die unterschiedlichen Ressourcen im täglichen Politikgeschäft deutlich: Der durch die Parteibasis artikulierte Wille manifestiert sich auf den jährlich stattfindenden Bundesdelegiertenkonferenzen, aus denen auch der Parteivorstand hervorgeht. Im guten und richtigen basisdemokratischen Verständnis der Delegierten soll dieser nun aber nicht zu viel "Macht" besitzen, was sich unter anderem zunächst auch in der Bezeichnung "ParteisprecherInnen" ausdrückte, später in der Debatte um die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat. Betrachtet man aber nun die mit eigenen personellen und finanziellen Ressourcen und Medienaufmerksamkeit ausgestattete Bundestagsfraktion, wird selbst ein starker grüner Parteivorstand dieser gegenüber es nicht einfach haben, sich im Mächteungleichgewicht zu behaupten: Zwar demokratisch von der Bundesdelegiertenkonferenz legitimiert, hat der Bundesvorstand doch einen oftmals schweren Stand gegen die Eigendynamik einer Bundestagsfraktion. Über Partei und Fraktion schiebt sich nun als dritte Ebene die Ministerialbürokratie, der gegenüber sich die Abgeordneten wiederum in der ressourcenärmeren Position wiederfinden. Dieses Ungleichgewicht wurde von 1998 bis 2005 durch den Status als kleinerer Koalitionspartner noch weiter zuungunsten der Grünen insgesamt verzerrt. Diese unterschiedlichen Ebenen und Machtkonstellationen zu berücksichtigen, ist für die Analyse grüner Friedenspolitik in Regierungsverantwortung von großer Bedeutung – zumal ob der besonderen Rolle der Exekutive in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Das inhaltliche Pendant zur strukturellen Kritik an grüner Friedenspolitik von 1998 bis 2005 ist der Vorwurf der "fehlenden Strategie" oder des "fehlenden Gesamtkonzeptes".

Bemerkenswerterweise wird dieses Defizit vonseiten verschiedener interner und externer AkteurInnen vorgebracht. So finden sich zwar einzelne Fortschritte und grüne Errungenschaften, wie etwa der Aktionsplan Zivile Krisenprävention⁵³⁶, jedoch fehlte es an einem ressort- und policyübergreifenden Plan, der den krisenpräventiven Gedanken in den unterschiedlichen Politikfeldern strukturell verankert und als zweiten Schritt entsprechende Instrumente entwickelt und diese auch mit angemessenen Ressourcen ausstattet. Wenn aber dieser zweite Schritt vor dem ersten getan wird, führt dies im Zweifelsfall dazu, dass zwar zum Beispiel vereinzelte Instrumente zur zivilen Krisenbewältigung zur Verfügung stehen, diese jedoch "als ein Mittel unter vielen" einen ähnlichen Stellenwert wie militärische Instrumente erhalten. Denkt man dieses pragmatische Verständnis zu Ende, wird daraus schnell ein sehr wörtlich genommenes Verständnis von "Gewalt als Ultima Ratio": "Wo das zivile Instrument nicht klappt, muss halt etwas Härteres her." Dass dies freilich ein sehr fahrlässiger und möglicherweise verhängnisvoller Umgang mit militärischen Mitteln sein kann, ist eine Warnung, die gerade eine vernetzte Friedens- und Sicherheitspolitik verinnerlichen müsste. In dieser Hinsicht hätten die Grünen von 1998 bis 2005 mehr vorantreiben können.

Als Wendepunkte grüner Friedenspolitik können die Parteitage von Bielefeld 1999 und Rostock 2001 genannt werden, auf denen die Parteibasis die deutsche Beteiligung an den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan absegnete. Was nach 2005 vom Stellenwert der Friedenspolitik bei den Grünen übrig geblieben ist, ist bei vielen BeobachterInnen erstens die Feststellung, dass die Grünen nun "nicht mehr pazifistisch sind" – was sie aber auch 1998 streng genommen nicht waren, wobei das immer auch eine Frage der Betrachtung ist, die hier nicht näher erörtert sei – und trotzdem immer noch eine hohe Kompetenz in außenpolitischen Fragen besitzen. Positiv erwähnt wird des Öfteren, auch in den Medien, die Bereitschaft der Grünen, stellvertretend für die Gesellschaft kontroverse Diskussionen zu führen und auszuhalten. In dieser Interpretation hatten die Parteitage von 1999 und 2001 die Rolle eines Katalysators, als die grüne Basis in einer Art Schocktherapie von pazifistischem Idealismus auf den Boden der Realität geholt wurde und ihr Plazet für Kriegseinsätze deutscher SoldatInnen gab. Tatsächlich ist die Situation aber etwas komplizierter.

Im Grundkonsens 1993 stellten Bündnis 90/Die Grünen klar: "Militärische Gewalt – zumal die mit hochtechnologischen und Massenvernichtungswaffen ausgerüstete – stellt eine generelle Bedrohung dar. Krieg und Kriegsdrohung mit solchen Waffen ist schlimmste, illegitime Gewalt. Deshalb streben wir eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft an und lehnen Krieg als Mittel der Konfliktlösung ab."⁵³⁷ Das aktuell gültige und nach →Kosovo- und Afghanistankrieg verabschiedete Grundsatzprogramm von 2002 erteilt dieser Position nun keinesfalls eine generelle Absage, sondern formuliert: "Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bedeutet Leid und Zerstörung und bleibt unabhängig von ihren Zielen ein großes Übel. Militärfixierte Sicherheitspolitik geht einher mit permanenter Aufrüstung und enormer Ressourcenverschwendung auf Kosten sozialer und nachhaltiger Entwicklung. Militärisches Dominanzstreben fördert asymmetrische Reaktionen. Geschichtliche und aktuelle Erfahrungen mit Militär, Rüstung und Krieg begründen, warum wir jede Militärfixiertheit und militärgestützte Machtpolitik ablehnen."⁵³⁸ Erst in einem zweiten Schritt gestehen die Grünen zu, dass Militär zugleich "im Rahmen des →Völkerrechts ein legitimes Organ staatlicher und globaler Sicherheitspolitik" ist. Friedensbewahrende Einsätze seien immer wieder unverzichtbar gewesen, um militärische Gewalt einzudämmen, zu verhüten und

_

⁵³⁶ Vergleiche Kapitel IV in diesem Bericht.

Bündnis 90/Die Grünen: Grundkonsens, Bonn 1993, S. 19, in: http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/43/43466.satzunggrundkonsens.pdf, Zugriff: 01.12.2007.

⁵³⁸ Bündnis 90/Die Grünen: Grundsatzprogramm, Berlin 2002, S. 160f.

damit die ersten Voraussetzungen für Friedensprozesse zu schaffen, militärische "Friedenserzwingung" jedoch "äußerst problematisch". Insgesamt gelte, dass Militär "im besten Fall Voraussetzungen für Friedensprozesse absichern, aber keinen Frieden schaffen kann." 539 Als Mitglied von \rightarrow UN, \rightarrow OSZE, \rightarrow EU und \rightarrow NATO (in dieser Reihenfolge) sei Deutschland verpflichtet, seinen "angemessenen Beitrag zur kollektiven Sicherheit und zum Erhalt des Weltfriedens" zu leisten, jedoch definieren die Grünen für Einsätze der Bundeswehr enge Kriterien:

- "Mittel nicht-militärischer Krisen- und Konfliktbewältigung haben Vorrang und müssen ausgeschöpft werden."
- "Der Einsatz muss in Übereinstimmung mit der Charta und mit einem →Mandat der Vereinten Nationen nach →Kapitel VI oder VII der UN Charta erfolgen und multinational getragen werden."
- "Die laufende Information über den multinationalen Gesamteinsatz und die deutsche Einflussmöglichkeit auf dessen Umfang, Dauer und eingesetzte militärische Mittel müssen gesichert sein."
- "Er muss in ein klares und schlüssiges politisches Konzept für die Konfliktlösung eingebunden sein."
- "Die Bundeswehr darf nicht im Kontext klassischer Interventionen eingesetzt werden."
- "Ziel und Grenzen des Einsatzes bedürfen der Zustimmung des Bundestages."540

Als Beispiele für Einsätze, die all diesen Kriterien entsprechen, taugen die auf den Parteitagen von 1999 und 2001 gefassten Beschlüsse jedoch nicht. Der Kosovokrieg 1999 war weder UNmandatiert, noch scheint im Rückblick das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen im Kosovo vor Beginn der NATO-Bombardements so groß gewesen zu sein, wie es von deutschen RegierungsvertreterInnen 1999 behauptet wurde. Und 2001 stand nicht die Beteiligung an robustem —Peacekeeping in Afghanistan zur Abstimmung, sondern die Teilnahme Deutschlands an der "Operation —Enduring Freedom" (OEF). So lautete der damalige BDK-Beschluss: "Internationalen Terrorismus bekämpfen, in kritischer Solidarität handeln, die rot-grüne Koalition fortsetzen". Vom militärisch verstanden "Krieg gegen Terrorismus" haben sich die Grünen mittlerweile verabschiedet und der entsprechenden Mandatsverlängerung im Bundestag nicht mehr zugestimmt (und das schon vor der von der Basis erzwungenen Sonder-BDK 2007 in Göttingen, die auch eine Nichtzustimmung zur ISAF-Strategie der Bundesregierung empfahl).

Die militärpolitischen Entscheidungen auf den Parteitagen 1999 und 2001 können außerdem nicht ohne Beachtung des Druckpotentials analysiert werden, das durch den drohenden Verlust der Regierungsbeteiligung bestand. Was sich 2001 sogar im Titel des Beschlusses als Bekräftigung wiederfand ("rot-grüne Koalition fortsetzen"), formulierte Joschka Fischer 1999 in seiner Rede so: "Ich werde das nicht umsetzen, wenn ihr das beschließt, damit das klar ist!"⁵⁴² Zumindest in dieser Hinsicht ist bei einer erneuten Regierungsbeteiligung der Grünen vermutlich keine Rückkehr der Geschichte zu erwarten.

An mehreren Punkten lässt sich aber ansetzen, um Empfehlungen für künftiges grünes Handeln in Regierungsverantwortung zu geben. Auf der "operativen" Ebene muss ein System entwickelt werden, dass Abgeordnete nicht wie im Beispiel Kosovokrieg in einer unsicheren Informationslage

_

⁵³⁹ Ebd., S. 161.

⁵⁴⁰ Ebd., S. 161f.

⁵⁴¹ Vergleiche dazu: Kapitel VII in diesem Bericht.

Deutsche Welle: Joschka Fischer – Politstar der Extreme, Berlin 2005, in: http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1644140,00.html, Zugriff: 01.12.2007

lässt, wo auch sie in letzter Konsequenz der Propaganda von Regierung oder den Verlautbarungen von NATO oder anderen Konfliktparteien Glauben schenken müssen. Wenn der Parlamentarier/die Parlamentarierin nicht beurteilen kann, ob es sich bei einem konkreten Konfliktfall um Völkermord, ethnische Säuberungen oder "nur" unsystematische Übergriffe handelt, kann er/sie keine verantwortungsvolle Entscheidung treffen und der Parlamentsvorbehalt wird ad absurdum geführt. Idealerweise müsste ein unabhängiges Gremium oder eine unabhängige Organisation solche Informationen sammeln und liefern, die Debatten über die Institutionalisierung der "Responsibilty to Protect" verdeutlichen auf einer anderen Ebene, dass dies leichter gesagt als getan ist.

Die Grünen selbst müssen sich als Regierungspartei darüber im Klaren sein, an welcher Stelle eine Bereitschaft zum Koalitionsbruch besteht, und Konflikte zwischen den Regierungspartnern nicht um des Hausfriedens willen beilegen, sondern um der Sache willen ausfechten. Da die Grünen in der nächsten Regierung nicht zu beweisen haben werden, dass sie prinzipiell "regierungsfähig" sind, wird zumindest dieser Aspekt eine geringere Rolle spielen, als bei dem historisch aufgeladenen "Projekt Rot-Grün".

Der krisenpräventive Gedanke muss als Querschnittsthema in der Außen- und Sicherheitspolitik verankert werden, wie auch insgesamt eine Rückbesinnung auf eine "radikale Friedenspolitik" eine parteiinterne Diskussion wert wäre. "Radikal" meint hier, Probleme an der Wurzel anzupacken, und die vielfältigen Ursachen für gewaltsame Konflikte anzugehen, anstatt sich in militärischer Symptombekämpfung zu erschöpfen. In diesem Sinne ist ein Besinnen auf das Prinzip der Gewaltfreiheit kein Rückmarsch in die 80er Jahre, sondern Leitbild einer Friedenspolitik, die die Vermeidung von Gewalt nicht nur als abstraktes Ziel politischer Bemühungen begreift, sondern auch normativ als Wegweiser bei der Wahl politischer Mittel.

Die eigenen Entscheidungen dabei stets kritisch zu hinterfragen, grüne Politik im Rückblick zu evaluieren und unter Berücksichtigung von historischem Kontext und in Respekt vor unterschiedlichen Meinungen daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen, bleibt schließlich die Herausforderung, der sich gerade jene Partei stellen muss, die sich eine konstruktive und offene Debattenkultur stets zu Gute hält. Hier bleibt noch einiges zu tun.

Literaturverzeichnis

Bündnis 90/Die Grünen: Grundkonsens, Bonn 1993, S. 19, in:

http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/43/43466.satzunggrundkonsens.pdf, Zugriff: 01.12.2007.

Bündnis 90/Die Grünen: Grundsatzprogramm, Berlin 2002, S. 160f.

Deutsche Welle: Joschka Fischer – Politstar der Extreme, Berlin 2005, in: http://www.dw-

world.de/dw/article/0,2144,1644140,00.html, Zugriff: 01.12.2007

X. Empfehlungen an die Grünen und an die Grüne Jugend

Die Kommission hat sich in den einzelnen, themenspezifischen Berichten stark an Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens orientiert. In diesem Kapitel sollen aus den Schlussfolgerungen der Berichte Empfehlungen an die Grüne Jugend und die Grüne Partei abgeleitet werden. Wir schlagen damit die Brücke zurück zu unserem politischen Auftrag.

I. Empfehlungen an Bündnis 90/Die Grünen

Bereits 2001 wurde Renate Künast mit den Worten zitiert "Wir haben nicht analysiert, was es eigentlich heißt, auf Bundesebene zu regieren"⁵⁴³. Dieses Versäumnis wurde weder während der Regierungszeit noch nach ihrem Ende ausreichend wettgemacht. Damit der grüne Diskurs fortgesetzt werden kann, ist eine ehrliche Aufarbeitung des Erreichten und der Fehler in der rotgrünen Regierungszeit notwendig, die über diesen Bericht hinausgeht. Daher soll dieser Bericht als Anregung zu einer dauerhaft implementierten Evaluationskultur dienen, wie sie bereits bei einigen Einzelpersonen durch deren regelmäßige Erstellung von Zwischenbilanzen und Rückblicken erkennbar ist. Es kann durchaus sinnvoll sein, diese Kultur der Bilanzierung auch auf andere Politikfelder auszudehnen.

Ein intensiveres Zurückblicken kann den offenen Debatten, die die Grüne Partei – und auch ihr Umfeld so schätzt – nur dienlich sein. Die eigenen Entscheidungen dabei stets kritisch zu hinterfragen und in Berücksichtung von historischem Kontext und in Respekt vor unterschiedlichen Meinungen daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen bleibt die Herausforderung an eine konstruktive und offene Debattenkultur.

Mit dem Ende der Regierungsbeteiligung hat sich diese Kultur jedoch nicht wie erwartet durchgesetzt. Lange Zeit floss das Erbe von Rot-Grün noch in das friedenspolitische Oppositionshandeln ein; gerade der politische Zielkonflikt von Regierungsfähigkeit und dem Grundwert der Gewaltfreiheit, in dem sich die Grünen durch ihre Beteiligung an der Bundesregierung befanden, blieb bestehen. Sicherlich tun die Grünen gut daran, dieses Spannungsfeld fortzuführen, es sollte jedoch ergänzt werden durch das Kerngeschäft der Opposition: die kritische Begleitung des Handelns der Bundesregierung.

Es bewegt sich dort etwas, wo es "noch keine Betonmauern"⁵⁴⁴ gibt. Neue Themen, die von grüner Seite mit innovativen Ansätzen besetzt wurden, hatten eine relativ hohe Chance, realisiert zu werden. Dies ist zu erkennen bei dem aus grünem Umfeld stammendem Konzept der zivilorientierten, vernetzten Ansätze. Eine Infrastruktur – mit Entwicklungspotential – ist institutionalisiert worden. Hieraus sollte der Schluss gezogen werden, auch in Zukunft neue Strategien zu entwickeln und diese schon möglichst weit durchzudenken. Die Lücke der Konzepte der anderen Parteien muss weiterhin nach Kräften genutzt werden.

Generell muss sich grüne Politik am Grundsatz der Gewaltfreiheit und der zivilen Konfliktbewältigung messen lassen. Das bedeutet, dass bevor militärische Mittel in Betracht gezogen werden, die zivilen Anstrengungen objektiv erschöpft sein müssen oder sich zumindest objektiv keine Perspektive für eine zivile Lösung abzeichnet. Die Freiheit und Sicherheit der Menschen müssen zur Leitlinie grüner Politik werden, das Primat des Zivilen muss eingehalten werden.

_

⁵⁴³ Zitiert nach: Raschke, Joachim 2001: Die Zukunft der Grünen. Frankfurt/Main: Campus. S. 9.

⁵⁴⁴ Aderholt, Eltje: Gesprächsnotizen, Hannover 31.3.2007.

Der krisenpräventive Gedanke muss als Querschnittsthema in der Außen- und Sicherheitspolitik verankert werden, wie auch insgesamt eine Rückbesinnung auf eine "radikale Friedenspolitik" eine parteiinterne Diskussion wert wäre. "Radikal" meint hier, Probleme an der Wurzel anzupacken, und die vielfältigen Ursachen für gewaltsame Konflikte anzugehen, anstatt sich in militärischer Symptombekämpfung zu erschöpfen. In diesem Sinne ist ein Besinnen auf das Prinzip der Gewaltfreiheit kein Rückmarsch in die 80er Jahre, sondern Leitbild einer Friedenspolitik, die die Vermeidung von Gewalt nicht nur als abstraktes Ziel politischer Bemühungen begreift, sondern auch normativ als Wegweiser bei der Wahl politischer Mittel.

Die fragwürdige Kommunikation des grünen Spitzenpersonals, mit der letztlich durch die deutsche Geschichte Militäreinsätze gerechtfertigt wurden, sollten in Zukunft ebenso vermieden werden wie die Instrumentalisierung moralischer Normen und Werte. Voreilige Schlüsse in einer noch unklaren Informationslage müssen vermieden werden. Ebenso ist die Argumentation eines →"übergesetzlichen Notstands" äußerst problematisch, da dessen Grenzen nicht klar definierbar sind. Oder, auf Argumentaion bezogen: deren Grenzen

Besonders während der Zeit der rot-grünen Bundesregierung setzte eine Entwicklung ein, das →Völkerrecht in einer Weise anzupassen, die darauf abzielte, auch schwerste Menschenrechtsverletzungen und Völkermord als Störung des Weltfriedens im Sinne des →Kapitels VI zu definieren und am →Sicherheitsrat vorbei die Möglichkeit zur Intervention zu eröffnen. Die Grünen sollten sich von einer solchen Entwicklung distanzieren und eine Verwässerung des Völkerrechts auf allen Ebenen verhindern.

Die grünen Programme haben sich gewandelt, aber dieser Prozess ist in einer Radikalität vorangegangen, die viele Menschen, die mit der grüninternen Debatte nicht so vertraut sind, eher verstört. Selbstverständlich hat sich der Anspruch zwischen Magdeburg und Wiesbaden fundamental gewandelt: aus der Visionensammlung wurde ein Regierungsprogramm. Obwohl die WählerInnen diesen Wandel 2002 mit einem Rekordergebnis honorierten, kann den Grünen nur empfohlen werden, künftig ihre Programme behutsamer fortzuentwickeln – ob eher in die visionäre oder die regierungsorientierte Richtung, muss vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen Konstellationen entschieden werden. Die Grüne Jugend muss diesen Prozess begleiten und wo nötig intervenieren. Es erscheint jedoch sinnvoll, dass die Grüne Jugend zuvor ihre eigenen Anforderungen an ein grünes Programm für Friedenspolitik – ebenfalls im politischen Kontext – klar absteckt.

Die grünen Bemühungen um Abrüstung müssen ausgebaut werden. Die Grüne Jugend hat sich 2005 für die Kürzung der nationalen Militärausgaben - bis langfristig hin zur Abschaffung - zugunsten → multilateraler Verpflichtungen ausgesprochen. Abrüstung muss weiterhin Kernaufgabe grüner Mitarbeit in einer Bundesregierung sein. Unter einer solchen Regierung müssen die Rüstungsausgaben massiv gesenkt werden, auf militärische Prestigeobjekte sollte verzichtet werden. Die selbstbewusste Positionierung zu Rüstungsexporten aus der Regierungsbeteiligung 1998-2005 sollte fortgeführt und die Restriktionen der Rüstungsexportpolitik im Rahmen multilateraler Übereinkünfte ausgebaut werden. Der Verhaltenskodex der →EU kann dafür wegweisend sein und sollte dahingehend überarbeitet werden, dass seine Einhaltung verbindlich wird. Insgesamt gilt im Bereich Rüstung wohl weiterhin Max Webers "Bohren dicker Bretter". Deshalb muss es erreichbare, aber ambitionierte Fernziele geben. Der Weg hin zu diesen Zielen muss jedoch so detailliert wie möglich abgesteckt werden. Wie man bereits beobachten konnte,

Die Rüstungsexportberichterstattung sollte stetig transparenter gemacht werden, sobald die Grünen sich erneut an der Regierung beteiligen, ebenso wie die bereits getätigten Fortschritte wie die Menschenrechtsklausel und das Verbot der Lieferung von Waffen in Krisengebiete strikt einzuhalten sind. Notwendig ist eine klare Positionierung auch bei politisch kritischen Entscheidungen. Dazu gehört der Verzicht auf die Lieferung von Waffen an Türkei; auch die Ausstattung der israelischen Armee, wenn diese Waffen in den Palästinensergebieten einsetzt, muss in Frage gestellt werden dürfen. Die politische Sprengkraft solcher Entscheidungen hängt von ihrer konsequenten Durchsetzung ab: wenn beispielsweise strikt keine Waffen mehr in Krisenherde geliefert werden, dann ist die Nichtbelieferung Israels auch kein Fauxpas.

Die Bundeswehr muss unter einer grünen Regierungsbeteiligung konsequent weiterentwickelt werden. Die Ergebnisse der Weizsäcker-Kommission können dabei eine sinnvolle Leitlinie bilden. Im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung sollte die Abschaffung der Wehrpflicht hohe Priorität genießen. Möglicherweise kann sich die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen als hilfreich erweisen, um größeren gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Das Thema der mangelnden —Wehrgerechtigkeit kann dabei als Leitlinie der Argumentation genutzt werden und sollte als Thema, das speziell junge Menschen betrifft, auch in der Bildungsarbeit der Grünen Jugend stärker verankert werden. Schließlich muss die Verkleinerung der Bundeswehr bis auf das selbstgesteckte Ziel von höchstens 200.000 SoldatInnen selbstbewusst vertreten werden.

Eigenschaft der Bundeswehr ist ihr Charakter Parlamentsarmee. Wichtigste Vorratsbeschlüsse, die wie im Fall des →Kosovo-Krieges lange vor dem eigentlichen Einsatz eine Legitimationsgrundlage bilden, müssen mit aller Kraft abgelehnt werden. Das Ziel, die Zustimmung zu Auslandseinsätzen an eine 2/3-Mehrheit im Bundestag zu knüpfen, sollten die Grünen energisch in eine Regierungsbeteiligung einbringen, da es sogar im Grundsatzprogramm von 2002 verankert ist. Die Grünen sollten den Kontakt zur Bundeswehr suchen und institutionalisieren. Besonders der Austausch mit kritischen SoldatInnen kann sich als hilfreich erweisen. Die Bedeutung Bundeswehr muss auch in der öffentlichen Debatte zurückgedrängt werden, sodass zivile Optionen als Notwendig dafür wahrgenommen werden. ist eine Offensive Öffentlichkeitsarbeit für zivile Konfliktbewältigungsstrategien. Die BürgerInnen sollten wissen, was die Aufgaben der einzelnen Gremien sind, damit Fragen und Anregungen aus der Offentlichkeit entstehen. . Dadurch wird ein wünschenswerter Druck auf die Förderung der zivilen Infrastruktur befördert.

Nur geringe finanzielle Aufwendungen – vor allem im Vergleich zum Militäraufwand – können im Bereich ziviler Konfliktbewältigung und –prävention große Wirkung haben. Bereits eine Summe unter einer Milliarde Euro – verglichen mit an die 30 Milliarden für →Tornados – würde den zivilen Bereich weit nach vorne bringen. Hier stimmt klar das Motto: Wenig hilft viel. Der Ausbau der zivilen Infrastruktur muss schneller vorangetrieben werden, auch damit diese auf europäischer Ebene eingesetzt werden kann. Das politische Gewicht des Zivilen sollte insgesamt erhöht werden, mit dem Fernziel, Militär letztlich überflüssig zu machen und auf dem Weg dahin stetig zu domestizieren. Die zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen notwendige Stärkung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen kann nach Einschätzung der Kommission nur dadurch gelingen, dass erstens ExpertInnen für die zivile Konfliktbewältigung zum Einsatz kommen, deren Arbeit und Handlungsfähigkeit durch eine Garantie der ausreichenden Mittelausstattung abgesichert

Nachtwei, Winfried: Gesprächsnotizen, Hannover 31.3.2007.

ist, sowie zweitens durch die auch von den Grünen noch 1998 forcierte Unterstellung des existierenden Militärpotenzials unter das Kommando der Vereinten Nationen.

Für die Mitarbeit in internationalen Organisationen empfiehlt sich nach Ansicht der Kommission eine kritische Reflexion darüber, ob und inwieweit der grüne Teil einer Bundesregierung in eigentlich abgelehnten Organisationen wie der →G8 mitarbeiten sollte. Die →NATO ist als Relikt des Kalten Krieges überflüssig geworden. Ein einseitiger Austritt Deutschlands würde sich jedoch als weniger zielführend erweisen als eine kritische Begleitung der Organisationstätigkeit. Die Grünen müssen dafür Leitlinien entwickeln, die auf eine langfristige Marginalisierung der NATO gerichtet sind und eine Stärkung der Vereinten Nationen ermöglichen. Die Konkurrenz von NATO und →UN muss überwunden werden. Die personellen und finanziellen Ressourcen, die derzeit noch in der NATO gebündelt sind, könnten in zivilen Bereichen zielführender eingesetzt werden. Auch muss die Frage gestellt werden, in welchen Fällen dem Bündniszwang nachgegeben werden soll und in welchen Situationen der Bündniszwang mit dem Verweis auf den Grundsatz der Gewaltfreiheit zurückgewiesen werden kann.

Dies gilt aber nicht nur für die Mitarbeit in internationalen Bündnissystemen, sondern für Regierungshandeln allgemein. Die Grünen selbst müssen sich als Regierungspartei darüber im Klaren sein, an welcher Stelle eine Bereitschaft zum Koalitionsbruch besteht, und Konflikte zwischen den Regierungspartnern nicht um des Hausfriedens willen beilegen, sondern um der Sache willen ausfechten. Gewiss kann dies nur in engen Grenzen geschehen, da viele Herausforderungen des Regierungshandelns und potenzielle Konflikte nicht absehbar sind. Es ist jedoch kaum von der Hand zu weisen, dass es trotz aller Unsicherheiten prinzipielle Grenzen geben muss, die nicht zur Verhandlungsmasse werden sollten. Da die Grünen in der nächsten Regierung nicht zu beweisen haben werden, dass sie prinzipiell "regierungsfähig" sind, wird zumindest dieser Aspekt eine geringere Rolle spielen, als bei dem historisch aufgeladenen "Projekt Rot-Grün".

Eine Bundesregierung mit grüner Beteiligung muss sich in der Europäischen Union dafür einsetzen, den Gedanken einer Friedensmacht Europa voranzutreiben. Essenziell ist daher auch das geschlossene europäische Auftreten in NATO und UN, das zur Stärkung der Vereinten Nationen führt. Die →ESVP muss eine starke zivile Komponente erhalten. Auch die →OSZE sollte gestärkt werden, damit sie eine Stellung erlangt, die den grünen Forderungen gerecht wird. Schließlich muss auch festgehalten werden, dass Zusagen der Bundesregierung an internationale Organisationen unbedingt einzuhalten sind, insbesondere wenn sie der Stärkung der zivilen Komponente dienlich sind.

Die Personalpolitik in Spitzenpositionen wird künftig nicht mit der unter der Ägide von Joschka Fischer vergleichbar sein. Mehr denn je fehlt ein personelles Zentrum der Grünen, was von zahlreichen AutorInnen der politikwissenschaftlichen Öffentlichkeit als Manko betrachtet wird. Die Grünen müssen klären, ob sie weiterhin ohne personelle Zentrierung auf eineN dann nicht mehr nur heimlichen VorsitzendeN auskommen wollen. Dies würde jedoch selbstverständlich in ihrer strukturellen Tradition stehen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass traditionsbewusste WählerInnen, die gerade den ständigen Spagat der Grünen zwischen Vision, Tradition und Realpolitik als Anstoß für ihre Wahlentscheidung nehmen, ein personalisiertes Zentrum eher ablehnen würden. Wird ein solches Zentrum jedoch nicht strukturell verankert, kann das aber kein Argument sein, keine Integrations- und Identifikationsfiguren aufzubauen. Es kann zielführend sein, in einem Rahmen, der durch die grünen Grundsätze parteiinterner Demokratie und das freie

Mandat der Abgeordneten vorgegeben wird, Strukturen zu einer stärkeren Vernetzung und Abstimmung zwischen Partei, Bundestagsfraktion und Bundesregierung aufzubauen.

Neben strukturellen Veränderungen muss besonders der Informationsfluss zu den ParlamentarierInnen verbessert werden. Auch die Friedenspolitische Kommission weiß, dass im Krieg die Wahrheit zuerst stirbt. Dies kann allerdings nicht die fragwürdige Informationslage der politischen EntscheidungsträgerInnen beispielsweise im Kosovo-Konflikt rechtfertigen. Wenn Abgeordnete einer unsicheren Informationslage ausgesetzt sind, wo auch sie in letzter Konsequenz der Propaganda von Regierung oder den Verlautbarungen von NATO oder anderen Konfliktparteien Glauben schenken müssen, und wenn die/der ParlamentarierIn nicht beurteilen kann, ob es sich bei einem konkreten Konfliktfall um Völkermord, ethnische Säuberungen oder "nur" unsystematische Übergriffe handelt, kann sie/er keine verantwortungsvolle Entscheidung treffen und der Parlamentsvorbehalt wird ad absurdum geführt. Idealerweise müsste ein unabhängiges Gremium oder eine unabhängige Organisation solche Informationen sammeln und liefern, die Debatten über die Institutionalisierung der "Responsibilty to Protect" verdeutlichen auf einer anderen Ebene, dass dies leichter gesagt als getan ist.

Die strategische Ausrichtung in Koalitionsverhandlungen muss davon ausgehen, dass es keine "grünen" und andersfarbigen Ressorts gibt. Die Grüne Partei muss überprüfen, ob es möglich ist, auch andere Ministerien zu besetzen, wenn grüne PolitikerInnen auf diesem Gebiet über außergewöhnliche Qualifikationen verfügen, sofern diese Ministerien zugleich als Schlüsselstellen in der Frage von Entmilitarisierung gelten müssen. Zuletzt können mögliche, inhaltlich begründete Formen der Zusammenarbeit mit anderen Parteien als den althergebrachten Bündnissen nicht länger kategorisch ausgeschlossen werden.

2. Empfehlungen an die Grüne Jugend:

Als Jugendverband muss die Grüne Jugend eine wichtige Frage ansprechen: Wie hoch darf der Preis sein, um in Regierungsbeteiligung zu bleiben? Sicherlich ist die Argumentation, dass man besser wenig realisieren kann als gar nichts, nachvollziehbar und in gewisser Weise auch richtig. Dennoch muss diese Frage an Abgeordnete und SpitzenpolitikerInnen virulent bleiben. Die Grüne Jugend kann sicherlich keine Antwort für andere geben. Es muss jedoch Grenzen geben und Authentizität sollte ein Faktor im politischen Alltag bleiben.

In der grünjugendlichen Debatte sollten Verschwörungstheorien nicht leichtfertig verwendet werden, da sonst die Glaubwürdigkeit der Debatte in der öffentlichen und parteiinternen Wahrnehmung leiden würde. Auch die Grüne Jugend sollte es sich konsequent zum Anliegen machen, auch in schwierigen friedenspolitischen Entscheidungs- und Diskurssituationen keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Dafür unerlässlich ist eine Steigerung der friedenspolitischen Bildungsarbeit für die Mitglieder, beispielsweise durch spontane Kongresse bei aufflammenden Konflikten oder vor zentralen friedenspolitischen Entscheidungen der Fraktion. Diese Rolle kann die Grüne Jugend allerdings nur übernehmen, wenn ihre Bedeutung auch durch die Partei anerkannt wird. Die Grüne Partei und Bundestagsfraktion sollten deshalb Offenheit beweisen, kritische Fragen und Anregungen ernstnehmen und im Konfliktfall Rede und Antwort stehen.

Die Grüne Jugend muss ihre Debattenkultur konsequent hinterfragen und überprüfen. Ein faires Miteinander in einem so emotionsbelasteten Thema wie der Friedenspolitik sollte zwar selbstverständlich sein, jedoch muss es auch konsequent angemahnt und durchgehalten werden. Niemand sollte sich rechtfertigen müssen, wenn sie/er Krieg und Gewalt komplett ablehnt, ebenso wie niemand für eine weniger radikale Position als Kriegstreiberln gegeißelt werden sollte. Die Grüne Jugend ist keine Partei, die Regierungspolitik machen und verantworten muss, sondern sollte sich als Ideengeberin der Grünen Partei das Recht auf Visionen erkämpfen.

XI. Anhang

I. Fragenregister

Der Kommission erschien es sinnvoll, die konkreten, im Beschluss von Jena formulierten Fragen zu thematischen Komplexen zusammenzufassen und im Zusammenhang zu beantworten. Diesem Register lässt sich entnehmen, in welchem Aufsatz die einzelnen Fragen beantwortet werden.

Frage I: Gewaltbegriff von Bündnis 90/Die Grünen und der Grünen Jugend

Kaptiel IX, S. 127-130

Frage 2: Verankerung friedenspolitischer Initiativen im Koalitionsvertrag 1998

Kapitel V, S. 49-52 und Kapitel III, S. 14-22

Frage 3: Verankerung friedenspolitischer Initiativen im Koalitionsvertrag 2002

Kapitel V, S. 60-62 und Kapitel III, S. 22-31

Frage 4: Maßnahmen für Entmilitarisierung

Kapitel IV, S. 33-46

Frage 5: Abrüstung und Entmilitarisierung in der NATO- Politik

Kapitel IV, S. 40-44

Frage 6: Auswirkungen rot-grüner Politik auf das Gewaltmonopol der VN

Angesprochen in Kapitel IV., S. 40 und in Kapitel IX, S. 128-129

Frage 7: Umstrukturierung der Bundeswehr

Kapitel V, S. 46-71

Frage 8: Außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen nach dem 11. September

Frage 9: Maßnahmen zur Stärkung ziviler Konfliktprävention

Kapitel IV, S. 33-46

Frage 10: Rolle der Bundesregierung vor dem Kosovo-Krieg

Kapitel VII, S. 89-103

Frage II: Umsetzung der Forderungen aus den Wahlprogrammen

Kapitel V, S. 48-71 und Kapitel III, S. 14-31

Frage 12: Personalpolitik im AA

Kapitel VI, S. 76-83

Frage 13: Vernetzung Partei/Fraktion/Auswärtiges Amt

Kapitel VI, S. 83-86 und Kapitel IX, S. 127

Frage 14: Rolle des Politikbereiches Außenpolitik in der Grünen Debatte

Kapitel III, S. 14 und 22-24, Kapitel VI, S. 76-86 und Kapitel IX, S. 127-130

Frage 15: Nutzung der EU-Ratspräsidentschaft zur Lösung des Kosovo-Konflikts

Kapitel VII, S. 94 und 100-103

Frage 16: Auswirkungen der Zustimmung zum Krieg gegen Jugoslawien 1999

Frage 17: Auswirkungen der Zustimmung zum Krieg gegen Afghanistan

Frage 18: Auswirkungen der Ablehnung des Irak-Krieges

Frage 19: Kriegsunterstützende Maßnahmen im Rahmen des Irak-Kriegs

Kapitel VII, S. 112-116

Frage 20: Beteiligung der Bundeswehr an einzelnen Einsätzen

Kapitel VII, S. 89-116

Frage 21: Abschaffung der Wehrpflicht

Kapitel V, S. 48-71

Frage 22: Rüstungsexportpolitik

Kapitel IV, S. 44-45

Frage 23: Friedenspolitik im EU-Verfassungsgebungsprozess, in der European Security

Strategy und der GASP

Kapitel IV, S. 38-40

Frage 24: Deutscher Sitz im Weltsicherheitsrat

Kapitel III, S. 16-17 und 26, Kapitel IV, S. 40

Frage 25: Gesellschaftliche Zurückdrängung von Militarismus

Frage 26: Legitimierung von Einsätzen durch NS-Vergleiche

Kapitel XIII, S. 123-126

Frage 27: Bedeutsame Spannungen zwischen Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik

Frage 28: Schwächung des Militärischen Faktors

Kapitel IV, S. 38-45

Frage 29: Stärkung des militärischen Faktors

Kapitel IV, S. 38-45

Frage 30: Friedenspolitische Empfehlungen an Bündnis 90/Die Grünen

Kapitel X, S. 131-135

Frage 31: Friedenspolitische Empfehlungen an die Grüne Jugend

Kapitel X, S. 136

2. Glossar

II. September: Terroranschläge auf militärische und zilive Ziele in den USA, zu denen sich das Terrornetzwerk Al-Qaida bekannt hat. Der II. September gilt als Auslöser für den von der Bush-Administration ausgerufenen "war on terror".

Amber Fox: →NATO- Operation in Mazedonien von September 2001 bis Dezember 2002.

Achse des Bösen (Axis of Evil): Bezeichnung für die Staaten Irak, Iran und Nordkorea, den der US-Präsident Bush 2002 verwendete, um sie als Bedrohung für den Weltfrieden zu klassifizieren.

Airborne Warning and Control System (AWACS): Flugzeug-gestütztes Radarsystem der →NATO-Staaten, das zur Luftraumüberwachung und als Einsatzleitzentrale für militärische Luftoperationen dient.

AlbanerInnen: Bevölkerungsgruppe mit eigener Sprache, die vor allem in Albanien, Mazedonien und im →Kosovo vertreten ist, eher muslimisch. Albanische Minderheiten sind in mehreren Ländern des Balkans vertreten.

Allied Harmony: →NATO- Operation in Mazedonien von Dezember 2002 bis März 2003

Annex B: Teil der →Implementierungsvereinbarung, die die genaueren Modalitäten der Stationierung einer friedenssichernden Militärpräsenz unter →NATO-Führung regelte. Tatsächlich räumte er der NATO-Truppe sehr weitgehende Freiheiten ein, sodass der Vertrag durchaus einem Besatzungsstatut ähnelte. Aufgrund der Streitigkeiten um den politischen Teil des Abkommens, der zuerst verhandelt wurde, kam es aber zu keiner Verhandlung um den Annex B.

Basic Principles: Grundprinzipien, *hier*: von der \rightarrow Kontaktgruppe ausgearbeitete Grundprinzipien, denen die Vertragspartner bereits mit ihrer Teilnahme an der \rightarrow Rambouillet-Konferenz zustimmen würden. Sie sahen unter anderem eine Autonomieregelung für das \rightarrow Kosovo vor, ohne jedoch auf konkrete militärische Umsetzung einzugehen.

Bilateral: zwei Seiten betreffend, in der Politik Verträge und Abkommen zwischen zwei Staaten, vgl. →multilateral, →unilateral

Bonusmeilen-Affäre: von der Bildzeitung 2002 bekannt gemachte Affäre, der zufolge Bundestagsabgeordnete ihre dienstlich angesammelten Bonusmeilen bei der Lufthansa für private Zwecke nutzen.

BosnierInnen/BosniakInnen: Bevölkerungsgruppe in Bosnien-Herzegowina, eher muslimisch. Als BosnierInnen werden im allgemeinen Sprachgebrauch Angehörige des bosnischen Staates gemeint, während BosniakInnen die bosnischen MuslimInnen meint

Bosnienkrieg: Krieg in Bosnien und Herzegowina, der 1992 nach dem Auseinanderfallen der →Sozialistischen Föderativen Bundesrepublik Jugoslawien durch ethnische Spannungen ausgelöst wurde und 1995 mit dem →Dayton-Abkommen beendet wurde. Auch die Bundeswehr beteiligte sich an den →NATO-Schutztruppen IFOR (Peace Implementatione Forces) und SFOR (Stabilisation Forces).

Brahimi-Bericht: Bericht der von Kofi Annan eingesetzten Kommission, die zur Aufgabe hatte, Reformvorschläge für den Einsatz von →UN-Truppen zu erarbeiten.

Büchel: Fliegerhorst der Bundeswehr in der Eifel, der neben Jagdbombern auch Standort für amerikanische Atomwaffen ist.

Budget-Titel "Friedenserhaltende Maßnahmen": Geld, das im Bundeshaushalt für friedenserhaltende Maßnahmen vorgesehen ist.

Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG): koordinierte Zusammenschlüsse innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen, die sich mehrmals im Jahr zur Diskussion und Bearbeitung eines bestimmten Themenbereichs treffen.

Bundesnachrichtendienst (BND): Auslandsgeheimdienst der Bundesrepublik Deutschland **Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ):** Staat in Südost-Europa, der nach dem Ende des Ostblocks die heutigen Staaten Serbien und Montenegro umfasste. 2003 benannte sich die BRJ in "Serbien und

Montenegro"um, bis Montenegro 2006 seine Unabhängigkeit erklärte.

Bundessicherheitsrat: Kabinettausschuss der Bundesregierung, in dem u.a. der/die Außen-, Verteidigungs- und InnenministerInnen vertreten sind. Dieses Gremium hat die Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik zum Ziel, außerdem ist er für Rüstungsexporte zuständig.

Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation (CARDS): Hilfsprogramm innerhalb des \rightarrow Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen der \rightarrow EU (SAA).

Concordia: EU-geführter Militäreinsatz in Mazedonien von März bis Dezember 2003 zur Überwachung des Rahmenabkommen von Ohrid.

Dayton-Abkommen: Friedensabkommen zwischen Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, das nach dem weitgehenden Scheitern der →UN-Schutztruppe und dem Eingreifen durch die → NATO in den Bosnien-Krieg 1995 geschlossen wurde.

Deutscher Entwicklungsdienst (DED): Durchführungsorganisation der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, der aktuell rund 1000 EntwicklungshelferInnen in fast 50 Länder entsendet.

Diktatfrieden: Friedensabschluss, bei dem die GewinnerInnen-Seite die Bedingungen festlegt ohne der VerliererInnen-Seite Mitgestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Der Begriff wurde besonders im Zusammenhang mit dem Frieden von Versailles 1919 zur Beendigung des 1. Weltkriegs als Kampfbegriff geprägt.

Enduring Freedom (OEF): militärische Operation mehrerer Staaten (u.a. Deutschland) unter Führung der USA, die den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zum Ziel hat. Die Operation konzentriert sich auf Afghanistan, das Horn von Afrika und den Persischen Golf.

Entsendegesetz: umgangssprachliche Bezeichnung für das Parlamentsbeteiligungsgesetz, das die Beteiligung des Bundestages bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr regelt.

Essential Harvest: 30-tägige \rightarrow NATO-Operation in Mazedonien zur Entwaffnung der \rightarrow UCK; Beginn im August 2001.

EU-Ratspräsidentschaft: Vorsitz über den Europäischen Rat (Treffen der Staats- und Regierungschefs/-innen) und den Rat der →Europäischen Union (regelmäßige Treffen der FachministerInnen der nationalen Regierungen), bei dem sich die Mitgliedsstaaten im sechsmonatigen Rhythmus abwechseln.

Europäische Raumfahrtsorganisation (European Space Agency): europäische Organisation zur Koordinierung der nationalen Raumfahrtsprojekte.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der \rightarrow EU, deren Bedeutung insbesondere seit 1999 immer mehr wächst. Sie ist Teil der \rightarrow Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU.

Europäische Union (EU): Staatenverbund eigener Prägung, dessen Ziel (anfangs nur wirtschaftliche) Integration und engere Zusammenarbeit der Länder Europas ist. Neben der Wirtschafts- und Währungsunion besteht auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine Zusammenarbeit in Polizei- und Justizangelegenheiten.

Europarat: europäische Organisation von 47 Mitgliedsstaaten, deren Ziel die Durchsetzung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte ist. Der Europarat ist ein Forum für Debatten über allgemeine europäische Fragen.

Eupol Proxima: EU-Polizei-Operation in Mazedonien von Ende 2003 bis Ende 2005.

Fuchs (Transportpanzer I): gepanzertes Radfahrzeug der Bundeswehr, die Variante TPz I A3 ist eines der weltbesten Fahrzeuge zum Aufspüren von ABC-Waffen.

Fünf-Punkte für den Irak: Ausschöpfen der Mittel der zivilen Konfliktprävention, Kooperation mit den WaffeninspektorInnen, Entscheidungsmonopol bei den →Vereinten Nationen, Ausbau des Inspektions- und Verifikationsregimes, Schaffung dauerhafter Strukturen für Abrüstung und Stabilität.

Fünf-Punkte-Plan für den →**Kosovo (Fischer-Plan):** Einstellung aller Kampfhandlungen, Rückzug aller Militär-, Polizei- und Sonderverbände, Zulassung humanitärer Hilfe, Rückkehr der Flüchtlinge, Errichtung einer internationalen Schutztruppe.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP): Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) eingerichtete Koordination der Außenpolitik innerhalb der →EU. Die GASP läuft auf intergouvernementaler, also zwischenstaatlicher, Ebene ab und wird von einem Hohen Vertreter (derzeit →|avier Solana) repräsentiert.

Generalinspekteur der Bundeswehr: ranghöchster General oder Admiral der Bundeswehr und militärischer Berater des Verteidigungsministers und der Bundesregierung.

Golfkrieg: bis dato gab es drei Golfkriege: als der erste Golfkrieg wird der Krieg zwischen Iran und Irak (1980-1988) bezeichnet, als zweiter Golfkrieg der Krieg zwischen dem Irak, der USA und anderen Verbündeten (1990-1991) und als dritter Golfkrieg der Irakkrieg aus dem Jahre 2003.

Gruppe der 8 (G8): ursprünglich jährliche Vernetzungstreffen der Staaten USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich (später auch Kanada und Russland), deren Aufgaben und Kapazitäten sich in den letzten Jahren jedoch erheblich ausgeweitet haben. Obwohl die Treffen informeller Art sind, dominieren die G8-Staaten die Entscheidungsfindung in den internationalen Organisationen wie Internationaler Währungsfond, Weltbank, usw.

Implementierungsteil: Teil eines Vertrages, in dem es um die genaueren Modalitäten der Umsetzung des Vertragsinhalts geht.

Innere Führung: komplexes Führungskonzept der Bundeswehr mit der Aufgabe, die individuellen Rechte der freien Bürgerin/ des freien Bürgers mit den Verpflichtungen einer Soldatin/ eines Soldaten zu vereinbaren.

Kapitel VI der →**UN-Charta:** enthält die Artikel 33-38 der Verfassung der Vereinten Nationen und trägt den Titel "Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten".

Krisenreaktionskräfte (KRK): Verbände innerhalb der Bundeswehr, die vorwiegend für Krisenintervention eingesetzt wurden/werden.

KroatInnen: Bevölkerungsgruppe mit eigener Sprache, vor allem in Kroatien, eher römischkatholisch.

Koalition der Willigen: Staaten, die Präsident Bush bei seinem Vorgehen gegen den Irak 2003 militärisch und politisch unterstützt haben.

Kommando Spezialkräfte: Spezialeinheit der Bundeswehr und Teil der →Krisenreaktionskräfte.

Kontaktgruppe: Zusammenschluss von Italien, Frankreich, Großbritannien, Russland, Deutschland und den USA, der seit 1991 erst im →Bosnienkrieg, danach im Kosovo-Krieg das Ziel hatte, zwischen den serbischen und den albanischen Interessen zu vermitteln und auf diplomatischem Wege ein Lösung zu erreichen.

Kosovo: Region im heutigen Serbien, die momentan Autonomie-Status genießt und seit 1999 unter →UN-Verwaltung steht. 1974 war der Provinz, deren Bevölkerung überwiegend albanisch ist, der Autonomie-Status innerhalb Serbiens zugesprochen worden, diese Entscheidung wurde allerdings 1989 rückgängig gemacht. Im Februar 2008 erklärte der Kosovo einseitig seine Unabhängigkeit. (Der genaue →völkerrechtliche Status stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.)

Kosovostreitkräfte (KFOR): durch die →UN-Resolution im Juni 1999 eingesetzte internationale Friedenstruppe unter →NATO-Leitung, die die Verhinderung erneuter Gewaltausbrüche, die Rückkehr der Flüchtlinge und den Wiederaufbau des →Kosovos ermöglichen sollte.

Kosovo Verification Mission (KVM): Mission der OSZE, die von Herbst 1998 bis März 1999 die Einhaltung der →UN-Resolution 1199 beobachtete, zu der unter anderem der Abzug von serbischen SoldatInnen und die Rückkehr von Flüchtlingen gehörte. Die geplante Anzahl von 2000 VerifikateurInnen wurde nicht erreicht.

Länderrat: das oberste beschlussfassende Organ von Bündnis 90/Die Grünen zwischen den

Bundesdelegiertenkonferenzen.

MOX-Brennelementefabrik: Anlage zur Herstellung von Brennelementen, die in Kernkraftwerken Verwendung finden. MOX-Brennelemente benötigen besondere Sicherheitsvorkehrungen.

Multilateral: mehrere Seiten betreffend, in der Politik Verträge, Abkommen oder Handeln im Rahmen internationaler Organisationen oder in Rücksprache mit anderen (prinzipiell gleichberechtigten) Staaten, vergl. \rightarrow bilateral, \rightarrow unilateral

Nordatlantische Allianz (NATO): internationale Organisation- basierend auf dem Nordatlantikpakt von 1949, in der sich mehrere Staaten der nördlichen Hemisphäre im Falle eines Angriffs Beistand zusichern. Während sie ihre Aufgabe im Kalten Krieg in der Sicherheit der Mitglieder durch Abschreckung und Aufrüstung sah, beinhaltete das veränderte Aufgabenfeld heute auch Einsätze außerhalb des Territoriums sowie Terrorismusbekämpfung, Waffenkontrolle und Krisenprävention. Wichtigstes Gremium ist der Nordatlantikrat, in dem alle Bündnispartner vertreten sind und im Konsensprinzip entscheiden.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE): internationale Organisation mit den Zielen, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu sichern, Konflikte präventiv zu lösen und die Menschenrechte zu fördern. Sie entstand 1995 aus der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), welche im Kalten Krieg als Ost-West-Forum eingerichtet wurde.

Ostermärsche: Protestdemonstrationen der bundesdeutschen Friedensbewegung, die seit 1960 jährlich an Ostern stattfinden.

Out-of-area-Einsätze: militärische Einsätze der Bundeswehr, die außerhalb des eigenen Verteidigungsgebiets (und des →NATO-Gebiets) liegen. Prinzipiell erlaubt wurden diese durch Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1994 – unter Voraussetzung eines Parlamentsbeschlusses.

Patriot-Raketenabwehrsystem (MIM-104 Patriot): System, das zur Abwehr von Flugzeugen sowie Mittel- und Kurzstreckenraketen dient. Das Raketenabwehrsystem Patriot war in beiden →Golfkriegen im Einsatz.

Peacebuilding (Friedensaufbau): Konsolidierungsprozess nach bewaffneten Konflikten und Kriegen, der den Aufbau von Strukturen und die Verhinderung erneuter Gewalt zum Ziel hat.

Peacekeeping (Friedenserhaltung): friedliche Intervention internationaler Friedenstruppen (in der Regel die →UN-Blauhelme) in einem bewaffneten Konflikt, um weitere Gewaltausbrüche zu verhindern.

Präemptivschlag: Ausweitung des Konzepts des Präventivschlags, das Präsident Bush in den letzten Jahren zu etablieren versucht. Damit gemeint ist ein vorbeugender Militärschlag, der das Aufkommen von Aggression bereits im Keim ersticken bzw. vorwegnehmen soll.

Präventivschlag: militärisches Vorgehen gegen die unmittelbar drohende militärische Aggression einer Gegnerin/ eines Gegners.

Rahmenabkommen von Ohrid: Abkommen zwischen den beiden größten slawischmazedonischen und den beiden großen albanisch-mazedonischen Parteien, das auch den Ausgangspunkt für die Einsätze der internationalen Gemeinschaft in Mazedonien darstellt.

Rambouillet-Vertrag: Vertragsentwurf, der im Februar 1999 von der →Kontaktgruppe ausgearbeitet wurde um den Konflikt zwischen →SerbInnen und →Kosovo-AlbanerInnen beizulegen. Die Verhandlungen im französischen Rambouillet scheiterten am Widerstand von beiden Seiten, die Nicht-Unterzeichnung durch die SerbInnen wurde als ein Kriegsgrund seitens der →NATO angeführt.

Ramstein: Fliegerhorst der amerikanischen Luftwaffe in Rheinland-Pfalz, der zumindest bis 2005 Atomwaffen gelagert hatte.

Rapid Reaction Capability/Rapid Reaction Forces: Fähigkeit zur schnellen Reaktion auf

krisenähnliche Situationen, was meist mit einer Verkürzung des Entscheidungsprozesses einhergeht. Zu diesem Zwecke werden Schnelle Eingreiftruppen (Rapid Reaction Forces) geschaffen, die schnell und spontan entsendet werden können.

Rede zur Lage der Nation (State of the Union Address): Bericht der/des US-Präsidentin/-en am Jahresanfang, in dem er dem US-Parlament ihre/seine Einschätzung der aktuellen Situation der USA schildert.

Richtlinienkompetenz: in der BRD verfassungsrechtlich abgesicherte Kompetenz der/ des Bundeskanzlerin/-ers, die allgemeinen Richtlinien der Regierungspolitik zu bestimmen.

SerbInnen: Bevölkerungsgruppe mit eigener Sprache, ansässig vor allem in Serbien, Montenegro, der Republik Srpska (in Bosnien-Herzegowina) und Kroatien, eher orthodoxe ChristInnen.

Sozialistische Föderative Bundesrepublik Jugoslawien, anfangs Föderative Bundesrepublik Jugoslawiens: kommunistischer Staat, der nach dem Ende des 2. Weltkriegs bis zum Zusammenbruch des Ostblocks die heutigen Staaten Slowenien, Kroatien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien umfasste.

Staatsbürger in Uniform: Leitbild der →Inneren Führung der Bundeswehr.

Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA): Abkommen zwischen →EU und potentiellen Mitgliedsstaaten. Beinhaltet weitreichende Kooperation, aber auch gegenseitige Verpflichtungen. Mazedonien war im Jahr 2001 das erste Land, das mit der EU das SAA abschloss.

Stabilitätsplan für Südosteuropa: Initiative zur langfristigen Stabilisierung der Balkanregion seit 1999, dessen zentrales Element u.a. die Perspektive eines EU-Beitritts war.

Task Force Fox: Einsatztruppe der Operation Amber Fox.

Task Force Harvest: Einsatztruppe der Operation Essential Harvest.

Tornado (Panavia 200): Mehrzweckkampfflugzeug, das als Jagdbomber, Aufklärer und Abfangjäger eingesetzt wird. Deutsche Tornados wurden im Bosnien-Konflikt, →Kosovo-Krieg und in Afghanistan zu Aufklärungszwecken und zur Zerstörung der feindlichen Luftabwehr eingesetzt.

Transformation: Veränderung, Fortentwicklung.

Übergesetzlicher Notstand: Argumentation, die sich auf Gründe beruft, die im Gesetz nicht festgelegt werden, und einen Ausweg aus nicht lösbaren Gewissenskonflikten finden soll.

Ushtria Člirimtare e Kombetare (UCK): Organisation albanischer RebellInnen in Mazedonien, die sich die →Kosovo-UCK zum Vorbild nahm.

Ushtria Clirimtare e Kosove (UCK): Organisation albanischer RebellInnen im →Kosovo, die mittels Anschläge und Guerilla-Taktik gegen serbische Polizei und Militär vorging.

UN-Charta: völkerrechtlicher Vertrag, der die →Vereinten Nationen 1945 begründete und ihre grundlegenden Funktionsweisen und Kompetenzen festlegt.

UN-Generalversammlung: Vollversammlung der →Vereinten Nationen, in der die Mitgliedsstaaten vertreten sind. Die Resolutionen der Generalversammlung haben allerdings keine bindende Wirkung für das Völkerrecht.

Unilateral: einseitig, in der Politik staatliches Handeln ohne diplomatische Anstrengungen oder Rücksprache mit anderen, vergl. →bilateral, →multilateral

UN-Mandat: Auftrag seitens der →Vereinten Nationen an eine internationale Truppe zur Sicherung des Friedens. Von einem robusten Mandat wird gesprochen, wenn Waffengewalt nicht nur zur Selbstverteidigung, sondern auch zur Verteidigung der Mission und ZivilistInnen angewendet werden darf.

UN-Resolution: Beschlüsse der →Vereinten Nationen, die völkerrechtliche Bindung haben, wenn sie vom Sicherheitsrat beschlossen werden.

UN-Sicherheitsrat/Weltsicherheitsrat: Organ der →Vereinten Nationen, das die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit inne hat. Er setzt sich aus zehn nicht-ständigen Mitgliedern und fünf ständigen Mitglieder (Frankreich,

Großbritannien, USA, Russland, China) zusammen, die Veto-Recht bei der Verabschiedung von →Resolutionen haben.

Vereinte Nationen (UN): zwischenstaatlicher Zusammenschluss fast aller Staaten, der die Einhaltung des Völkerrechts und die Sicherung des Weltfriedens zum Ziel hat.

VerifikateurInnen: Personal der \rightarrow OSZE für die \rightarrow KVM.

Verteidigungspolitische Richtlinien: Grundsatzdokument für die deutsche Verteidigungspolitik.

Völkerrecht: internationale Rechtsordnung, die die Beziehungen zwischen den Staaten regelt und deren Grundlage die →UN-Charta ist.

Vorratsbeschluss: Beschluss des Bundestages, bei dem die sofortige →Implementierung nicht absehbar ist und der später (u.a. bei veränderter Ausgangslage) von der Bundesregierung als ausreichende Legitimation genutzt wird.

Wehrgerechtigkeit: Grundsatz der deutschen Wehrpflicht, der sicherstellen soll, dass nicht Willkür oder Zufall darüber entscheidet, ob Wehrdienst abgeleistet werden muss.

Personen:

Léotard, François: →EU- Sonderbeauftragter für Mazedonien während der militärischen Einsätze.

Pardew, James: US-Sonderbeauftragter für Mazedonien während der militärischen Einsätze.

Robertson, George: →NATO-Generalsekretär seit 1999.

Rugova, Ibrahim: kosovarischer Politiker, der sich vor allem für friedlichen Widerstand, die gewaltfreie Lösung und eine Internationalisierung des →Kosovo-Problems einsetzte.

Solana, Javier: Generalsekretär des Rates der →Europäischen Union und Hoher Vertreter für die →Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU seit 1999.

Tito (Josip Broz): jugoslawischer Politiker; im 2. Weltkrieg kommunistischer Partisanenführer, während des Kalten Kriegs lange Jahre Präsident der →Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Obwohl sein Führungsstil nach innen autoritär war, genoß er doch international vergleichsmäßig besseres Ansehen, u.a. weil er sich für eine Politik der blockfreien Staaten einsetzte.

Thaçi, Hashim: politischer Führer der →Kosovo-UCK.

Trajkowski, Boris: mazedonischer Präsident von Dezember 1999 – 2004.